

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der
Sustainable Development Goals der
Vereinten Nationen in deutschen Kommunen



Ein gemeinsames Vorhaben von:

Bertelsmann Stiftung · Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
· Deutscher Landkreistag · Deutscher Städtetag · Deutscher Städte- und
Gemeindebund · Deutsches Institut für Urbanistik · Engagement Global ·
Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion

SDG-Indikatoren für Kommunen

Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen

- Herausgeber:** Bertelsmann Stiftung
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Deutscher Landkreistag
Deutscher Städtetag
Deutscher Städte- und Gemeindebund
Deutsches Institut für Urbanistik
Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt)
Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion
- Verantwortlich:** Henrik Riedel, Bertelsmann Stiftung
- Herstellung:** Petra Vollmer, Bertelsmann Stiftung
Umschlag: Nicole Reinisch, Bertelsmann Stiftung
Bildnachweis: mauritius images/Westend61/Andrew Brookes; United Nations/globalgoals.org
Satz: OH Design + Medienproduktion, Gütersloh
Druck: Druckhaus Rihn, Detmold
- Autoren:** Henrik Riedel / Oliver Haubner / Marc Wolinda, Bertelsmann Stiftung (Kapitel 1 und 2)
Sabine Drees, Deutscher Städtetag (Kapitel 2.1 – Exkurs)
Deliana Bungard, Deutscher Städte- und Gemeindebund (Kapitel 2.2 – Exkurs)
Antonia Milbert / Dr. André Müller, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung (Kapitel 2.3 – Exkurs)
Dr. Stefan Wilhelmy / Annette Turmann, Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt) (Kapitel 2.4 – Exkurs)
Miriam Elsaëßer, Deutscher Landkreistag / Lucas Milbert, Deutscher Städtetag (Kapitel 2.5 – Exkurs)
Dr. Jasmin Jossin / Oliver Peters / Philipp Holz / Dr. Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik (Kapitel 3 und 5)
Oliver Peters / Dr. Jasmin Jossin / Philipp Holz / Anne Roth / Jan Walter / Katharina Lange / Dr. Henrik Scheller, Deutsches Institut für Urbanistik (Kapitel 4)
- Stand:** November 2020 (2., vollständig überarbeitete Auflage)
- Zitervorschlag:** [Name, Vorname des/r Autor:in: Titel des Textbeitrags], in: Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global (Servicestelle Kommunen in der Einen Welt), Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion (Hrsg.). SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. 2., vollständig überarbeitete Auflage, Gütersloh 2020.

Inhalt

Vorwort der kommunalen Spitzenverbände	4
1 Die SDG-Indikatoren und das SDG-Portal für Kommunen	6
1.1 Das Wichtigste in Kürze	6
1.2 Die SDG-Indikatoren im Überblick	7
1.3 Das SDG-Portal im Überblick	7
2 Eckpunkte des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“	10
2.1 Ausgangslage	10
2.2 Zielsetzung	13
2.3 Vorgehen	15
2.4 Organisation	17
2.5 Zeitplanung	19
3 Methodik zur Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen	22
3.1 Ziele des SDG-Indikatorenkatalogs	22
3.2 Prüfung der Relevanz der SDGs	22
3.3 Bewertung und Beschreibung der SDG-Indikatoren	26
3.4 Erhebung und Analyse der SDG-Indikatoren	31
3.5 Genese des SDG-Indikatorenkatalogs	32
4 Steckbriefe der SDG-Indikatoren für Kommunen	34
4.1 SDG 1 – Keine Armut	38
4.2 SDG 2 – Kein Hunger	44
4.3 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen	47
4.4 SDG 4 – Hochwertige Bildung	57
4.5 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung	65
4.6 SDG 6 – Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	70
4.7 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie	72
4.8 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	78
4.9 SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur	83
4.10 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten	87
4.11 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden	93
4.12 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	110
4.13 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz	123
4.14 SDG 14 – Leben unter Wasser	136
4.15 SDG 15 – Leben an Land	138
4.16 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	143
4.17 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	153
5 Übersichten der SDG-Indikatoren für Kommunen	158
5.1 SDG-Indikatoren für Kommunen – Beschreibungen	156
5.2 SDG-Indikatoren für Kommunen – Datenquellen	182
5.3 SDG-Indikatoren für Kommunen – Mehrfachzuordnungen	186
5.4 SDG-Indikatoren für Kommunen – Korrelationsmatrix	190
5.5 SDG-Indikatoren für Kommunen – Änderungen im Vergleich zur 1. Auflage	202
Kontakt	206

Vorwort der kommunalen Spitzenverbände

Nachhaltigkeit ist weder Modewort noch Plattitüde. Sie lässt sich anhand messbarer Kriterien umsetzen und gestalten. Gefragt sind ein stetiges Vorausdenken und vor allem -handeln. Die globalen und nationalen Nachhaltigkeitsziele sind und waren stets Messlatte für die Kommunen. Die „resiliente Post-Corona-Kommune“, die nun gefordert wird, macht die Dimensionen von Nachhaltigkeit deutlich. Kommunen müssen widerstandsfähig und belastbar gegenüber ökonomischen, ökologischen oder sozialen Herausforderungen und Krisen sein. Wenn es darum geht, die Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals, SDGs) zu erreichen, nehmen die Kommunen als Lebensort der Menschen eine zentrale Rolle ein.

Die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ hat sich der Aufgabe angenommen, einen Indikatorenkatalog für Kommunen zu entwickeln, der es ermöglicht, den Stand aller 17 Nachhaltigkeitsziele regelmäßig vor Ort zu untersuchen. Damit kann ein wesentlicher Beitrag zum Aufbau eines an Nachhaltigkeitsfragen ausgerichteten Vorgehens in den Kommunen geleistet werden.

Der mit dieser Broschüre vorgelegte, grundlegend überarbeitete Katalog enthält eine handhabbare Zahl an Indikatoren, die gemeinsam mit kommunalen Praktikern entwickelt und erprobt wurden. Dieser Indikatorenkatalog stellt dabei einen Baukasten dar. Jede Kommune entscheidet für sich, welche und wie viele Indikatoren sie ihrer Arbeit mit den Nachhaltigkeitszielen zugrunde legt. Die „Steuerungsrelevanz“ wird damit jeweils vor Ort entschieden. Wenn zuletzt bei vielen Kommunen die Klimaziele (SDG 13) im Vordergrund standen,

sind heute gesundheitsbezogene Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie (SDG 3) hinzugekommen und morgen sind es vielleicht Ziele, wie eine menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum (SDG 8).

Das SDG-Portal (www.sdg-portal.de) stellt aktuell Daten zu 56 Indikatoren für die verschiedensten Nachhaltigkeitsziele bereit, die für die kreisfreien Städte, die Landkreise und zum Teil auch die kreisangehörigen Städte und Gemeinden aus zentralen Quellen gut verfügbar sind. Ergänzend dazu enthält diese Broschüre Vorschläge für Indikatoren, die qualitativ gut geeignet, allerdings noch nicht flächendeckend verfügbar sind.

Das Portal bietet für alle Städte und Gemeinden mit mindestens 5.000 Einwohnerinnen und Einwohnern sowie allen Landkreisen in Deutschland einen schnellen Überblick über die verfügbaren Daten und zeigt kurz- und mittelfristige Entwicklungen der Kommunen an. Das Zahlenwerk wird ergänzt durch gute Praxisbeispiele und weitere Informationen zu den Nachhaltigkeitsaktivitäten der Kommunen. Auch international hat das deutsche SDG-Portal für Kommunen bereits viel Aufmerksamkeit erfahren. Nachdem es 2019 mit dem UN SDG Action Award der Vereinten Nationen (Top-3-Platzierung) ausgezeichnet wurde, haben mittlerweile italienische Kommunen, die in Deutschland erprobte Methode übernommen. Darüber hinaus gibt es weitere Länder, die sich für den Aufbau eines kommunalen SDG-Portals interessieren.

Herzlich bedanken möchten wir uns hiermit bei allen, die an der Entwicklung der SDG-Indikatoren sowie ihrer Erprobung und Überarbeitung beteiligt waren. Unser Dank gilt den Pilotkommunen, den Mitgliedern der Arbeitsgruppe, allen voran aber dem Deutschen Institut für Urbanistik, das im Auftrag der Bertelsmann Stiftung unermüdlich und zuverlässig an der Weiterentwicklung des Indikatorenkatalogs gearbeitet hat.

Wir hoffen, dass mit den SDG-Indikatoren vor Ort weiterhin intensiv gearbeitet wird. Damit auch der Beitrag der Kommunen für eine Berichterstattung über die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene deutlich wird. Anregungen und Einschätzungen sind uns jederzeit willkommen!

Köln und Berlin im November 2020

Helmut Dedy

Hauptgeschäftsführer

Deutscher
Städtetag

Dr. Kay Ruge

Stellv. Hauptgeschäftsführer

Deutscher
Landkreistag

Dr. Gerd Landsberg

Hauptgeschäftsführer

Deutscher
Städte- und Gemeindebund

1

Die SDG-Indikatoren und das SDG-Portal für Kommunen

Henrik Riedel / Oliver Haubner / Marc Wolinda, Bertelsmann Stiftung

1.1 Das Wichtigste in Kürze

Auch wenn wir es nicht ständig vor Augen haben: In Deutschland ist die Ausgangslage in Sachen Nachhaltigkeit zur Zeit besser als je zuvor. Wir haben eine Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie auf Ebene des Bundes, Nachhaltigkeitsstrategien in der Mehrzahl der Bundesländer, und immer mehr Kommunen machen sich auf den Weg, ihren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung und zur Umsetzung der Agenda 2030 mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen zu leisten. Daran hat auch die Corona-Krise nichts geändert, auch wenn das Thema Nachhaltigkeit aus den öffentlichen Debatten hierdurch zeitweise verdrängt wurde. Im Gegenteil: Sie ist eine große Chance, die Nachhaltigkeitsdiskussion vor dem Hintergrund der Pandemie neu zu führen. Viele Kommunen tun dies bereits – neue Bildungs-, Mobilitäts- oder Gesundheitskonzepte sind hierfür nur einige Beispiele unter vielen.

Nachhaltigkeit beginnt in den Kommunen – sie sind die Basis für die Umsetzung der 17 SDGs und ihrer 169 Unterziele. In den Kommunen – dort, wo die Menschen leben, wohnen und arbeiten – ist die Betroffenheit für Nachhaltigkeit am größten. In den Städten, Landkreisen und Gemeinden wird sich auch entscheiden, ob eine nachhaltige Entwicklung letztlich umgesetzt werden kann. Deshalb ist die Art und Weise, wie Kommunen das Thema Nachhaltigkeit und die Umsetzung der SDGs angehen, von zentraler Bedeutung. Folgerichtig stellte das High-level Political Forum on Sustainable Development (HLPF) der Vereinten Nationen fest: „Es sind die Städte, wo der Kampf um eine nachhaltige Entwicklung gewonnen oder verloren wird.“

Kaum eine Kommune, die sich derzeit mit dem Thema Nachhaltigkeit beschäftigt, tut dies, ohne verstärkt die SDGs zu betrachten und deren Beeinflussbarkeit vor Ort zu überprüfen. Dies könnte nun jede Kommune für sich und allein tun. Jede Kommune könnte z. B. selbst Indikatoren erarbeiten, um den Stand und die Entwicklung bei der Erreichung der SDGs zu erheben und zu verfolgen. Effizienter und effektiver scheint es aber zu sein, gemeinsam zu prüfen und auch zu dokumentieren, welche Indikatoren für ein SDG-Monitoring der deutschen Kommunen gut geeignet sind.

Genau diesen Weg ist die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ gegangen, die sich aus Vertretern der Bertelsmann Stiftung, des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, des Deutschen Landkreistags, des Deutschen Städtetags, des Deutschen Städte- und Gemeindebunds, des Deutschen Instituts für Urbanistik, von Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt und der deutschen Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas gebildet hat.

Die vorliegende Veröffentlichung bildet das Ergebnis von knapp vier Jahren gemeinsamer Projektarbeit ab. Im Frühjahr 2017 – kurz nachdem die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie mit einer systematischen Orientierung an den SDGs veröffentlicht worden war – begann die Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen. Ein Jahr später, im Frühjahr 2018, wurde der erste Indikatorenkatalog herausgegeben, und es wurden die ersten Daten auf dem Portal „Wegweiser Kommune“ der Bertelsmann Stiftung eingestellt. Ende 2018 folgte die Freischaltung des SDG-Portals für Kommunen. Direkt im Anschluss an die Erstveröffentlichung der SDG-Indikatoren wurde mit ihrer Erprobung in ausgewählten Kommunen begonnen. Die ersten Erfahrungen mit der Nutzung der Indikatoren wurden Anfang 2019 evaluiert. Die Ergebnisse der Evaluierung lieferten die Grundlage für die Festlegung von Schwerpunktthemen einer praxisorientierten Weiterentwicklung der SDG-Indikatoren. In der vorliegenden, grundlegend überarbeiteten Publikation wird der überarbeitete Stand des Indikatorenkatalogs vorgestellt.

Bei der Sammlung, Bewertung und Auswahl der SDG-Indikatoren wurde weitgehend auf vorhandene Indikatorenkataloge und -definitionen zurückgegriffen. Primär werden Indikatoren vorgeschlagen, die qualitativ gut geeignet und für die Daten flächendeckend gut verfügbar sind. Flächendeckende Verfügbarkeit bedeutet, dass die Daten auf Ebene der Landkreise und kreisfreien Städte und möglichst auch auf Ebene der kreisangehörigen Städte und Gemeinden aus zentralen Quellen gewonnen werden können. Ergänzend werden allerdings auch qualitativ (sehr) gut geeignete Indikatoren empfohlen, die zwar in der Breite nicht vorliegen, möglicherweise aber in einzelnen Kommunen schon erhoben worden sind oder noch erhoben werden können.

Der Grund hierfür: Die einzelnen SDGs bzw. die Unter- und Teilziele, die für deutsche Kommunen im Allgemeinen relevant sind, sollen mit möglichst aussagekräftigen Indikatoren abgebildet werden.

Wenn einzelne SDGs oder relevante, kommunale Aufgabenbereiche noch nicht umfassend durch flächendeckend verfügbare Daten abgebildet sind, so nehmen wir dies als Auftrag für die weitere Arbeit an. Dies gilt z. B. für SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“. Auf diese „Baustellen“ wollen und werden wir bei der weiteren Entwicklung der SDG-Indikatoren ein besonderes Augenmerk legen.

In jedem Fall ist es wichtig zu betonen: Bei dem vorliegenden Katalog an SDG-Indikatoren handelt es sich um einen Vorschlag bzw. eine Empfehlung. Jede Kommune kann, soll und muss auf Basis der spezifischen Rahmenbedingungen und Schwerpunktsetzungen vor Ort selbst entscheiden, welche Indikatoren steuerungsrelevant und zur Abbildung des jeweiligen Beitrags zu den SDGs am besten geeignet sind. Unser Baukasten ermöglicht es, jederzeit Indikatoren wegzulassen, zu verändern oder zu ergänzen. Die Indikatorensteckbriefe können hierfür eine erste Arbeitshilfe sein.

Die vorliegende Veröffentlichung enthält einen konsolidierten, erprobten, evaluierten und weiterentwickelten Stand an Indikatoren zur Abbildung der SDGs in deutschen Kommunen. Der aktuelle Arbeitsstand der SDG-Indikatoren bedarf einer stetigen Fortschreibung und Anpassung an neue Erkenntnisse in Theorie und Praxis sowie insbesondere einer verbesserten Bereitstellung relevanter Daten aus zentralen statistischen, wissenschaftlichen oder anderen verlässlichen Quellen.

Wir bedanken uns bei allen Kommunen sowie Fachexpertinnen und -experten, die zu dieser Publikation beigetragen haben und hoffen, dass der Indikatorenkatalog als praxistaugliches Werkzeug einen Beitrag zur Umsetzung der SDGs in den deutschen Kommunen und somit zu einer nachhaltigen Entwicklung insgesamt leisten wird.

1.2 Die SDG-Indikatoren im Überblick

Die Übersicht auf der folgenden Doppelseite enthält ausgewählte SDG-Indikatoren, die qualitativ gut geeignet und flächendeckend gut verfügbar sind (Indikatoren vom Typ I). Zudem sind SDG-Indikatoren ausgewählt worden, die qualitativ (sehr) gut geeignet, flächendeckend jedoch zumindest noch nicht gut verfügbar sind (Indikatoren vom Typ II). Eine vollständige Übersicht sowie die „Steckbriefe“ der Indikatoren vom Typ I und Typ II finden sich in Kapitel 4.

Da für SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“ und SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“ bisher noch keine Indikatoren vom Typ I identifiziert werden konnten, sollen insbesondere hier in der weiteren Projektarbeit die inhaltlichen und technischen Voraussetzungen für die Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung von Daten zu Indikatoren vom Typ II geschaffen werden.

1.3 Das SDG-Portal im Überblick

Das SDG-Portal (www.sdg-portal.de) bietet für alle Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000 Einwohner:innen sowie alle Landkreise in Deutschland einen schnellen Überblick über die SDG-Indikatoren vom Typ I (siehe Kapitel 1.2) und die verfügbaren Daten. Neben aktuellen Daten werden auch kurz- und mittelfristige Zeitvergleiche dargestellt. Darüber hinaus sind Vergleiche mit anderen Kommunen und Durchschnittswerten möglich. Die unterschiedlichen Vergleiche bieten den kommunalen Nachhaltigkeitsverantwortlichen, den Entscheidern in Verwaltung und Politik sowie weiteren Akteuren vor Ort die Möglichkeit, eine erste Bestandsaufnahme zu den SDGs vorzunehmen, Handlungsbedarfe zu identifizieren und entsprechend gegenzusteuern.

Um den Akteuren vor Ort allerdings nicht nur zu zeigen, an welchen Stellen Handlungsbedarfe bestehen, sondern sie auch dabei zu unterstützen, möglichst wirksame Maßnahmen zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu ergreifen, bietet das Portal Ideen und Anregungen für mögliche SDG-Maßnahmen.

Dass das SDG-Portal ein nützliches Angebot ist, zeigt das zunehmende Interesse aus dem Ausland. Nachdem das Portal von den Vereinten Nationen 2019 bei den SDG Action Awards mit einer TOP 3-Platzierung in der Kategorie „Visualizer“ ausgezeichnet wurde, haben wir mit unseren italienischen Partnern (L'Associazione italiana per il Consiglio dei Comuni e delle Regioni d'Europa (AICCRE) und Fondazione Eni Enrico Mattei (FEEM)) ein SDG-Portal für die italienischen Provinzen entwickelt und in Betrieb genommen. Kommunen und Verbände aus weiteren Staaten haben ihr Interesse an der Entwicklung eines SDG-Indikatorensets und dessen Bereitstellung über ein Portal bekundet.

Die SDG-Indikatoren im Überblick

Kurzfassung

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
1	Keine Armut	SGB II-/SGB XII-Quote	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II oder SGB XII (unter 65 Jahre) an der Bevölkerung (unter 65 Jahre)	Typ I
		Armut - Kinderarmut	Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
		Armut - Jugendarmut	Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
		Armut - Altersarmut	Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
2	Kein Hunger	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Typ I
3	Gesundheit und Wohlergehen	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen	Anzahl der Todesfälle bei Frauen von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Vorzeitige Sterblichkeit - Männer	Anzahl der Todesfälle bei Männern von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Wohnungsnah Grundversorgung - Hausarzt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt	Typ I
		Krankenhausversorgung	Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohner:innen	Typ I
		Wohnungsnah Grundversorgung - Apotheke	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke	Typ I
		Personal in Pflegeheimen	Personal in Pflegeheimen je 10.000 stationär Pflegebedürftige	Typ I
		Personal in Pflegediensten	Personal in ambulanten Pflegediensten je Pflegebedürftigen	Typ I
		Pflegeheimplätze	Anzahl der verfügbaren stationären Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner:innen ab 65 Jahre	Typ I
		Immission von Luftschadstoffen	Immission von Luftschadstoffen (Stickstoffdioxid, Feinstaub [PM ₁₀ , PM _{2,5}], Ozon)	Typ I
4	Hochwertige Bildung	Wohnungsnah Grundversorgung - Grundschule	Einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule	Typ I
		Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger:innen	Typ I
		Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden	Typ I
		Integrative Kindertageseinrichtungen	Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen	Typ I
5	Geschlechtergleichstellung	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern	Typ I
		Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmerinnen im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer	Typ I
		Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	Anteil der Mandate in Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind	Typ I
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	Abwasserbehandlung	Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird	Typ I
7	Bezahlbare und saubere Energie	Strom aus Windkraft	Installierte Leistung Windenergieleistung je Einwohner:in	Typ I
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in	Typ I
		Langzeitarbeitslosenquote	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen	Typ I
		Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige	Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohner:innen	Typ I
		Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige	Anteil der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 55- bis 64-jährigen Einwohner:innen	Typ I
		Aufstocker	Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher:innen an allen erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen	Typ I
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	Existenzgründungen	Anzahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Hochqualifizierte	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort	Typ I
		Breitbandversorgung - Private Haushalte	Anteil der privaten Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können	Typ I

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
10	Weniger Ungleichheiten	Beschäftigungsquote - Ausländer	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung	Typ I
		Schulabbrecherquote - Ausländer	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer:innen zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung	Typ I
		Einbürgerungen	Anzahl der in dem jeweiligen Jahr eingebürgerten Personen an der Anzahl aller ausländischen Einwohner:innen	Typ I
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete je Quadratmeter	Typ I
		Wohnfläche	Verfügbare Wohnfläche je Person	Typ I
		Wohnungsnaher Grundversorgung - Supermarkt	Einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter	Typ I
		PKW-Dichte	Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Verunglückte im Verkehr	Anzahl der verletzten und getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Flächeninanspruchnahme	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	Typ I
		Flächenneuanspruchnahme	Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr anhand der Gesamtfläche	Typ I
		Flächennutzungsintensität	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner:in	Typ I
		Naherholungsflächen	Naherholungsfläche je Einwohner:in	Typ I
		Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	Typ I
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	Fairtrade-Town	Anzahl der bisherigen Auszeichnungen der Kommune als Fairtrade-Town	Typ I
		Fairtrade-Schools	Anteil der als Fairtrade-School ausgezeichneten Schulen an allen Schulen	Typ I
		Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte	Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) je Einwohner:in und Tag	Typ I
		Abfallmenge	Entsorgte Abfallmenge je Einwohner:in	Typ I
13	Maßnahmen zum Klimaschutz	z. Zt. vakant		Typ I
14	Leben unter Wasser	Fließgewässerqualität	Anteil der Fließgewässperlänge mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“ und „gut“ an der gesamten Fließgewässperlänge	Typ I
15	Leben an Land	Naturschutzflächen	Anteil der Naturschutzflächen mit hohem Schutzstatus (Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks) an der Gesamtfläche	Typ I
		Landschaftsqualität	Gesamtheit aller Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt (Hemerobieindex)	Typ I
		Unzerschnittene Freiraumflächen	Anteil unzerschnittener Freiraumflächen > 50 km ² , die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind, an der Gesamtfläche	Typ I
16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	Straftaten	Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Finanzmittelsaldo	Haushaltsüberschuss bzw. -defizit je Einwohner:in	Typ I
		Steuereinnahmen	Steuereinnahmen je Einwohner:in	Typ I
		Liquiditätskredite	Liquiditäts-/Kassenkredite im Kernhaushalt je Einwohner:in	Typ I
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	z. Zt. vakant		Typ I

Die Indikatoren vom Typ I sind qualitativ gut geeignet und flächendeckend gut verfügbar. Ergänzend wurden Indikatoren vom Typ II definiert, die qualitativ (sehr) gut geeignet,

flächendeckend jedoch zumindest noch nicht gut verfügbar sind. Eine vollständige Übersicht der Typ I- und Typ II-Indikatoren ist in Kapitel 4 enthalten.

2

Eckpunkte des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“

Henrik Riedel / Oliver Haubner / Marc Wolinda, Bertelsmann Stiftung

2.1 Ausgangslage

Die Vereinten Nationen haben 2015 im Rahmen der Agenda 2030 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) verabschiedet. Dementsprechend hat sich die Bundesregierung 2017 – bei der Weiterentwicklung der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (bis dahin „Nationale Nachhaltigkeitsstrategie“ genannt) – systematisch an den SDGs orientiert. Darüber hinaus hat auch ein Großteil der Bundesländer Nachhaltigkeitsstrategien entwickelt oder weiterentwickelt, die zumindest zum Teil an den SDGs ausgerichtet sind. Schließlich arbeitet eine wachsende Zahl deutscher Kommunen an Nachhaltigkeitskonzepten mit dem Ziel, einen Beitrag zur Umsetzung der globalen Nachhaltigkeitsziele zu leisten.

Um den Stand der nachhaltigen Entwicklung im Hinblick auf die SDGs abbilden zu können, haben die Vereinten Nationen Vorschläge für Indikatoren veröffentlicht. Zudem ist auch für die Europäische Union ein SDG-Indikatorenkatalog erarbeitet worden. Die Indikatorenkataloge der Vereinten Nationen und der Europäischen Union sollen als Basis für ein Monitoring der SDG-Umsetzung auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene genutzt werden. Bei der Verwendung der internationalen Indikatorenkataloge ist jedoch zu berücksichtigen, dass nicht alle 17 SDGs und 169 Unterziele

bzw. Teilziele in allen Ländern und auf allen Ebenen gleich relevant sind und dass nicht für alle Indikatoren belastbare Daten aus zentralen Quellen zur Verfügung stehen.

Im Frühjahr 2017 wurde das Vorhaben, geeignete SDG-Indikatoren für Kommunen in Deutschland zu erarbeiten, im Interministeriellen Arbeitskreis "Nachhaltige Stadtentwicklung in nationaler und internationaler Perspektive" (IMA Stadt) behandelt. Daraufhin haben sich sieben Organisationen zusammengeschlossen, um das Vorhaben gemeinsam umzusetzen. Zu den Mitgliedern der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ gehörten von Anfang an die Bertelsmann Stiftung, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, das Deutsche Institut für Urbanistik und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt. Seit Herbst 2019 wird das Vorhaben auch durch die deutsche Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterstützt. Nach der Veröffentlichung des ersten Indikatorenkatalogs im Frühjahr 2018 sind die Indikatoren erprobt, evaluiert und weiterentwickelt worden. Die vorliegende Publikation enthält den überarbeiteten Stand der SDG-Indikatoren für Kommunen.

Exkurs „Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen“

Sabine Drees, Deutscher Städtetag

Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen

Die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen (VN) und die Überprüfung der Entwicklungen durch Indikatoren stellen einen Handlungsrahmen für deutsche Kommunen dar. Auch das Präsidium des Deutschen Städtetags (DST) bekräftigte in seinem Beschluss aus 2018 die Unterstützung der internationalen Nachhaltigkeitsziele und empfiehlt den Mitgliedstädten ein indikatorengestütztes

Monitoring. Weiter stellte das Präsidium fest, dass hierfür das Projekt „SDG-Indikatoren für Kommunen“ eine gute Basis darstellt. 2020 hat das DST-Präsidium darüber hinaus gehend die Agenda 2030 als eine geeignete Referenz für ein umfassendes Nachhaltigkeitsmanagement, inklusive Schwerpunktsetzung, Steuerung und Berichterstattung, empfohlen.

Die Agenda 2030 als Referenzrahmen für kommunale Handlungsstrategien

Instrumente des Nachhaltigkeitsmanagements sind vielfältig und divers, angepasst auf die jeweiligen Bedarfe der einzelnen Kommune. Sie können Handlungsstrategien beinhalten, Indikatoren- bzw. Nachhaltigkeitsberichte, die Nachhaltigkeitsprüfung, Energie- und Umweltmanagement, die nachhaltige Beschaffung und in größeren Kommunen auch die Einführung einer integrierten Nachhaltigkeitssteuerung. Auch Bürgerbeteiligungsprozesse sind ein bedeutendes Instrument. Schon heute setzen Städte, Gemeinden und Kreise die Ziele der Agenda 2030 auf kommunaler Ebene um. Die Muster-Resolution „2030 – Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten“ des Deutschen Städtetages und des Rates der Gemeinden und Regionen Europas (RGRE) wurde inzwischen von knapp 160 Mitgliedskommunen unterzeichnet. Damit haben Kommunen ihre Bereitschaft signalisiert, kommunale Strategien für ein Nachhaltigkeitsmanagement zu verfolgen, globale Partnerschaften zu vertiefen, sich an Maßnahmen zur Bekämpfung der negativen Folgen des Klimawandels zu beteiligen oder einen besseren Zugang zu bezahlbarer nachhaltiger Energie zu schaffen – um nur einige Beispiele zu nennen.

Die SDG's als Referenzrahmen für die kommunale Nachhaltigkeitsberichterstattung

Die "Club der Agenda 2030-Kommunen" sowie die Modellkommunen des Projekts "Global Nachhaltige Kommunen" der SKEW von Engagement Global und die am Projekt "Monitor Nachhaltige Kommune" der Bertelsmann Stiftung beteiligten Kommunen sowie Fachexperten aus den DST-Fachausschüssen "Umwelt" und "Bau und Verkehr" haben an dem Vorhaben "SDG-Indikatoren für Kommunen" mitgewirkt.

Kommunen haben die Möglichkeit, über die Indikatoren hinaus qualitativ und orientiert an den SDGs ein Nachhaltigkeitsmanagement zu etablieren, das aus folgenden Bausteinen bestehen kann: Nachhaltigkeitsstrategien, Maßnahmen, entsprechende strukturelle und finanzielle Ressourcen sowie Monitoring und Berichterstattung. Für die Berichterstattung schlagen wir als Referenzrahmen die SDGs und die SDG-Indikatoren vor. Wichtig ist aus kommunaler Perspektive, dass kein standardisiertes Berichtsformat vorgegeben wird, bei dem nicht die Kommunen ihre Schwerpunkte setzen, sondern Schwerpunkte zentral gesetzt werden. Insbesondere lehnen wir Systeme wie "comply or explain" (befolgen oder begründen) ab, die einzelne Kommunen unter Rechtfertigungsdruck setzen und auch deren Handlungsspielräume einengen.

Internationale Zusammenarbeit

Die einfache Handhabung und die ansprechende Visualisierung des SDG-Portals (www.sdg-portal.de) war auch ausschlaggebend für den SDG-Award, den die Vereinten Nationen (VN) 2019 in sieben verschiedenen Kategorien

für eine vorbildliche Umsetzung der weltweiten Nachhaltigkeitsziele (SDG) vergeben haben. In der Kategorie „Beste Visualisierung“ wurde das SDG-Portal nominiert und bei der Preisvergabe in Bonn am 02.05.2019 als eines von drei Projekten im Finale ausgezeichnet.

Insgesamt haben sich 2019 rund 2.000 Kandidaten aus 142 Ländern und sieben Kontinenten um die „SDG Action Awards“ beworben. Es wurden 21 Projekte nominiert, davon fünf aus Europa und zwei aus Deutschland. „Wir freuen uns sehr über diese Auszeichnung. Sie spornt uns in unserem Engagement für kommunalen Klimaschutz und Nachhaltigkeit an. Es sind die Städte, die die abstrakten Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen mit Leben füllen – etwa durch Maßnahmen für eine Verkehrswende, durch energetische Gebäudesanierungen oder durch den Einsatz erneuerbarer Energien“, erklärte damals dazu Markus Lewe, Vize-Präsident des Deutschen Städtetags und Oberbürgermeister der Stadt Münster.

Der Preis hat dazu beigetragen, dass die internationale kommunale Familie auf das Projekt aufmerksam geworden ist. Inzwischen ist das italienische Portal www.sdg-portal.it fertiggestellt und in englischer und italienischer Sprache verfügbar. Vorausgegangen war eine erfolgreiche Kooperation der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ mit dem italienischen RGRE (AICCCE) und italienischen Wissenschaftlern. Weitere Kooperationen zum Transfer der Methode werden derzeit geprüft.

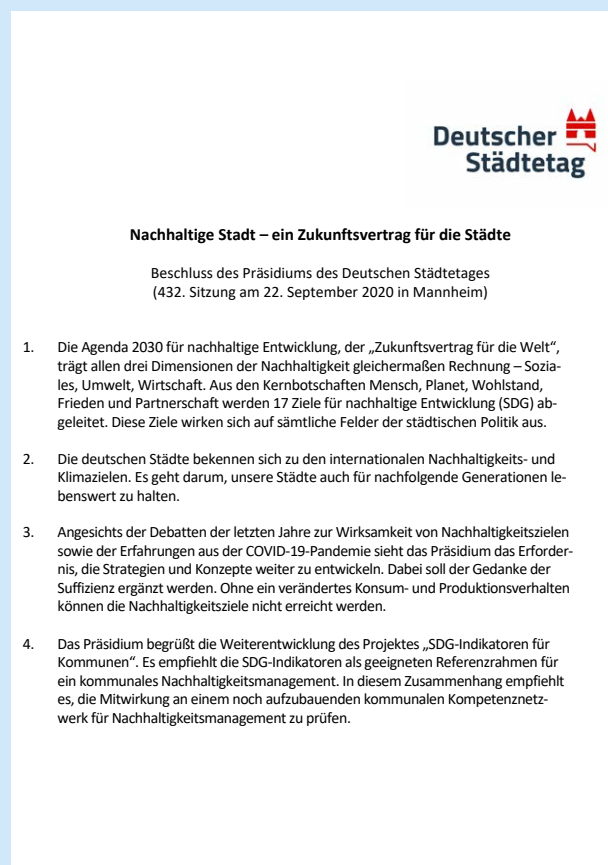
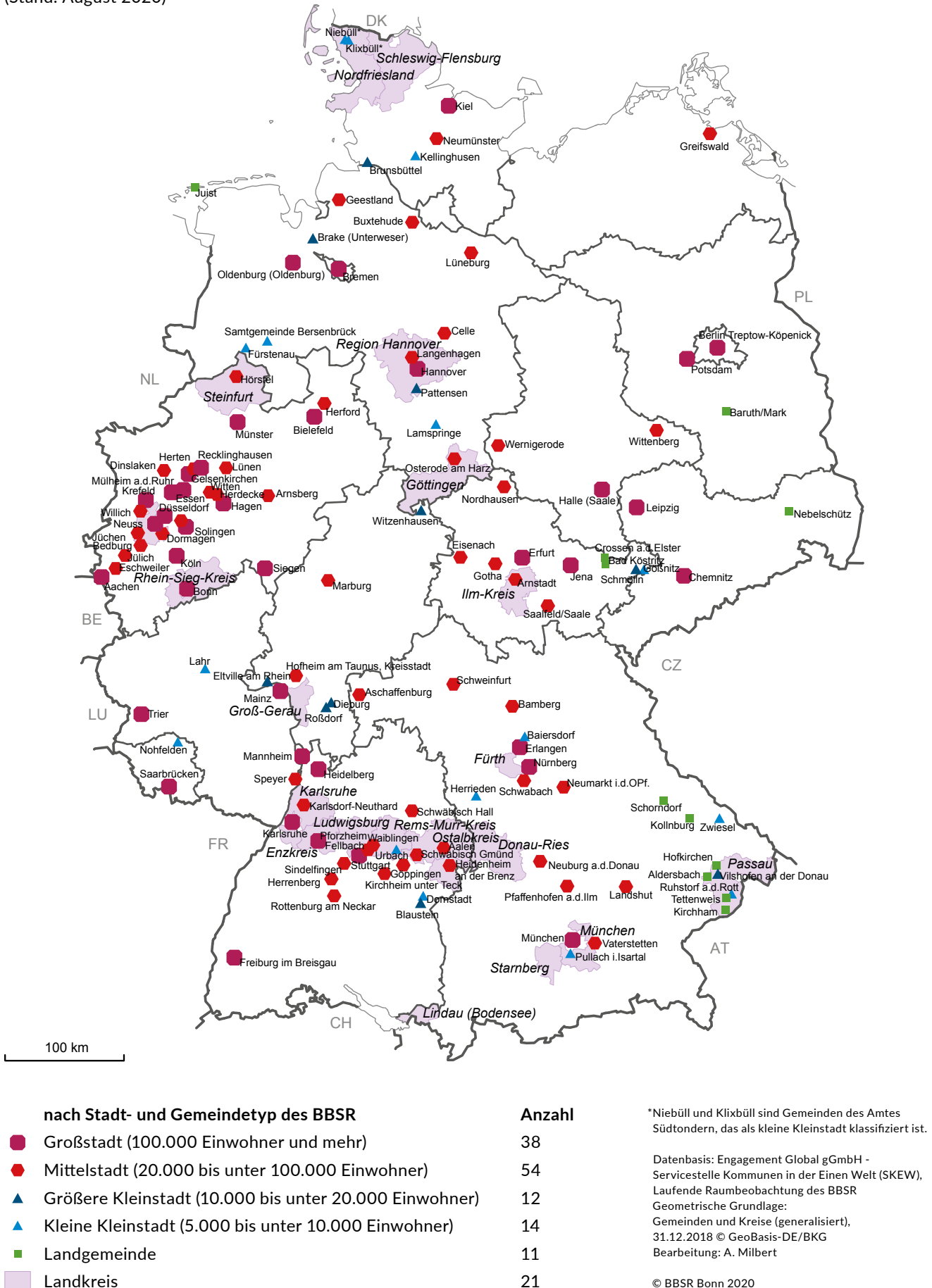


Abb. Beschluss des Präsidiums des Deutschen Städtetages

Zeichnungskommunen der Musterresolution "2030-Agenda für Nachhaltige Entwicklung: Nachhaltigkeit auf kommunaler Ebene gestalten" des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion

(Stand: August 2020)



2.2 Zielsetzung

Das Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist es, geeignete Indikatoren zur Abbildung der SDG-Umsetzung auf kommunaler Ebene in Deutschland zu identifizieren und entsprechende Daten bereitzustellen.

Zur Identifizierung geeigneter Indikatoren gehören die Sammlung, Bewertung und Auswahl von Indikatoren für die Unter- bzw. Teilziele der SDGs, die auf kommunaler Ebene in Deutschland grundsätzlich relevant sind. Im Ergebnis soll ein ebenso steuerungsrelevantes und handlungsleitendes wie überschaubares und handhabbares Indikatorenset zur Abbildung der SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland erarbeitet werden. Grundsätzlich werden im Rahmen des Vorhabens Indikatoren aus vorhandenen Katalogen herangezogen; nur in Ausnahmefällen – wenn für relevante Unter- oder Teilziele in den recherchierten Quellen bisher keine geeigneten Indikatoren vorliegen – werden neue Indikatoren entwickelt.

Die Bereitstellung der Daten erfolgt – soweit als möglich – für alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner:innen sowie alle Landkreise, wobei die Indikatoren i. d. R. auch in kleineren Städten und Gemeinden verwendet werden können. Für die Gewinnung der Daten wird möglichst auf die amtliche Statistik zurückgegriffen; ggf. werden aber auch Daten aus anderen, zentralen Quellen herangezogen. Zur Bereitstellung der Daten wird die Plattform Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung (www.wegweiser-kommune.de) genutzt. Darüber hinaus hat die Bertelsmann Stiftung – in Abstimmung mit den Partnerorganisationen – das SDG-Portal (www.sdg-portal.de) für Kommunen aufgebaut.

Zudem sind die SDG-Indikatoren in das Datenportal INKAR des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung (www.inkar.de) integriert worden.

Der SDG-Indikatorenkatalog soll in erster Linie Indikatoren enthalten, die qualitativ gut geeignet und flächendeckend gut verfügbar sind (Indikatoren vom Typ I). Möglich ist jedoch auch, dass qualitativ (sehr) gut geeignete Indikatoren in einen erweiterten Katalog aufgenommen werden, die derzeit nicht flächendeckend auf kommunaler Ebene verfügbar sind (Indikatoren vom Typ II). Die entsprechenden Daten können somit noch nicht bereitgestellt werden und müssten von den Kommunen selbst erhoben werden. Über die Benennung der Indikatoren vom Typ II sollen auch Bedarfe für die weitere Entwicklung der amtlichen Statistik oder anderer Statistiken, z. B. von Forschungsinstituten, aufgezeigt werden.

In jedem Fall hat der SDG-Indikatorenkatalog „Vorschlagscharakter“: Jede Kommune entscheidet selbst, welche Indikatoren sie vor dem Hintergrund örtlicher Rahmenbedingungen und auf Basis strategischer Schwerpunktsetzungen zur Abbildung der örtlichen SDG-Umsetzung verwenden möchte. Denkbar und möglich ist daher, dass die vorgeschlagenen SDG-Indikatoren vor Ort geändert, gestrichen oder ergänzt werden. Insgesamt betrachtet übernimmt der Katalog an SDG-Indikatoren für die einzelnen Städte, Landkreise und Gemeinden somit eine Baukastenfunktion. Generell soll die Nutzung der Indikatoren dazu beitragen, das Nachhaltigkeitsmanagement in der einzelnen Kommune im Hinblick auf die Umsetzung der SDGs möglichst wirkungsorientiert zu gestalten.

Exkurs „Überblick über weitere internationale Prozesse einer nachhaltigen Entwicklung“

Deliana Bungard, Deutscher Städte- und Gemeindebund

Die Agenda 2030 mit den Zielen für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) der Vereinten Nationen und die Überprüfung ihrer SDG-Umsetzung durch Indikatoren stellen einen Handlungsrahmen für deutsche Städte, Landkreise und Gemeinden dar (siehe Exkurs „Die Agenda 2030 der Vereinten Nationen“).

Städte, Landkreise und Gemeinden nehmen bei der Umsetzung der Agenda 2030 eine zentrale Rolle ein. Alle drei Dimensionen der Nachhaltigkeit und alle 17 Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen haben eine kommunale Relevanz – von der Reduzierung der Armut durch integrierte Stadt- und Regionalentwicklung bis hin zu kommunalen Partnerschaften auf nationaler und internationaler Ebene. Das Ziel einer nachhaltigen Gesellschaft kann nur durch eine gesamtgesellschaftliche Herangehensweise erreicht werden. Als bürgernächste politische und Verwaltungsebene zeigen Städte, Landkreise und Gemeinden schon heute auf vielfältige Art und Weise, wie nachhaltige Entwicklung in enger Zusammenarbeit mit der Zivilgesellschaft gestaltet werden kann.

Die Neue Urbane Agenda von Quito

Im Oktober 2016 kam die Staatengemeinschaft der Vision einer nachhaltigeren globalen Welt einen Schritt näher. Mit der Verabschiedung der sogenannten New Urban Agenda endete die dritte UN-Weltkonferenz zu Wohnen und nachhaltiger Stadtentwicklung (HABITAT III) in Quito, Ecuador. Mit der von der Generalversammlung der UN bestätigten Neuen Urbanen Agenda soll das globale Engagement für eine nachhaltige Stadtentwicklung unter Beteiligung aller relevanten Akteure bekräftigt werden. Insbesondere trägt sie der Erreichung des sogenannten Stadtziels 11, Städte und menschliche Siedlungen inklusiv, sicher, resilient und nachhaltig zu gestalten, auch vor dem Hintergrund einer immer mehr wachsenden städtischen Bevölkerung Rechnung. Derzeit wird der Nationale Fortschrittsbericht zur Umsetzung der New Urban Agenda erarbeitet (www.bbsr.bund.de). Er stellt einen Beitrag zum globalen Fortschrittsbericht aus der Perspektive Deutschlands dar. Dabei werden u.a. die Themen Klimaschutz, Mobilität im Stadt-Umland-Kontext und Digitalisierung indikatorengestützt untersucht.

UN-Klimakonferenz / Conference of the Parties (COP)

Die fortschreitende Erderwärmung erfordert insbesondere eine nachhaltige Klimaschutzpolitik. Mit dem Pariser Klimaabkommen aus dem Jahr 2015 haben sich alle 196 Vertragsparteien der UN-Klimarahmenkonvention (195 Staaten und die Europäische Union) verpflichtet, die Erderwärmung auf 2 Grad, wenn möglich auf 1,5 Grad, gegenüber dem Niveau vor Beginn der Industrialisierung zu begrenzen. Allerdings wurde die Weltklimakonferenz (COP 25) in Madrid am 15. Dezember 2019 mit einem Minimalkonsens beendet. Die anfängliche Euphorie des Pariser Klimaschutzabkommens scheint in den Hintergrund geraten zu sein. Bis zur nächsten Weltklimakonferenz, die im November 2021 in Glasgow stattfinden wird, sollen alle Vertragsstaaten überarbeitete Klimaschutzzusagen für das nächste Jahrzehnt sowie eine Langfriststrategie bis 2050 vorlegen. Der in Madrid erzielte Konsens bringt den Klimaschutz und damit auch Nachhaltigkeitsaspekte nicht voran. Die Staatengemeinschaft hat es nicht geschafft, ein klares Signal zu setzen. Vor dem Hintergrund der immer deutlicher werdenden Folgen des Klimawandels in der Form von Hitzeperioden, Stürmen und Überschwemmungen, bleibt die Frage offen, ob mit den erzielten Vereinbarungen dem Klimawandel rechtzeitig und adäquat entgegengewirkt werden kann.

Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt

Im Jahr 2007 haben die für Stadtentwicklung zuständigen Minister:innen aller Mitgliedstaaten der Europäischen Union die „Leipzig-Charta zur nachhaltigen europäischen Stadt“ verabschiedet. Die Leipzig-Charta bildet das zentrale Dokument zur integrierten Stadtentwicklung in Europa und hat in ihren wesentlichen Punkten ihre Aktualität bis heute erhalten. Die Charta fordert unter anderem die Stärkung von integrierten Stadtentwicklungsansätzen und mehr politische Aufmerksamkeit für benachteiligte Stadtquartiere und führte zu wichtigen Ergebnissen. Die Rahmenbedingungen für die Europäischen Städte und Gemeinden haben

sich seit dem Jahr 2007 verändert. Weltweit setzen sich junge Menschen für mehr Klimaschutz ein und fordern die Politik zum Handeln auf. Der Blick auf eine sozialverträgliche Wohn- und Bodenpolitik in den Großstädten und neue Anforderungen im Bereich der Mobilität erfordern eine Anpassung der Charta an die aktuellen Entwicklungen. Vor diesem Hintergrund wird die Leipzig-Charta im zweiten Halbjahr 2020 im Rahmen eines Dialogprozesses auf deutscher und europäischer Ebene aktualisiert.

Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015-2030

Auf der Weltkonferenz zur Katastrophenvorsorge im japanischen Sendai, die im März 2015 stattfand, haben sich Mitgliedsländer der Vereinten Nationen auf einen neuen Rahmenplan zur Verringerung von Naturkatastrophen geeinigt: das „Sendai Rahmenwerk für Katastrophenvorsorge 2015 – 2030“ (Sendai Framework for Disaster Risk Reduction 2015 – 2030). In Anbetracht der zunehmenden Auswirkungen von Katastrophen und ihrer Komplexität in vielen Teilen der Welt haben die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen ihre Entschlossenheit bekundet, die Bemühungen zur Stärkung der Katastrophenvorsorge auszuweiten, um die Verluste von Menschenleben und Vermögenswerten infolge von Katastrophen weltweit zu verringern. Darüber hinaus soll die Welt in den kommenden Jahrzehnten zum Wohle der heutigen und der künftigen Generationen besser vor dem Risiko von Katastrophen geschützt werden. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich verpflichtet, das Rahmenwerk umzusetzen. Das Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe (BBK) hat daher im April 2017 im Auftrag des Bundesministeriums des Innern (BMI), des Auswärtigen Amtes (AA) und des Bundesministeriums für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) die Nationale Kontaktstelle (National Focal Point) für die Bundesrepublik Deutschland zur Steuerung der Umsetzungsprozesse des Sendai Rahmenwerks für Katastrophenvorsorge in Deutschland eingerichtet.

2.3 Methodik

Das bisherige methodische Vorgehen zur Entwicklung und Bereitstellung von SDG-Indikatoren für Kommunen kann grob in drei Phasen gegliedert werden. Eine ausführliche Beschreibung dieser Phasen findet sich in Kapitel 3.

Phase I: Prüfung der Relevanz der SDGs (Kapitel 3.2)

Der Relevanz-Check basierte auf der Überlegung, dass (auch) die deutschen Kommunen eine wichtige Rolle bei der Umsetzung der SDGs übernehmen – und dies nicht nur bei SDG 11, welches sich konkret auf die Rolle von Städten bezieht, sondern grundsätzlich bei allen SDGs. Allerdings besteht das Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ auch darin, ein überschaubares und handhabbares Indikatorenset zu entwickeln. Aus diesem Grund wurde ein Fokus auf solche Unterziele und Einzelaussagen in den Unterzielen (Teilziele) gelegt, die wesentlichen Probleme oder Herausforderungen auf kommunaler Ebene in Deutschland ansprechen.

Konkret gliederte sich der Relevanz-Check in drei Schritte: Im ersten Schritt wurden die Unterziele ggf. in einzelne Aussagen (Teilziele) unterteilt, um eine möglichst sorgfältige und nachvollziehbare Prüfung der Relevanz für deutsche Kommunen zu ermöglichen. Im zweiten Schritt wurde geprüft, ob durch das jeweilige Unter- bzw. Teilziel ein wesentliches Problem für deutsche Kommunen angesprochen wird (Problem-Check). Im dritten Schritt wurde untersucht, ob mithilfe kommunaler Aufgaben ein Beitrag zur Erreichung des untersuchten Unter- bzw. Teilziels geleistet werden kann (Aufgaben-Check). Für den Bereich der kommunalen Entwicklungspolitik wurde anschließend ein ergänzender Relevanzcheck durchgeführt. Nur die Unter- bzw. Teilziele, die als problem- und aufgabenrelevant einzuschätzen sind, wurden in den folgenden Phasen weiter bearbeitet.

Phase II: Bewertung und Beschreibung der Indikatoren (Kapitel 3.3)

Die Identifikation der Indikatoren erfolgte ebenfalls in drei Schritten. Im ersten Schritt wurden ausgewählte Nachhaltigkeitsindikatorenkataloge herangezogen, um die darin enthaltenen Indikatoren den als relevant eingestuften Unter- bzw. Teilzielen zuzuordnen. Neben bereits vorhandenen Indikatoren wurden auch Indikatoren berücksichtigt und den als relevant eingestuften Unter- bzw. Teilzielen zugeordnet, die sich in keinem der herangezogenen Nachhaltigkeitsindikatorenkataloge wiederfinden. Hierzu erfolgte eine ausführliche Recherche verfügbarer Kennzahlen und Rohdaten in verschiedenen

Datenbanken (z. B. Regionaldatenbank Deutschland, INKAR-Datenbank des BBSR und Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung). Um die Qualität der gesammelten Indikatoren besser einschätzen zu können, wurden im zweiten Schritt alle Indikatoren nach vier Kriterien bewertet (Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion). Auf Basis dieser Bewertungen konnten Indikatoren vom Typ I bzw. II identifiziert werden, welche sich für ein kommunales SDG-Monitoring besonders gut eignen (siehe oben). Im dritten Schritt wurden (Kern-)Indikatoren vom Typ I bzw. II für den SDG-Indikatorenkatalog ausgewählt. Die Auswahl orientierte sich an inhaltlichen Fragestellungen, wie z. B., ob der Indikator zur Abbildung des gesamten SDGs und ggf. auch anderer SDGs dienen kann.

Für die ausgewählten Indikatoren vom Typ I bzw. II wurden anschließend ausführliche Beschreibungen in Form von Steckbriefen erstellt. Diese Steckbriefe sind in Kapitel 4 dieser Publikation enthalten.

Phase III: Erhebung und Analyse der Indikatorenwerte (Kapitel 3.4)

Für die ausgewählten Indikatoren vom Typ I wurden im Folgenden Daten erhoben und analysiert. Die Datenerhebung erstreckte sich möglichst auf alle Städte und Gemeinden über 5.000 Einwohner:innen sowie alle Landkreise. Zum Teil konnten die Daten allerdings nur für die Landkreise und die kreisfreien Städte, nicht jedoch auch für die kreisangehörigen Städte und Gemeinden ermittelt werden. Die Daten wurden, sofern möglich, ab dem Jahr 2006 erhoben.

Um ein besseres Verständnis für die Zusammenhänge der Indikatoren vom Typ I zu erhalten, wurden Korrelationsanalysen durchgeführt. Die Ergebnisse des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ werden über die vorliegende Publikation sowie online bereitgestellt. In dieser Publikation werden die Eckpunkte des Vorhabens, die methodische Vorgehensweise und die Steckbriefe der ausgewählten SDG-Indikatoren beschrieben. Über die Homepage des Projektes „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ der Bertelsmann Stiftung (www.agenda2030vorOrt.de) werden die vorliegende Publikation als PDF sowie einzelne Inhalte der Publikation (Indikatorenkataloge, Steckbriefe, Anhänge, etc.) als Excel- bzw. Word-Dokument zur Verfügung gestellt. Die Daten zu den qualitativ gut geeigneten und flächendeckend gut verfügbaren Indikatoren, d. h. zu den Indikatoren vom Typ I, können dem Portal „Wegweiser Kommune“ (www.wegweiser-kommune.de) und dem SDG-Portal (www.sdg-portal.de) der Bertelsmann Stiftung entnommen werden. Zudem können die Daten zu den Indikatoren vom Typ I über das Portal „INKAR“ (www.inkar.de) des BBSR abgerufen werden.

Exkurs „Kommunale SDG-Indikatoren im INKAR-Portal des BBSR“

Antonia Milbert / Dr. André Müller, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung

Ab dem Berichtsjahr 2017 werden die SDG-Indikatoren vom Typ I auch im Portal INKAR (Indikatoren und Karten zur Raum- und Stadtentwicklung; www.inkar.de) des BBSR zur Verfügung gestellt. Im Wegweiser Kommune ist die einzelne Kommune zentrale Berichtseinheit. Zum freiwilligen Vergleich können hier verschiedene Kommunen hinzugeladen werden. Das INKAR-Portal hingegen ist so konzipiert, dass vornehmlich bundesweite Tabellen zur Verfügung gestellt werden – und somit der Überblick über alle Kommunen gewährleistet ist. Daten lassen sich so in Tabellen und über ein integriertes kartographisches Tool als Karte ausgeben. Es wird ein bundesweiter Blick angeboten, und der Fokus auf ein oder mehrere Bundesländer oder Regionen ist möglich.

Die Veröffentlichung der SDG-Indikatoren stellt sich in INKAR wegen der INKAR-spezifischen Standards daher etwas anders dar als im Wegweiser Kommune:

- INKAR bietet die umfangreichste und detaillierteste regionalstatistische Informationsbasis in Deutschland, die sich aus vielfältigsten Themengebieten speist. Sämtliche Informationen liegen flächendeckend aufbereitet für das gesamte Bundesgebiet vor. SDG-Indikatoren werden in INKAR nur publiziert, wenn dafür auch flächendeckend Daten vorliegen. Ein Hinweis auf die SDG-Indikatoren vom Typ II erfolgt nicht.
- Die Indikatoren beziehen sich nicht nur auf administrative Raumbezüge wie Gemeinden, Landkreise und Bundesländer, sondern auch auf dazu passende Vergleichskategorien (z. B. Stadt-Land, West-Ost, Siedlungstypen, Stadt- und Gemeindetypen) und sonstiger, weit verbreiteter Regionalgliederungen, wie z. B. Bezirke der Industrie- und Handelskammern (IHK) oder Arbeitsmarktregionen.
- Aus Gründen der bundesweiten Vergleichbarkeit ist die kleinste Beobachtungseinheit daher nicht die Gemeinde, sondern der Gemeindeverband. Im Vergleich zum Wegweiser Kommune werden datenbezogene Informationen auch für Einheitsgemeinden und Gemeindeverbände der Größenklasse unter 5.000 Einwohnerinnen und Einwohner bereitgestellt.

- Die statistischen Kenngrößen sind weitgehend für Zeitreihen berechnet, d. h. Gemeinden und Landkreise werden in ihren aktuellen Grenzen abgebildet; die Berichterstattung schließt reformierte Gemeinden und Kreise aus der Berichterstattung nicht aus. In Analogie zum Wegweiser Kommune starten die Zeitreihen für die SDG-Indikatoren, soweit möglich, mit dem Beobachtungsjahr 2006, für andere Themen in INKAR z. T. bereits ab 1995.
- Der flexible Zugang erlaubt die beliebige thematische, räumliche und zeitliche Zusammenstellung der Informationen und deren Export in gängigen Ausgabeformaten. Die SDG-Indikatoren lassen sich so je nach Interessenslage und geplanter Nutzung mit weiteren Hintergrundinformationen kombinieren und weiterverarbeiten.
- Die gesamte Informationsbasis von INKAR wird für jedwede eigene Nutzung kostenfrei zur Verfügung gestellt.

INKAR ist intuitiv bedienbar. Nutzer können in wenigen Schritten regionale Daten abrufen und thematische Karten erzeugen, um zu ermitteln, wie sich das eigene Lebensumfeld im regionalen Vergleich präsentiert. Die Palette an Themen ist breit: Sie reicht von der Bevölkerungsstruktur über die Wirtschaftskraft, öffentliche Finanzen und Sozialleistungen bis hin zu Arbeit, Bildung, Wohnen, Verkehr, Erreichbarkeit und Flächennutzung. Animierte Karten zeigen Entwicklungen im Zeitraffer.



Abb. INKAR online

2.4 Organisation

Zur Organisation des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ wurden eine Arbeitsgruppe eingesetzt und Diskussionsveranstaltungen durchgeführt. Darüber hinaus wurden die Zwischenergebnisse im Beirat des Projektes „Monitor Nachhaltige Kommune“ bzw. des Folgeprojektes „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ der Bertelsmann Stiftung diskutiert.

Im Folgenden werden die Adressaten und die Aufgaben der einzelnen Gremien bzw. Formate kurz skizziert:

Arbeitsgruppe

Mitglieder der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ sind die Bertelsmann Stiftung, das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, der Deutsche Landkreistag, der Deutsche Städtetag, der Deutsche Städte- und Gemeindebund, das Deutsche Institut für Urbanistik und Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt sowie – seit Herbst 2019 – auch der Rat der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion.

Der Deutsche Städtetag hat das Vorhaben im Frühjahr 2017 initiiert und moderiert die Arbeitsgruppe mit Vertreterinnen und Vertretern der beteiligten Organisationen. Der Deutsche Landkreistag und der Deutsche Städte- und Gemeindebund begleiten die Projektarbeit und setzen sich – ebenso wie der Deutsche Städtetag – für die Anwendung der SDG-Indikatoren in den jeweiligen Kommunen ein. Auch die deutsche Sektion des Rats der Gemeinden und Regionen Europas unterstützt den Einsatz der Indikatoren in ihren Mitgliedskommunen. Das Deutsche Institut für Urbanistik ist von der Bertelsmann Stiftung mit der Entwicklung und Weiterentwicklung der Indikatoren beauftragt worden. Die Bertelsmann Stiftung ist für die Gesamtorganisation des Vorhabens, die Publikation der Projektergebnisse und die Bereitstellung von Daten über die Portale www.wegweiser-kommune.de und www.sdg-portal.de zuständig. Das Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung wirkt bei der Entwicklung und Weiterentwicklung der Indikatoren mit und stellt Daten über das Portal www.inkar.de zur Verfügung. Engagement Global unterstützt die Projektarbeit mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt inhaltlich und hat die Arbeit der Bertelsmann Stiftung mit Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung gefördert.

Das Bundeskanzleramt und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit sowie der Interministerielle Arbeitskreis "Nachhaltigkeitsindikatoren" des Bundes haben das Vorhaben – insbesondere die Weiterentwicklung der SDG-Indikatoren – konstruktiv begleitet.

Diskussionsveranstaltungen

Das Format der Diskussionsveranstaltungen richtet sich u. a. an die Kommunen, die die Musterresolution des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion zur Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung unterzeichnet haben, an die Modellkommunen der landesspezifischen Projekte „Global Nachhaltige Kommune“ von Engagement Global sowie an die an dem Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ bzw. dem Folgeprojekt „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ der Bertelsmann Stiftung beteiligten Städte und Landkreise. Darüber hinaus nehmen Vertreter:innen der Mitglieder der Arbeitsgruppe „SDG- Indikatoren für Kommunen“ sowie weitere Fachexpertinnen und -experten an den Diskussionsveranstaltungen teil.

Die Diskussionsveranstaltungen werden von der Bertelsmann Stiftung vorbereitet, organisiert und nachbereitet. In den Veranstaltungen werden die Zwischenergebnisse der Arbeitsgruppe zur Diskussion gestellt. Das Feedback der Teilnehmer:innen wird bei der Weiterentwicklung der Arbeitsergebnisse durch das Deutsche Institut für Urbanistik bzw. die Arbeitsgruppe berücksichtigt. Die überarbeiteten Unterlagen werden dem Projektbeirat vorgelegt.

Projektbeirat

Dem Projektbeirat gehören Vertreter:innen der Städte und Landkreise, die am Projekt der Bertelsmann Stiftung beteiligt sind (zur Zeit: Stadt Arnsberg, Stadt Freiburg i. Brsg., Stadt Eltville am Rhein, Stadt Geestland, Stadt Münster, Landeshauptstadt Stuttgart sowie Landkreis Cochem-Zell und Kreis Lippe), Vertreter:innen der kommunalen Spitzenverbände, des Deutschen Instituts für Urbanistik, des Bundesinstituts für Bau-, Stadt- und Raumforschung, der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global, des Rats für Nachhaltige Entwicklung, der Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., von ICLEI – Local Governments for Sustainability sowie weitere Fachexpertinnen und -experten an.

Der Projektbeirat gibt Rückmeldungen zu den im Rahmen der Diskussionsveranstaltungen erzielten Arbeitsergebnissen. Die Rückmeldungen werden bei der Finalisierung der Arbeitsergebnisse durch das Deutsche Institut für Urbanistik bzw. die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ berücksichtigt.

Exkurs „Indikatoren zur Abbildung der globalen Verantwortung von Kommunen“

Dr. Stefan Wilhelmy / Annette Turmann, Engagement Global

„Leaving no one behind“, „niemanden zurücklassen“, darauf verpflichten sich die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen in der Einleitung der Agenda 2030. Dies bezieht sich sowohl auf die jeweils eigene Gesellschaft, als auch auf die Weltgemeinschaft. Letztlich stehen die 17 Ziele für eine nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals, SDGs) für Themen, die über unsere nationalen Grenzen hinausgehen und nur im globalen Zusammenspiel umzusetzen sind. Ein kommunales Monitoring der Umsetzung der SDGs steht damit vor der Herausforderung, auch externe Effekte zu berücksichtigen, die ganz erheblich darauf einwirken, ob andere Länder ihre Nachhaltigkeitsziele realisieren können oder nicht. Kommunale Steuerungssysteme sollten deshalb möglichst auch Indikatoren verwenden, die nicht nur die Zielvorgaben auf dem heimischen Terrain messen, sondern auch das entwicklungspolitische Engagement der Kommune in der Welt bzw. das Wirken der Kommune auf andere Länder. Mit zunehmender Bedeutung und neuen Handlungsspielräumen der Kommunen als entwicklungspolitische Akteure rücken diese Fragen verstärkt in den Fokus.

Mit ihrem Angebot „Global Nachhaltige Kommune“ fördert die Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (SKEW) mit der finanziellen Unterstützung des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) Kommunen bei der konzeptionellen Umsetzung der SDGs. Dabei wird das Thema Globale Verantwortung von Beginn an mitgedacht und immer mehr Kommunen setzen sich in dieser Weise mit den Themen der kommunalen Entwicklungspolitik und der SDGs auseinander. Die SKEW arbeitet mit verschiedenen Akteuren zusammen, um diese Ebene des SDG-Monitorings abzudecken, Leitfäden zu entwickeln und bei der Suche nach passgerechten Indikatoren zu unterstützen. In diesem Zusammenhang hat die SKEW auch das Projekt zur Entwicklung von SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik der Bertelsmann Stiftung unterstützt und gefördert.

Das Projektziel bestand dabei darin, Indikatoren für die Messung des entwicklungspolitischen Beitrags von Kommunen in Deutschland zur Umsetzung der Agenda 2030 bzw. der SDGs zu entwickeln und zu erproben. Die SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik sollten möglichst praxisorientiert, einfach zu erheben, steuerungsrelevant und interkommunal vergleichbar sein. Soweit möglich sollten die Indikatoren auf Basis vorhan-

dener Statistiken oder Erhebungen ermittelt werden. Für die Gewinnung der Daten wurden neben der amtlichen Statistik auch mögliche weitere Datenquellen recherchiert. Da Kennzahlen zur kommunalen Entwicklungspolitik bisher jedoch nur in begrenztem Umfang vorlagen, waren die Indikatoren weitgehend von den Kommunen selbst zu erheben. Hierfür wurden im Projekt zur Entwicklung von SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik geeignete Erhebungsinstrumente erarbeitet.

Im Ergebnis wurden die folgenden 16 Kernindikatoren für kommunale Entwicklungspolitik definiert, die zum Teil in den Katalog der SDG-Indikatoren für Kommunen insgesamt eingeflossen sind:

- SDG 4 „Hochwertige Bildung“: Nachhaltige Schulen, Nachhaltige Kitas;
- SDG 10 „Weniger Ungleichheiten“: Projekte mit migratorischen Organisationen, Migrationsanteil in Stadträten, Gemeinderäten bzw. Kreistagen;
- SDG 12 „Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster“: Projekte mit Initiativen des Fairen Handels, Fairtrade-Towns, Fairtrade-Schools, Fairtrade-Universities, Index nachhaltige Beschaffung, Nachhaltige Beschaffungsverfahren;
- SDG 13 „Maßnahmen zum Klimaschutz“: Klimapartnerschaften;
- SDG 17 „Partnerschaften zur Erreichung der Ziele“: Ausgaben für kommunale Entwicklungspolitik, Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, Partnerschaften in Ländern des globalen Südens, Projekte in Ländern des globalen Südens, entwicklungspolitische Projekte.

Die testweise Erhebung hat gezeigt, dass die Kernindikatoren für kommunale Entwicklungspolitik praxisnah ausgerichtet und grundsätzlich auch gut erhebbar sind. Weiterer Entwicklungsbedarf ist allerdings noch bei der Schärfung von Indikatorendefinitionen und bei der Optimierung von Erhebungshilfen gegeben. Eine zusätzliche Herausforderung besteht bei der Sammlung, Aufbereitung und Bereitstellung interkommunaler vergleichbarer Daten für die überwiegend nicht aus vorhandenen Quellen verfügbaren Indikatoren.

2.5 Zeitplan

Entwicklung

Das Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ begann im Frühjahr 2017. Ein Jahr später wurde der erste Indikatorenkatalog veröffentlicht. Zeitgleich wurden die aus zentralen Quellen verfügbaren Daten im Wegweiser Kommune eingestellt. Ende 2018 wurden die Daten zudem im SDG-Portal für Kommunen zur Verfügung gestellt.

Erprobung

Die SDG-Indikatoren wurden sowohl mit als auch ohne externe Begleitung erprobt. Eine externe Unterstützung der Erprobung erfolgte in der Landeshauptstadt Stuttgart, im Saarpfalz-Kreis (Modellkommune im Projekt „Global Nachhaltige Kommunen im Saarland“) sowie in einzelnen Modellkommunen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ bzw. des Folgeprojekts „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ der Bertelsmann Stiftung.

Das Ziel der Erprobung in der Landeshauptstadt Stuttgart bestand darin, eine quantitative Bestandsaufnahme auf Basis der SDG-Indikatoren vorzunehmen. Das Projekt wurde in Zusammenarbeit mit der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global durchgeführt. Mit der operativen Unterstützung wurde das Deutsche Institut für Urbanistik beauftragt. Die Ergebnisse des Projekts können hier abgerufen werden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/lebenswertes-stuttgart-die-globale-agenda-2030-auf-lokaler-ebene>.

Das Projekt „Global Nachhaltige Kommunen im Saarland“ der Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global wurde in Kooperation mit dem Institut für angewandtes Stoffstrommanagement (IfaS) am Umwelt Campus Birkenfeld durchgeführt. Im Rahmen des Projektes wurden 13 Kommunen in der Umsetzung der Agenda 2030 beraten. Mit dem Saarpfalz-Kreis wurde außerdem eine quantitative Bestandsaufnahme auf Basis der SDG-Indikatoren durchgeführt. Dieses Vorhaben wurde vom IfaS im Auftrag der Bertelsmann Stiftung begleitet. Mit dem Saarpfalz-Kreis wurde ebenfalls eine quantitative Bestandsaufnahme auf Basis der SDG-Indikatoren durchgeführt. Dieses Vorhaben wurde vom IfaS im Auftrag der Bertelsmann Stiftung begleitet. Die Ergebnisse dieser Erprobung können hier abgerufen werden: <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/lebenswerter-saarpfalz-kreis-die-globale-agenda-2030-auf-lokaler-ebene-1>.

In den Modellkommunen des Projekts „Monitor Nachhaltige Kommune“ bzw. des Folgeprojekts „Agenda 2030 – Nachhaltige Entwicklung vor Ort“ wurde die Anwendung der SDG-Indikatoren durch ICLEI – Local Governments for Sustainability bzw. durch die Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW unterstützt.

Teilweise wurden die SDG-Indikatoren auch selbstständig getestet, wie z. B. in Kommunen, die die Muster-Resolution des Deutschen Städtetags und des Rats der Gemeinden und Regionen Europas / Deutsche Sektion unterzeichnet hatten.

Evaluierung

Die Erfahrungen aus der Erprobung wurden gesammelt, ausgewertet und für die Weiterentwicklung nutzbar gemacht. In einer kleinen Zahl an Kommunen wurde hierzu eine qualitative Untersuchung durch das Deutsche Institut für Urbanistik im Auftrag der Bertelsmann Stiftung durchgeführt. Die qualitative Untersuchung betrachtete jeweils zwei Kommunen aus den folgenden drei Gruppen: Kommunen, die die SDG-Indikatoren mit externer Unterstützung eingesetzt hatten, Kommunen, die die SDG-Indikatoren ohne externe Unterstützung eingesetzt hatten, und Kommunen, die sich zu den SDG-Zielen bekannt, bisher aber nicht mit dem Instrument „SDG-Indikatoren für Kommunen“ gearbeitet hatten.

In diesen Kommunen wurden hauptsächlich Interviews mit den jeweiligen Nachhaltigkeitsbeauftragten durchgeführt. In den Interviews ging es um Erfahrungen mit der Abbildung von „Nachhaltigkeit“, vor allem der quantitativen Abbildung, Erfahrungen mit den SDG-Indikatoren für Kommunen, Stärken und Schwächen der Indikatoren sowie andere Nutzungshindernisse.

Auf Basis der Evaluationsergebnisse wurden Anfang 2019 die Schwerpunkte der Weiterentwicklung des SDG-Indikatorenkatalogs festgelegt.

Weiterentwicklung

Für die Weiterentwicklung des SDG-Indikatorenkatalogs definierte die Arbeitsgruppe sechs Schwerpunktthemen:

- Vertikale Integration der Indikatoren;
- Indikatoren für Klima und Energie;
- Indikatoren für Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisentwicklung;
- Indikatoren für weitere Einzelthemen;
- Indikatoren auf Basis offener Daten;
- Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik.

Die ersten fünf Schwerpunktthemen wurden durch das Deutsche Institut für Urbanistik bearbeitet. Für die Weiterentwicklung und Erprobung der entwicklungspolitischen Indikatoren wurde ein separates Projekt aufgesetzt, das von der Bertelsmann Stiftung in Kooperation mit und gefördert durch Engagement Global mit ihrer Servicestelle Kommunen in der Einen Welt, mit Unterstützung durch die Kommunale Gemeinschaftsstelle sowie in Zusammenarbeit mit ausgewählten Modellkommunen durchgeführt wurde. (siehe Exkurs "Indikatoren zur Abbildung der globalen Verantwortung von Kommunen")

Nr.	Gremium / Format	Thema	Ort	Termin
1	Arbeitsgruppensitzung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Köln	07.06.2017
2	Diskussionsveranstaltung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Hannover	26.06.2017
3	Projektbeiratssitzung	Prüfung der Relevanz der SDGs	Berlin	30.06.2017
4	Arbeitsgruppensitzung	Identifikation der Indikatoren	Köln	21.09.2017
5	Diskussionsveranstaltung	Identifikation der Indikatoren	Hannover	10.10.2017
6	Projektbeiratssitzung	Identifikation der Indikatoren	Berlin	07.11.2017
7	Arbeitsgruppensitzung	Beschreibung der Indikatoren und Erhebung der Daten	Köln	30.01.2018
8	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion des Manuskripts der Publikation	Köln	25.04.2018
9	Projektbeiratssitzung	Diskussion des Manuskripts der Publikation	Berlin	19.09.2018
10	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der finalen Fassung der Publikation	Köln	20.10.2018
11	Projektbeiratssitzung	Diskussion der finalen Fassung der Publikation	Berlin	07.11.2018
12	Arbeitsgruppensitzung	Ergebnisse der Evaluierung	Köln	14.03.2019
13	Projektbeiratssitzung	Zwischenergebnisse der Weiterentwicklung	Berlin	17.06.2019
14	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der 1. Fassung der neuen Indikatoren	Köln	18.08.2019
15	Diskussionsveranstaltung	Diskussion der 1. Fassung der neuen Indikatoren	Hannover	01.10.2019
16	Projektbeiratssitzung	Diskussion der 1. Fassung der neuen Indikatoren	Berlin	22.10.2019
17	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der 2. Fassung der neuen Indikatoren (Teil 1)	Köln	04.12.2019
18	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der 2. Fassung der neuen Indikatoren (Teil 2)	Köln	15.01.2020
19	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der 3. Fassung der neuen Indikatoren	virtuell	26.05.2020
20	Arbeitsgruppensitzung	Diskussion der finalen Fassung der neuen Indikatoren	virtuell	26.08.2020
21	Projektbeiratssitzung	Vorstellung der finalen Fassung der neuen Indikatoren	virtuell	06.10.2020

Tab. Bisherige Meilensteine der Projektarbeit

Exkurs „Die Bedeutung der Kommunen für die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie“

Miriam Elsäeßer, Deutscher Landkreistag / Lucas Milbert, Deutscher Städtetag

Eine nachhaltige Entwicklung lässt sich nur mit den Kommunen erreichen. Dass dies nicht nur auf das Nachhaltigkeitsziel 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ zutrifft, sondern auf alle 17 Ziele zeigt der Katalog der SDG-Indikatoren für Kommunen deutlich: Vom Kernindikator 1 zur SGB II-/XII-Quote über die Indikatoren 13, 14 und 15 zur wohnungsnahen Grundversorgung im Gesundheitsbereich bis hin zu Indikator 120 zur Anzahl der developmentspolitischen Projekte tragen Städte, Landkreise und Gemeinden ganz entscheidend zu einer nachhaltigen Entwicklung in Deutschland bei.

Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass die Kommunen in der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) nur eine relativ geringe Beachtung finden und diese im Laufe der Zeit auch noch abzunehmen scheint. Gab es in der Neuauflage der DNS von 2016 noch ein Unterkapitel mit dem Titel „Bedeutung der Länder und Kommunen für eine nachhaltige Entwicklung“, in dem die entscheidende Bedeutung der Kommunen für die Umsetzung der deutschen Nachhaltigkeitsziele und der Agenda 2030 herausgestellt wurde, wird in der Aktualisierung von 2018 nur noch vereinzelt im Kontext von Leuchtturmprojekten, der „Einbeziehung gesamtgesellschaftlicher Akteure“ oder der „Bund-Länderzusammenarbeit“ auf die Rolle der Kommunen verwiesen.

Dass es auch anders geht, zeigt der internationale Vergleich. Bei einer jüngsten Umfrage von Platforma, dem europäischen Verbund für kommunale Entwicklungszusammenarbeit, gaben 58 % der teilnehmenden Kommunalverbände an, in die nationale Nachhaltigkeitsberichterstattung einbezogen worden zu sein.¹ Eine vergleichbare, systematische Berücksichtigung und Einbindung der Kommunen in Deutschland fehlt.

Diese Tendenz spiegelt sich auch in der Auswahl der Schlüsselindikatoren wider, anhand derer die nachhaltige Entwicklung in Deutschland gemäß der DNS gemessen werden soll. Viele Indikatoren, die auf kommunaler Ebene vorliegen und unkompliziert in die DNS übernommen werden könnten, werden nicht genutzt. Der Beitrag der Kommunen zu einer nachhaltigen Entwicklung wird somit unzureichend dargestellt. Die DNS betont zwar, dass Städte, Landkreise und Gemeinden wesentliche Akteure einer nachhaltigen Entwicklung sind, doch leistet sie nur begrenzt Hilfestellung, wenn es darum geht, den Beitrag der Kommunen zur Erreichung der Nachhaltigkeitsziele zu erfassen.

Heraus stechen hierbei etwa die Indikatoren zu SDG 3 „Gesundheit und Wohlergehen“, die die wohnungsnah Grundversorgung mit Hausärzten, Krankenhäusern und Apotheken (Indikatoren 13 – 15 der SDG-Indikatoren für Kommunen) sowie mit Plätzen und Personal in Pflegeheimen und Pflegediensten (Indikatoren 16 – 18) abbilden. Insbesondere in der aktuellen pandemischen Situation wird deutlich, dass das Ziel „Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern“ nicht allein an der vorzeitigen Sterblichkeit sowie der Raucher- und Adipositasquote gemessen werden kann, sondern zu einem großen Teil von der wohnortnahen Versorgung abhängt, die auf Ebene der Kommunen geleistet wird. Dass diese vorhandenen Daten nicht in die DNS einfließen, führt zu einer verkürzten Abbildung der nachhaltigen Entwicklung in Deutschland.

Dies trifft auch auf das SDG 4 „Hochwertige Bildung“ zu: Die wohnungsnah Grundversorgung mit Grundschulen (Indikator 20) wäre hier eine sinnvolle Ergänzung, um einen Aspekt hochwertiger Bildung in Deutschland zu erfassen. Mit der Aufnahme des Indikators zur Anzahl der integrativen Kindertageseinrichtungen (Indikator 27) würde darüber hinaus dem Aspekt der Inklusion Rechnung getragen werden. Dieser wird von keinem Schlüsselindikator der DNS erfasst.

SDG 11 „Nachhaltige Städte und Gemeinden“ bezieht sich ausdrücklich auf kommunale Belange. Das Ziel ist, Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig zu gestalten. Hier wäre eine Ergänzung der DNS etwa durch Indikatoren zur wohnungsnahen Grundversorgung mit Supermärkten (Indikator 59) und der Ausstattung mit wohnungsnahen Grünflächen (Indikator 70) wünschenswert, da diese neben anderen Indikatoren für die unmittelbare Lebensqualität der Menschen in Deutschland stehen.

Diese Liste ließe sich für viele weitere SDGs fortsetzen. Zu der Frage, welche Indikatoren im Einzelnen am relevantesten sind, um die nachhaltige Entwicklung Deutschlands abzubilden kann es freilich unterschiedliche Einschätzungen geben. Deutlich sollte aber geworden sein, dass ohne eine umfassende Berücksichtigung der kommunalen Ebene kein vollständiges Bild der nachhaltigen Situation Deutschlands gezeichnet werden kann.

¹ CEMR & PLATFORMA (2020) The 2030 Agenda through the eyes of local and regional governments' associations

3

Methodik zur Entwicklung von SDG-Indikatoren für Kommunen

Dr. Jasmin Jossin / Oliver Peters / Philipp Holz / Dr. Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik

3.1 Ziele des SDG-Indikatorenkatalogs

Primäres Ziel des Vorhabens „SDG-Indikatoren für Kommunen“ ist die Entwicklung geeigneter Indikatoren zur Abbildung der 17 SDGs auf kommunaler Ebene in Deutschland. Hierzu werden Indikatoren identifiziert, teils auch neu definiert und entsprechende Daten zusammengetragen, um die Indikatorenwerte – soweit als möglich – auf kommunaler Ebene bereitzustellen. Der Indikatorenkatalog soll dabei als Instrument für ein wirkungsorientiertes kommunales Nachhaltigkeitsmanagement dienen und Empfehlungs- bzw. Baukastencharakter haben, sodass einzelne Kommunen selbst entscheiden können, welche Indikatoren sie vor Ort verwenden und inwiefern sie diese ändern, ergänzen oder anderweitig interpretieren möchten. Je nach Zielsetzung der Kommune kann es sinnvoll sein, den Indikatorenkatalog in seiner Gesamtheit anzuwenden (z. B. im Fall einer umfassenden Bestandsaufnahme zum Stand der nachhaltigen Entwicklung) oder eine Auswahl bestimmter Indikatoren zu treffen (z. B. bei einer Strategieentwicklung oder Erfolgskontrollen bestimmter Maßnahmen). Ist Letzteres das Ziel, empfehlen wir jedoch zu beachten, dass die SDGs laut Präambel der Agenda 2030 als unteilbar wahrgenommen und möglichst in ihrer Gesamtheit betrachtet und bewertet werden sollten. Dies ist wichtig, um den vielfältigen Abhängigkeiten zwischen unterschiedlichen Teilzielen innerhalb eines SDGs oder zwischen SDGs gerecht zu werden. Mit anderen Worten: Nur wenn die systemischen Zusammenhänge und Konsequenzen (sog. Zielkongruenzen und Zielkonflikte) von Maßnahmen betrachtet werden, kann der Beitrag einer Strategie oder Maßnahme zur kommunalen nachhaltigen Entwicklung sinnvoll evaluiert werden.²

Mit ihrer Gründung im Jahr 2017 setzte sich die Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ das Ziel, einen ebenso handlungsleitenden (steuerungsrelevanten) wie handhabbaren (überschaubaren) SDG-Indikatorenkatalog zu erarbeiten. Um diese Ziele effizient erreichen zu können, basierte die Entwicklung von Indikatoren auf einer Überprüfung der Relevanz der 169 SDG-Unterziele für deutsche Kommunen. Mit diesem sogenannten Relevanz-Check wur-

den in drei Schritten diejenigen SDG-Unterziele oder Teilaussagen in diesen Unterzielen (Teilzielen) identifiziert, für die eine besondere Relevanz für deutsche Kommunen angenommen wird. Dafür wurde ein stark partizipativ angelegtes und in mehreren Schritten und durch unterschiedliche Gremien überarbeitetes Verfahren gewählt (siehe Assmann, Honold, Grabow & Roose 2018 sowie Knipperts 2020).

Die Ausgestaltung des Relevanz-Checks und seine Ergebnisse werden im folgenden Teilkapitel eingehender beleuchtet. Vorab möchte die Arbeitsgruppe jedoch darauf hinweisen, dass das Ergebnis eines negativen Relevanz-Checks für ein Unter- bzw. Teilziel keineswegs bedeutet, dass dieses Ziel für einzelne Kommunen und deren individuelle Zielsetzung und Problemstellung nicht doch relevant sein kann. Es liegt daher in der Verantwortung jeder einzelnen Kommune, für sich selbst zu prüfen, welche weiteren Unterziele oder Teilziele sie in ihr individuelles Nachhaltigkeitsmonitoring aufnehmen möchte.

3.2 Prüfung der Relevanz der SDGs als Grundlage für die Entwicklung von Indikatoren

3.2.1 Grundüberlegungen zum Relevanz-Check

Nach Ansicht der Arbeitsgruppe kommt (auch) den deutschen Kommunen eine zentrale Rolle bei der Umsetzung der Agenda 2030 und damit der Lösung unterschiedlichster globaler Probleme und Herausforderungen zu. Deutsche Kommunen sollten ihr kommunales Handeln daher nicht nur auf SDG 11 und andere ausgewählte Ziele fokussieren, sondern sich möglichst an der Umsetzung aller 17 SDGs und (fast) aller Unterziele beteiligen (siehe z. B. Engagement Global 2016; UCLG 2015): Sei es durch Maßnahmen „In der Kommune für die Kommune“, „In der Kommune für die Welt“ oder „In anderen Ländern durch andere Länder“ (vgl. Unterscheidung im Rahmen des Projektes „Global Nachhaltige Kommune“; Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. / Engagement Global 2018).

² In den Indikatoren-Steckbriefen finden sich unter den Rubriken „Statistische Zusammenhänge“ und „Rahmenbedingungen“ Hinweise darauf, welche potentiellen Zusammenhänge eines Indikators mit anderen Indikatoren und Strukturmerkmalen von Kommunen in jedem Fall mindestens beachtet werden sollten. Die Darstellung der statistischen Zusammenhänge und Rahmenbedingungen erhebt keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

Dennoch würde ein Indikatorenkatalog, der alle 169 Unterziele inhaltlich vollständig abbildet (und damit vermutlich aus Indikatoren im höheren dreistelligen oder sogar vierstelligen Bereich bestehen müsste), den Rahmen sprengen: für uns als Arbeitsgruppe, aber insbesondere für Kommunen, die mithilfe unseres Kataloges eine umfassende, aber handhabbare und realistisch durchführbare Bestandsaufnahme ihrer nachhaltigen Entwicklung vornehmen möchten. Daher liegt der Fokus der SDG-Indikatoren für Kommunen auf solchen Unter- oder Teilzielen, die wesentliche Probleme und Herausforderungen in deutschen Kommunen oder in Kommunen des globalen Südens ansprechen und die von deutschen Kommunen per eigener Aufgabenkompetenz – zumindest teilweise und vor allem messbar – gelöst bzw. bewältigt werden können.

Ein grundsätzliches Problem stellen SDG-Unterziele dar, deren Formulierungen Interpretationsspielräume zulassen und damit das Resultat des Relevanz-Checks von der jeweiligen Interpretation abhängig machen. In einigen Fällen war dafür der Vergleich mit der englischen Originalformulierung hilfreich, oder es wurden im Zweifel – die in der Agenda 2030 formulierten Grundprinzipien „Menschen, Planet, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft“ zu Grunde gelegt.

Beispielsweise ist zunächst nicht eindeutig zu erkennen, was unter den in SDG 7.1 angesprochenen „moderne(n) Energiedienstleistungen“ zu verstehen ist, was auch auf die englische Originalformulierung zutrifft („modern energy services“): So könnten in den am wenigsten entwickelten Ländern auch Kohlekraftwerke moderne Energiequellen darstellen; diese würden jedoch dem Grundprinzip „Planet“, in dem explizit der Schutz des Planeten vor Schädigung und Maßnahmen gegen den Klimawandel gefordert werden, widersprechen. Um SDG 7.1 als relevantes Unterziel einstufen zu können, wurde ‘modern’ mit sauber und erneuerbar gleichgesetzt.

Die Interpretation ist im Allgemeinen entweder daran ersichtlich, ob Unterziele in verschiedene Teilziele aufgliedert wurden, oder sie erschließt sich aus der Art der zugeordneten Indikatoren. Insgesamt wurden jedoch keine „Uminterpretationen“ oder auch Ergänzungen (z. B. aus Gründen der Systematik oder auf Basis bestimmter wissenschaftlicher Erkenntnisse) von Aussagen vorgenommen.

So wurden die in SDG 11.1. angesprochenen Slums nicht mit informellen Siedlungen (eher freiwilligen Charakters) oder sozial kritischen Wohngebieten gleichgesetzt. Stattdessen fand die internationale Definition eines Elendsviertels Berücksichtigung, sodass dieses Unterziel in zwei Teilaussagen zerlegt wurde. Ähnlich wurde auch die in 15.3.1 genannte Wüstenbildung nicht mit Bodenverödung oder -degradation „übersetzt“, sodass dieses Teilziel ebenfalls nicht relevant für deutsche Kommunen ist, gleichwohl aber für Kommunen im globalen Süden. Auch wurden die Unterziele, in denen nichtkommunale Akteure oder Institutionen angesprochen sind, nicht für Kommunen umgedeutet, wenngleich auch Kommunen durch entsprechende Handlungen einen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten könnten (z. B. sind in SDG 13.a „Finanzmittel bereitzustellen, um Entwicklungsländer bei Klimaschutzmaßnahmen zu unterstützen“ nicht Kommu-

nen, sondern nur die Vertragsparteien des UN-Rahmenübereinkommens über Klimaänderungen adressiert.) Die einzige Ausnahme hierzu bildet SDG 13.2 („Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen“). Zwar wird hier explizit die nationale Ebene angesprochen, allerdings können globale Klimaschutzziele nur dann erreicht werden, wenn auch die kommunale Ebene einen Beitrag leistet. Es wurden zunächst keine Ergänzungen in der Art vorgenommen, Zielvorgaben für ein Umsetzungsmittel (kommunale) Entwicklungszusammenarbeit als hilfreich oder notwendig hinzuzufügen, wenn diese nicht explizit oder implizit als Umsetzungsmittel angesprochen war – auch wenn es sich um einen Bereich handelte, der Gegenstand der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit sein kann (z.B. SDG 3.8.1 „Die allgemeine Gesundheitsversorgung [...] für alle erreichen“).

3.2.2 Aufbau des Relevanz-Checks

3.2.2.1 Unterteilung der 169 Unterziele (Schritt 1)

Zunächst wurden die 169 Unterziele der 17 SDGs daraufhin geprüft, ob sie in Teilaussagen bzw. -ziele aufgegliedert werden müssen, um eine konsistente Prüfung der Relevanz für deutsche Kommunen zu ermöglichen. Dies war bei einigen Unterzielen notwendig, da inhaltlich unterscheidbare Komponenten beim Problem-Check oder beim Aufgaben-Check möglicherweise unterschiedlich bewertet werden mussten.

Eine solche Unterteilung wurde beispielsweise bei SDG 11.1 („Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren“) vorgenommen. So fiel der Relevanz-Check für das erste Teilziel „Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicheren und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen“ (SDG 11.1.1) positiv aus, während das Ergebnis des Relevanz-Checks für das zweite Teilziel „Bis 2030 Slums sanieren“ (SDG 11.1.2) negativ war, da Slums in Deutschland nicht existieren. Gleichwohl gelten Slums als Problem des globalen Südens und Aufgabe der kommunalen Entwicklungspolitik, weshalb das Teilziel in einem zweiten Relevanz-Check (siehe Kapitel 3.2.2.4) wiederum als positiv eingestuft wurde.

Ergebnis: Insgesamt wurden gemäß dieser Vorgehensweise 43 der 169 Unterziele in 94 Teilziele gegliedert – das heißt, dass in acht Fällen ein Unterziel sogar in drei Teilziele zerlegt wurde. Nach dem ersten Schritt des Relevanz-Checks existierten für die 17 SDGs daher 220 Unter- und Teilziele, für die im nächsten Schritt ein Problem-Check durchgeführt wurde.

3.2.2.2 Problem-Check (Schritt 2)

Ausgehend von den oben genannten Grundüberlegungen wurden solche Probleme oder Herausforderungen als wesentlich für deutsche Kommunen eingestuft, die einen „bedeutsamen“ Anteil der Kommunen oder relevanter Bevölkerungsgruppen in Deutschland betreffen – als Daumenregel mehr als 10 %. Damit sind beispielsweise Herausforderungen für Kommunen an der Meeresküste

(oder auch in Bergregionen) vorerst ausgeschlossen; es sei denn, auch andere Kommunen können zum Unterziel einen zentralen Beitrag leisten. Ziele des Meeresschutzes und der Bergökosysteme sind gleichwohl bei der nationalen Berichterstattung zu berücksichtigen. In Ausnahmefällen fiel der Problem-Check auch für Unterziele oder Teilaussagen positiv aus, die weniger als 10 % bestimmter Bevölkerungsgruppen betreffen, aber dennoch ein nicht zu vernachlässigendes gesellschaftliches Problem darstellen, das aktuell für Kommunen noch nicht zufriedenstellend gelöst ist: und zwar in Fällen, in denen politischer Konsens über Handlungsbedarfe besteht.

Dies trifft etwa auf Mangelernährung (SDG 2.2) zu, die nach Schätzungen etwa 1,5 Millionen Menschen – insbesondere in stationären Gesundheitseinrichtungen – in Deutschland betrifft (vgl. z.B. Monitor Versorgungsforschung, 2017). Dies sind zwar weniger als 10 % der Bevölkerung, jedoch kann von politischem Konsens über Handlungsbedarfe ausgegangen werden. Ein anderes Beispiel ist Analphabetismus (SDG 4.6 „Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen“), der zumindest in eingeschränkter Form über 7 Millionen Erwachsene in Deutschland betrifft (Bundesministerium für Bildung und Forschung, 2016).

Ein Handlungsbedarf besteht auch dann, wenn der in den Zielen anvisierte Zeithorizont zur Zielerreichung nicht unbedingt eingehalten werden kann, das Ausmaß der anvisierten Verbesserung im Fall quantitativer Ziele in Deutschland nicht erreichbar ist oder aufgrund zu erwartender Zielkonflikte in einigen Kommunen als gar nicht erstrebenswert gilt.

So ist etwa das globale Ziel (SDG 3.6), bis 2020 die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit zu halbieren, in Deutschland aufgrund der im Vergleich zu vielen anderen Ländern fortgeschrittenen Sicherheitslage nicht erreichbar, dennoch können deutsche Kommunen eine Verringerung der Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen anstreben. Eine beträchtliche Aufforstung (SDG 15.2.2) könnte in einigen deutschen Kommunen zu Flächenknappheit und Zielkonflikten mit anderen Handlungsbereichen nachhaltiger Entwicklung führen, während sie in manchen Kommunen jedoch sicherlich sinnvoll wäre.

Ergebnis: Der Problem-Check fiel für 145 der 220 oder 65,9 % der Unter- bzw. Teilziele positiv aus. Für diese Unter- bzw. Teilziele wurde im dritten Schritt ein Aufgaben-Check durchgeführt.

3.2.2.3 Aufgaben-Check (Schritt 3)

Die Überprüfung, ob „mit Hilfe kommunaler Aufgaben oder Produkte ein Beitrag zur Erreichung des jeweiligen Einzelziels geleistet werden kann“, wurde nur dann vorgenommen, wenn das Ergebnis des Problem-Checks positiv war. In diesem Fall basierte die Bewertung aus einem Abwägungsprozess auf Basis von zwei konkreten Quellen und subjektiver Einschätzung. Folgende Quellen dienten als Grundlage:

Der KGSt-Produktplan (Stand Juni 2016): Entgegen eines ersten Vorschlags, sich nur auf den KGSt-Produktplan zu konzentrieren, wurde dieser aus mehreren Gründen als nicht ausreichend für die Bewertung befunden: Erstens ist er nicht vollständig, da er z. B. ausgelagerte Aufgaben oft nicht beinhaltet; zweitens sind in einigen Fällen dort aufgelistete Produkte zu allgemein formuliert, um eine klare Aussage hinsichtlich der Bewertung eines Unterziels zuzulassen; drittens ist er in der Praxis nicht unumstritten bzw. wird nicht vollständig „gelebt“, sodass sich an einigen Orten andere, eigene Produktgliederungen herausgebildet haben. Die aktuellen Produktrahmenpläne der Bundesländer: Diese Pläne dienen einer produktorientierten Strukturierung der kommunalen Haushalte in dem jeweiligen Bundesland. Die Produktrahmenpläne der Bundesländer gehen bei der Formulierung der dort aufgelisteten Produkte etwas stärker ins Detail als der KGSt-Produktplan.

Den rechtlichen Rahmen zu jedem Unterziel vollständig zu klären und damit die Gemeinde- und Kreisordnungen aller Bundesländer zu prüfen war aus Kapazitäts- und Zeitgründen ausgeschlossen. Insgesamt kann eine Kommune nicht nur, aber auch durch freiwillige kommunale Aufgaben wie Klimaschutz, nachhaltige Beschaffung, Wirtschaftsförderung oder Bildung für nachhaltige Entwicklung einen Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung leisten.

Als generelle Entscheidungsregel wurde festgelegt: Können deutsche Kommunen unmittelbar mit Hilfe kommunaler Aufgaben oder Produkte (d. h. durch eigene Kompetenz der Kommunalverwaltung, der politischen Akteure oder der kommunalen Unternehmen; „große Handlungsoptionen“) einen Beitrag zur Erreichung der jeweiligen Einzelaussage leisten oder besitzen Kommunen Möglichkeiten, entsprechende Rahmenbedingungen für eine Umsetzung durch andere Akteure zu setzen („mittlere Handlungsoptionen“), so handelt es sich um eine kommunale Aufgabe im weitesten Sinne. Fälle, in denen eine Kommune andere Akteure lediglich für ein bestimmtes, den SDGs entsprechendes Verhalten motivieren kann („geringe Handlungsoptionen“), wurden nicht als relevante Aufgabe bewertet.

So fällt etwa SDG 11.1.1 („Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen“) klar in den (Pflicht-)Aufgabenbereich einer Kommune; durch die Vielfalt an wohnungspolitischen Instrumenten ergeben sich große Handlungsoptionen. Mittlere Handlungsoptionen wurden etwa beim Wirtschaftswachstum gesehen (SDG 8.1.1 „Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten“), zu dem im Rahmen der kommunalen Wirtschaftsförderung günstige Rahmenbedingungen gesetzt werden können. Hingegen fiel der Aufgaben-Check für 16.10.2 („Die Grundfreiheiten schützen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften und völkerrechtlichen Übereinkünften“) negativ aus, da die Wahrung von Grundfreiheiten zwar Bestandteil kommunaler Aufgaben ist, Kommunen jedoch keine Verstöße sanktionieren und Grundfreiheiten damit nicht schützen können. Ein Beispiel für „geringe Handlungsoptionen“, die nicht als kommunale Aufgabe bewertet wurden, ist SDG 14.a („Die wissenschaftlichen Kenntnisse vertiefen,

die Forschungskapazitäten ausbauen und Meerestechnologien weitergeben, [...], um die Gesundheit der Ozeane zu verbessern und den Beitrag der biologischen Vielfalt der Meere zur Entwicklung der Entwicklungsländer, [...] zu verstärken“): Eine Kommune kann Forschungsschwerpunkte ansässiger Forschungsunternehmen zwar anregen, jedoch kaum über bestimmte Rahmenbedingungen direkt beeinflussen, und dies gilt auch für eine mögliche Einwirkung auf die Forschungspolitik auf Landes- oder Bundesebene.

Für den Aufgaben-Check wurde nicht berücksichtigt, ob die Kommunen aktuell über die institutionellen, finanziellen oder personellen Ressourcen zur Aufgabenbewältigung verfügen oder ob Kommunen einzelnen Zielen eine höhere Priorität beimessen. Prinzipiell trägt eine Verbesserung der Situation in der Kommune zu einer Verbesserung der Situation auf nationaler und globaler Ebene bei, auch wenn der Beitrag zur globalen Verbesserung unter Umständen in Maßzahlen nicht nachweisbar ist. Für den Aufgaben-Check war weiter wichtig, dass kommunale Maßnahmen zur Verbesserung eines Problems oder einer Herausforderung durch Indikatoren prinzipiell messbar sind. Damit werden indirekte, multiple Wirkketten kommunalen Handelns vorerst nicht direkt berücksichtigt.

Beispielsweise tragen Kommunen insbesondere durch CO₂-Emissionen zwar wesentlich zur Versauerung der Ozeane bei (SDG 14.3 „Die Versauerung der Ozeane auf ein Mindestmaß reduzieren und ihre Auswirkungen bekämpfen, unter anderem durch eine verstärkte wissenschaftliche Zusammenarbeit auf allen Ebenen“), jedoch ist der individuelle kommunale Beitrag hierbei nicht direkt nachweisbar und damit auch keinem Monitoring zugänglich. Hingegen fiel der Aufgaben-Check für SDG 14.1 („Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Land ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern“) positiv aus, da der Nährstoffeintrag in Flüsse auf kommunalem Gebiet prinzipiell zumindest schätzbar ist.

Ziele, die sich auf illegale Handlungspraktiken beziehen, wurden grundsätzlich nicht als aufgabenrelevant für Kommunen betrachtet, da sie in der Zuständigkeit der Strafverfolgungsbehörden liegen. Für den Fall, dass es Mängel in der Verfolgung von Straftaten und anderen illegalen Handlungen durch die Strafverfolgungsbehörden gibt, kann es nicht Sinn sein, den Kommunen diese Aufgabe zu übertragen.

Dies gilt beispielsweise für SDG 16.4.1 („Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern“) und SDG 8.8.2 („Sichere Arbeitsumgebungen für alle Arbeitnehmer, einschließlich der Wanderarbeitnehmer, insbesondere der Wanderarbeitnehmerinnen, und der Menschen in prekären Beschäftigungsverhältnissen, fördern“).

Das Ergebnis des Aufgaben-Checks hing ausschließlich davon ab, ob Kommunen über Einflussmöglichkeiten (im Sinne großer oder mittlerer Handlungsoptionen, s. o.) verfügen, nicht jedoch davon, wie umfassend diese Einflussmöglichkeiten sind. Der Aufgaben-Check fiel auch dann positiv aus, wenn Kommunen lediglich als Arbeitgeber angesprochen sind und damit insgesamt nur einen kleinen Beitrag zur Erreichung des Ziels leisten können.

So können Kommunen etwa zu SDG 8.5 („Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen“) beitragen, indem sie für eine faire berufliche Eingruppierung ihrer Mitarbeiter:innen sorgen.

Schließlich wurden kleine Einflussmöglichkeiten als nicht relevant betrachtet, wenn Einflüsse nur über kommunale Partner möglich wären, die Entscheidungen jedoch auf anderer Ebene als der individuellen Kommune fallen.

Sparkassen kommen als kommunaler Partner zwar zur Erreichung von SDG 8.3 („Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen, und die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen“) infrage. Die Kriterien für Entscheidungen über Zugänge zu Finanzdienstleistungen werden jedoch mindestens auf Ebene der regionalen Sparkassen- und Giroverbände getroffen, sodass eine individuelle Kommune hierbei höchstens geringe Handlungsoptionen hat.

Ergebnis: Der Aufgaben-Check wurde für die 145 Unter- bzw. Teilziele durchgeführt, die beim Problem-Check ein positives Ergebnis erhielten. Die Bewertung des Aufgaben-Checks war lediglich in 19 Fällen negativ. Somit fiel der Relevanz-Check für 126 der 220 oder 57,3 % der Unter- bzw. Teilziele positiv aus.

3.2.2.4 Relevanz-Check für kommunale Entwicklungspolitik und Gesamtergebnis

Final wurde das Ergebnis des Relevanz-Checks mit einem zweiten, seitens des Vorhabens "SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik" (Knipperts 2020) durchgeführten Relevanz-Checks abgeglichen und kombiniert. Dabei wurde die Methodik zur Zerlegung der Unterziele in Teilziele übernommen, sodass die Bewertung auf der gleichen Anzahl von Unter- bzw. Teilzielen basierte. Der Problemcheck wurde um die Frage „Stellt das Unter- bzw. Teilziel ein Problem für Kommunen des globalen Südens dar?“ erweitert. Die Aufgaben-Check erfolgte dreistufig: erstens nach möglichen Aufgaben der kommunalen Entwicklungspolitik mit Wirkung in anderen Ländern und durch andere Länder, zweitens nach Aufgaben mit Wirkung in der Kommune für die Welt und drittens nach Aufgaben mit Wirkung in der Kommune und für die Kommune (zu einigen Teilzielen ergeben sich Aufgaben mit Wirkungen in mehreren Wirkungsbereichen kommunaler Entwicklungspolitik). Für die kommunale Entwicklungspolitik wurden so insgesamt 156 der Unter- bzw. Teilziele oder 70,9 % als relevant eingestuft (Knipperts 2020), wobei diese nicht deckungsgleich mit den Unter- bzw. Teilzielen aus dem ersten Relevanz-Check sind und nur um Probleme und Aufgaben hinsichtlich des globalen Südens ergänzt wurden. So wurden die folgenden 7 Unter- bzw. Teilziele im zweiten Relevanz-Check von KEpol negativ bewertet, sind allerdings aufgrund der positiven Einstufung aus dem ersten Relevanz-Check im hier vorliegenden Vorhaben „SDG-Indikatoren für Kommunen“ beibehalten worden.

SDG	Nr. des Unter-/ Teilziels	Bezeichnung des Unter-/Teilziels
8	8.5.2	Bis 2030 gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen
	8.7.2	Bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen
	8.8.1	Die Arbeitsrechte schützen
16	16.1	Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern
	16.2	Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden
	16.4.3	Bis 2030 alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen
	16.5	Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren

Gesamtergebnis: Das Vorhaben „SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik“ hat in Summe 30 Unter- bzw. Teilziele zusätzlich zu den 126 Unter- bzw. Teilzielen aus dem ersten Relevanz-Check als relevant eingestuft, die hier übernommen wurden. Hinzu kommen 7 Unter- bzw. Teilziele, die nur in dem ersten Relevanz-Check als relevant bewertet wurden und in der Gesamtbetrachtung beibehalten werden sollen. Die Kombination der beiden Relevanz-Checks hat demnach zum finalen Ergebnis, dass 163 oder 74,1 Prozent der Unter- bzw. Teilziele bei der Auswahl von SDG-Indikatoren berücksichtigt wurden.

3.3 Bewertung und Beschreibung der SDG-Indikatoren

Um die relevanten Unter- bzw. Teilziele mit möglichst guten Indikatoren hinterlegen zu können, wurden vier grundlegende Qualitätskriterien und zugehörige Mindeststandards definiert. Damit wurde ein Entscheidungsrahmen geschaffen, um bei der Recherche, Sammlung und Auswahl von Indikatoren aus vorhandenen Quellen sowie bei der eigenen Entwicklung von neuen Indikatoren die für die Ziele der Arbeitsgruppe bestgeeigneten Indikatoren auswählen zu können. Diese vier Qualitätskriterien sind Validität, Datenverfügbarkeit, Datenqualität und Funktion. Um Mindeststandards in diesen Kriterien definieren zu können, wurden sie in drei bis vier unterschiedliche Gütestufen aufgeteilt. Sie werden im Folgenden detaillierter erläutert.

3.3.1 Validität

Mit der Validität wird die inhaltliche Eignung eines Indikators für das Monitoring eines spezifischen, im jeweiligen SDG-Unterziel oder -Teilziel genannten Sachverhalts angegeben. Die Bewertung kann sich dabei auf eine Facette des

entsprechenden Unter- oder Teilziels beziehen und ist nicht davon abhängig, wie vollständig ein Indikator den Inhalt abbildet. Die Validität stellt damit das wichtigste notwendige (jedoch noch nicht hinreichende) Qualitätsmerkmal für einen potentiellen SDG-Indikator dar und wurde in Bezug auf einen bestimmten Indikator mit „x“ (trifft nicht zu), „xx“ (trifft mit Einschränkungen zu) oder „xxx“ (trifft voll zu) bewertet. Für die Auswahl von Indikatoren aus vorhandenen Quellen, die sich auf übergeordnete Ebenen bezogen (z. B. getätigte Ausgaben im Verhältnis zum nationalen Bruttoinlandsprodukt), wurde der Indikator vor der Bewertung auf die kommunale Ebene „übersetzt“, um die Validität immer aus der kommunalen Perspektive einzuschätzen (d. h. getätigte Ausgaben auf kommunaler Ebene im Verhältnis zur Wertschöpfung auf kommunaler Ebene).

In Bezug auf die Validität ist der Mindeststandard für einen Indikator davon abhängig, ob zu einem Indikator Daten bereitgestellt werden können oder nicht (siehe 3.3.2): Werden Daten zu einem Indikator bereitgestellt („Indikator vom Typ I“), reicht eine eingeschränkt zutreffende Validität („xx“) aus; für Indikatoren, die von den Kommunen selbst erhoben werden müssen („Indikatoren vom Typ II“), muss ein Indikator als voll valide („xxx“) bewertet worden sein.

3.3.2 Datenverfügbarkeit

Anhand der Datenverfügbarkeit wird angegeben, ob ein Indikator mit Daten auf Gemeindeebene (für Kommunen ab 5.000 Einwohner:innen) oder zumindest auf der Ebene von Kreisen und kreisfreien Städten hinterlegt werden kann. Voraussetzung dafür ist, dass entsprechende Datensätze aus zentralen Quellen – der amtlichen Statistik oder aus Forschungsprojekten – ohne größeren Aufwand abgerufen und weiterbearbeitet werden können. Zwei weitere Bedingungen sind die regelmäßige Erhebung im mindestens

Validität: Zu bewertende Aussage	
Der Indikator (bzw. die ausgewählten Daten) bildet das Unter- bzw. Teilziel inhaltlich zutreffend ab.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu

sechsjährigen Zyklus und ein zentrales Datenerhebungskonzept, welches die interkommunale Vergleichbarkeit der Daten prinzipiell ermöglicht. Die Datenverfügbarkeit wurde vierstufig bewertet: mit „x“ für solche Indikatoren, die zentral nicht verfügbar sind und auch dezentral eigens erhoben werden müssen (z.B. kommunale Treibhausgas-Bilanzen oder Biodiversitäts-Kartierungen); mit „xx“ für Indikatoren, die nicht mit Daten aus zentralen Quellen hinterlegt werden können, aber für Kommunen unproblematisch und ohne großen Aufwand ermittelbar sein sollten (z.B. das Geschlechterverhältnis im Kommunalrat oder die Beteiligung bei den letzten Kommunalwahlen); mit „xxx“ für Indikatoren, zu denen Daten auf Gemeinde- oder Kreisebene aus Forschungsprojekten oder offenen Quellen zugeordnet werden können – auch wenn dies nicht bundesweit gilt, sondern nur für bestimmte Bundesländer oder nur für bestimmte Größenklassen; und schließlich mit „xxxx“ für Indikatoren, die – ggf. abgesehen von üblichen Datenlücken für einzelne Kommunen – bundesweit zentral für alle Städte und Gemeinden ab 5.000 Einwohner:innen oder für alle Kreise und kreisfreie Städte ohne größeren Aufwand beschafft werden können.

3.3.3 Datenqualität

Die Bewertung der Datenqualität bezieht sich ausschließlich auf die Messgenauigkeit der zugrundeliegenden Daten zu einem Indikator. Sie gibt an, wie genau, verlässlich, vollständig und repräsentativ Datenbestände sind. Die Datenqualität wurde nur dann bewertet, wenn die Datenverfügbarkeit mindestens mit „xxx“ bewertet wurde. Waren hingegen keine Daten auf Gemeinde- oder Kreis-Ebene verfügbar, so wurde auf eine Bewertung verzichtet („x-xxx“), da die Einschätzung einer potenziellen Datenqualität in vielen Bereichen ohne spezielle Fachexpertise nicht möglich ist oder stark von der individuellen Umsetzung auf lokaler Ebene abhängt.

Der Mindeststandard für Indikatoren vom Typ I ist eine mit Einschränkungen gegebene Datenqualität („xx“), für Indikatoren vom Typ II gibt es entsprechend keinen durch das Projekt gesetzten Mindeststandard. Es wird jedoch dringend empfohlen, auf eine möglichst hohe Datenqualität bei der dezentralen Erhebung oder Zusammenstellung zu achten.

Datenverfügbarkeit: Zu bewertende Aussage	
Die benötigten Daten sind zentral (mindestens auf Kreis- oder Gemeinde-Ebene) bundesweit verfügbar und werden regelmäßig (mindestens alle sechs Jahre) erhoben. Sie sind ohne größeren Aufwand zu beschaffen bzw. zu bearbeiten. Zudem existiert ein zentrales Datenerhebungskonzept, sodass Daten aus verschiedenen lokalen Quellen einheitlich sind.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxxx	zentral und bundesweit verfügbar (Daten aus amtlichen Statistiken)
xxx	zentral, ggf. eingeschränkt, verfügbar (Daten aus Forschungsprojekten)
xx	dezentral verfügbar (Daten sollten in einer Kommune ohne größeren Aufwand beschafft werden können)
x	dezentral zu erheben (Kommune muss eigens Erhebungen durchführen)

Ein Mindeststandard für Indikatoren gibt es in Bezug auf die Datenverfügbarkeit nicht. Allerdings entscheidet diese über die Art eines Indikators: Zentral verfügbare Daten (Bewertung der Datenverfügbarkeit mit „xxx“ oder „xxxx“) entsprechen – bei Erfüllung aller anderen Mindeststandards – einem Indikator von Typ I, während dezentral zu organisierende Daten (Bewertung „x“ oder „xx“) nur in einem Indikator von Typ II resultieren können.

3.3.4 Funktion

Neben Validität, Datenqualität und Datenverfügbarkeit wurde auch die Funktion des Indikators bewertet. Indikatoren können dabei grundsätzlich folgende Funktionen erfüllen: Bei Input-Indikatoren handelt es sich um Indikatoren, die eine Aussage über den Einsatz personeller, finanzieller oder sächlicher Ressourcen ermöglichen. Output-Indikatoren beziehen sich auf die Ergebnisse oder Produkte, die mithilfe eines Inputs erstellt oder erreicht werden. Mit Outcome-Indikatoren werden die direkten Wirkungen bei

Datenqualität: Zu bewertende Aussage	
Die ausgewählten Daten „messen“ den jeweiligen Indikator genau und verlässlich. Sie sind vollständig oder repräsentativ und werden nicht durch Messfehler verzerrt.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu
x-xxx	keine Bewertung möglich

den Zielgruppen der Outputs gemessen. Impact-Indikatoren setzen bei den direkten oder indirekten (gesamt-)gesellschaftlichen Wirkungen im jeweiligen SDG oder auch in weiteren SDGs an.

Im Rahmen unserer Bewertung wurde zunächst lediglich zwischen Output-, Outcome- bzw. Impact-Indikatoren (Bewertung mit „OP/OC/IM“) auf der einen Seite und Input-Indikatoren (Bewertung mit „IP“) auf der anderen Seite unterschieden. Es wurde also lediglich unterschieden, ob ein Indikator den Einsatz von Ressourcen oder mindestens das direkte Ergebnis von Ressourcen-Einsätzen misst, womit auch der Mindeststandard gesetzt wurde: Indikatoren dürfen im Normalfall keine Inputs messen.

Für einige Indikatoren konnte aufgrund der Formulierung des zugrundeliegenden Unter- bzw. Teilziels jedoch keine eindeutige Unterscheidung zwischen Input-Indikatoren („IP“) und Output-/ Outcome-/ Impact-Indikatoren („OP/OC/IM“) erfolgen. Dies wird etwa bei Teilziel 7.a.2 deutlich („Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern“). Ein offensichtlicher Indikator zur Abbildung dieses Teilziels sind die „Kommunalen Investitionen

3.3.5 Zusammenfassung: Anforderungen an SDG-Indikatoren

Zusammenfassend handelt es sich bei Indikatoren vom Typ I um Indikatoren mit einer hohen oder sehr hohen Validität, die bundesweit mit Daten aus Forschungsprojekten oder aus der amtlichen Statistik auf Kreis- oder Gemeindeebene hinterlegt werden können. Bei Indikatoren vom Typ II handelt es sich um Indikatoren mit einer sehr hohen Validität, welche jedoch nicht bundesweit auf kommunaler Ebene verfügbar sind. Sowohl für Indikatoren vom Typ I, als auch für Indikatoren vom Typ II kamen Input-Indikatoren nur dann in Frage, wenn sich deren zugrundeliegendes Unter- bzw. Teilziel explizit auf diesen Input bezog.

Im Ergebnis konnten im vorliegenden Indikatorenkatalog 56 Typ I Indikatoren und 64 Typ II Indikatoren identifiziert oder entwickelt werden.

3.3.6 Beschreibung der SDG-Indikatoren

Für alle SDG-Indikatoren werden detaillierte Informationen in Form von Steckbriefen bereitgestellt (siehe Kapitel 4).

Funktion: Zu bewertende Aussage	
Durch den jeweiligen Indikator werden mindestens durch bestimmte Maßnahmen intendierte, direkte Ergebnisse oder Produkte gemessen, die dem entsprechenden SDG-Unterziel oder -Teilziel entsprechen.	
Bewertungsmöglichkeiten	
Output-/Outcome-/ Impact- Indikator (OP/OC/IM)	Der Indikator bezieht sich auf die Ergebnisse und Auswirkungen eines Ressourcen-Einsatzes.
Input-/Output- Indikator (IP/OP)	Der Indikator bezieht sich auf einen Ressourcen-Einsatz. Das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel nennt eine Veränderung dieses Ressourcen-Einsatzes jedoch explizit als gewünschtes Ergebnis.
Input-Indikator (IP)	Der Indikator bezieht sich auf einen Ressourcen-Einsatz. Das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel bezieht sich jedoch nicht explizit auf eine Veränderung dieses Ressourcen-Einsatzes.

in den Ausbau Erneuerbarer Energien“. Grundsätzlich bezieht sich dieser Indikator auf einen Mitteleinsatz, also einen Input. Durch die Formulierung von Teilziel 7.a.2 beschreibt dieser Ressourceneinsatz jedoch gleichzeitig den angestrebten Output. In solchen Fällen wurde die Funktion des Indikators mit „IP/OP“ bewertet, um zum Ausdruck zu bringen, dass der Indikator je nach Sichtweise als Input- oder Output-Indikator (bzw. Outcome- oder Impact-Indikator) interpretiert werden kann.

Diese Steckbriefe sollen den kommunalen Vertreter:innen und weiteren Anwender:innen in erster Linie dazu dienen, die Nachhaltigkeitsrelevanz von Indikatoren beurteilen zu können, die Aussage der Indikatoren zu verstehen, Indikatorenwerte korrekt zu interpretieren und ggf. Zusammenhänge mit anderen Indikatoren und regionalen Gegebenheiten zu erkennen. Im Detail liefern die Steckbriefe folgende Informationen:

Mindestanforderungen an Indikatoren von Typ I und Typ II		
	Indikator Typ I	Indikator Typ II
Validität	mindestens „xx“	„xxx“
Datenverfügbarkeit	mindestens „xxx“	keine Mindestanforderung
Datenqualität	mindestens „xx“	keine Bewertung
Funktion	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“
Weitere Anforderungen	-	kein Indikator Typ I

(Primäres) Ziel:

Welchem Ziel ist der Indikator (primär) zugeordnet?

(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe:

Welchem Unterziel / welcher Zielvorgabe ist der Indikator (primär) zugeordnet?

(Primäres) Teilziel:

Welchem Teilziel eines Unterziels ist der Indikator (primär) zugeordnet? – Diese Information ist nur dann relevant, wenn die Arbeitsgruppe ein entsprechendes Unterziel in Teilziele gegliedert hat.

Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen:

Welchen Zielen, Unterzielen und Teilzielen kann der Indikator noch zugeordnet werden? – An dieser Stelle werden mögliche Mehrfachzuordnungen ersichtlich.

Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung:

Existiert ein Bezug zu den Dimensionen und Themen nachhaltiger Entwicklung? – Hierbei wurden folgende Dimensionen und Themen berücksichtigt:

- Ökonomie (Arbeit und Beschäftigung, Wirtschaftsstruktur)
- Ökologie (Klima und Energie, Mobilität, Naturschutz und Ressourceneinsatz)
- Soziales (Armut, Wohnen und Wohnumfeld, Gesundheit und Pflege, Sicherheit, Bildung, Kultur)
- Governance (Verwaltung und Ratsarbeit, Haushaltsführung, Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement, Einwelt-Engagement)

Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung:

Existiert ein Bezug zu häufig vorkommenden Nachhaltigkeitsagenden und -leitbildern? – Folgende Agenden und Leitbilder wurden berücksichtigt:

- Inklusive Kommune
- Familiengerechte Kommune
- Umweltgerechte Kommune
- Resiliente Kommune
- Sharing Kommune
- Smarte Kommune
- Faire Kommune
- Weltoffene Kommune
- Demographiegerechte Kommune
- Klimaneutrale Kommune

Definition:

Wie ist der Indikator definiert?

Nachhaltigkeitsrelevanz:

- Welche Hinweise liefert der Indikator bzw. was bildet er ab?
- Welche Bedeutung hat der Indikator für eine nachhaltige Kommune?
- Lassen sich Bezüge zu den verschiedenen Dimensionen einer nachhaltigen Entwicklung herstellen (Ökonomie, Ökologie, Soziales oder Governance)? Lassen sich Bezüge zu den verschiedenen Prinzipien einer nachhaltigen Entwicklung herstellen („Prinzip der Generationengerechtigkeit“, „Prinzip der Ganzheitlichkeit“, „Prinzip der globalen Verantwortung“ oder „Prinzip des gemeinsamen Vorgehens“)?

Herkunft:

Die Zeile „Herkunft“ liefert Aufschluss darüber, ob sich der Indikator in exakt dieser oder sehr ähnlicher Form in den Indikatorenkatalogen für die globale, europäische, nationale, regionale oder lokale Ebene wiederfindet. Hierzu wurden Quellen auf folgenden Ebenen herangezogen:

Vereinte Nationen

UNSD – United Nations (2019): Global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development. https://unstats.un.org/sdgs/indicators/Global%20Indicator%20Framework%20after%202019%20refinement_Eng.pdf

SDG 11 – UN Habitat Technical Support (2016): A Guide to Assist National and Local Governments to Monitor and Report on SDG Goal 11+. <https://www.local2030.org/library/60/SDG-Goal-11-Monitoring-Framework-A-guide-to-assist-national-and-local-governments-to-monitor-and-report-on-sdg-goal-11-indicators.pdf>

SDSN – Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network (2019): –Sustainable Development Report 2019 – Transformations to achieve the Sustainable Development Goals. https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2019/2019_sustainable_development_report.pdf

Europäische Union

Eurostat – Eurostat (2019): Sustainable development in the European Union – Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context. <https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9940483/KS-02-19-165-EN-N.pdf/1965d8f5-4532-49f9-98ca-5334b0652820>

Eurostat SDI – Eurostat (2020): EU SDG Indicator set 2020. Result of the review in preparation of the 2020 edition of the EU SDG monitoring report. Final version of 16/01/2020. https://ec.europa.eu/eurostat/documents/276524/10369740/SDG_indicator_2020.pdf

Bund

DNS – Die Bundesregierung (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018. <https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf>

Destatis – Statistisches Bundesamt (2018): Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele. Für Deutschland verfügbare Indikatoren der globalen UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. <https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-un-nachhaltigkeitsziele-2018-pdf.pdf>

Länder

BW – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2019): Indikatorenbericht 2019.

Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg. https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Umwelt/Nachhaltigkeit/N-Strategie-Indikatorenbericht-2019.pdf

NRW – Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2020): Die globalen Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen - Weiterentwicklung der Strategie für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen. https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/user_upload/Nachhaltigkeitsstrategie_PDFs/NRW_Nachhaltigkeitsstrategie_2020.pdf

Kommunen

Kommune BW – Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2015): NI-Berichte für Kommunen Leitfadens zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten. https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Umwelt/Nachhaltigkeit/Leitfaden_N-Berichte_fuer_Kommunen.pdf

Kommune NRW – Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (2018): Nachhaltigkeitsbericht NRW kommunal. https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/NN/NRWKOMMUNAL_2018.pdf

LHS – Landeshauptstadt Stuttgart (2019): Lebenswertes Stuttgart – Die globale Agenda 2030 auf lokaler Ebene. Bestandsaufnahme auf Grundlage von Indikatoren zur Abbildung der SDGs. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Lebenswertes_Stuttgart.pdf

MoNaKo – Bertelsmann Stiftung / Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Monitor Nachhaltige Kommune. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Monitorbericht_Teil-1_Druck_final.pdf

KEpol – Bertelsmann Stiftung, Engagement Global / Servicestelle Kommunen in der Einen Welt (2020): SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik – Indikatoren für den entwicklungspolitischen Beitrag von Kommunen zu den Sustainable Development Goals. https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/2020-08-18_SDG-Indikatoren_fuer_kommunale_Entwicklungspolitik_final.pdf

Urban Audit – KOSIS – Gemeinschaft Urban Audit (2019): Das deutsche Urban Audit – Lebensqualität: Erschließung neuer Datenquellen. Mannheim. https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/urb_esms_de_an11.pdf

Validität:

Wie gut eignet sich ein Indikator für die Darstellung des Unter- bzw. Teilziels?

Funktion:

Handelt es sich um einen Output-/ Outcome-/ Impact-Indikator, einen Input-/Output-Indikator oder um einen Input- Indikator?

Statistische Zusammenhänge (nur für Indikatoren vom Typ I):

- Mit welchen anderen Indikatoren bzw. regionalen Faktoren könnte ein Zusammenhang bestehen?
- Warum könnte dieser Zusammenhang bestehen?

Rahmenbedingungen (nur für Indikatoren vom Typ I):

- Wird der Wert des Indikators durch bestimmte regionale Gegebenheiten „vorherbestimmt“?
- Nimmt der Indikator z. B. in Großstädten / Kleinstädten, in Ostdeutschland / Westdeutschland, etc., aus bestimmten Gründen einen besonders hohen oder niedrigen Wert an?

Berechnung:

Anhand welcher Formel lässt sich der Indikator berechnen?

Einheit:

In welcher Maßeinheit werden Indikatorenwerte gemessen?

Aussage:

Welche Aussage liefert der Indikator?

Indikatorart:

Liegt ein Indikator des Typs I oder des Typs II vor? – Sofern ein Typ I-Indikator vorliegt, werden nachfolgend die zugrundeliegenden Daten beschrieben und bewertet.

Datenquelle (nur für Indikatoren vom Typ I):

Aus welcher Quelle können die Daten bezogen werden?

Datenverfügbarkeit (nur für Indikatoren vom Typ I):

In welcher Form sind die Daten verfügbar?

Datenqualität (nur für Indikatoren vom Typ I):

Welche Qualität besitzen die Daten, mit denen der Indikator gebildet wird? Hierzu sind u. a. folgende Fragen relevant:

- Stammen die Daten aus einer zuverlässigen Quelle?
- Ist eindeutig klar, wie die Daten entstanden sind?
- Werden die Daten exakt angegeben oder nur innerhalb eines Wertebereichs?
- Sind die Daten repräsentativ?

Erhebungsebene (nur für Indikatoren vom Typ I):

Auf welcher Ebene liegen die Daten vor?

Erhebungszeitraum (nur für Indikatoren vom Typ I):

Für welche Jahre sind die Daten abrufbar?

Erhebungsintervall (nur für Indikatoren vom Typ I):

In welchem Abstand werden die Daten erhoben?

3.4 Erhebung und Analyse der SDG-Indikatoren

3.4.1 Erhebung der Indikatorenwerte

Für die 56 Indikatoren vom Typ I des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs wurden im Anschluss vorliegende Daten aus amtlichen Statistiken sowie anderen Datenquellen erhoben. Die Datenerhebung erfolgte, sofern möglich, für Städte und Gemeinden mit mehr als 5.000

Einwohnern sowie für alle Landkreise und kreisfreien Städte. Eine Erhebung der Daten erfolgte auch dann, wenn diese lediglich auf Kreis- und nicht auf Gemeinde-Ebene verfügbar waren.

Für zahlreiche Indikatoren vom Typ I stellte der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung zum Zeitpunkt der Erhebung bereits Daten zur Verfügung, während andere Indikatoren noch nicht über den Wegweiser Kommune angeboten wurden. Die entsprechenden Datensätze wurden in der Regel über die GENESIS-Datenbank der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder (Regionalstatistik) oder die INKAR-Datenbank des Bundesinstitutes für Bau-, Stadt- und Raumforschung (BBSR) erhoben. Zudem wurden beispielsweise Daten des Institutes für Ressourcenmanagement der Universität Gießen und Daten des IÖR Monitor vom Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung für die Berechnung der Indikatorenwerte herangezogen.

Da der Wegweiser Kommune der Bertelsmann Stiftung Daten ab dem Jahr 2006 zur Verfügung stellt, erstreckte sich der Erhebungszeitraum von 2006 bis 2018. Bis zum Zeitpunkt der Publikation lagen allerdings nur für einen Teil der 56 Indikatoren vom Typ I die benötigten Datensätze für das Jahr 2018 vor. In diesen Fällen erfolgte die Erhebung lediglich bis zum aktuellsten Berichtsjahr. Die Übersicht in Kapitel 5.2 liefert Informationen zur Datenquelle, zur verfügbaren räumlichen Ebene sowie zum verfügbaren Zeitraum der Datenbereitstellung zum Zeitpunkt der Publikation.

Exemplarisch wurden für die Analysen Daten auf Ebene von Landkreisen und kreisfreien Städten für das Jahr 2017 verwendet. Das Jahr 2017 wurde gewählt, da es sich hierbei um das aktuellste Jahr handelt, für das zum Zeitpunkt der Auswertung Daten für (nahezu) alle Indikatoren vorlagen. So konnten insgesamt 50 Datensätze von Indikatoren für die Korrelationsanalyse, die im folgenden Kapitel näher beschrieben wird, herangezogen werden. Bei Indikatoren, für die Werte aus dem Jahr 2017 nicht vorlagen, wurden soweit möglich die Werte des jeweils verfügbaren, zeitlich nächstgelegenen Jahres verwendet. Dies betrifft den Indikator Anteil unzerschnittener Freiflächen, der mit dem neuesten Datensatz von 2016 verwendet wurde, sowie die Landschaftsqualität, die Schulabbrecherquote und die Schulabbrecherquote – Ausländer, die mit Daten aus dem Jahr 2018 analysiert wurden.

3.4.2 Korrelationsanalyse

Eine Korrelationsanalyse ist die einfachste Möglichkeit, um einen ersten Eindruck von den Zusammenhängen der Indikatoren untereinander zu erhalten. Eine Korrelationsmatrix zeigt üblicherweise in tabellarischer Form den linearen Zusammenhang zwischen paarweise betrachteten Indikatoren. Bei den Werten einer solchen Matrix handelt es sich um Korrelationskoeffizienten. Der Wertebereich eines Korrelationskoeffizienten liegt zwischen -1 und +1. Positive Werte des Korrelationskoeffizienten zeigen an, dass ein positiver linearer Zusammenhang zwischen den Indikatoren besteht. Nimmt die Ausprägung des einen Indikators zu, so nimmt der andere Indikator tendenziell auch einen höheren Wert an. Negative Werte zeigen einen negativen linearen Zu-

sammenhang der betrachteten Indikatoren an. In diesem Fall sind höhere Werte des einen Indikators tendenziell mit niedrigeren Werten des anderen Indikators verbunden. Bei den „Extremwerten“ -1 und +1 zeigt der Korrelationskoeffizient einen „perfekten“ positiven bzw. negativen linearen Zusammenhang zwischen den Indikatoren an. Ein solcher „perfekter“ Zusammenhang existiert beispielsweise für Indikatoren, die sich lediglich in der herangezogenen Maßeinheit unterscheiden. Nimmt der Korrelationskoeffizient den Wert 0 an, so besteht keinerlei linearer Zusammenhang zwischen den betrachteten Indikatoren. Für die Beurteilung der Effektstärke abseits perfekter Zusammenhänge und die Einteilung der Ergebnisse der Korrelationsanalyse in ihre Bedeutsamkeit wurde die Einteilung von Cohen (1992) herangezogen:

$r = 0.1 / -0.1$ entspricht einem schwachen Effekt
 $r = 0.3 / -0.3$ entspricht einem mittleren Effekt
 $r = 0.5 / -0.5$ entspricht einem starken Effekt

Aufgrund der Vielzahl der hier untersuchten Indikatoren wurde zur Illustration der statistischen Zusammenhänge ein sogenannter Schemaball gewählt (vgl. Komarov 2020). Ein Schemaball visualisiert die Korrelationsmatrix, in dem unterschiedlich farbintensive Verbindungen / Knoten zwischen im Kreis angeordneten Indikatoren abgetragen werden. Im jeweiligen Schemaball (siehe Kapitel 5.4) werden nur Ergebnisse mit einem Korrelationskoeffizienten ≥ 0.5 (blauer Schemaball) bzw. ≤ -0.5 (roter Schemaball) dargestellt, da die Zusammenhänge als stark eingestuft werden können und so die Übersichtlichkeit der Visualisierung gegeben ist. Je farbintensiver eine Verbindungslinie ist, desto höher ist der Korrelationskoeffizient und somit der statistische Zusammenhang zwischen den Indikatoren.

Korrelationen beschreiben keine Ursache-Wirkung-Beziehung, d. h. keine kausalen Zusammenhänge zwischen den Indikatoren. Im Falle eines positiven Korrelationskoeffizienten ist es also keinesfalls so, dass die Erhöhung des einen Indikators als Ursache für die Erhöhung des anderen Indikators zu verstehen ist. In vielen Fällen sind Korrelationen vielmehr auf dritte Merkmale zurückzuführen. Zahlreiche Beispiele können den Unterschied zwischen Korrelation und Kausalität verdeutlichen. Ein oft zitiertes Beispiel ist der Zusammenhang zwischen der Geburtenrate und der Anzahl von Störchen in einer Region. Der Grund für die positive Korrelation der beiden Größen geht auf den Industrialisierungsgrad zurück, da sich über lange Zeit sowohl Störche als auch Familien eher im ländlichen Raum ansiedelten. Aufgefundene Korrelationen sind also ein Ausgangspunkt, um über die Ursachen für den Zusammenhang zwischen den Indikatoren nachzudenken. Über eine Korrelationsanalyse hinaus wurden noch weitere, statistische Datenanalysen durchgeführt, die gesondert veröffentlicht werden.

3.5 Genese des SDG-Indikatorenkatalogs

Durch den Relevanz-Check wurden 163 Unter- bzw. Teilziele ermittelt, auf die sich der SDG-Indikatorenkatalog fokussieren soll. Darauf aufbauend entstanden die jetzigen 120 SDG-Indikatoren in drei Projektphasen, die im Folgenden kurz umrissen werden.

3.5.1 Entwicklungs- und Auswahlprozess in mehreren Projektphasen

Erstens wurden Indikatoren in einem umfassenden, sich über alle 17 SDGs erstreckenden Auswahlprozess anhand von Indikatorensets auf globaler, europäischer, nationaler Ebene sowie beispielhaft anhand zweier Länder-Indikatorenkataloge sowie mehrerer Sammlungen kommunaler Nachhaltigkeitsindikatoren identifiziert. Diese breite Auswahl resultierte in der ersten Fassung des SDG-Indikatorenkatalogs mit 47 Kernindikatoren; für eine detaillierte Darstellung des methodischen Vorgehens und der entsprechenden Quellen sei auf die Originalpublikation verwiesen (Assmann et al. 2018).

Zweitens wurden die SDG-Indikatoren im Jahr 2019 gezielt in solchen Themengebieten und Perspektiven weiterentwickelt, die nach einer Evaluierung des ersten SDG-Indikatorenkatalogs prioritär zu erweitern waren. Dabei wurde in einem ersten Baustein der Katalog durch die Übernahme von zusätzlichen Indikatoren aus der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie (DNS) erweitert. Außerdem wurden in Einzelfällen bereits enthaltene, von der DNS jedoch inhaltlich geringfügig abweichende Indikatoren angepasst, um die vertikale Integration der Nachhaltigkeitsberichterstattung auf kommunaler und nationaler Ebene zu erleichtern. Ergänzend wurden dabei punktuell auch Indikatoren der Nachhaltigkeitsstrategien von Baden-Württemberg und von Nordrhein-Westfalen übernommen. In einem zweiten Baustein wurde geprüft, für welche bestehenden Indikatoren vom Typ II Daten aus offenen Quellen oder aus Forschungsprojekten zur Verfügung gestellt werden könnten – mit dem Ergebnis, dass wenige bisherige Typ II-Indikatoren nun auch mit Daten in den zugehörigen Datenportalen hinterlegt werden können. In einem dritten Baustein wurde die Perspektive der kommunalen Entwicklungspolitik grundlegend überarbeitet und sowohl der grundlegende Relevanz-Check als auch der Indikatorenkatalog selbst dadurch erweitert (Knipperts 2020). In weiteren Bausteinen wurden ausgewählte Themen gezielt erweitert, da sich Anwender:innen des ersten SDG-Indikatorenkatalogs prioritär in diesen Bereichen Verbesserungen gewünscht hatten. Diese Schwerpunkte lagen in den Bereichen Stadt- und Kreisentwicklung (insb. Wohnraumversorgung, Flächenmanagement, Mobilität), Klimaschutz sowie Pflege und Digitalisierung.

Anschließend erfolgte im Jahr 2020 eine wiederum breitere Weiterentwicklung in diversen Themen. So wurde zum einen nach zusätzlichen Indikatoren in ganz unterschiedlichen SDG-Unterzielen recherchiert, um konkreten Hinweisen aus unterschiedlichen Veranstaltungen im Jahr 2019 und 2020 nachzugehen – etwa den Rückmeldungen aus einer Diskussionsveranstaltung mit kommunalen Vertreter:innen und potentiellen anderen Anwender:innen der SDG-Indikatoren, aus Sitzungen des Beirats zum Projekt „Monitor Nachhaltige Kommune“ sowie aus Impulsen aus der Arbeitsgruppe selbst.

Zum anderen wurden im Jahr 2020 die in der ersten Fassung des Katalogs zugrundeliegenden Quellen auf Neuerungen überprüft. Damit liegen dem jetzigen Indikatorenkatalog zusammenfassend folgende Quellen zugrunde: Die SDG-Indikatorensammlung zur Agenda 2030, auf

europäischer Ebene [EUROSTAT], auf nationaler Ebene die Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie, beispielhaft für die Ebene der Bundesländer der Indikatorenkatalog von Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg und auf kommunaler Ebene die Indikatorenansammlungen der Landesarbeitsgemeinschaft 21 (LAG 21) und [Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg] sowie wiederum beispielhaft der Nachhaltigkeitsbericht der Stadt Stuttgart. Die vollständige Liste der Quellen kann dem Kapitel 3.3.6 unter „Herkunft“ entnommen werden.

Schließlich wurden in Ergänzung zu den einbezogenen Quellen mit bestehenden Indikatoren für den aktuellen Katalog erstmals gänzlich neue Typ II-Indikatoren entwickelt: Die fünf Indizes, die eine Reihe von qualitativen Informationen zu einem bestimmten Handlungsfeld („Ja-Nein-Fragen“) durch Kodierung und Summierung zu einem quantitativen Indikator subsumieren: Der Index Digitalisierung, der Index nachhaltige Beschaffung, der Index Korruptionsprävention, der Index Klimaschutz und der Index Klimaanpassung. Darüber hinaus wurden neue Typ II-Indikatoren aufgenommen, die durch konkrete Rückmeldungen der Kommunen und den Recherchen zum Monitorbericht 2020 „Klima und Energie“ entstanden sind.

3.5.2 Anmerkungen zum vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalog

Die Entscheidung für einen Indikatorenkatalog, der die Bandbreite der 17 SDGs möglichst gleichmäßig abdecken soll, erschien der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“ angemessen, da grundsätzlich alle 17 SDGs im Rahmen der Agenda 2030 gleichberechtigt sind. Zudem soll an dieser Stelle nochmals explizit auf die Baukastenfunktion des vorgeschlagenen SDG-Indikatorenkatalogs hingewiesen werden. Jeder Kommune ist es völlig freigestellt, einen Fokus auf individuelle Ziele und Problemstellungen zu legen und ihren Indikatorenkatalog dementsprechend anzupassen.

Die Abdeckung aller 17 SDGs durch bundesweit verfügbare Indikatoren ist leider nach wie vor nicht möglich, sodass der aktuelle Katalog in SDG 13 (Klimaschutz und Klimaanpassung) sowie in SDG 17 (Partnerschaften zur Erreichung der Ziele) ausschließlich Indikatoren vom Typ II enthält. Dies weist nicht zuletzt auch auf die unzureichende Abdeckung dieser Ziele durch die amtliche Statistik und durch Daten aus offenen Quellen oder Forschungsprojekten hin. Hier sieht die Arbeitsgruppe nach wie vor dringenden Handlungsbedarf, um kommunale Anstrengungen auf diesen Gebieten bundesweit und möglichst flächendeckend messbar und vergleichbar machen zu können.

Referenzen

Assmann, D., Honold, J., Grabow, B., und Roose, J. (2018): SDG-Indikatoren für Kommunen – Indikatoren zur Abbildung der Sustainable Development Goals der Vereinten Nationen in deutschen Kommunen. Hrsg. Bertelsmann Stiftung, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung, Deutscher Landkreistag, Deutscher Städtetag, Deutscher Städte- und Gemeindebund, Deutsches Institut für Urbanistik, Engagement Global. Gütersloh 2018. https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sdg-indikatoren-fuer-kommunen?tx_rsmbstpublications_pi2%5Bpage%5D=1&cHash=c9f4fbc4c4efe1069272105af653445b

Cohen, J. (1992): A power primer. Psychological Bulletin, 112(1), 155. <https://www2.psych.ubc.ca/~schaller/528Readings/Cohen1992.pdf>

Engagement Global, Weltsichten (2016): Global Nachhaltige Kommune. Kommunen engagieren sich für Nachhaltigkeit in der Einen Welt. Frankfurt a.M. <https://skew.engagement-global.de/publikationensuche.html?keywords=Kommunen+engagieren+sich+f%C3%BCr+nachhaltigkeit>

Knipperts, J. (2020): SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik – Indikatoren für den entwicklungspolitischen Beitrag von Kommunen zu den Sustainable Development Goals. Bertelsmann Stiftung / Engagement Global / Kommunale Gemeinschaftsstelle (Hrsg.). <https://www.bertelsmann-stiftung.de/de/publikationen/publikation/did/sdg-indikatoren-fuer-kommunale-entwicklungspolitik>

Komarov, O. (2020): okomarov/schemaball (<https://github.com/okomarov/schemaball>), GitHub. Abgerufen am 11. Juli, 2020.

Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V., SKEW – Servicestelle Kommunen in der Einen Welt von Engagement Global (2018): Global Nachhaltige Kommune NRW – Gesamtdokumentation. <https://www.lag21.de/projekte/details/global-nachhaltige-kommune/>

UCLG – United Cities and Local Governments (2015): The Sustainable Development Goals. What Local Governments need to know. https://www.uclg.org/sites/default/files/the_sdgs_what_localgov_need_to_know_0.pdf. Abgerufen am 11. Juli, 2020

4

Steckbriefe der SDG-Indikatoren für Kommunen

Oliver Peters / Dr. Jasmin Jossin / Philipp Holz / Anne Roth / Jan Walter / Katharina Lange / Dr. Henrik Scheller, Deutsches Institut für Urbanistik

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
1	Keine Armut	SGB II-/SGB XII-Quote	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II oder SGB XII (unter 65 Jahre) an der Bevölkerung (unter 65 Jahre)	Typ I
		Armut - Kinderarmut	Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
		Armut - Jugendarmut	Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
		Armut - Altersarmut	Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind	Typ I
		Materielle Deprivation	Anteil der materiell deprivierten Personen an der Gesamtbevölkerung	Typ II
		Wohnungslosigkeit	Anteil der Einwohner:innen, die als wohnungslos gelten	Typ II
2	Kein Hunger	Kinder mit Fehlernährung	Anteil der über- bzw. untergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr	Typ II
		Ökologischer Landbau	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Typ II
		Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche	Typ I
3	Gesundheit und Wohlergehen	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen	Anzahl der Todesfälle bei Frauen von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Vorzeitige Sterblichkeit - Männer	Anzahl der Todesfälle bei Männern von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Lärmbelastung	Anteil der Bevölkerung in mit Verkehrslärm belasteten Wohn- und Mischgebieten	Typ II
		Wohnungnahe Grundversorgung - Hausarzt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt	Typ I
		Krankenhausversorgung	Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohner:innen	Typ I
		Wohnungnahe Grundversorgung - Apotheke	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke	Typ I
		Personal in Pflegeheimen	Personal in Pflegeheimen je 10.000 stationär Pflegebedürftige	Typ I
		Personal in Pflegediensten	Personal in ambulanten Pflegediensten je Pflegebedürftigen	Typ I
		Pflegeheimplätze	Anzahl der verfügbaren stationären Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner:innen ab 65 Jahre	Typ I
		Immission von Luftschadstoffen	Immission von Luftschadstoffen (Stickstoffdioxid, Feinstaub [PM ₁₀ , PM _{2,5}], Ozon)	Typ I
4	Hochwertige Bildung	Wohnungnahe Grundversorgung - Grundschule	Einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule	Typ I
		Schulabbrecherquote	Anteil der Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger:innen	Typ I
		Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden	Typ I
		Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Anzahl der Kinder unter 3 Jahren pro Betreuer in Kindertageseinrichtungen	Typ II
		30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiären Abschluss	Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiären Abschluss	Typ II
		Nachhaltige Schulen	Anteil der Schulen in der Kommune, die ein Nachhaltigkeitszertifikat erhalten haben, an allen Schulen in der Kommune	Typ II
		Nachhaltige Kindertageseinrichtungen	Anteil der Kindertageseinrichtungen in der Kommune, die ein Nachhaltigkeitszertifikat erhalten haben, an allen Kindertageseinrichtungen in der Kommune	Typ II
		Integrative Kindertageseinrichtungen	Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen	Typ I

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
5	Geschlechtergleichstellung	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern	Typ I
		Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmerinnen im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer	Typ I
		Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	Anteil der Mandate in Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind	Typ I
		Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung	Anteil der Frauen in Führungspositionen von Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen im Verhältnis zu der Anzahl aller Führungskräfte in Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen	Typ II
		Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen	Anteil der Frauen in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen im Verhältnis zu der Anzahl aller Führungskräfte der kommunalen Unternehmen	Typ II
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	Nitrat im Grundwasser	Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird	Typ II
		Abwasserbehandlung	Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird	Typ I
7	Bezahlbare und saubere Energie	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch	Typ II
		Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen am Bruttostromverbrauch	Anteil erneuerbaren Stroms am Bruttostromverbrauch	Typ II
		Strom aus Windkraft	Installierte Windenergieleistung je Einwohner:in	Typ I
		Strom aus Photovoltaik	Installierte Photovoltaikleistung je Einwohner:in	Typ II
		Energieeffiziente Straßenbeleuchtung	Anteil der Straßenbeleuchtung mit LED-Technik	Typ II
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien	Anteil der Ausgaben des kommunalen Haushalts für Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien	Typ II
		Bruttoinlandsprodukt	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in	Typ I
		Langzeitarbeitslosenquote	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen	Typ I
		Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige	Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohner:innen	Typ I
		Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige	Anteil der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 55- bis 64-jährigen Einwohner:innen	Typ I
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	Aufstocker	Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher:innen an allen erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen	Typ I
		Existenzgründungen	Anzahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Hochqualifizierte	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort	Typ I
		Breitbandversorgung - Private Haushalte	Anteil der privaten Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können	Typ I
10	Weniger Ungleichheiten	Breitbandversorgung - Unternehmen	Anteil der Unternehmen, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können	Typ II
		Beschäftigungsquote - Ausländer	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung	Typ I
		Schulabbrecherquote - Ausländer	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer:innen zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung	Typ I
		Einkommensverteilung - Gini-Koeffizient	Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens je Person mittels Gini-Koeffizient	Typ II
		Projekte mit migrantischen Organisationen	Von der Kommune gemeinsam mit migrantischen Organisationen durchgeführte Projekte im Verhältnis zur Einwohner:innenzahl	Typ II
		Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	Anteil der Mandate in Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen, die von Menschen mit Migrationshintergrund besetzt sind	Typ II
10	Weniger Ungleichheiten	Einbürgerungen	Anzahl der in dem jeweiligen Jahr eingebürgerten Personen an der Anzahl aller ausländischen Einwohner:innen	Typ I

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete je Quadratmeter	Typ I
		Überlastung durch Wohnkosten	Anteil der Haushalte, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben	Typ II
		Wohnfläche	Verfügbare Wohnfläche je Person	Typ I
		Wohnungnahe Grundversorgung - Supermarkt	Einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter	Typ I
		Modal Split	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen	Typ II
		PKW-Dichte	Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Bestand an PKW mit Elektroantrieb	Anteil der zugelassenen Personenkraftwagen mit Elektroantrieb einschließlich Plug-in-Hybriden	Typ II
		Radwegenetz	Länge des Radwegenetzes je 1.000 Einwohner:innen	Typ II
		ÖPNV - Nahversorgung mit Haltestellen	Anteil der Einwohner:innen mit max. 1 km Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖPNV mit mind. 10 Abfahrten am Tag	Typ II
		ÖPNV - Erreichbarkeit von Mittel-/Oberzentren	Durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum	Typ II
		Verunglückte im Verkehr	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Flächeninanspruchnahme	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche	Typ I
		Flächenneuinanspruchnahme	Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr anhand der Gesamtfläche	Typ I
		Flächennutzungsintensität	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner:in	Typ I
		Naherholungsflächen	Naherholungsfläche je Einwohner:in	Typ I
		Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	Typ I
Rate der energetischen Sanierungen von Gebäuden	Anteil der energetisch sanierten Gebäude gemessen an allen Gebäuden	Typ II		
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	Fairtrade-Town	Anzahl der bisherigen Auszeichnungen der Kommune als Fairtrade-Town	Typ I
		Fairtrade-Schools	Anteil der als Fairtrade-School ausgezeichneten Schulen an allen Schulen	Typ I
		Ausgaben für fair gehandelte Produkte	Anteil kommunaler Ausgaben für fair gehandelte Produkte an den gesamten kommunalen Ausgaben	Typ II
		Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte	Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) je Einwohner:in und Tag	Typ I
		Trinkwasserverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Jährlicher Trinkwasserverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Erwerbstätigen am Arbeitsort	Typ II
		Energieverbrauch - Private Haushalte	Direkter und indirekter Energieverbrauch privater Haushalte je Einwohner:in	Typ II
		Energieverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Direkter und indirekter Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Erwerbstätigen am Arbeitsort	Typ II
		Abfallmenge	Entsorgte Abfallmenge je Einwohner:in	Typ I
		Recyclingquote	Anteil des stofflich recycelten Siedlungsabfallaufkommens am gesamten Siedlungsabfallaufkommen	Typ II
		EMAS-zertifizierte Standorte	Anteil der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte an allen Betriebsstandorten	Typ II
		Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten	Anteil der Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten an allen Betriebsstandorten	Typ II
		Index "Nachhaltige Beschaffung"	Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zum Beschaffungsprozess	Typ II
		Nachhaltige Beschaffungsverfahren	Anteil der nachhaltigen Beschaffungsverfahren an der Gesamtanzahl der Beschaffungsverfahren	Typ II

Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Beschreibung des Indikators		Indikatortyp
13	Maßnahmen zum Klimaschutz	Index "Kommunale Klimaanpassung"	Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu kommunaler Klimaanpassung	Typ II
		Ökologischer Waldumbau	Anteil der ökologisch umgebauten Waldfläche an der Waldfläche insgesamt	Typ II
		Bäume im öffentlichen Raum	Anzahl der Bäume im öffentlichen Raum je Hektar	Typ II
		Retentionsflächen	Durchschnittliches Retentionsvolumen je Fläche	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Private Haushalte	Treibhausgasemissionen privater Haushalte je Einwohner:in	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Industrie und verarbeitendes Gewerbe	Treibhausgasemissionen von Industrie und verarbeitendem Gewerbe je Beschäftigten am Arbeitsplatz	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges	Treibhausgasemissionen von Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges je Beschäftigten am Arbeitsplatz	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Kommunale Einrichtungen	Treibhausgasemissionen kommunaler Einrichtungen je Beschäftigten am Arbeitsplatz	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Motorisierter Individualverkehr (MIV)	Treibhausgasemissionen des motorisierten Individualverkehrs je geleisteten Personenkilometer	Typ II
		Treibhausgasemissionen - ÖPNV	Treibhausgasemissionen des ÖPNV je geleisteten Personenkilometer	Typ II
		Treibhausgasemissionen - Straßengüterverkehr	Treibhausgasemissionen des Straßengüterverkehrs je Tonnenkilometer	Typ II
		Index "Kommunaler Klimaschutz"	Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zum kommunalen Klimaschutz	Typ II
Personal im kommunalen Klimaschutz	Vollzeitäquivalente Stellen im kommunalen Klimaschutz je 1.000 Einwohner:innen	Typ II		
14	Leben unter Wasser	Fließgewässerqualität	Anteil der Fließgewässerlänge mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“ und „gut“ an der gesamten Fließgewässerlänge	Typ I
		Nährstoffbelastung in Fließgewässern	Durchschnittliche Gesamtposphorkonzentration in Fließgewässern	Typ II
15	Leben an Land	Nachhaltige Forstwirtschaft	Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC bzw. FSC an der gesamten Waldfläche	Typ II
		Naturschutzflächen	Anteil der Naturschutzflächen mit hohem Schutzstatus (Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks) an der Gesamtfläche	Typ I
		Landschaftsqualität	Gesamtheit aller Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt (Hemerobieindex)	Typ I
		Unzerschnittene Freiraumflächen	Anteil unzerschnittener Freiraumflächen > 50 km ² , die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind, an der Gesamtfläche	Typ I
		Artenvielfalt bei Vögeln	Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten gemessen an dem Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten	Typ II
16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	Straftaten	Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner:innen	Typ I
		Index "Korruptionsprävention"	Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu kommunalen Maßnahmen der Korruptionsprävention	Typ II
		Finanzmittelsaldo	Haushaltsüberschuss bzw. -defizit je Einwohner:in	Typ I
		Steuereinnahmen	Steuereinnahmen je Einwohner:in	Typ I
		Liquiditätskredite	Liquiditäts-/Kassenkredite im Kernhaushalt je Einwohner:in	Typ I
		Kreditfinanzierungsquote	Schuldenaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Ausgaben	Typ II
		Zins-Steuer-Quote	Zinsausgaben bzw. -aufwendungen im Verhältnis zu Steuereinnahmen bzw. -erträgen	Typ II
		Index "Digitale Kommune"	Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu Digitalisierungsprozessen in der Kommune	Typ II
		Beteiligung an Kommunalwahlen	Anteil der Wähler:innen an Wahlberechtigten einer Kommune	Typ II
		Informelle Bürgerbeteiligung	Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner:innen	Typ II
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	Ausgaben für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit je 10.000 Einwohner:innen	Typ II
		Ausgaben für kommunale Entwicklungspolitik	Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte und Entwicklungszusammenarbeit je Einwohner:in	Typ II
		Partnerschaften in Ländern des globalen Südens	Anzahl der Partnerschaften mit Partnern in Ländern des Globalen Südens je 10.000 Einwohner:innen	Typ II
		Projekte mit Partnern in Ländern des globalen Südens	Anzahl der mit Partnern in Ländern des Globalen Südens durchgeführten KEPol-Projekte im Verhältnis zur Einwohner:innenzahl	Typ II
		Entwicklungspolitische Projekte	Anzahl der entwicklungspolitischen Projekte, an denen die Kommune im Berichtsjahr beteiligt war, je 1.000 Einwohner:innen	Typ II

4.1.1 SDG 1 – Keine Armut – SGB II-/SGB XII-Quote (Nr. 1)



Indikator	SGB II-/SGB XII-Quote																										
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																										
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																										
(Primäres) Teilziel	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes (SDG 1.3.1)																										
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17										
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																										
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																										
Definition	Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II oder SGB XII (unter 65 Jahre) an der Bevölkerung (unter 65 Jahre)																										
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Quote zeigt an, wie hoch der Anteil der Bevölkerung ist, der nach dem Sozialgesetzbuch (SGB) Anspruch auf Grundsicherung für Arbeitssuchende (SGB II) oder Sozialhilfe (SGB XII) hat und damit wie hoch die Hilfebedürftigkeit innerhalb der Kommune ist. Eine hohe SGB II-/SGB XII-Quote führt zu Einschränkungen beim finanziellen Handlungsspielraum der Kommune, aufgrund derer andere wichtige Ausgaben und Investitionen zurückgestellt werden müssen. Noch schwerwiegender aber ist die Belastung für die Betroffenen selbst und deren Angehörige – sowohl in finanzieller, als auch in psychischer Hinsicht. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend haben finanzielle Einschränkungen erheblichen Einfluss auf die ökologische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit. Zusätzlich verstetigen sich Armut sowie fehlende ökologische, soziale und kulturelle Gestaltungsmöglichkeiten in Bezug auf nachfolgende Generationen, wodurch eine Reduktion der SGB II-/SGB XII-Quote ebenso dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgt. In einer nachhaltigen Kommune sollte es daher das Ziel sein, dass allen Hilfebedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt, damit sie wieder selbst für ihren Lebensunterhalt aufkommen können.																										
Herkunft	<table border="1"> <tr><td>Vereinte Nationen</td><td></td></tr> <tr><td>Europäische Union</td><td></td></tr> <tr><td>Bund</td><td></td></tr> <tr><td>Länder</td><td></td></tr> <tr><td>Kommunen</td><td>Kommune BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo</td></tr> </table>																	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	Kommune BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
Vereinte Nationen																											
Europäische Union																											
Bund																											
Länder																											
Kommunen	Kommune BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo																										
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie viele Menschen eine Mindestsicherung erhalten und Gefahr laufen, langfristig von Armut betroffen zu sein. Hieraus lässt sich allerdings noch nicht ableiten, ob auch wirklich allen Bedürftigen die notwendige Unterstützung zukommt. Die Validität des Indikators ist also dadurch eingeschränkt, dass nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Die „Dunkelziffer“ ist im ländlichen Raum sowie bei älteren Menschen besonders hoch.																										
Funktion	<table border="1"> <tr><td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td><td>x</td></tr> <tr><td>Input-/Output-Indikator</td><td></td></tr> </table>																	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator							
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																										
Input-/Output-Indikator																											
Statistische Zusammenhänge	Die SGB II-/SGB XII-Quote steht in direktem Zusammenhang mit nahezu allen anderen Armutsindikatoren (SDG 1.3) sowie der Langzeitarbeitslosigkeit (SDG 8.5). Zusätzlich bestehen Korrelationen mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern und Frauen (SDG 3.4) sowie der Anzahl an Straftaten (SDG 16.4). In Hinblick auf SDG 11 nimmt mit einem zunehmenden Anteil an SGB II-/SGB XII-Leistungsberechtigten die Flächeninanspruchnahme zu, während die PKW-Dichte sinkt, was auf eine erhöhte Anzahl an Leistungsberechtigten in urbanen Räumen hindeuten könnte.																										
Rahmenbedingungen	Werden in einer Region weniger Sachinvestitionen getätigt, so steigt der Anteil der Leistungsberechtigten nach dem SGB II und SGB XII in der Bevölkerung. Ein erhöhter Anteil an Verkehrsfläche bei abnehmenden Freiflächen sind ebenfalls Rahmenbedingungen für eine erhöhte SGB II-/ SGB XII-Quote, wodurch ein Zusammenhang mit der Urbanität von Gebieten bekräftigt wird. In Hinblick auf Wirtschaftsstrukturen lässt sich eine höhere Quote in Regionen mit Beschäftigten im überwiegend tertiären Sektor beobachten, während Regionen mit vielen Beschäftigten im Sekundärsektor weniger Hilfebedürftige aufweisen.																										
Berechnung	$\frac{((\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB II}) + (\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB XII im Alter von unter 65 Jahren}))}{(\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von 0 bis unter 65 Jahren})} * 100$																										
Einheit	%																										
Aussage	Der Anteil der Leistungsberechtigten nach SGB II und der Leistungsberechtigten nach SGB XII (im Alter von unter 65 Jahren) an der Bevölkerung (im Alter von unter 65 Jahren) beträgt x %.																										
Indikatortyp	Typ I																										
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																										
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden regelmäßig erhoben.																										
Datenqualität	Es handelt es sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Datenstandard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Daten sind ab dem Jahr 2007 zeitlich und räumlich besser vergleichbar, da seitdem alle Empfänger:innen von Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes in der Statistik abgebildet werden – einschließlich der Mitglieder von Bedarfsgemeinschaften, die bis dahin nicht systematisch berücksichtigt wurden.																										
Erhebungsebene	<table border="1"> <tr><td>Kreise und kreisfreie Städte</td><td>x</td></tr> <tr><td>Gemeinden</td><td>x</td></tr> <tr><td>Andere</td><td></td></tr> </table>																	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden	x	Andere					
Kreise und kreisfreie Städte	x																										
Gemeinden	x																										
Andere																											
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																										
Erhebungsintervall	jährlich																										

4.1.2 SDG 1 – Keine Armut – Armut – Kinderarmut (Nr. 2)



Indikator	Armut – Kinderarmut																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der unter 15-Jährigen, die von Armut betroffen sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Verschiedene Studien weisen darauf hin, dass Kinderarmut zu einem Dauerzustand in Deutschland geworden ist. Kinderarmut ist oftmals bedingt durch Arbeitslosigkeit und Armut der Eltern. Etwa ein Fünftel der betroffenen Kinder lebt fünf Jahre oder dauerhaft in Armut. Kinderarmut ist eine mögliche Ursache für Unterversorgung in wichtigen Lebensbereichen wie Wohnen oder Ernährung. Darüber hinaus führt sie mitunter zu sozialer Diskriminierung sowie ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen. Eine Reduktion des Anteils der unter 15-jährigen, die von Armut betroffen sind, erfüllt aufgrund der umfassenden Auswirkungen auf andere Nachhaltigkeitsdimensionen das Prinzip der Ganzheitlichkeit. Zusätzlich kann hier im Sinne der Generationengerechtigkeit auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										LHS						
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß der von Armut betroffenen unter 15-Jährigen. Kinder sind aufgrund der Abhängigkeit von Erwachsenen ein besonders verwundbarer und dadurch schützenswerter Teil der Gesellschaft. Dies zeigt sich in den umfassenden Sozialschutzsystemen und -maßnahmen auf nationaler Ebene. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob auch wirklich allen die notwendige Unterstützung zukommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht davon auszugehen ist, dass alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen und diese in vollem Maße an die Begünstigten, hier Kinder, weitergegeben werden.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil an Kindern, die von Armut betroffen sind, steht in Zusammenhang mit anderen Indikatoren des SDG 1 und des SDG 11. Außerdem bestehen Korrelationen zur Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5) und der Anzahl von Straftaten (SDG 16.4).																
Rahmenbedingungen	Kinderarmut steht in Zusammenhang zu einem urbanen Umfeld, insbesondere einer hohen Einwohnerdichte und einem hohen Anteil an Verkehrsfläche bei geringeren Freiflächenanteilen. Außerdem ist eine mittelstarke, negative Korrelation zu den Ausgaben für Sachinvestitionen zu erkennen. In Hinblick auf Wirtschaftsstrukturen lässt sich eine höhere Kinderarmut in Regionen mit Beschäftigten im überwiegend tertiären Sektor beobachten, während Regionen mit vielen Beschäftigten im Sekundärsektor weniger betroffene Kinder vorweisen.																
Berechnung	$\frac{((\text{Anzahl der nicht-erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen unter 15 Jahre}) + (\text{Anzahl der Nichtleistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre}))}{(\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von unter 15 Jahren})} * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Bevölkerung unter 15 Jahren erhält – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Sozialgeld nach SGB II.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden regelmäßig erhoben. Für einige Bundesländer liegen die Daten nur auf Kreisebene vor.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.1.3 SDG 1 – Keine Armut – Armut – Jugendarmut (Nr. 3)



Indikator	Armut – Jugendarmut																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der 15- bis 17-Jährigen, die von Armut betroffen sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Jugendarmut ist im Vergleich zu Kinderarmut im innerdeutschen Diskurs immer noch ein Randthema. Genauso wie bei Kindern bedeutet Armut in der Jugend nicht nur, dass die Mittel zur physischen Grundversorgung fehlen; Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Bildungs- und Teilhabechancen verbunden. Jugendliche sind in einer besonderen Phase ihres Lebens: Sie sollen oder müssen den Start in ein selbstständiges Leben wählen. Konnten sie jedoch bereits zuvor wegen Armut nur unterdurchschnittlich an Bildung teilhaben, so schränkt das ihre Wahlmöglichkeiten in dieser Phase enorm ein. Die fehlende soziale Mobilität determiniert mit hoher Wahrscheinlichkeit auch den zukünftigen ökonomischen Erfolg, der stellenweise Voraussetzung für ökologisches Verhalten (z. B. für nachhaltigen Konsum) sein kann. Somit kann hier im Sinne der Generationengerechtigkeit auch von einer Verantwortung für ein gemeinsames Vorgehen gesprochen werden, um eine bessere Zukunft aller Generationen zu gewährleisten.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund									Destatis							
	Länder																
	Kommunen									LHS							
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß von Jugendarmut. Neben den umfassenden Auswirkungen von Armut auf Bildungschancen und gesellschaftliche Teilhabe sind Jugendliche, die in ihrer frühen Adoleszenz von Armut betroffen sind, besonders anfällig für die subjektiv wahrgenommene Chancengleichheit. Armut in dieser Lebensphase wirkt besonders demütigend, deprimierend und demoralisierend – mit weitreichenden Konsequenzen für das spätere Leben. Entsprechende Maßnahmen zielen darauf ab, der Armut von Jugendlichen im Speziellen entgegenzuwirken. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob auch wirklich allen die notwendige Unterstützung zukommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil an Jugendarmut steht in Zusammenhang mit anderen Armutsindikatoren des SDG 1, Siedlungscharakteristika (SDG 11) sowie mit der Anzahl an Straftaten (SDG 16.4).																
Rahmenbedingungen	Jugendarmut korreliert mit einer erhöhten Einwohnerdichte und dem Anteil an Verkehrsfläche bei insgesamt geringerer Freifläche. Außerdem ist ein mittelstarker, negativer Zusammenhang zu den Ausgaben für Sachinvestitionen zu erkennen. In Hinblick auf Wirtschaftsstrukturen lässt sich eine höhere Jugendarmut in Regionen mit Beschäftigten im überwiegend tertiären Sektor beobachten, während Regionen mit vielen Beschäftigten im Sekundärsektor weniger betroffene Jugendliche vorweisen.																
Berechnung	$\frac{((\text{Anzahl der Leistungsbezieher:innen im Alter von 15-17 Jahren}) + (\text{Anzahl der Nicht-Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren}))}{(\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 15-17 Jahren})} * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Jugendlichen von 15 bis 17 Jahren erhält – selbst oder indirekt durch die Bedarfsgemeinschaft – Leistungen nach SGB II																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte									x							
	Gemeinden									x							
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.1.4 SDG 1 – Keine Armut – Armut – Altersarmut (Nr. 4)



Indikator	Armut – Altersarmut																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Altersarmut beschreibt die Problematik, trotz teilweise lebenslanger Erwerbstätigkeit, nach dem Erreichen des Renteneintrittsalters über einen Rentenanspruch zu verfügen, der unter dem Existenzminimum liegt. Im Verhältnis zu Kindern und Jugendlichen sind ältere Menschen weniger von Armut betroffen. In den nächsten Jahren muss jedoch mit einer zunehmenden Verschärfung der Problematik gerechnet werden, die hauptsächlich auf Rentenreformen und auf Entwicklungen am Arbeitsmarkt zurückzuführen sind. Im Rentenalter arm zu sein, bedeutet nicht nur, dass die Mittel zur physischen Grundversorgung fehlen, Armut ist auch mit sozialer Diskriminierung und ungleichen Teilhabechancen verbunden. Altersarmut ist für die Betroffenen beschämend und erniedrigend, da sie mehrheitlich trotz zum Teil lebenslanger harter Arbeit nicht genügend Geld für den Lebensalltag besitzen. Ihre Situation schränkt sie nicht nur in ihren Teilhabechancen ein, sondern führt auch zu unterdurchschnittlichen Möglichkeiten, sich aktiv gesund zu halten. Ältere Menschen haben nur begrenzte Möglichkeiten, ihre Einkommenshöhe aktiv zu gestalten – diese besondere Situation macht Altersarmut zu einer besonders schwerwiegenden Form von Armut.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund										Destatis						
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen über das Ausmaß von Armut in der Gruppe von über 65-Jährigen. Die hohe Komplexität von Altersarmut – insbesondere das Erreichen sehr heterogener Bevölkerungsgruppen – macht die Anforderungen an soziale Schutzsysteme vielschichtig. Neben der gesundheitlichen Komponente von Altersarmut, die hauptsächlich durch Frühverrentung verursacht wird, sind generelle Erwerbslosigkeit samt fehlender Wiedereingliederung auf dem Arbeitsmarkt sowie das Leisten von Care-Arbeit (wie z. B. Kinderbetreuung oder Altenpflege) weiter relevante Faktoren, die durch unterschiedliche Maßnahmen adressiert werden müssen. Hieraus lässt sich allerdings nicht ableiten, ob die notwendige Unterstützung auch tatsächlich ankommt. Zudem ist die Validität etwas eingeschränkt, da nicht alle Menschen ihre berechtigten Ansprüche an Sozialleistungen wahrnehmen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Je stärker die Altersarmut in einer Region ausgeprägt ist, desto höher sind die übrigen Indikatoren zur Armut (SDG 1) und der Indikator "Straftaten" (SDG 16) ausgeprägt. Dagegen kann bei der Beschäftigungsquote von 55- bis 64-Jährigen (SDG 8.5) sowie bei der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken und Supermärkten ein negativer Zusammenhang festgestellt werden.																
Rahmenbedingungen	Ein höherer Anteil der über 65-Jährigen, die von Armut betroffen sind, geht mit urbanen Siedlungscharakteristika sowie höherem Pendlersaldo und Ausländeranteil einher.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Bezieher:innen von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter ab 65 Jahren}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Bevölkerung erhält ab 65 Jahren Leistungen zur Grundsicherung im Alter nach SGB XII.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten von hoher Qualität, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.1.5 SDG 1 – Keine Armut – Materielle Deprivation (Nr. 5)



Indikator	Materielle Deprivation																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der materiell deprivierten Personen an der Gesamtbevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Materielle Deprivation beschreibt den Mangel an bestimmten Gebrauchsgütern und den unfreiwilligen Verzicht auf ausgewählten Konsum aus finanziellen Gründen. Als materiell depriviert gilt, wer von neun vorgegebenen Kriterien, die die finanziellen Einschränkungen eines Haushalts widerspiegeln, Entbehrungen in mindestens drei der folgenden neun Bereiche erfährt:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Finanzielles Problem, die Miete, Hypotheken oder Rechnungen für Versorgungsleistungen rechtzeitig zu bezahlen. 2. Finanzielles Problem, die Wohnung angemessen heizen zu können. 3. Problem, unerwartete Ausgaben in einer bestimmten Höhe aus eigenen finanziellen Mitteln bestreiten zu können. 4. Finanzielles Problem, jeden zweiten Tag Fleisch, Fisch oder eine gleichwertige vegetarische Mahlzeit essen zu können. 5. Finanzielles Problem, jährlich eine Woche Urlaub außerhalb der eigenen Wohnung zu verbringen. 6. Fehlen eines Autos im Haushalt 7. Fehlen einer Waschmaschine im Haushalt 8. Fehlen eines Farbfernsehgeräts im Haushalt 9. Fehlen eines Telefons im Haushalt <p>Das Fehlen der vier letztgenannten Konsumgüter wird nur dann als "Benachteiligung" gewertet, wenn sie aus finanziellen Gründen nicht angeschafft werden können. Einschränkungen dieser Art fördern Armut und setzen sich oft in folgenden Generationen fort. Eine Reduktion materieller Deprivation folgt daher dem Prinzip der Generationengerechtigkeit. Da die Einschränkungen umfassende Auswirkungen auf weitere Dimensionen von Nachhaltigkeit haben, wird das Prinzip der Ganzheitlichkeit gleichermaßen verfolgt.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union										Eurostat, Eurostat SDI						
	Bund										DNS, Destatis						
	Länder										NRW						
	Kommunen																
Validität	Mit der materiellen Deprivation verbunden ist das Problem der sozialen Ausgrenzung, da die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben aufgrund fehlender finanzieller Mittel gefährdet oder zumindest erheblich benachteiligt ist. Hierbei muss unterschieden werden, ob Personen sich bestimmte Waren oder Dienstleistungen nicht leisten können oder ob der Verzicht bewusst ist und somit andere Gründe hat. Der Indikator basiert auf der subjektiven Selbsteinschätzung der Befragten und ergänzt somit sinnvoll die üblichen Kategorisierungen aller Formen von Armut. Somit bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der materiell deprivierten Einwohner:innen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % an der Bevölkerung ist von mindestens drei finanziellen Einschränkungen betroffen und gilt als materiell depriviert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.1.6 SDG 1 – Keine Armut – Wohnungslosigkeit (Nr. 6)



Indikator	Wohnungslosigkeit																
(Primäres) Ziel	Armut in jeder Form und überall beenden (SDG 1)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes, und bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen (SDG 1.3.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2	11.1.1 11.3.1					16.9	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Armut																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Einwohner:innen, die als wohnungslos gelten																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Wohnungslosigkeit bedeutet, dass Menschen ohne Miet- oder Pachtvertrag kurzzeitig bei Bekannten unterkommen oder obdachlos, d. h. ohne jeden Schutz, auf der Straße leben. Es handelt sich dabei um eine besonders schwere Form von Armut und sozialer Ausgrenzung. Über die Größenordnung des Problems und die Frage, wer von Wohnungslosigkeit betroffen ist, gehen die Einschätzungen allerdings in Ermangelung belastbarer Daten weit auseinander. Mit Beschluss der Bundesregierung wird eine amtliche bundesweite Wohnungslosenstatistik ab dem Jahr 2022 eingeführt – der Wohnungslosenbericht wird künftig alle zwei Jahre veröffentlicht. Die Auswirkungen von Wohnungslosigkeit sind vorrangig in der sozialen und ökonomischen Dimension zu verorten und u. a. bedingt durch eine Sozial- und Baupolitik, die den Marktmechanismus als alleinigen Allokationsmechanismus sieht. Die Verfestigung von Armut als Folge von Wohnungslosigkeit erweitert die Problematik zusätzlich um die Dimension der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen										UNSD						
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Wohnungslosigkeit betrifft hauptsächlich Menschen im Niedrigeinkommensbereich, die Transferleistungen beziehen, anerkannte Geflüchtete, Alleinerziehende und junge Erwachsene sowie jene, die in Folge langjähriger prekärer Beschäftigung unter Altersarmut leiden. Um diesen besonders exponierten Personengruppen helfen zu können, bedarf es entsprechender Sozialschutzsysteme und -maßnahmen. Der Indikator kann als elementarer Schritt gesehen werden, um eine breite Versorgung der von Wohnungslosigkeit betroffenen Menschen zu gewährleisten. Somit bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der wohnungslosen Einwohner:innen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Bevölkerung ist wohnungslos.																
Indikatortyp	Typ II																

4.2.1 SDG 2 – Kein Hunger – Kinder mit Fehlernährung (Nr. 7)



Indikator	Kinder mit Fehlernährung																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 alle Formen der Fehlernährung beenden, einschließlich durch Erreichung der international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstumshemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren bis 2025, und den Ernährungsbedürfnissen von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen Rechnung tragen (SDG 2.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden (SDG 2.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.1.2 2.2.3															
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der über- bzw. untergewichtigen Kinder an allen untersuchten Kindern im Schuleingangsjahr																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator bildet ab, inwieweit alle Formen der Fehlernährung, hier insbesondere Über- und Mangelernährung, beendet und der Zugang zu sicheren und nahrhaften Lebensmitteln gewährleistet werden können. Obwohl in der Europäischen Union das Problem des Hungers weitgehend überwunden ist, zeichnen sich neue Herausforderungen im Zusammenhang mit der Ernährung ab, wie z. B. die zunehmende Fettleibigkeit. Übergewicht kann das Risiko für spätere Folgeerkrankungen, wie z. B. Bluthochdruck, Erkrankungen der Gefäße oder Diabetes mellitus Typ II, erhöhen. Speziell für Kinder kann Übergewicht und insbesondere starkes Übergewicht eine Einschränkung in der sozialen Entwicklung bedeuten. Dagegen kann kindliches Untergewicht, das nicht mit altersgerecht unauffälligem Ernährungsverhalten und körperlicher Belastbarkeit einhergeht, gesundheitliche Probleme, wie z. B. Infektanfälligkeit oder auch psychosoziale Schwierigkeiten, hervorrufen. Ernährungsgewohnheiten und -trends, wie z. B. Fast-Food, Superfood oder der Verzicht auf tierische Produkte, und die damit zusammenhängenden Veränderungen des Lebensmittelmarktes führen darüber hinaus zu unterschiedlichen Konsummöglichkeiten zwischen finanziell besser und schlechter gestellten Haushalten. Aufgrund der Tatsache, dass Ernährungsgewohnheiten primär eine Frage der Sozialisation durch das Elternhaus sind, folgt das Nachhaltigkeitsziel dem Prinzip der Generationengerechtigkeit. Der signifikante Einfluss von Ernährung auf die ökonomische, ökologische und soziale Chancengleichheit ergänzt den Indikator zusätzlich um das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union																
	Bund								Destatis								
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Auskunft über den Anteil der Kinder, die bei Schuleintritt unter einer Form von Fehlernährung leiden. Das Über- oder Untergewicht von Kindern wird oftmals durch den Body-Mass-Index (BMI) erfasst, der die Bewertung des Körpergewichts eines Menschen in Relation zu seiner Körpergröße vornimmt. Nicht berücksichtigt werden dabei der Anteil der jeweiligen Gewebearten (z. B. Knochen, Muskeln, Fett), die Statur sowie Nährstoffdefizite, weshalb es zu Ungenauigkeiten und Fehleinschätzungen kommen kann und physiologische Besonderheiten daher zusätzlich anhand von standardisierten Wachstumskurven verglichen und überprüft werden sollten. Da ein Großteil der wachstumsbedingten Entwicklungsstörungen von Kindern allerdings so durch den Indikator erfasst werden können, bezieht sich der Indikator sinnvoll auf das Unterziel, alle Formen der Mangelernährung zu beenden und bildet diesen ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$\frac{((\text{Anzahl der übergewichtigen Kinder im Schuleingangsjahr}) + (\text{Anzahl der untergewichtigen Kinder im Schuleingangsjahr}))}{(\text{Anzahl der Kinder im Schuleingangsjahr})} * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der eingeschulten Kinder leidet unter einer Fehlernährung.																
Indikatortyp	Typ II																

4.2.2 SDG 2 – Kein Hunger – Ökologischer Landbau (Nr. 8)



Indikator	Ökologischer Landbau																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.1.2 2.4.1				6.3.1						12.2		14.1	15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der ökologisch bewirtschafteten Fläche an der landwirtschaftlich genutzten Fläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ökologischer Landbau ist Teil einer nachhaltigen Agrarpolitik und setzt auf ressourcenschonende Produktionsmethoden mit möglichst geschlossenen Nährstoffkreisläufen, die Erhaltung der Bodenfruchtbarkeit sowie auf eine artgerechte Tierhaltung, die durch eine flächenabhängige Begrenzung der Zahl der Tiere erreicht werden soll. Der Einsatz chemisch-synthetischer Pflanzenschutzmittel sowie leicht mineralischer Düngemittel ist in der ökologischen Landwirtschaft nicht gestattet – sie arbeitet nach dem Prinzip der hofeigenen Kreisläufe. Im Gegensatz zu konventionell wirtschaftenden Betrieben wird außerdem auf abwechslungsreiche Fruchtfolgen geachtet, auf Antibiotika und synthetische Wachstumsregulatoren verzichtet und so insgesamt versucht, aktiv Boden-, Gewässer-, Arten- und Tierchutz zu betreiben. Mit diesen Maßnahmen gilt ökologischer Landbau auch als weniger energieintensiv und vermag somit auch einen signifikanten Beitrag zur Bewältigung des Klimawandels zu leisten. Da dieser erheblichen Einfluss auf die weltweite Ernährungssicherheit hat, leistet der ökologische Landbau auch einen Beitrag zur globalen Verantwortung und folgt dem Prinzip der Generationengerechtigkeit. In Deutschland wird derzeit jedoch nur ein geringer Teil der gesamten landwirtschaftlich genutzten Fläche nach den Prinzipien des ökologischen Landbaus bewirtschaftet.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen								Kommune NRW, LHS, MoNaKo								
Validität	Der Indikator bildet den Anteil des ökologischen Landbaus ab und damit einen wesentlichen Beitrag zur Nachhaltigkeit der Nahrungsmittelproduktion (Stärkung der Resilienz und Verbesserung der Bodenqualität). Der Indikator bildet das Unterziel daher ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Landwirtschaftlich genutzte Fläche mit ökologischem Landbau}) / (\text{Landwirtschaftlich genutzte Fläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der landwirtschaftlich genutzten Fläche wird ökologisch bewirtschaftet.																
Indikatorotyp	Typ II																

4.2.3 SDG 2 – Kein Hunger – Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft (Nr. 9)



Indikator	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft																
(Primäres) Ziel	Den Hunger beenden, Ernährungssicherheit und eine bessere Ernährung erreichen und eine nachhaltige Landwirtschaft fördern (SDG 2)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen und resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern (SDG 2.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.3.1						12.2 12.4		14.1	15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Fläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Stickstoff ist ein Hauptnährstoffelement der Pflanzen, stellt jedoch in übermäßigen Mengen nach wie vor ein großes ökologisches Problem dar. Insbesondere durch den Düngemiteinsatz in der Landwirtschaft über den tatsächlichen Bedarf hinaus und außerhalb der natürlichen Vegetationsperiode entstehen vielfältige Umweltprobleme, die die planetaren Belastungsgrenzen bereits überschritten haben. Stickstoffliebende Pflanzen breiten sich verstärkt aus und verdrängen Pflanzen, die sich an stickstoffarme Standorte angepasst haben. Da die Nährstoffe über Niederschläge oder durch Auswaschung in weitere Land- oder Wasser-Ökosysteme eingetragen werden, haben sie weitreichende Auswirkungen auf den Naturhaushalt: Eutrophierung und Versauerung von Oberflächengewässern, Meeren und diversen Landökosystemen sowie Nitratbelastungen im Grundwasser. Stickstoffüberschüsse führen auch zur Entstehung von Treibhausgasen und versauernden Luftschadstoffen mit negativen Folgen für Klima, Artenvielfalt und Landschaftsqualität. Aufgrund der Auswirkungen von lokalen Stickstoffeinträgen auf übergeordnete Ebenen wirkt diese Entwicklung dem Prinzip der globalen Verantwortung entgegen und hat aufgrund der langen Wirkungszeiträume gleichzeitig Relevanz im Sinne der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen									SDSN							
	Europäische Union									Eurostat							
	Bund									DNS							
	Länder									NRW							
	Kommunen									LHS, MoNaKo							
Validität	Der Stickstoffüberschuss der landwirtschaftlich genutzten Flächen belastet Ökosysteme, sodass deren Resilienz insgesamt und insbesondere gegenüber Klimaveränderungen und extremen Wetterereignissen abnimmt. Dies hat direkten Einfluss auf die Nahrungsmittelproduktion, da Produktivität und Ertrag sehr unterschiedlich auf verschiedene Extremwetterereignisse reagieren. Außerdem wird der Überschuss der Stickstoff-Flächenbilanz als zentrale Indikatorgröße für mögliche Gewässerbelastungen mit Nitrat aus der Landwirtschaft und deren Veränderung im Zeitverlauf betrachtet. Das Unterziel nachhaltiger und resilienterer landwirtschaftlicher Methoden wird daher durch den Indikator ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Indikator steht in einem schwachen Zusammenhang mit der Geschlechtergleichstellung einer Region: die Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2), Beschäftigungsquoten sowie Verdienstabstände zwischen Männern und Frauen (SDG 5.1) sinken bei zunehmendem Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft. In diesen Regionen sind außerdem weniger Naturschutzflächen (SDG 15.5) ausgewiesen (schwacher negativer Zusammenhang).																
Rahmenbedingungen	Ein steigender Anteil an Waldflächen in einer Region geht mit sinkenden Stickstoffüberschüssen in der Landwirtschaft einher. Darüber hinaus konnten keine nennenswerten Rahmenbedingungen identifiziert werden.																
Einheit	kg / ha																
Aussage	Der Stickstoffüberschuss liegt bei x kg pro Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Universität Gießen, Umweltbundesamt																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Der Stickstoffüberschuss wird über Modellrechnungen ermittelt, in die der Düngemiteinsatz, der Eintrag aus der Luft, die Entnahme durch Erträge und weitere Faktoren eingehen. In der vorliegenden Bilanzierung werden zudem, im Vergleich zu früheren Ansätzen, einige methodische Änderungen, wie der Ausbau von Biogaserzeugung seit Mitte der 2000er Jahre und der zunehmende Transfer von Wirtschaftsdüngern, mit einbezogen. Emissionsfaktoren und Aktivitätsdaten der Bilanzierung sind weitgehend identisch mit entsprechenden Werten im Nationalen Emissionsinventar. Darüber hinaus kann eine methodische Kohärenz der N-Bilanzierung mit bestehenden Berichtspflichten des Umweltbundesamtes (u. a. Klimarahmenkonvention, Göteborg-Protokoll) zu hochreaktiven Stickstoffverbindungen vollzogen werden. Somit ist eine integrative Betrachtung der Stickstoffbelastung möglich, ohne dass die Gesamtbetrachtung durch methodisch bedingte Unterschiede zwischen den einzelnen Berichten eingeschränkt wird. Die Datengrundlage und Methodik wurden gegenüber früheren Zeitreihen (bis zum Jahr 2017) nochmals überarbeitet und rückwirkend aktualisiert. Die jetzt vorliegenden Werte der Zeitreihe können sich daher von früheren Veröffentlichungen unterscheiden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte									x							
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	Die Bereitstellung der Daten erfolgt jährlich, wobei für jedes Jahr ein gleitendes Drei-Jahres-Mittel angegeben wird, um witterungs- und preisbedingte Schwankungen für Düngemittel auszugleichen.																

4.3.1 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Vorzeitige Sterblichkeit – Frauen (Nr. 10)



Indikator	Vorzeitige Sterblichkeit – Frauen																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4)																
(Primäres) Teilziel	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.3.2 3.6 3.8.2 3.9.2								11.5						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Anzahl der Todesfälle bei Frauen von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vorzeitige Todesfälle können Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Die Wahrscheinlichkeit im Alter von unter 70 Jahren zu sterben, ist für Frauen signifikant geringer als für Männer. Neben einer oftmals gesünderen Lebensweise und einer generell höheren Bereitschaft zu Vorsorgeuntersuchungen, spielen hier auch Faktoren, wie die Berufswahl, welche hinsichtlich der physischen Belastung auch heute noch den traditionellen Rollenbildern entspricht, eine Rolle. Die vorzeitige Sterblichkeit von Frauen ist aufgrund der Häufigkeit der einzelnen Todesursachen eher von strukturellen Einflussfaktoren des Gesundheitswesens abhängig. Ziel einer nachhaltigen Kommune muss es sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit). In Kommunen kommen hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenverkehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden helfen, den Arbeitsschutz zu verbessern.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen																
Validität	Der Indikator liefert aufschlussreiche Hinweise zu möglichen geschlechterspezifischen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau von Frauen. Allerdings liefert der Indikator keine Informationen darüber, welche Anstrengungen die Kommune zur Förderung des Wohlergehens und der physischen wie psychischen Gesundheit unternimmt. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Vorzeitige Sterblichkeit von Frauen steht in einem positiven Zusammenhang zur Armut (SDG 1.3), zur vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4) sowie zur Langzeitarbeitslosenquote SDG (8.5). Zur Beschäftigungsquote von Ausländern (SDG 10.2) und zu den Mietpreisen (SDG 11.1) besteht ein negativer Zusammenhang.																
Rahmenbedingungen	Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt an, wenn auch die Anzahl der Todesfälle bei Frauen unter 70 Jahren zunimmt. Außerdem verändert sich durch den Indikator der natürliche Saldo einer Region.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Todesfälle bei Frauen im Alter von unter 70 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																
Einheit	Todesfälle je 1.000 weibliche Einwohner:innen																
Aussage	Von 1.000 Frauen unter 70 Jahren sind x vorzeitig verstorben.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten zur Statistik der Sterbefälle werden je nach Merkmal auf monatlicher, vierteljährlicher oder jährlicher Basis ausgewertet. Der Berichtszeitraum ist der 1. Januar bis 31. Dezember eines Jahres.																
Datenqualität	Datenquellen für den Indikator sind die Statistik der Sterbefälle und die Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes. Die Bevölkerungsfortschreibung gibt, basierend auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung, die aktuellen Bevölkerungszahlen an. Die Daten sind standardisiert auf die alte Europabevölkerung von 1976, da sich diese in der Gesundheitsberichterstattung international durchgesetzt hat und eine Vergleichbarkeit auch zwischen den Geschlechtern jederzeit gegeben ist. Die unter 1-Jährigen und damit die Säuglingssterblichkeit sind in der Betrachtung ausgeschlossen. Der Indikator ist auch Teil der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Die Erhebungsgesamtheit umfasst alle Sterbefälle, die in Deutschland im Berichtszeitraum standesamtlich registriert werden. Es handelt sich um eine dezentrale Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Die Erhebungseinheit ist der einzelne Sterbefall (Personenstandsfall). Es werden auch Merkmale der / des Verstorbenen erhoben. Die regionale Zuordnung der Ergebnisse erfolgt nach der letzten Wohngemeinde der / des Verstorbenen.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.3.2 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Vorzeitige Sterblichkeit – Männer (Nr. 11)



Indikator	Vorzeitige Sterblichkeit – Männer																																		
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4)																																		
(Primäres) Teilziel	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4.2)																																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>1</th> <th>2</th> <th>3</th> <th>4</th> <th>5</th> <th>6</th> <th>7</th> <th>8</th> <th>9</th> <th>10</th> <th>11</th> <th>12</th> <th>13</th> <th>14</th> <th>15</th> <th>16</th> <th>17</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td>3.3.2 3.6 3.8.2 3.9.2</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>11.5</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17			3.3.2 3.6 3.8.2 3.9.2								11.5						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
		3.3.2 3.6 3.8.2 3.9.2								11.5																									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																																		
Definition	Anzahl der Todesfälle bei Männern von unter 70 Jahren je 1.000 Einwohner:innen																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Obwohl der Abstand in der Häufigkeit vorzeitiger Sterbefälle zwischen Männern und Frauen zurückgegangen ist, sterben mehr Männer als Frauen vor dem Erreichen des 70. Lebensjahres. Treten Todesfälle in einem Alter unter 70 Jahren gehäuft auf, so kann dies ein Anzeichen für massive Gesundheitsrisiken und Probleme im Gesundheitswesen sein. Für Männer sind hier Gesundheitsrisiken aufgrund eines ungesünderen Lebensstils hervorzuheben. Generelle Versorgungslagen im Gesundheitssystem haben – aufgrund einer verringerten Bereitschaft von Männern, die Angebote in Anspruch zu nehmen – nur geringen Einfluss. Da der Gesundheitszustand maßgeblich die Lebensqualität der Menschen beeinflusst, muss es Ziel einer nachhaltigen Kommune sein, ein gesundes Leben für alle Menschen zu ermöglichen und die Fälle vorzeitiger Sterblichkeit jetzt und in Zukunft weiter zu senken (Prinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit). In Kommunen kommt hier der gesundheitlichen Versorgung und Förderung gesundheitlicher Präventivmaßnahmen, die sowohl die physische, als auch die psychische Gesundheit beinhaltet, und der erhöhten Sicherheit im Straßenverkehr eine besonders hohe Priorität zu. Des Weiteren können Kommunen im Austausch mit Wirtschaftsverbänden den Arbeitsschutz verbessern helfen.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>DNS</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>BW, NRW</td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund	DNS	Länder	BW, NRW	Kommunen																									
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund	DNS																																		
Länder	BW, NRW																																		
Kommunen																																			
Validität	Der Indikator liefert aufschlussreiche Hinweise zu möglichen geschlechterspezifischen Missständen im Gesundheitswesen sowie zum allgemeinen Gesundheitsniveau von Männern. Allerdings liefert der Indikator keine Informationen darüber, welche Anstrengungen die Kommune zur Förderung des Wohlergehens und der physischen wie psychischen Gesundheit unternimmt. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																																		
Funktion	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Statistische Zusammenhänge	Für die vorzeitige Sterblichkeit von Männern bestehen positive Zusammenhänge zur SGB II-/SGB XII-Quote und zur Kinderarmut (SDG 1.3), zur vorzeitigen Sterblichkeit von Frauen (SDG 3.4), zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2), zum Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen (SDG 5.1), zur Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5) und zu Naherholungsflächen (SDG 11.7). Dagegen sind die Zusammenhänge zu Existenzgründungen (SDG 9.5), zur Beschäftigungsquote von Ausländern (SDG 10.2), zu den Mietpreisen (SDG 11.1) und Steuereinnahmen (SDG 16.6) negativ.																																		
Rahmenbedingungen	Das Durchschnittsalter der Bevölkerung steigt an, wenn auch die Anzahl der Todesfälle bei Männern von unter 70 Jahren zunimmt. Außerdem verändert sich der natürliche Saldo durch den Indikator.																																		
Berechnung	$(\text{Anzahl der Todesfälle bei Männern im Alter von unter 70 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																																		
Einheit	Todesfälle je 1.000 männliche Einwohner																																		
Aussage	Von 1.000 Männern unter 70 Jahren sind x vorzeitig verstorben.																																		
Indikatortyp	Typ I																																		
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																																		
Datenverfügbarkeit	Die Daten zur Statistik der Sterbefälle werden je nach Merkmal auf monatlicher, vierteljährlicher oder jährlicher Basis ausgewertet. Der Berichtszeitraum ist 1. Januar bis 31. Dezember eines Jahres.																																		
Datenqualität	Datenquellen für den Indikator sind die Statistik der Sterbefälle und die Bevölkerungsfortschreibung des Statistischen Bundesamtes. Die Bevölkerungsfortschreibung gibt, basierend auf den Ergebnissen der jeweiligen letzten Volkszählung, die aktuellen Bevölkerungszahlen an. Die Daten sind standardisiert auf die alte Europabevölkerung von 1976, da sich diese in der Gesundheitsberichterstattung international durchgesetzt hat und eine Vergleichbarkeit auch zwischen den Geschlechtern jederzeit gegeben ist. Die unter 1-Jährigen und damit die Säuglingssterblichkeit sind in der Betrachtung ausgeschlossen. Der Indikator ist auch Teil der Gesundheitsberichterstattung des Bundes. Die Erhebungsgesamtheit umfasst alle Sterbefälle, die in Deutschland im Berichtszeitraum standesamtlich registriert werden. Es handelt sich um eine dezentrale Vollerhebung mit Auskunftspflicht. Die Erhebungseinheit ist der einzelne Sterbefall (Personenstandsfall). Es werden auch Merkmale des/der Verstorbenen erhoben. Die regionale Zuordnung der Ergebnisse erfolgt nach der letzten Wohngemeinde des/der Verstorbenen.																																		
Erhebungsebene	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Kreise und kreisfreie Städte</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Andere</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden		Andere																													
Kreise und kreisfreie Städte	x																																		
Gemeinden																																			
Andere																																			
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																																		
Erhebungsintervall	jährlich																																		

4.3.3 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Lärmbelastung (Nr. 12)



Indikator	Lärmbelastung																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken und die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4)																
(Primäres) Teilziel	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern (SDG 3.4.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.1.1				15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege / Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der Bevölkerung in mit Verkehrslärm belasteten Wohn- und Mischgebieten																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Chronischer Stress durch Verkehrslärm kann nicht nur die Gesundheit und das Wohlergehen einschränken, sondern – aufgrund der Folgekosten durch stressbezogene Erkrankungen – auch erhebliche volkswirtschaftliche Schäden verursachen. Da sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen häufiger erhöhten Lärmpegeln ausgesetzt sind und diese gesundheitlich insgesamt vulnerabler sind, ist Verkehrslärm auch eine Frage der Umwelt(un-)gerechtigkeit. Lärmbedingte gesundheitliche Folgeschäden können bei Arbeitsunfähigkeit oder verminderter Erwerbsfähigkeit erheblichen Einfluss auf die soziale und kulturelle Dimension von Nachhaltigkeit haben. Werden durch Lärm z. B. die Kommunikation zwischen Tieren oder ganze Biotopverbände gestört, so berührt dieser ebenso die ökologische Nachhaltigkeitsdimension. Insgesamt folgt eine Reduktion der Lärmbelastung dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union										Eurostat, Eurostat SDI						
	Bund																
	Länder										BW, NRW						
	Kommunen										LHS, MoNaKo						
Validität	Längerfristige Exposition zu Verkehrslärm am Wohnort, entsprechend den Lärmindizes nach der Umgebungs-lärmrichtlinie der Europäischen Union, schränkt das Wohlergehen bei einem signifikanten Anteil der Bevölkerung nachweislich ein und kann insbesondere bei vulnerablen Personen chronische Erkrankungen hervorrufen. Demnach ist die Verringerung des Anteils der Bevölkerung, die verkehrsbedingtem Lärm ausgesetzt ist, eine valide Maßnahme um Frühsterblichkeit aufgrund von Krankheiten entgegenzuwirken. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Betroffenen mit einer über 24 Stunden gemittelten Lärmbelastung von } L_{den} > 65 \text{ dB(A)}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$ bzw. $(\text{Anzahl der Betroffenen mit einer nächtlichen Lärmbelastung von } L_{night} > 55 \text{ dB(A)}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Von gesundheitsgefährdendem Verkehrslärm mit einer über 24 Stunden gemittelten Lärmbelastung $L_{den} > 65 \text{ dB(A)}$ oder einer nächtlichen Lärmbelastung $L_{night} > 55 \text{ dB(A)}$ sind x Prozent der Gesamtbevölkerung betroffen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.3.4 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Wohnungsnahe Grundversorgung – Hausarzt (Nr. 13)



Indikator	Wohnungsnahe Grundversorgung – Hausarzt																																		
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																																		
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1" style="width: 100%; text-align: center;"> <tr> <td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td><td>13</td><td>14</td><td>15</td><td>16</td><td>17</td> </tr> <tr> <td></td><td></td><td>3.3.2</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>11.1.1</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17			3.3.2								11.1.1						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
		3.3.2								11.1.1																									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																																		
Definition	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ein Arztbesuch mit möglichst wenig organisatorischem Aufwand ist nicht nur für Berufstätige und Familien mit Kindern eine enorme Entlastung, sondern gerade ältere Menschen mit eingeschränkter Mobilität profitieren von dieser Form der wohnungs-nahen Gesundheitsgrundversorgung. Diese haben einen höheren Bedarf an regelmäßigen Arztbesuchen und meist keine Mög-lichkeit, um mit einem PKW dorthin zu gelangen. Bei akuter Erkrankung ist die unkomplizierte und unmittelbare Erreichbarkeit des Hausarztes entlastend. Unabhängig von der Bedarfsplanungs-Richtlinie des Gemeinsamen Bundesausschusses (diese liegt für Hausärzt:innen bei einem Verhältnis von 1.617 Einwohner:innen je Hausarzt im Einzugsbereich eines Mittelzentrums) hat die demographische und wirtschaftliche Struktur Einfluss auf die Versorgungsdichte mit Hausärzt:innen. Die wohnungsnahe Grundversorgung unterliegt dem folgend einem besonders ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle und nimmt mit der Ausbreitung von Siedlungen und der Einwohner:innendichte zu. Somit wird das Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit ver-folgt. Zusätzlich sind mit der Anfahrt zum Hausarzt Kosten verbunden. Im Sinne des Prinzips der Ganzheitlichkeit gilt es, einen Ausgleich für den eingeschränkten Konsum von ökologischen, sozialen und kulturellen Güter zu schaffen.																																		
Herkunft	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr><td>Vereinte Nationen</td><td></td></tr> <tr><td>Europäische Union</td><td></td></tr> <tr><td>Bund</td><td></td></tr> <tr><td>Länder</td><td>BW</td></tr> <tr><td>Kommunen</td><td></td></tr> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder	BW	Kommunen																									
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund																																			
Länder	BW																																		
Kommunen																																			
Validität	Die Erreichbarkeit von niedergelassenen Hausärzt:innen gibt als Indikator Hinweise über die medizinische Grundversorgung eines Großteils der Bevölkerung. Die Bedeutung der einzelnen Infrastrukturangebote und ihrer Nähe ändern sich für den Einzelnen je nach Lebenssituation und -phase und muss im Kontext der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, der Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und weiteren Faktoren betrachtet werden. Insgesamt kann dem Indikator daher attestiert werden, dass das Unterziel inhaltlich mit Einschränkungen abgebildet wird.																																		
Funktion	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td style="text-align: center;">x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Statistische Zusammenhänge	Die wohnungsnahe Grundversorgung mit Hausärzten steht in einem Zusammenhang zur Flächennutzungsintensität und zum Flächenverbrauch (SDG 11) sowie zu weiteren Indikatoren, wie der Breitbandversorgung (SDG 9), die auf ein Stadt-Land-Gefälle hindeuten. Die Hausarztversorgung korreliert außerdem mit der Altersarmut – je höher diese ist, desto niedriger ist die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt.																																		
Rahmenbedingungen	Für den Indikator bestehen positive Korrelationen zum Anteil der Freiflächen sowie zu den Beschäftigten im primären Sektor, womit der Unterschied zwischen urbanen und ruralen Regionen bekräftigt wird. Die Distanz zu Hausärzten nimmt außerdem zu, wenn die Einwohnerdichte sinkt.																																		
Berechnung	<p>Die Luftliniendistanz beschreibt die absolute, reliefunabhängige Distanz von einer Einwohnerzelle (250 x 250 Meter) zur nächsten Zelle mit einem niedergelassenen Hausarzt, wie verortet durch die Adresse aus der „Wer-zu-Wem“-Firmendatenbank. Luftlinien überschreiten hierbei keine Gewässerbarrieren wie zum Beispiel Flüsse. Diese Luftliniendistanz wird dann gemäß dem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreises oder der kreisfreien Stadt, als Summe aller Einwohnerzellen, gewichtet.</p> $\text{Einwohnergewichtete Luftliniendistanz} = \sum_{\text{Zelle } i}^N \frac{\text{Distanz von Zelle } i \text{ zum nächsten Hausarzt}}{\text{Einwohner in Zelle } i} \cdot \text{Gesamtzahl der Einwohner in } N$ <p>Einwohnerzellen basieren auf ATKIS Basis DLM 250 (Siedlungsflächennutzungsdaten) samt Zensusdaten von 2011.</p>																																		
Einheit	Meter																																		
Aussage	Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt beträgt x Meter.																																		
Indikatortyp	Typ I																																		
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																																		
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral flächendeckend verfügbar und wurden erstmalig im Jahr 2015 erhoben. Die kontinuierliche Erhebung des Indikators wird angestrebt.																																		
Datenqualität	Da für die Standorte von Hausärzt:innen keine offiziellen, flächendeckenden Angaben zur Verfügung stehen, wurde auf die kommerziellen Daten der wer-zu-wem GmbH zurückgegriffen. Der Datensatz basiert auf Auswertungen von Branchenverzeichnissen und Telefonbucheinträgen und erfasst 97 Prozent der laut kassenärztlicher Bundesvereinigung niedergelassenen Arzt:innen. Als Hausärzt:innen gelten nach Definition des Gemeinsamen Bundesausschusses weiterhin Praktische Arzt:innen bzw. Allgemeinmediziner:innen und hausärztlich tätige Internist:innen sowie Kinderärzt:innen. Aufgrund der Erhebungsmethode unterliegen die Arztdaten gewissen Schwankungen bezüglich der Aktualität. Der Fortschreibung der Zensusdaten sowie der Aktualität der Siedlungsflächennutzungsdaten kann aufgrund der relativ geringen Veränderung über die Zeit eine hohe Daten-qualität zugeschrieben werden. Insgesamt messen die Daten den Indikator mit geringen Einschränkungen genau und verlässlich.																																		
Erhebungsebene	<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Kreise und kreisfreie Städte</td> <td style="text-align: center;">x</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Andere</td> <td></td> </tr> </table>	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden		Andere																													
Kreise und kreisfreie Städte	x																																		
Gemeinden																																			
Andere																																			
Erhebungszeitraum	2011, 2015																																		
Erhebungsintervall	mind. alle 6 Jahre																																		

4.3.5 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Krankenhausversorgung (Nr. 14)



Indikator	Krankenhausversorgung																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.6														
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern je 100.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Eine bundesweit flächendeckende Krankenhausversorgung ist ein wesentliches Element der staatlichen Daseinsvorsorge. Um mit den begrenzten finanziellen Mitteln eine hohe Qualität der medizinischen Versorgung zu garantieren, nehmen Bund und Länder alle Krankenhäuser in die Pflicht, nach strengen wirtschaftlichen Parametern zu handeln und zu behandeln. In Verbindung mit unterschiedlichen demographischen und wirtschaftlichen regionalen Parametern ist die wirtschaftliche Bereitstellung von Krankenhauskapazitäten oft nur bedingt möglich und schlägt sich dementsprechend in einer Verknappung des Angebotes nieder. Die wohnungsnahe Grundversorgung mit Krankenhäusern unterliegt, aufgrund oft vorgenommener Rationalisierungsmaßnahmen, einem zunehmend ausgeprägten Stadt-Land-Gefälle. Eine adäquate Versorgung zu gewährleisten entspricht deshalb dem Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit. Zusätzlich sind mit steigender Entfernung zur stationären Gesundheitsversorgung Kosten verbunden, die im Sinne des Prinzips der Ganzheitlichkeit Auswirkungen auf die ökonomischen, sozialen und ökonomischen Konsummöglichkeiten haben.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Auskunft über den Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten und berücksichtigt als relativer Indikator dabei die unterschiedlichen Siedlungsstrukturen. Da die knapp 1.900 Krankenhäuser in Deutschland jeweils zu einem Drittel in öffentlicher, freigemeinnütziger und privater Trägerschaft sind, muss jedes Krankenhaus basierend auf den Krankenhausplänen der Bundesländer einen genau definierten Versorgungsauftrag (z. B. Fachabteilungen, medizinische Leistungsschwerpunkte oder Notfallversorgung) erfüllen. So ist es möglich, einen allgemein hohen gesundheitlichen, von relativ geringen regionalen Schwankungen abhängigen, Versorgungsstandard für Routineuntersuchungen und -maßnahmen zu gewährleisten. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Krankenhausversorgung steht in Zusammenhang mit anderen Pflegeindikatoren (SDG 3.8), Leitbildern nachhaltiger Städte und Gemeinden (SDG 11) sowie der Anzahl der Straftaten (SDG 16.4).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert sowohl mit dem Pendlersaldo der jeweiligen Region, als auch mit dem Anteil der Beschäftigten in den Kommunen.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100.000$																
Einheit	Krankenhausbetten je 100.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 100.000 Einwohner:innen stehen x Betten in Krankenhäusern zur Verfügung.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Krankenhausstatistik wird jährlich als Vollerhebung durchgeführt, seit 2018 ausschließlich über ein Online-Meldeverfahren. Die Statistischen Landesämter erheben die Daten von den jeweiligen Trägern der Krankenhäuser bzw. Vorsorge- oder Rehabilitationseinrichtungen. Die Ergebnisse erscheinen jährlich in der Fachserie 12 Reihe 6.1.1 Grunddaten der Krankenhäuser. Die Rohdaten sind über die Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jährlich abrufbar. Darüber hinaus werden die Daten durch die Kassenärztliche Bundesvereinigung veröffentlicht. Der Bezug zu den Einwohner:innen wird ab dem Jahr 2011 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Grundlage des Zensus 2011 berechnet, bis 2010 mit der Durchschnittsbevölkerung auf Basis früherer Zählungen.																
Datenqualität	Die Statistik Grunddaten der Krankenhäuser ist eine jährliche Vollerhebung über Krankenhäuser, ihre organisatorischen Einheiten, personelle und sachliche Ausstattung sowie die von ihnen erbrachten Leistungen und Patient:innenbewegungen. Die Ergebnisse der Krankenhausstatistik bilden die statistische Basis für viele gesundheitspolitische Entscheidungen des Bundes und der Länder und dienen den an der Krankenhausfinanzierung beteiligten Institutionen als Planungsgrundlage. Erhebungsbereich ist das gesamte Bundesgebiet. Erhoben werden die Daten bis auf die Gemeindeebene. Die räumliche Vergleichbarkeit umfasst das Bundesgebiet seit 1991. Einzelne Merkmale sind in der zeitlichen Vergleichbarkeit aufgrund der Weiterentwicklung der Rechtsgrundlage eingeschränkt. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.3.6 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Wohnungsnahe Grundversorgung – Apotheke (Nr. 15)



Indikator	Wohnungsnahe Grundversorgung – Apotheke																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.3.2								11.1.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kurze Wege zu Apotheken sind ebenso wichtig wie die Nähe zum Hausarzt oder Krankenhaus. Dies gilt sowohl in akuten Krankheitssituationen, die meist mit einer stark eingeschränkten körperlichen Belastbarkeit verbunden sind, als auch im Allgemeinen, da die Versorgung mit Arzneimitteln ohne übermäßige Kosten realisierbar sein sollte. Eine umfassende Beratung und der möglichst flächendeckende Zugang zu Arzneimitteln für die gesamte Bevölkerung sind daher sicherzustellen. Die Wirtschaftlichkeit eines Apothekenstandortes ist jedoch abhängig von der demographischen Struktur einer Region, denn der Wettbewerb bei verschreibungspflichtigen Medikamenten wird aufgrund von verbindlichen Preisen nicht über den Preis, sondern über die Menge der verkauften Arzneimittel ausgetragen. Die wohnungsnahe Grundversorgung mit Apotheken unterliegt somit einem besonders ausgeprägten Stadt-/Land-Gefälle und folgt demnach dem Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit. Zusätzlich sind mit der Entfernung zur Arzneimittelversorgung Kosten verbunden, die im Sinne des Prinzips der Ganzheitlichkeit Auswirkungen auf alle Dimensionen der Nachhaltigkeit haben.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der möglichst wohnungsnahe Zugang zu Apotheken kann als wesentlicher Bestandteil der medizinischen Grundversorgung und kommunalen Daseinsvorsorge bezeichnet werden. Die Pro-Kopf-Relation selbst enthält jedoch keine unmittelbare Aussage zur Erreichbarkeit der grundlegenden Versorgung mit Arzneimitteln. Die Bedeutung der einzelnen Infrastrukturangebote und ihrer Nähe ändert sich für den Einzelnen je nach Lebenssituation und -phase und muss im Kontext der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, der Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und weiteren Faktoren betrachtet werden. Insgesamt kann dem Indikator daher attestiert werden, dass er das Unterziel inhaltlich nur mit Einschränkungen abbildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die wohnungsnahe Grundversorgung mit Apotheken steht in einem positiven Zusammenhang zur Grundversorgung mit Supermärkten sowie Leitbildern nachhaltiger Städte und Gemeinden (SDG 11). Zu Indikatoren aus Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9) sowie Straftaten (SDG 16.4) besteht eine negative Korrelation.																
Rahmenbedingungen	Für den Indikator bestehen Korrelationen zur Gesamtfläche sowie dem Anteil der Freiflächen. Die wohnungsnahe Grundversorgung mit Apotheken nimmt zu, wenn es weniger Verkehrsflächen in einer Region gibt.																
Berechnung	<p>Die Luftliniendistanz beschreibt die absolute, reliefunabhängige Distanz von einer Einwohnerzelle 250 x 250 Meter zur nächsten Zelle mit einer Apotheke, wie verortet durch die Adresse aus der „Wer-zu-Wem“-Firmendatenbank. Luftlinien überschreiten hierbei keine Gewässerbarrieren wie zum Beispiel Flüsse. Diese Luftliniendistanz wird dann gemäß dem Anteil der betrachteten Bevölkerungszelle an der Gesamtbevölkerung des Kreises oder der kreisfreien Stadt, als Summe aller Einwohnerzellen, gewichtet.</p> $\text{Einwohnergewichtete Luftliniendistanz} = \sum_{\text{Zelle } i} \frac{\text{Distanz von Zelle } i \text{ zur nächsten Apotheke}}{\text{Einwohner in Zelle } i} \cdot \frac{\text{Einwohner in Zelle } i}{\text{Gesamtzahl der Einwohner in } N}$ <p>Einwohnerzellen basieren auf ATKIS Basis DLM 250 (Siedlungsflächennutzungsdaten) und Zensusdaten von 2011.</p>																
Einheit	Meter																
Aussage	Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke beträgt x Meter.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesapothekenregister / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral flächendeckend verfügbar und liegen erstmals für das Jahr 2017 auf Kreis-Ebene vor. Es ist davon auszugehen, dass der Indikator kontinuierlich erhoben wird.																
Datenqualität	Das Bundes-Apotheken-Register des Deutschen Apotheker Verlags umfasst nach eigenen Angaben die Adressen aller öffentlichen Apotheken und Krankenhausapotheken in Deutschland. Der Fortschreibung der Zensusdaten sowie der Aktualität der Siedlungsflächennutzungsdaten kann aufgrund der relativ geringen Veränderung über die Zeit eine hohe Datenqualität zugeschrieben werden. Insgesamt messen die Daten den Indikator mit geringen Einschränkungen genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2017																
Erhebungsintervall	mind. alle 6 Jahre																

4.3.7 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Personal in Pflegeheimen (Nr. 16)



Indikator	Personal in Pflegeheimen																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl Personal in Pflegeheimen je 10.000 stationär Pflegebedürftigen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren stationären pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der medizinischen Daseinsvorsorge. Pflegeheime stellen hierbei das Fundament der Versorgung für jene dar, welche nicht im familiären Umfeld versorgt werden können oder wollen. Angesichts der demografischen Entwicklung erhöht sich die Anzahl der Pflegebedürftigen und mit deren durchschnittlichem Alter auch das Maß an Pflegebedürftigkeit. Beide Entwicklungen stellen das Gesundheitssystem in seiner heutigen Form vor große personelle und somit auch finanzielle Herausforderungen. Um weiterhin menschenwürdige Pflege für alle Pflegebedürftigen in Deutschland gewährleisten zu können und gleichzeitig dem Stellenwert sowie der Wertschätzung des Pflegeberufs gerecht zu werden, bedarf es daher einer besseren personellen Ausstattung bei stationärer und teilstationärer Pflege in Heimen. Um dies zu erreichen, sind bessere Arbeitsbedingungen und ein hohes Maß an Ausbildungsqualität erforderlich. Dies soll auch die Attraktivität von Pflegeberufen steigern. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege sind letztlich ein Gewinn für die Patient:innen, Angehörige und das Pflegepersonal; sie bedeuten jedoch auch eine höhere finanzielle Belastung für den / die Träger:in. Eine Verbesserung des Pflegeschlüssels folgt aufgrund der weitreichenden Implikationen für Pflegenden und Pflegebedürftigen dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Obwohl der Pflegebereich in SDG 3 bzw. 3.8 nicht explizit erwähnt wird, kann dieser Aspekt unter „Gesundheit“ subsumiert werden – die Personalausstattung in Pflegeheimen erlaubt also eine grundlegende Bewertung der Gesundheitsversorgung. Dabei lassen sich allerdings keine Rückschlüsse auf die Pflegequalität in Pflegeheimen treffen. So sind Ausbildung und Qualifikation des Personals ein ebenso wichtiger Faktor für die Sicherstellung einer adäquaten pflegerischen Versorgung. Der Aspekt des hochwertigen Zugangs zu Gesundheitsdiensten ist somit nur mit Einschränkungen durch den Teilaspekt Pflege innerhalb des Unterziel 3.8 zutreffend abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Personaleinsatz in Pflegeheimen steht in einem schwachen negativen Zusammenhang mit der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen (SDG 10.2) und den Mietpreisen (SDG 11.1).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert mit dem Durchschnittsalter und der Entwicklung der Zahl der Geburten über einen Vierjahreszeitraum.																
Berechnung	$(\text{Personal in Pflegeheimen}) / (\text{Anzahl der voll- und teilstationär Pflegebedürftigen}) * 10.000$																
Einheit	Personal in Vollzeitäquivalenten in Pflegeheimen je 10.000 voll- und teilstationär Pflegebedürftige																
Aussage	Es arbeiten x Personen (Vollzeitstellen) in Pflegeheimen je 10.000 voll- und teilstationär Pflegebedürftige.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle zwei Jahre aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes erstellt. Zum einen werden stationäre Pflegeeinrichtungen befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen. Erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. Zum Personalbestand einer Pflegeeinrichtung gehören alle, die dort beschäftigt sind, die also in einem Arbeitsverhältnis zur Pflegeeinrichtung stehen und teilweise oder ausschließlich Leistungen nach SGB XI erbringen. Hier erfolgt eine Umrechnung der Arbeitszeiten des Personals in Vollzeitstellen. Im Rahmen der Pflegestatistik ist nur eine Schätzung der Vollzeitäquivalente möglich, da in der Statistik nicht die exakten Arbeitszeiten des Personals laut Arbeitsvertrag, sondern meist Zeitspannen erhoben werden. Insgesamt messen die Daten den Indikator verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																
Erhebungsintervall	alle 2 Jahre																

4.3.8 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Personal in Pflegediensten (Nr. 17)



Indikator	Personal in Pflegediensten																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Personal in ambulanten Pflegediensten je Pflegebedürftigen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren ambulanten pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der medizinischen Daseinsvorsorge. So erlaubt die Inanspruchnahme ambulanter Pflegedienstleistungen eine Versorgung der Pflegebedürftigen in einem vertrauten Umfeld. Durch die Kombinationsleistung wird es Pflegebedürftigen in den Pflegegraden 2 bis 5 zudem ermöglicht, Pflegesachleistungen mit Pflegegeld zu kombinieren. Kann beispielsweise eine ehrenamtliche Pflegeperson oder können Angehörige die Pflege nicht vollumfänglich sicherstellen und wird deshalb ein Pflegedienst involviert, kann sowohl die Pflegesachleistung, als auch ein anteiliges Pflegegeld geleistet werden. Dadurch wird es zusätzlich ermöglicht, einen Teil des Pflegebedarfs individuell zwischen Angehörigen und Pflegediensten aufzuteilen. Aufgrund des demografischen Wandels steigt die Nachfrage nach Gesundheitsdienstleistungen kontinuierlich an. Dies schlägt sich vor allem in der Nachfrage nach ambulanten Pflegeleistungen nieder. Um eine menschenwürdige ambulante Pflege in Deutschland gewährleisten zu können, bedarf es daher einer besseren personellen Ausstattung eines vormerklich durch privatwirtschaftliche Akteure geprägten Bereichs. Um dies zu erreichen, sind bessere Arbeitsbedingungen durch geringere personelle Belastungen erforderlich. Dies soll auch die Attraktivität von Pflegeberufen steigern. Mehr Personal und bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege sind letztlich ein Gewinn für die Patient:innen, die Angehörigen und das Pflegepersonal bei gleichzeitigem (finanziellen) Mehraufwand für den / die Träger:in. Eine Verbesserung des Pflegeschlüssels folgt aufgrund der weitreichenden Implikationen für Pflegende und Pflegebedürftige dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Obwohl der Pflegebereich in SDG 3 bzw. 3.8 nicht explizit erwähnt wird, kann dieser Aspekt unter „Gesundheit“ subsumiert werden – die Personalausstattung in Pflegeheimen erlaubt also eine grundlegende Bewertung der Gesundheitsversorgung. Dabei lassen sich allerdings keine Rückschlüsse auf die Pflegequalität in Pflegeheimen treffen. So sind Ausbildung und Qualifikation des Personals ein ebenso wichtiger Faktor für die Sicherstellung einer adäquaten pflegerischen Versorgung. Der Aspekt des hochwertigen Zugangs zu Gesundheitsdiensten ist somit nur mit Einschränkungen durch den Teilaspekt Pflege innerhalb des Unterziel 3.8 zutreffend abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Bei der Anzahl des Personals in ambulanten Pflegediensten besteht ein schwacher positiver Zusammenhang mit der Krankenhausversorgung (SDG 3.8). Dagegen besteht ein schwacher negativer Zusammenhang mit der PKW-Dichte (SDG 11.2).																
Rahmenbedingungen	Das Personal in Pflegediensten steht in einem schwachen Zusammenhang mit dem Pendlersaldo.																
Berechnung	$(\text{Personal in ambulanten Pflegediensten}) / ((\text{Anzahl der ambulant Pflegebedürftigen}) + (\text{Anzahl der Pflegegeldempfänger}))$																
Einheit	Personalschlüssel in Vollzeitäquivalenten																
Aussage	In ambulanten Pflegediensten sind x Beschäftigte (Vollzeitstellen) je pflegebedürftiger Person beschäftigt.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle zwei Jahre aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes erstellt. Zum einen werden stationäre Pflegeeinrichtungen befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger:innen von Pflegegeldleistungen. Erfasst werden ambulante Pflegedienste, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. Pflegedienste sind ambulante Pflegeeinrichtungen, die selbständig wirtschaften, die unter ständiger Verantwortung einer ausgebildeten Pflegekraft Pflegebedürftige in ihrer Wohnung pflegen und hauswirtschaftlich versorgen und die durch einen Versorgungsvertrag zur ambulanten Pflege zugelassen sind (Pflegedienste). Hier erfolgt eine Umrechnung der Arbeitszeiten des Personals in Vollzeitstellen. Im Rahmen der Pflegestatistik ist nur eine Schätzung der Vollzeitäquivalente möglich, da in der Statistik nicht die exakten Arbeitszeiten des Personals laut Arbeitsvertrag, sondern meist Zeitspannen erhoben werden. Insgesamt messen die Daten den Indikator verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																
Erhebungsintervall	alle 2 Jahre																

4.3.9 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Pflegeheimplätze (Nr. 18)



Indikator	Pflegeheimplätze																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken, den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten und den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen (SDG 3.8)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen (SDG 3.8.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Gesundheit und Pflege																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl verfügbarer stationärer Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner:innen ab 65 Jahre																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Sicherstellung einer flächendeckenden, bedarfsgerechten und gut erreichbaren pflegerischen Versorgung auf hohem Niveau ist ein wesentlicher Teil der medizinischen Daseinsvorsorge. Der demografische Wandel und der damit verbundene veränderte Bedarf an Pflegeheimplätzen stellt das Gesundheitssystem in seiner heutigen Form vor große logistische und finanzielle Herausforderungen. Dabei kommt der wohnortnahen Versorgung mit Pflegeheimplätzen eine entscheidende Rolle zu. Für Pflegebedürftige und deren Angehörige ist der ohnehin schon signifikante Einschnitt durch das Verlassen des gewohnten Umfelds umso drastischer, wenn ein freier Pflegeheimplatz nicht in näherer Umgebung des gewohnten Lebensmittelpunktes zu finden ist. Der räumliche Aspekt hat dabei erheblichen Einfluss auf die ökonomische, ökologische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit, da ein Besuch oder soziale Kontakte für die Pflegebedürftigen und deren soziales Umfeld unweigerlich mit Kosten verbunden sind. Zusätzlich folgt die ausreichende Versorgung mit stationären Pflegeheimplätzen dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								LHS								
Validität	Obwohl der Pflegebereich in SDG 3 bzw. 3.8 nicht explizit erwähnt wird, kann dieser Aspekt unter „Gesundheit“ subsumiert werden – die Personalausstattung in Pflegeheimen erlaubt also eine grundlegende Bewertung der Gesundheitsversorgung. Dabei lassen sich allerdings keine Rückschlüsse auf die Pflegequalität in Pflegeheimen treffen. So sind Ausbildung und Qualifikation des Personals ein ebenso wichtiger Faktor für die Sicherstellung einer adäquaten pflegerischen Versorgung. Der Aspekt des hochwertigen Zugangs zu Gesundheitsdiensten ist somit nur mit Einschränkungen durch den Teilaspekt Pflege innerhalb des Unterziel 3.8 zutreffend abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Anzahl der Pflegeheimplätze steht in einem schwachen positiven Zusammenhang mit der vorzeitigen Sterblichkeitsrate von Frauen und Männern sowie der Krankenhausversorgung (SDG 3).																
Rahmenbedingungen	Die Anzahl verfügbarer stationärer Plätze in Pflegeheimen steigt mit dem Anteil der Betriebe mit 10-49 Mitarbeiter:innen und sinkt mit dem Anteil der Betriebe mit bis zu 9 Mitarbeiter:innen.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der verfügbaren voll- und teilstationären Plätze in Pflegeheimen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter ab 65 Jahre}) * 1.000$																
Einheit	Verfügbare stationäre Plätze in Pflegeheimen je 1.000 Einwohner:innen ab 65 Jahre																
Aussage	In Pflegeheimen sind x stationäre Plätze je 1.000 Einwohner:innen ab 65 Jahren vorhanden.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Pflegestatistik wird von den Statistischen Ämtern des Bundes und der Länder alle zwei Jahre aufgrund des Pflegeversicherungsgesetzes erstellt. Zum einen werden stationäre Pflegeeinrichtungen befragt, zum anderen liefern die Spitzenverbände der Pflegekassen und der Verband der privaten Krankenversicherung Informationen über die Empfänger von Pflegegeldleistungen. Erfasst werden die Pflegeheime, die durch Versorgungsvertrag nach § 72 SGB XI zur Pflege zugelassen sind oder Bestandsschutz nach § 73 Abs. 3 und 4 SGB XI genießen und danach als zugelassen gelten. Bei stationären Pflegeplätzen werden sowohl vollstationäre (Dauer-/Kurzzeitpflege), als auch teilstationäre (Tages-/Nachtpflege) erfasst. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	alle 2 Jahre																

4.3.10 SDG 3 – Gesundheit und Wohlergehen – Immission von Luftschadstoffen (Nr. 19)



Indikator	Immission von Luftschadstoffen																
(Primäres) Ziel	Ein gesundes Leben für alle Menschen jeden Alters gewährleisten und ihr Wohlergehen fördern (SDG 3)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien und der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern (SDG 3.9.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.6	12.4			15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Immission von Luftschadstoffen (Stickstoffdioxid, Feinstaub (PM ₁₀ , PM _{2,5}), Ozon)																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Luftschadstoffimmissionen können bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte die menschliche Gesundheit sowie Ökosysteme negativ beeinflussen und schädigen. Die Energieerzeugung, der Straßenverkehr, die Landwirtschaft und die Produktion von Gütern können als Hauptemissionsquellen für Luftschadstoffe genannt werden. Besonders hoch ist die Konzentration dieser Schadstoffe in dicht besiedelten Gebieten. Während Schwefeldioxid und Kohlenmonoxid ihre gesundheitsgefährdende Bedeutung in Deutschland verlieren, gehen gegenwärtig vor allem von Feinstaub, Stickstoffdioxid und Ozon Gefahren für die menschliche Gesundheit aus. Erhöhte Ozonkonzentrationen können auch Ökosysteme schädigen. Feinstaub (Particulate Matter, PM) mit einem maximalen Durchmesser von 2,5 Mikrometer kann bis in die Lungenbläschen eindringen und wird somit als noch gesundheitsgefährdender als PM ₁₀ eingestuft. Zur Einschätzung der vorliegenden Schadstoffkonzentration können die gemessenen Werte mit den Richt- bzw. Grenzwerten der WHO oder der EU abgeglichen werden. Aufgrund der unterschiedlichen Exponiertheit einzelner Bevölkerungsgruppen und einer oft nicht vorhandenen Verbindung zur Verursachung von Immissionen bezieht sich der Indikator vorwiegend auf das Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union									Eurostat, Eurostat SDI							
	Bund									DNS							
	Länder									BW, NRW							
	Kommunen																
Validität	Der Indikator bildet einen Teil des Unterziels unmittelbar ab, nämlich die Verunreinigung der Luft. Jedoch liefert der Indikator keine Informationen darüber, ob die Anstrengungen der Kommune zur Reduzierung der Todesfälle beitragen. Da die Kausalität zwischen einer Verringerung der Luftschadstoffimmissionen und den Gesundheitsfolgen allerdings prinzipiell positiv ist, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Positive Zusammenhänge werden mit den Indikatoren PKW-Dichte und Flächeninanspruchnahme (jeweils SDG 11) erwartet, da urbane Gebiete mit erhöhtem Straßenverkehrsaufkommen als Haupttreiber für hohe Luftschadstoffimmissionen gelten. Weiterhin ist es wahrscheinlich, dass die vorzeitige Sterblichkeit von Männern und Frauen (SDG 3) in Zusammenhang mit Luftschadstoffimmissionen steht, da Feinstaub als wichtigster umweltbedingter Risikofaktor für Krankheitslasten gilt. Dagegen können bspw. Naturschutzflächen negativ korreliert sein.																
Rahmenbedingungen	Rahmenbedingungen, die auf urbane Siedlungscharakteristika hindeuten, stehen in Zusammenhang mit erhöhten Luftschadstoffimmissionen. Auch mit jenen Gebieten, in denen primäre und sekundäre Wirtschaftssektoren vorherrschen und die durch geographische/bauliche Gegebenheiten wenig Luftdurchmischung zulassen, werden Zusammenhänge erwartet.																
Berechnung	Jahresmittelwerte der Luftschadstoffe Feinstaub (PM ₁₀ ; PM _{2,5}), Stickstoffdioxid und Ozon																
Einheit	µg / m ³																
Aussage	Die Konzentration der untersuchten Schadstoffe in der Luft beträgt x µg / m ³ .																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Umweltbundesamt																
Datenverfügbarkeit	Aktuelle Luftdaten sind über den Kartendienst zur Luftschadstoffbelastung des Umweltbundesamtes abrufbar.																
Datenqualität	Um eine flächenhafte Verteilung der Luftschadstoffe über ganz Deutschland zu erhalten, werden Daten eines deutschlandweiten Messnetzes (ungefähr 400 Stationen) der Bundesländer und des Umweltbundesamtes interpoliert. Durch die Methode der Optimalen Interpolation werden die unregelmäßig verteilten Messwerte in ein gleichmäßiges Punktegitter überführt, welches ab 2015 eine Auflösung von 2x2 km hat (in den Karten vor 2015: 8x8 km). Diese Interpolation erfolgt auf der Basis der Beobachtungen an den Messstationen und eines simulierten Hintergrundfeldes, welches mit einem Schadstoffausbreitungsmodell (Chemie-Transport-Modell REM-CALGRID) berechnet wurde. Mit diesen Informationen kann die Immissionssituation in Deutschland bereits sehr gut wiedergegeben werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden									auf Gemeindeebene übertragbar							
	Andere									2x2 km-Auflösung							
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.4.1 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Wohnungsnahe Grundversorgung – Grundschule (Nr. 20)



Indikator	Wohnungsnahe Grundversorgung – Grundschule																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt (SDG 4.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.5.2 4.6								11.1.1					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die wohnortnahe Grundschule ist aufgrund rückläufiger Schülerzahlen insbesondere in ländlichen Gebieten immer häufiger von Schließung betroffen. Für junge Familien ist diese allerdings oft ein wichtiger Standortfaktor bei der Wahl eines Wohnortes. Ortschaften und Wohnquartiere ohne eine wohnortnahe Grundschule sind hier deutlich im Nachteil, d. h., wenn die Grundschule als zentrale Einrichtung fehlt, wird Abwanderung begünstigt. Da der Schulverkehr darüber hinaus eine wichtige Stütze des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) ist, verschlechtert sich mit der Schließung von Schulen auch dieses Angebot. Im Ergebnis bedeutet dies längere Wege und eine höhere Abhängigkeit vom motorisierten Individualverkehr (MIV) für alle Bevölkerungsgruppen. Nicht nur für Kinder im Grundschulalter und deren Eltern ist dies mit einem deutlich schwieriger zu koordinierenden Tagesablauf und meist auch zusätzlichen ökologischen, ökonomischen und sozialen Kosten verbunden. Der Indikator folgt somit dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Verkehrspsychologen und Polizei weisen zudem regelmäßig darauf hin, dass das Zurücklegen des Schulwegs zu Fuß für Kinder ein wichtiges Element der Verkehrserziehung darstellt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																MoNaKo
Validität	Der Indikator gibt Hinweise über die Erreichbarkeit von Grundschulen in Abhängigkeit von Siedlungsstruktur und Entfernung. Da diese ein elementarer Bestandteil der Bildungsgrundversorgung ist, wird das Unterziel ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die wohnungsnahe Grundversorgung von Grundschulen korreliert positiv mit weiteren wohnungsnahen Grundversorgungen, wie mit Apotheken und Supermärkten (SDG 3.8.2 und SDG 11.1.1), der Wohnfläche (SDG 11.1.1), der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3.1) und den Naherholungsflächen (SDG 11.7). Dagegen bestehen negative Zusammenhänge mit den Indikatoren zu Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3.1) und den Steuereinnahmen (SDG 16.6).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht im Zusammenhang mit der Gesamtfläche sowie dem Anteil an Freiflächen. Die wohnungsnahe Grundschuldichte steigt, wenn es weniger Verkehrsflächen in einer Region gibt.																
Berechnung	Die Luftliniendistanz beschreibt die absolute, reliefunabhängige Distanz von einer Einwohnerzelle (250 x 250 Meter) zur nächsten Zelle mit einer Grundschule, wie verortet durch die Adresse aus den Schulverzeichnissen der Länder. Luftlinien überschreiten hierbei keine Gewässerbarrieren wie zum Beispiel Flüsse. Diese Luftliniendistanz wird dann gemäß dem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreises oder der kreisfreien Stadt, als Summe aller Einwohnerzellen, gewichtet.																
	$\text{Einwohnergewichtete Luftliniendistanz} = \sum_{\text{Zelle } i}^N \frac{\text{Distanz von Zelle } i \text{ zur nächsten Grundschule}}{\text{Einwohner in Zelle } i} \cdot \text{Gesamtzahl der Einwohner in } N$																
	Einwohnerzellen basieren auf ATKIS Basis DLM 250 (Siedlungsflächennutzungsdaten) und Zensus-daten von 2011.																
Einheit	Meter																
Aussage	Die einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule beträgt x Meter.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral flächendeckend verfügbar und liegen erstmals für das Jahr 2017 auf Kreis-Ebene vor. Es ist davon auszugehen, dass der Indikator kontinuierlich erhoben wird.																
Datenqualität	Die Adressen der Grundschulen basieren auf Schulverzeichnissen der Länder, die von den Statistischen Landesämtern oder von den zuständigen Länderministerien beziehungsweise Senatsverwaltung geführt werden. Der Erhebungsstichtag ist in der Regel vier Wochen nach dem jeweiligen Schuljahresbeginn. Aufgrund der unterschiedlichen Ferienordnungen weichen die Erhebungsstichtage der Länder voneinander ab. Bei der Ermittlung der einwohnergewichteten Distanzen liegt auch hier die Gesamtbevölkerung zugrunde, da keine Daten für eine Altersklassen-differenzierte Disaggregation der Einwohner:innenzahlen verwendet wurden. Demnach spiegelt die Einwohnergewichtung nur mit Einschränkung die tatsächliche Anzahl der Grundschulkinde wider. Insgesamt messen die Daten den Indikator mit Einschränkungen genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2017																
Erhebungsintervall	mind. alle 6 Jahre																

4.4.2 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Schulabbrecherquote (Nr. 21)



Indikator	Schulabbrecherquote																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt (SDG 4.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.6				8.6									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss an allen Schulabgänger:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als Schulabbrecher:innen gelten solche Schulabgänger:innen, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne mindestens einen Hauptschulabschluss erworben zu haben. Ziel der Schulbildung ist es, Kinder und Jugendliche von ihrem Schuleintritt bis zu ihrem Abschluss zu begleiten und auf das Berufsleben vorzubereiten. Die deutsche Wirtschaft hat sich dahingehend gewandelt, dass Menschen ohne erfolgreichen Schul- und Berufsabschluss kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben. Insbesondere sozial schwache und bildungsferne Familien sowie Familien mit Migrationshintergrund stehen hierbei im Fokus, da der Bildungserfolg stark von den sozioökonomischen Faktoren der Eltern abhängt. Dadurch wird das Prinzip der Generationengerechtigkeit bei diesem Indikator vorrangig beleuchtet. Die Schulträgerschaft ist eine kommunale Pflichtaufgabe. Bildung ist somit für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune ein weitreichendes Schlüsselthema und hebt die Relevanz von lokalem Handeln im Sinne des Prinzips der globalen Verantwortung hervor.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat								
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen								Kommune NRW, MoNaKo								
Validität	Die Schulabbrecher:innenquote liefert Hinweise zum Anteil der Schüler:innen, die keine Grund- und Sekundarschulbildung abschließen konnten. Bei der Interpretation muss berücksichtigt werden, dass der Indikator keine Hinweise auf die Gründe für den Schulabbruch liefert und die Qualität der schulischen Bildung daher nur indirekt messen kann. Zu beachten ist auch, dass Abschlüsse nach der Pflichtschulzeit noch nachgeholt werden können; dieser Aspekt wird durch die Schulabbrecherquote nicht abgebildet. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel daher nur mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Bei der Schulabbrecher:innenquote besteht ein schwacher positiver Zusammenhang mit der Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen (SDG 8.5.1).																
Rahmenbedingungen	Es konnten keine nennenswerten Rahmenbedingungen für die Schulabbrecherquote identifiziert werden.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl der Schulabgänger:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Schulabgänger:innen erreicht keinen Hauptschulabschluss.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine Stichprobenbedingten Fehler zu erwarten. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivellierung dieser Effekte ausgegangen werden, es muss jedoch in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln. Insgesamt ist die Qualität der Daten jedoch sehr hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.4.3 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Betreuung von Kindern (unter 3 -jährige) (Nr. 22)



Indikator	Betreuung von Kindern (unter 3 -jährige)																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind (SDG 4.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.4						11.1.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Ausbau der Kinderbetreuung hat zum Ziel, die Bildungschancen der Kinder – unabhängig von Herkunft, Bildungsstand und Einkommen der Eltern – zu erhöhen. So sollen alle Kinder, die in Tageseinrichtungen betreut werden, optimal auf die Grundschule vorbereitet werden. Somit wirkt eine gute Verfügbarkeit von Tageseinrichtungsplätzen nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einem steigenden Anteil der Kinder, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zwischen betreuten und nicht-betreuten Kindern beim Eintritt in die Schule größer werden. Gleichzeitig wird auf diese Weise den Eltern die Chance auf eine Erwerbstätigkeit geboten, was ohne ein adäquates Betreuungsangebot oft nicht möglich wäre. Aus diesen Gründen übernimmt die frühkindliche Bildung einer Schlüsselrolle für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel und vieles mehr) wie auch für die ökonomische Dimension (finanzielle Situation der Eltern). Kommunen haben hier nicht nur eine Pflichtaufgabe, sondern vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. Der Indikator bildet somit das Prinzip der Ganzheitlichkeit ab.																
Herkunft	Vereinte Nationen									UNSD							
	Europäische Union																
	Bund									DNS							
	Länder									BW, NRW							
	Kommunen									Kommune NRW, LHS, MoNaKo							
Validität	Die Betreuung in Tageseinrichtungen und -pflege ist keine zwingende Voraussetzung für eine optimale Vorbereitung auf die Grundschule. Dennoch ist davon auszugehen, dass eine solche Betreuung ein standardisiertes Mindestmaß frühkindlicher Bildung gewährleistet. Der Indikator lässt allerdings keinen Rückschluss auf die Qualität der frühkindlichen Erziehung zu. Daher wird das Unterziel nur mit Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden, steht in einem positiven Zusammenhang mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4), den Beschäftigungsquoten und dem Verdienstabstand von Frauen und Männern (SDG 5.1) sowie den Naherholungsflächen (SDG 11.7). Eine negative Korrelation besteht zu Personal in Pflegediensten (SDG 3.8) und Existenzgründungen (SDG 9.5).																
Rahmenbedingungen	Nimmt die Zahl der Geburten über 4 Jahre hinweg ab, hat dies einen Einfluss auf den Anteil der Kinder unter 3 Jahren, die in Tageseinrichtungen betreut werden können. Wenn weniger Kinder geboren werden, gibt es mehr freie Plätze in Kindertageseinrichtungen und mehr Kinder können betreut werden.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Kinder im Alter unter 3 Jahren wird in Tageseinrichtungen betreut.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der amtlichen Statistik der öffentlich geförderten Kindertagespflege. Die Qualität der Daten ist daher hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte									x							
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.4.4 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige) (Nr. 23)



Indikator	Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind (SDG 4.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl der Kinder unter 3 Jahren pro Betreuer in Kindertageseinrichtungen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Besuch einer Kindertageseinrichtung hat im Sinne der Generationengerechtigkeit das Ziel, optimal auf den weiteren Bildungsweg und damit auch indirekt auf das weitere Berufsleben vorzubereiten. Der Erfolg eines solchen Besuchs hängt dabei auch davon ab, wie viel Zeit für die individuelle Förderung der Kinder zur Verfügung steht und wie gut das Betreuungsverhältnis der jeweiligen Kindertagesstätte ist. Hierbei gilt es zu berücksichtigen, dass mit einer sinkenden Anzahl der Kinder je Betreuer, die in Tageseinrichtungen auf den Schuleintritt vorbereitet werden, auch die Differenzen zu Kitas mit höheren Betreuungsschlüsseln steigen. Ein adäquater Betreuungsschlüssel nimmt in der frühkindlichen Bildung eine Schlüsselposition für die soziale Dimension (Bildung, Gleichberechtigung, Chancengleichheit, demografischer Wandel) sowie, im Sinne der Generationengerechtigkeit, auch für die zukünftige ökonomische Situation ein. Kommunen haben hier vielfältige Gestaltungsmöglichkeiten, die allgemeine soziale Lage in ihrem Verantwortungsbereich zu beeinflussen. Der Indikator bildet somit das Prinzip der Ganzheitlichkeit ab.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie viele ganztags betreute Kinder von einer Vollzeit arbeitenden Fachkraft betreut werden. Es geht also um den Personalressourceneinsatz der – in Ermangelung alternativer Indikatoren – als entscheidendes Maß für die Qualität der frühkindlichen Bildung gesehen werden kann. Aufgrund der aussagekräftigen Indikatorkonzeption bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Personalschlüssel für Krippengruppen unter 3 Jahren																
Einheit	Betreuungsverhältnis Fachkraft zu 0 bis unter 3-jährigen Kindern																
Aussage	In Kindertageseinrichtungen gibt es 1 Fachkraft pro x Kinder unter 3 Jahren.																
Indikatortyp	Typ II																

4.4.5 SDG 4 – Hochwertige Bildung – 30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Abschluss (Nr. 24)



Indikator	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Abschluss																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen (SDG 4.4)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Abschluss																
Nachhaltigkeitsrelevanz	In der deutschen, hoch entwickelten Volkswirtschaft erhalten wissensbasierte Dienstleistungen einen immer größeren Stellenwert und sind letztlich der primäre Produktionsfaktor für post-industrielles Wachstum. Die Sicherstellung von hochwertiger Bildung ist daher unabdingbar, um die Qualifikation der Bevölkerung zu gewährleisten und so deren Beschäftigungsfähigkeit auch in Zukunft zu sichern. Die dafür geforderten Fähigkeiten und Kompetenzen können in Deutschland entweder über eine Berufsausbildung oder durch einen akademischen Berufsabschluss erworben werden. Die Beschreibung des Indikators hängt mit dem dualen Ausbildungssystem in Deutschland zusammen. Sowohl die tertiären Abschlüsse, diese entsprechen den Stufen 5 bis 8 der International Standard Classification of Education (ISCED), als auch die Abschlüsse der Stufe 4 der ISCED werden dabei berücksichtigt. In Deutschland sind die tertiären Abschlüsse an Hochschulen, Fachhochschulen und Verwaltungsfachhochschulen, Berufs- und Fachakademien, Meister- und Technikerabschlüsse, weitere Abschlüsse an Fachschulen sowie an Ausbildungsstätten für Erzieher:innen gemeint. Das Erreichen eines solchen Bildungsabschlusses hat, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, erhebliche Auswirkungen auf die ökologische, ökonomische sowie soziale Dimension von Nachhaltigkeit und wirkt zusätzlich im Sinne der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen									SDSN							
	Europäische Union									Eurostat, Eurostat SDI							
	Bund									DNS							
	Länder									BW, NRW							
	Kommunen									Kommune NRW, Urban Audit							
Validität	Der Indikator gibt Auskunft darüber, wie hoch der Anteil beruflich und fachlich hochqualifizierter Erwachsener ist. Aufgrund des allgemein hohen Niveaus des deutschen Bildungssystems ist davon auszugehen, dass mit dem erreichten Abschluss ein Mindestmaß an Wissen und Können verbunden ist und entsprechende Chancen auf dem Arbeitsmarkt einhergehen. Dementsprechend bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundarem nicht-tertiären Abschluss}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 30 bis 34 Jahren}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der 30- bis 34-Jährigen verfügt über einen tertiären oder postsekundären nicht-tertiären Abschluss.																
Indikatortyp	Typ II																

4.4.6 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Nachhaltige Schulen (Nr. 25)



Indikator	Nachhaltige Schulen																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung (SDG 4.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
												12.8					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune, Faire Kommune																
Definition	Anteil der Schulen in der Kommune, die ein Nachhaltigkeitszertifikat erhalten haben, an allen Schulen in der Kommune (unabhängig von Schulform und Schulträger)																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Durch Bildung für nachhaltige Entwicklung lernen die Schüler:innen, die Zukunft in einer globalisierten Welt aktiv, eigenverantwortlich und verantwortungsbewusst zu gestalten. Sie werden dafür sensibilisiert, welche globalen Konsequenzen und Auswirkungen die eigenen Handlungen – vor allem in den Ländern des Globalen Südens – haben. Für die Zertifizierung von Schulen gibt es unterschiedliche Auszeichnungen, die teilweise von zivilgesellschaftlichen Initiativen und Netzwerken, teilweise auf der Landesebene vergeben werden. Zwischen den einzelnen Bundesländern ist die Zertifizierung von BNE- oder Nachhaltigkeitsschulen unterschiedlich geregelt und die Bezeichnungen sowie der inhaltliche Fokus variieren entsprechend. Beispiele sind Faire Schule (Berlin, Brandenburg und Hamburg), Globales Lernen im Schulprofil – GLSP (Baden-Württemberg), OWL-Modellregion Schulen für Globales Lernen (Nordrhein-Westfalen), Klimaschulen (Hamburg), Kinderrechte-Schulen (Hessen) und Zukunftsschulen (Schleswig-Holstein).																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										KEpol						
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Kommune und bezieht sich daher sinnvoll auf das Unterziel 4.7. Die Idee des Indikators zielt direkt darauf ab, junge Menschen in Deutschland für eine nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu sensibilisieren und diese so zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Schulen mit Nachhaltigkeitszertifikat}) / (\text{Anzahl der Schulen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Schulen ist mit einem Nachhaltigkeitszertifikat ausgezeichnet.																
Indikatortyp	Typ II																

4.4.7 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Nachhaltige Kindertageseinrichtungen (Nr. 26)



Indikator	Nachhaltige Kindertageseinrichtungen																
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, Menschenrechte, Geschlechtergleichstellung, eine Kultur des Friedens und der Gewaltlosigkeit, Weltbürgerschaft und die Wertschätzung kultureller Vielfalt und des Beitrags der Kultur zu nachhaltiger Entwicklung (SDG 4.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
												12.8					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune, Faire Kommune																
Definition	Anteil der Kindertageseinrichtungen in der Kommune, die ein Nachhaltigkeitszertifikat erhalten haben, an allen Kindertageseinrichtungen in der Kommune (unabhängig von der Trägerschaft)																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Viele Kindertageseinrichtungen engagieren sich im Bereich der Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE). Im Rahmen von Aktionen, Projekttagen und Anpassungen im Kita-Alltag zeigen Erzieher:innen Kindern und Eltern, wie sich nachhaltig leben lässt und sensibilisieren sie für entwicklungspolitische Themen (z. B. für die langen Transportwege von Südrüchten). Durch verschiedene Initiativen und Projekte wird dieses Engagement ausgezeichnet. Beispiel für Auszeichnungen sind: Klima-Kita-Netzwerk, Klima-Kita-Netzwerk, KLIMAFUCHS – Das Hamburger Energiesparprojekt für Kitas, FaireKITA (NRW), KITA21-Die Zukunftsgestalter (Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen und Schleswig-Holstein), Leuchtpol und Das Klimafrühstück – Wie unser Essen das Klima beeinflusst (Berlin).																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
																	KEpol
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß von Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE) in der Kommune und bezieht sich daher sinnvoll auf das Unterziel. Die Idee des Indikators zielt direkt darauf ab, bereits Kinder für die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu sensibilisieren und diese so zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen mit Nachhaltigkeitszertifikat}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Kindertageseinrichtungen ist mit einem Nachhaltigkeitszertifikat ausgezeichnet.																
Indikatortyp	Typ II																

4.4.8 SDG 4 – Hochwertige Bildung – Integrative Kindertageseinrichtungen (Nr. 27)



Indikator	Integrative Kindertageseinrichtungen																										
(Primäres) Ziel	Inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung gewährleisten und Möglichkeiten lebenslangen Lernens für alle fördern (SDG 4)																										
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten (SDG 4.a)																										
(Primäres) Teilziel																											
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17										
					5.1					12.8																	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																										
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																										
Definition	Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen an allen Kindertageseinrichtungen																										
Nachhaltigkeitsrelevanz	In integrativen Kindertageseinrichtungen werden körperlich oder geistig behinderte Kinder mit nicht behinderten Kindern gemeinsam gefördert. Kleinere Gruppenstärken und ein höherer Betreuungsschlüssel ermöglichen hierbei die gezielte Förderung aller Kinder ohne Benachteiligungen. Zusätzlich gibt es oft Räumlichkeiten zur Durchführung von Therapien, womit Eltern und ihre Kinder entlastet werden, da keine zusätzlichen Therapiefahrten außerhalb des Betreuungszeitraums anfallen. Familien werden so in der ökonomischen, sozialen und indirekt auch in der ökologischen Dimension unterstützt – dies entspricht dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. In Gruppen mit integrierten Kindern werden die Sozialkompetenzen aller Kinder gefördert. Integrative Kindertageseinrichtungen folgen dem Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit.																										
Herkunft	<table border="1"> <tr><td>Vereinte Nationen</td><td></td></tr> <tr><td>Europäische Union</td><td></td></tr> <tr><td>Bund</td><td></td></tr> <tr><td>Länder</td><td></td></tr> <tr><td>Kommunen</td><td></td></tr> </table>																	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	
Vereinte Nationen																											
Europäische Union																											
Bund																											
Länder																											
Kommunen																											
Validität	Integrative Kindertageseinrichtungen sind elementare Bestandteile von inklusiven Bildungseinrichtungen und ermöglichen so eine inklusive, benachteiligungsfreie Lernumgebung. Als integrative Kindertageseinrichtung gelten seit dem Berichtsjahr 2012 jene Einrichtungen, in denen mindestens 1 Kind Eingliederungshilfe wegen körperlicher, geistiger oder (drohender) seelischer Behinderung erhält. Da der Indikator die Anzahl der Bildungseinrichtungen erfasst und somit den angestrebten Ausbau der Betreuungsplätze im Zeitverlauf sichtbar macht, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																										
Funktion	<table border="1"> <tr><td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td><td>x</td></tr> <tr><td>Input-/Output-Indikator</td><td></td></tr> </table>																	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator							
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																										
Input-/Output-Indikator																											
Statistische Zusammenhänge	Bei dem Anteil der integrativen Kindertageseinrichtungen besteht ein schwacher negativer Zusammenhang mit der Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2).																										
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert schwach mit der Einwohner:innenzahl.																										
Berechnung	$(\text{Anzahl der integrativen Kindertageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$																										
Einheit	%																										
Aussage	Ein Anteil von x % der Kindertageseinrichtungen ist integrativ.																										
Indikatortyp	Typ I																										
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																										
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																										
Datenqualität	Die Statistik der „Kinder und tätigen Personen in öffentlich geförderter Kindertagespflege“ ist eine dezentrale Statistik, d. h. das Statistische Bundesamt bereitet die Erhebungsunterlagen und Aufbereitungsprogramme vor und erstellt das Bundesergebnis. Die statistische Erhebung führen die Statistischen Ämter der Länder zum Stichtag 1. März durch. Die erste Erhebung erfolgte im Jahr 2006. Auskunftspflichtig sind nach § 102 SGB VIII die örtlichen Träger der Jugendhilfe sowie die kreisangehörigen Gemeinden und Gemeindeverbände, soweit diese Aufgaben der Jugendhilfe wahrnehmen. Ziel dieser Erhebung ist es, einen Überblick über das Angebot an mit öffentlichen Mitteln geförderter Kindertagespflege zu erhalten. Die Erhebung ergänzt die Statistik über Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und trägt zu einem möglichst umfassenden Überblick über die Zahl der in Tagesbetreuung untergebrachten Kinder bei.																										
Erhebungsebene	<table border="1"> <tr><td>Kreise und kreisfreie Städte</td><td>x</td></tr> <tr><td>Gemeinden</td><td></td></tr> <tr><td>Andere</td><td></td></tr> </table>																	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden		Andere					
Kreise und kreisfreie Städte	x																										
Gemeinden																											
Andere																											
Erhebungszeitraum	2007 - 2017																										
Erhebungsintervall	jährlich																										

4.5.1 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung – Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (Nr. 28)



Indikator	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.5			8.5.2		10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote ist ein Schlüsselindikator zur Beurteilung von Beschäftigungsstandards und -entwicklung. Sie beschreibt den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter an der nach Alter erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung. Der betrachtete Indikator setzt die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern ins Verhältnis und liefert auf diese Weise Informationen zur anteiligen Teilhabe von Frauen und Männern auf dem Arbeitsmarkt. Geschlechtsspezifische Unterschiede in den Beschäftigungsquoten liefern Hinweise auf eine mögliche Ungleichbehandlung von Frauen und Männern. Niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen können dabei vielfältige Gründe haben. So können freiwillige Entscheidungen, das Fehlen kommunaler oder staatlicher Leistungen, die Nicht-Anerkennung weiblicher Arbeitskraft oder eine wertere begründete, gesellschaftliche Zuweisung von Verantwortlichkeiten der Geschlechter Ursache für die Ausformung des Indikators sein. Die Nachhaltigkeitsrelevanz des Indikators basiert insbesondere auf dem Prinzip intragenerationeller Gerechtigkeit. Unter der Prämisse der Geschlechtergleichheit ergibt sich hieraus das Ziel einer Gleichverteilung von Verantwortlichkeiten auch im Hinblick auf das Merkmal „Beschäftigung“.																
Herkunft	Vereinte Nationen								SDSN								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund																
	Länder								BW								
	Kommunen								LHS								
Validität	Die Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern liefern wichtige Hinweise über mögliche Formen geschlechtsspezifischer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt. Hierdurch wird der ökonomische Teilaspekt des Unterziels abgedeckt. Bei der Interpretation des Indikators muss allerdings berücksichtigt werden, dass die Gründe für niedrige Beschäftigungsquoten von Frauen vielfältig sein können und nicht zwangsläufig auf Diskriminierung zurückgeführt werden müssen. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Frauen zur Beschäftigungsquote von Männern steht in positivem Zusammenhang mit der Betreuungsquote von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2) und dem Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (SDG 5.1). Eine negative Korrelation besteht mit dem Personal in Pflegediensten (SDG 3.8).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert mit dem Durchschnittsalter. Außerdem steigt die Beschäftigungsquote von Frauen und Männern, wenn die Geburtenzahlen über einen Vierjahreszeitraum abnehmen.																
Berechnung	$\left(\frac{\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}}{\text{Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren}} \right) / \left(\frac{\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Männer am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}}{\text{Anzahl der Männer im Alter von 15 bis 64 Jahre}} \right) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Verhältnis der Frauenbeschäftigungsquote zur Männerbeschäftigungsquote beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und liegen ab dem Jahr 2006 regelmäßig vor.																
Datenqualität	Die Bundesagentur für Arbeit erfasst alle sozialversicherungspflichtigen Beschäftigungsverhältnisse. Prinzipiell kann die Datenqualität also als sehr hoch eingestuft werden. Die Beschäftigungsquote misst jedoch lediglich den Anteil sozialversicherungspflichtig Beschäftigter, d. h. Beamt:innen, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht in die Ermittlung der Quote ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn sie systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern aufweisen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben. Ein Anstieg der Beschäftigungsquote geht daher nicht zwingend mit einem Anstieg des Arbeitsvolumens einher.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden								x								
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.5.2 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung – Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (Nr. 29)



Indikator	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden (SDG 5.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.5			8.5.2		10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmerinnen im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Noch immer existieren signifikante Einkommensunterschiede zwischen weiblichen und männlichen Arbeitnehmer:innen. Diese Unterschiede sind zum einen auf die Wahl unterschiedlicher Berufe, den Aufstieg in den unterschiedlich vergüteten Hierarchiegruppen und die Berücksichtigung von Berufserfahrung – ein familienbedingter, befristeter Ausstieg wirkt sich negativ auf die Einkommen aus – zurückzuführen. Zum anderen erhalten Frauen jedoch häufig auch bei der Ausübung gleichwertiger Berufe eine geringere Entlohnung und werden teils, trotz eines bestehenden Diskriminierungsverbotes, bei gleichen Voraussetzungen schlechter entlohnt als Männer. Der betrachtete Indikator setzt das (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Frauen ins Verhältnis zum (Brutto-)Medianeinkommen vollzeitbeschäftigter Männer und liefert auf diese Weise Informationen zum Ausmaß des Einkommensunterschiedes zwischen Frauen und Männern auf kommunaler Ebene. Der Grundsatz des „gleichen Lohns für gleiche Arbeit“ betrifft dabei insbesondere die soziale Dimension. Niedrigere Entlohnung verstärkt die Anreize für Frauen, ihre Erwerbsbiographie familienbedingt zu unterbrechen oder nur reduziert zu arbeiten. Dies zementiert die geschlechtsspezifischen Arrangements zwischen Erwerbs- und Familienarbeit. Auch das Prinzip der Generationengerechtigkeit ist hiervon betroffen, da sich die Lohnlücke langfristig auch bei der Rentenhöhe bemerkbar macht. So sind durch die Lohn- und folglich Rentenlücken der Frauen aktuell mehr Frauen von Altersarmut betroffen, was sich direkt auf die kommunalen Haushalte auswirkt. Indirekt werden die Kommunen ebenfalls wirtschaftlich geschwächt, weil ein Teil des Erwerbspersonenpotenzials die ökonomischen Kapazitäten nicht voll entfalten kann.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen								SDSN								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS, Destatis								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen																
Validität	<p>Indem der „Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen“ betrachtet wird, kann eine Aussage über mögliche Formen der Diskriminierung auf dem deutschen Arbeitsmarkt getroffen werden. Der Indikator bezieht sich also auf die wirtschaftliche Dimension der Geschlechtergleichstellung und liefert hierfür wertvolle Informationen. Dabei bleibt allerdings unklar, ob die Verdienstunterschiede aus der Wahl unterschiedlicher Berufe oder aber aus einer ungleichen Bezahlung bei der Ausübung identischer Berufe resultieren. Dies muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.</p>																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	<p>Der Verdienstabstand zwischen Männern und Frauen steht in einem positiven Zusammenhang zur vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4), zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2) und zum Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (SDG 10.2). Eine negative Korrelation besteht zum Personal in Pflegediensten (SDG 3.8) sowie zur Beschäftigungsquote von Ausländern (SDG 10.2).</p>																
Rahmenbedingungen	<p>Das Medianeinkommen weiblicher Arbeitnehmer im Verhältnis zum Medianeinkommen männlicher Arbeitnehmer steht im Zusammenhang mit dem Durchschnittsalter und dem Anteil der Beschäftigten im sekundären Sektor.</p>																
Berechnung	$\left(\frac{\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}}{\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}} \right) \cdot 100$																
Einheit	%																
Aussage	<p>Das Medianeinkommen von weiblichen Arbeitnehmerinnen beträgt x % des Medianeinkommens von männlichen Arbeitnehmern.</p>																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet verfügbar und liegen ab dem Jahr 2014 kontinuierlich vor.																
Datenqualität	<p>Grundlage der Statistik sind die Mitteilungen der Arbeitgeber:innen an die Bundesagentur für Arbeit. Bei der Betrachtung des Medianeinkommens werden lediglich Informationen vollzeitbeschäftigter Frauen und Männer herangezogen. Es ist das Einkommen, bei dem es genauso viele Menschen mit einem höheren wie mit einem niedrigeren Einkommen gibt. Der Wert des Medianeinkommens ist dabei robuster gegenüber Ausreißern als das arithmetische Mittel. Informelle Beschäftigungsverhältnisse werden in den Daten nicht berücksichtigt. Dies ist vor allem dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Frauen und Männern bestehen, die bereits Teil einer Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt sein können.</p>																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2014 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.5.3 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung – Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag (Nr. 30)



Indikator	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen (SDG 5.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
																16.7	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Mandate in Stadträten, Gemeinderäten und Kreistagen, die von Frauen besetzt sind																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Anteil von Frauen in der kommunalen Selbstverwaltung ist trotz massiver Bestrebungen seit Jahren unverändert niedrig. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag dazu geleistet werden, damit dieses Missverhältnis abgemildert wird. So können die politischen Parteien über die Zuteilung von Listenplätzen dafür sorgen, dass sich der Frauenanteil in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch in den Stadträten, Gemeinderäten bzw. Kreistagen adäquat abgebildet werden kann. Damit wird es ermöglicht, beiden Geschlechtern durch eine gleichberechtigte Repräsentation Gehör und Einfluss zu verschaffen. Im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit werden so die unterschiedlichen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Interessen ausgeglichen. Die Repräsentation von Frauen in den kommunalen Parlamenten folgt somit vormerklich dem Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD, SDSN								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								Destatis								
	Länder								BW								
	Kommunen								Kommune BW, LHS, MoNaKo								
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise hinsichtlich der Teilhabe von Frauen bei der Entscheidungsfindung im politischen Leben auf Stadt-, Gemeinde- und Kreisebene. Somit wird das Unterziel ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil von Frauen in der kommunalen Selbstverwaltung steht in einem positiven Zusammenhang mit Altersarmut (SDG 1.3), dem Anteil an Hochqualifizierten (SDG 9.5), der Breitbandversorgung (SDG 9.c) und der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3). Ein negativer Zusammenhang besteht mit den Indikatoren zur wohnungsnahen Grundversorgung sowie der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang mit der Einwohnerdichte und dem Anteil der Beschäftigten im tertiären Sektor.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Frauen mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) / (\text{Anzahl der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag ist mit Frauen besetzt.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden zentral für das Bundesgebiet bereitgestellt und liegen regelmäßig vor.																
Datenqualität	Die Zahlen werden durch das BBSR über eine Internetrecherche aller Stadträte, Gemeinderäte und Kreistage ermittelt. Die Datenqualität ist daher hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2013, 2015, 2017																
Erhebungsintervall	alle 2 Jahre																

4.5.4 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung – Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung (Nr. 31)



Indikator	Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen (SDG 5.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.1											16.7	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Frauen in Führungspositionen von Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen im Verhältnis zu der Anzahl aller Führungskräfte in Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Repräsentation und Teilhabe von Frauen in den Spitzenorganen öffentlicher Verwaltungen ist ein wichtiges Thema für die Gesellschaft, das politische Leben und die Verwaltungspraxis. Trotz Intensivierung der Diskussion um verschiedene Handlungsoptionen zur Steigerung des Anteils von Frauen in hohen Managementpositionen der kommunalen Verwaltungsorgane sind in Deutschland weiter weniger Frauen als Männer in Stadt-, Gemeinde- und Kreisverwaltungen tätig. Auf kommunaler Ebene kann die Situation verbessert werden, indem die Aufstiegschancen von Frauen und Männern innerhalb der unterschiedlichen Verwaltungsabteilungen in Einklang gebracht werden. Ebenso kann die Neubesetzung von Ressortstellen, die traditionell als geschlechterspezifisch dominiert wahrgenommen werden, dazu beitragen, Entscheidungsfindungen chancengleicher zu gestalten. Dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgend können so gegenwärtige und zukünftige Generationen Chancengleichheit von Männern und Frauen auf der kommunalpartizipatorischen Ebene erleben.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Ebene								Eurostat								
	Bund																
	Länder								NRW								
	Kommunen								MoNaKo								
Validität	Der Indikator gibt Auskunft über die Repräsentation von Frauen in Führungspositionen der kommunalen Verwaltungsorgane. Insgesamt wird so das Unterziel ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Frauen in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung}) / (\text{Anzahl der Führungskräfte der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Verhältnis der Frauen in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung zu allen Führungspositionen der Verwaltung beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.5.5 SDG 5 – Geschlechtergleichstellung – Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen (Nr. 32)



Indikator	Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen																
(Primäres) Ziel	Geschlechtergleichstellung erreichen und alle Frauen und Mädchen zur Selbstbestimmung befähigen (SDG 5)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen (SDG 5.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
					5.1											16.7	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Frauen in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen im Verhältnis zu der Anzahl aller Führungskräfte der kommunalen Unternehmen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Nach Artikel 3 des Grundgesetzes sind Frauen und Männer gleichberechtigt. Auch absolvieren Frauen heute ebenso häufig ein Studium und sind ebenso hoch qualifiziert wie Männer. Dennoch sind Frauen in den Führungspositionen von Wirtschaft und Verwaltung unterrepräsentiert. Dasselbe gilt für kommunale Unternehmen. Erfolgreiche Geschlechtergleichstellung erfordert es, die unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Bedürfnisse von Frauen und Männern innerhalb eines Unternehmens zu berücksichtigen. Auf kommunaler Ebene kann ein aktiver Beitrag hierzu geleistet werden, indem die Repräsentation beider Geschlechter in den kommunalen Unternehmen gleichgestellt wird. Dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgend können so jetzige und zukünftige Generationen Chancengleichheit von Männern und Frauen auf der kommunal-partizipatorischen Ebene erleben.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat, SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen								MoNaKo								
Validität	Der Frauenanteil in Führungspositionen kommunaler Unternehmen gibt Auskunft über mögliche Formen der geschlechtsspezifischen Diskriminierung auf dem für die Kommunen direkt beeinflussbaren Arbeitsmarkt. Der Indikator liefert somit wichtige Hinweise hinsichtlich der Repräsentation von Frauen in Führungspositionen des wirtschaftlichen Lebens. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Frauen in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen}) / (\text{Anzahl der Führungskräfte der kommunalen Unternehmen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Verhältnis der Frauen in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen zu allen Führungspositionen in kommunalen Unternehmen beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.6.1 SDG 6 – Sauberes Wasser und Sanitärversorgung – Nitrat im Grundwasser (Nr. 33)



Indikator	Nitrat im Grundwasser																
(Primäres) Ziel	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe weltweit verbessern (SDG 6.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.2	3.9.2									12.4		14.1	15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der Messstellen, an denen der Schwellenwert von 50 mg Nitrat pro Liter überschritten wird																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Bei einer zu intensiven Nutzung von Dünger können Pflanzen den auf diese Weise zugeführten Stickstoff nicht mehr vollständig aufnehmen. Es besteht so die Gefahr, dass der überschüssige Stickstoff als Nitrat u. a. ins Grundwasser gelangt und bei der Überschreitung bestimmter Grenzwerte zu gesundheitlichen Schäden bei Menschen führen kann. Des Weiteren kann das überschüssige Nitrat auch in Oberflächengewässer gelangen und Ökosysteme nachhaltig belasten. Deshalb schreibt die Trinkwasserverordnung einen Höchstwert von 50 Milligramm Nitrat pro Liter vor. Dieser Wert wird derzeit in Deutschland nicht selten überschritten. Eine Reduktion des Nitratgehalts im Grundwasser verringert die Folgekosten, die durch den gestiegenen Aufwand in der Trinkwasseraufbereitung entstehen und in letzter Instanz von der Bevölkerung getragen werden müssen. Dies hat nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit Auswirkungen auf die ökonomische Nachhaltigkeitsdimension. Besonders der Nitratreintrag von lokal begrenzten Quellen ist zudem relevant für das Prinzip der globalen Verantwortung, da die Folgen überregional wahrnehmbar sind.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen								MoNaKo								
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Wasserqualität und misst die Verschmutzung des Wassers unter Berücksichtigung eines bestimmten Stoffes. Insgesamt bildet der Indikator das Teilziel daher ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes für Nitrat}) / (\text{Anzahl der Messstellen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Messstellen hat den Grenzwert von 50 mg Nitrat je Liter überschritten.																
Indikatortyp	Typ II																

4.6.2 SDG 6 – Sauberes Wasser und Sanitärversorgung – Abwasserbehandlung (Nr. 34)



Indikator	Abwasserbehandlung																
(Primäres) Ziel	Verfügbarkeit und nachhaltige Bewirtschaftung von Wasser und Sanitärversorgung für alle gewährleisten (SDG 6)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe, Halbierung des Anteils unbehandelten Abwassers und eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern (SDG 6.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Wasserqualität durch Halbierung des unbehandelten Abwassers weltweit verbessern (SDG 6.3.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.3.1 6.3.2						12.2		14.1	15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Abwasser bezeichnet vom häuslichen, gewerblichen oder industriellen Gebrauch verunreinigtes Wasser. Eine mangelhafte Abwasserreinigung kann dazu führen, dass schädliche Inhaltsstoffe in Gewässer eingeleitet werden und deren Nährstoffgehalt, insbesondere Phosphor und Stickstoff, signifikant erhöhen. Dieser Überschuss an Nährstoffen wird von Bakterien abgebaut, wodurch eine Sauerstoffzehrung stattfindet, die zu Biodiversitätsverlust, insbesondere Fischsterben, führen kann. Eine Reduktion des unbehandelten Abwasseranteils beeinflusst demnach die ökologische Dimension von Nachhaltigkeit. Damit Kommunen eine gefahrlose Nutzung von Gewässern sowie eine nachhaltige Wiedereinführung von Abwasser in die Gewässer gewährleisten können, muss dieses zunächst biologisch behandelt werden. Durch Anwendung der Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination können Stickstoff und Phosphor aus dem Abwasser entfernt werden, wodurch die Qualität der Abwasserreinigung weiter verbessert wird. Aufgrund der dauerhaften Schädigung von Ökosystemen wird dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit gefolgt.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat								
	Bund								Destatis								
	Länder																
	Kommunen								LHS								
Validität	Der Indikator misst den prozentualen Anteil des Abwassers, das unter Anwendung moderner Techniken behandelt wird. Der Indikator bildet daher das Unterziel einer Erhöhung der Wasserqualität und der Reduktion des unbehandelten Abwassers ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil des Abwassers, der durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird, steht in einem schwachen positiven Zusammenhang mit der Anzahl der Straftaten (SDG 16.4). Eine negative Korrelation besteht zur wohnungsnahen Grundschulversorgung (SDG 4.1).																
Rahmenbedingungen	Die Abwasserbehandlung steht in Zusammenhang mit der Einwohnerdichte, der Anzahl der Beschäftigten im tertiären Sektor und den Ausgaben für Sachinvestitionen.																
Berechnung	$(\text{Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird}) / (\text{Abwassermenge}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % des Abwassers wird mit den Techniken Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Abwassermenge und zur Behandlungsart sind über die Statistischen Ämter der Länder flächendeckend abrufbar und liegen seit dem Jahr 1998 regelmäßig vor.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Statistik der öffentlichen Abwasserbehandlung und weisen daher eine hohe Qualität auf. Sie enthalten ausschließlich die Angaben öffentlicher Abwasserbehandlungsanlagen. Für industrielle Abwasserbehandlungsanlagen liegen hingegen keine Informationen vor.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	alle 3 Jahre																

4.7.1 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch (Nr. 35)



Indikator	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
												12.2	13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Entwicklung des Anteils erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch ist ein wichtiger Maßstab für das Fortschreiten der Energiewende. Als erneuerbare Energien werden dabei solche Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen. Hierzu zählen u. a. die Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie die Geothermie. Erneuerbare Energien zeichnen sich durch eine dezentrale Bereitstellung aus, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können den Ausbau erneuerbarer Energien aktiv unterstützen und – gemäß dem Prinzip der globalen Verantwortung – dazu beitragen, den Anteil erneuerbarer Energien am lokalen und nationalen Energiemix zu erhöhen. Dieser Beitrag kann dabei jedoch nur unter dem Gesichtspunkt einer gesicherten Energieversorgung geleistet werden. Aufgrund der weitgehenden Implikationen einer Reduktion fossiler Energieträger für die globale Biosphäre sowie dem irreversiblen Charakter des Klimawandels hat der Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch erheblichen Einfluss auf die intergenerative Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen										SDSN, UNSD						
	Europäische Union										Eurostat, Eurostat SDI						
	Bund										DNS, Destatis						
	Länder										BW						
	Kommunen										Kommune BW, LHS						
Validität	Der Anteil erneuerbarer Energien am deutschen Energiemix liegt maßgeblich im Gestaltungsspielraum kommunaler Akteure. Der Indikator bildet das Unterziel daher ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien}) / (\text{Bruttoendenergieverbrauch}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil Erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.7.2 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen am Bruttostromverbrauch (Nr. 36)



Indikator	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen am Bruttostromverbrauch																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
												12.2	13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil erneuerbaren Stroms am Bruttostromverbrauch																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die erneuerbaren Energien stellen – neben Energieeinsparmaßnahmen und der Steigerung der Energieeffizienz – einen wichtigen Baustein der deutschen Energiewende dar. Da sie sich als natürliche Energiequellen ständig regenerieren, kann der Bedarf an fossilen Energieträgern so verringert und sowohl die Abhängigkeit von Importen konventioneller Energieträger reduziert, als auch der Ausstoß energetisch bedingter Emissionen verringert werden. Die Möglichkeit einer relativ dezentralen Versorgung mit Strom im Vergleich zur zentralen Bereitstellung durch fossile Energieträger ist darüber hinaus förderlich für regionale Wirtschaftskreisläufe. Dies hat Einfluss auf die ökologische, ökonomische und soziale Dimension. Der lokale Beitrag zum Klimaschutz dämmt das Ausmaß des globalen Klimawandels ein und folgt damit dem Prinzip der globalen Verantwortung sowie der intragenerativen Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union											Eurostat					
	Bund											DNS					
	Länder											BW, NRW					
	Kommunen											Kommune NRW, LHS, MoNaKo					
Validität	Eine Erhöhung der installierten Stromleistung aus erneuerbaren Quellen ist die maßgebliche Determinante, um den Energiemix dauerhaft nachhaltig zu verändern. Der Indikator bildet Teil- und Unterziel daher ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator											x					
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Strombereitstellung durch erneuerbare Energien}) / (\text{Bruttostromverbrauch}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen am Bruttostromverbrauch beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.7.3 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Strom aus Windkraft (Nr. 37)



Indikator	Strom aus Windkraft																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4			12.2	13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Installierte Windenergieleistung je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Strom aus Windkraftanlagen hat einen erheblichen Anteil am deutschen Energiemix und ist, gemessen an der eingespeisten Energie, der wichtigste erneuerbare Energieträger. Der Indikator gibt Aufschluss über die installierte Leistung aller Windkraftanlagen im Verhältnis zur Einwohner:innenzahl einer Kommune. Ein hoher Wert an installierter Leistung aus Windenergie trägt sowohl zur Verwirklichung des Prinzips intergenerationaler Gerechtigkeit, als auch zum Prinzip der globalen Verantwortung bei: durch eine CO ₂ -neutrale Energiegewinnung und die entsprechende Schonung des Klimahaushaltes werden die natürlichen Lebensgrundlagen für nachfolgende Generationen erhalten. Zudem wird ein Beitrag zur globalen CO ₂ -Bilanz geleistet. Es ist zu berücksichtigen, dass allein mittels Windenergie der aktuelle bzw. zukünftige Energiebedarf voraussichtlich nicht abgedeckt werden kann, sodass prinzipiell weitere „saubere“ Energieträger in den Blick genommen werden müssten.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder								NRW								
	Kommunen																
Validität	Der Indikator liefert hilfreiche Informationen zum ausgewählten Unterziel, da eine Erhöhung der installierten Windenergieleistung – bei konstanter Leistung der sonstigen Energiearten – den Anteil der erneuerbaren Energien am Energiemix erhöht. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig von dem tatsächlichen Output oder der realisierten Abnahme. Diese Angabe ist insofern sinnvoll, als dass witterungsbedingte Schwankungen mitunter erheblichen Einfluss auf den tatsächlichen Energiemix haben. Zudem wird das Problem des Netzausbaus ausgeblendet, da etwa fehlende Transportwege die tatsächliche Abnahme erzeugter Energie derweil hemmen. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Indikator steht in einem positiven Zusammenhang mit der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3) und dem Anteil an Naherholungsflächen (SDG 11.7). Ein Zusammenhang mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 4.2) ist schwach positiv ausgeprägt.																
Rahmenbedingungen	Die Rahmenbedingungen beinhalten positive Zusammenhänge mit Beschäftigten im Primärsektor sowie einem erhöhten Durchschnittsalter, also Anzeichen ruraler Siedlungsstrukturen. Der Ausländeranteil sinkt hingegen mit höherer installierter Leistung.																
Berechnung	(Installierte Windenergie-Leistung) / (Anzahl der Einwohner:innen)																
Einheit	Watt je Einwohner:in																
Aussage	Durch Windenergie werden x Watt Strom je Einwohner:in erzeugt.																
Quelle	Betreiber-Datenbasis / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Indikatortyp	Typ I																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind flächendeckend für das Bundesgebiet abrufbar und liegen für die Jahre ab 2013 vor.																
Datenqualität	Die Daten werden von den Betreibern selbst übermittelt, d. h. es erfolgt keine unabhängige Erhebung durch Dritte. Hierdurch ist die Qualität der Daten etwas eingeschränkt.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2013 - 2015																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.7.4 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Strom aus Photovoltaik (Nr. 38)



Indikator	Strom aus Photovoltaik																	
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																	
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen (SDG 7.2)																	
(Primäres) Teilziel																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
									9.4			12.2	13.2					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																	
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																	
Definition	Installierte Photovoltaikleistung je Einwohner:in																	
Nachhaltigkeitsrelevanz	Elektrischer Strom aus Photovoltaikanlagen, als erneuerbarer Energieträger, kann den Bedarf an fossilen Energieträgern verringern. Ebenso wird die Abhängigkeit von Importen konventioneller Energieträger und der Ausstoß energetisch bedingter Emissionen reduziert. Aufgrund der dezentralen Versorgungsmöglichkeit und relativ geringer Investitionskosten können private Haushalte einen individuellen Beitrag zum Klimaschutz leisten und so ihre Abhängigkeit von stetig steigenden Energiepreisen verringern. Zusätzlich steht nach Ablauf der wirtschaftlichen Amortisationszeit mehr Einkommen für individuelle Konsumentscheidungen zur Verfügung, welches ansonsten für die Bereitstellung von Strom aufgewendet wurde – dadurch steigt die Gefahr von Rebound-Effekten. Installation und Instandhaltung können aufgrund der relativ geringen Komplexität oft von regionalen Dienstleistern durchgeführt werden und sind so in der Lage, regionale Wirtschaftskreisläufe zu stärken. Dies hat Einfluss auf die ökologische, ökonomische und soziale Dimension – gemäß dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Der lokale Beitrag zum Klimaschutz dämmt das Ausmaß des globalen Klimawandels ein und folgt damit dem Prinzip der globalen Verantwortung sowie der intragenerativen Generationengerechtigkeit.																	
Herkunft	Vereinte Nationen																	
	Europäische Union																	
	Bund																	
	Länder																	NRW
	Kommunen																	Kommune BW
Validität	Eine Erhöhung der installierten Photovoltaikleistung trägt maßgeblich dazu bei, den Anteil erneuerbarer Energien am Energiemix zu erhöhen. Die ausgewiesenen Daten beziehen sich ausschließlich auf die installierte Leistung. Diese gibt an, wie viel elektrische Energie mittels der auf dem Gebiet der Kommune installierten Anlagen theoretisch zu produzieren wäre – unabhängig von dem tatsächlichen Output oder der realisierten Abnahme. Im Gegensatz zu Strom aus Windkraft sind Photovoltaikanlagen eine relativ kleinteilig und kosteneffizient umsetzbare Technik, die es breiten Bevölkerungsgruppen erlaubt, Anlagen zu installieren und wirtschaftlich zu betreiben. Dementsprechend ist die Einspeise- und Distributionsproblematik weniger ausgeprägt. Daher bildet der Indikator das Teilziel ohne Einschränkungen ab.																	
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																	x
	Input-/Output-Indikator																	
Berechnung	(Installierte Photovoltaik-Leistung) / (Anzahl der Einwohner:innen)																	
Einheit	Watt je Einwohner:in																	
Aussage	Durch Solarenergie werden x Watt Strom je Einwohner:in erzeugt.																	
Indikatortyp	Typ II																	

4.7.5 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Energieeffiziente Straßenbeleuchtung (Nr. 39)



Indikator	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln (SDG 7.3)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
													13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der Straßenbeleuchtung mit LED-Technik																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Deutsche Kommunen wenden zwischen 30 bis 50 Prozent ihres jährlichen Stromverbrauchs für den Betrieb alter Hochdruckdampfstraßenbeleuchtung auf. Durch die Umstellung auf moderne LED-Technik kann der Stromverbrauch – je nach bisher eingesetzter Beleuchtungstechnik – erheblich reduziert werden. Somit kann durch den Einsatz energieeffizienterer Beleuchtung ein wichtiger Beitrag zur Erreichung nationaler Energie- und Klimaschutzziele geleistet werden. Darüber hinaus können Kommunen ihren Haushalt langfristig um einen erheblichen Teil der Strom- und Instandhaltungskosten entlasten (die Instandhaltungskosten verringern sich durch verlängerte Wartungsintervalle). Der Umstieg auf alternative künstliche Beleuchtung hat einen zusätzlichen Einfluss auf die ökologische Dimension. LED-Technik ist außerdem etwas naturverträglicher, da Insekten weniger angezogen und dadurch Ökosysteme besser geschützt werden. Demnach folgt der Indikator dem Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Dem Umstieg von Hochdrucklampen auf LED-Technologie kommt wegen des verringerten Energieverbrauchs von bis zu 80 % eine wichtige Bedeutung bei kommunalen Maßnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz zu. Durch die Vorbildfunktion einzelner kommunaler Projekte kann zusätzlich mit einer schneller steigenden Energieeffizienz auf Landes- und Bundesebene gerechnet werden. Insgesamt bildet der Indikator daher das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Straßenleuchten mit LED-Technik}) / (\text{Anzahl der Straßenleuchten}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Straßenbeleuchtung wird mit LED-Technik betrieben.																
Indikatortyp	Typ II																

4.7.6 SDG 7 – Bezahlbare und saubere Energie – Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien (Nr. 40)



Indikator	Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien																
(Primäres) Ziel	Zugang zu bezahlbarer, verlässlicher, nachhaltiger und moderner Energie für alle sichern (SDG 7)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit verstärken, um den Zugang zur Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie, namentlich erneuerbare Energie, Energieeffizienz sowie fortschrittliche und saubere Technologien für fossile Brennstoffe, zu erleichtern, und Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern (SDG 7.a.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4			12.2	13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der Ausgaben des kommunalen Haushalts für Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien (als solche werden Energieformen bezeichnet, die nicht auf endlich vorkommende Ressourcen zurückgreifen) sind ein wesentliches Instrument, um die Energieversorgung nachhaltiger zu gestalten. Zu den erneuerbaren Energien zählen u. a. Wind-, Sonnen-, Wasser- und Bioenergie sowie Geothermie. Erneuerbare Energien sind meist dezentral, d. h. Energie wird – anders als in der Vergangenheit – vermehrt durch ein dezentrales Netz an Anlagen produziert, das sich über eine Vielzahl von Kommunen erstreckt. Kommunen können nicht nur die Rahmenbedingungen für private Investitionen in erneuerbare Energien verbessern, sondern auch selbst als Investor tätig werden und damit den Ausbau erneuerbarer Energien vorantreiben. Dem Prinzip der globalen Verantwortung folgend haben kommunale Investitionen einen Einfluss auf die Nachhaltigkeit von Energie auf regionaler und nationaler Ebene. Zudem wird ein Beitrag zur Reduzierung des globalen Klimawandels geleistet. Der Indikator folgt somit auch dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator bezieht sich auf eine Vielzahl von Aspekten des Unterziels, für die Investitionen notwendig sind. So können kommunale Investitionen direkt in den Ausbau der Energieinfrastruktur fließen oder indirekt für die Forschung und Entwicklung von nachhaltigen Technologien, die auf erneuerbaren Energien basieren, verwendet werden. Eine Schwierigkeit bei der Berechnung des Indikators ist allerdings die Frage, welche Ausgaben als Investition in erneuerbare Energien gewertet werden können. Da jedoch bei dem Großteil der in deutschen Kommunen geleisteten Investitionen davon auszugehen ist, dass deren Verwendung für nachhaltige Energien eindeutig ist, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Investitions- und Förderausgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien}) / (\text{Kommunale Ausgaben}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	In den Ausbau erneuerbarer Energien werden x % der kommunalen Ausgaben investiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.8.1 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – Bruttoinlandsprodukt (Nr. 41)



Indikator	Bruttoinlandsprodukt																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten und insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten (SDG 8.1)																
(Primäres) Teilziel	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten (SDG 8.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Bruttoinlandsprodukt je Einwohner																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) misst die gesamte wirtschaftliche Leistung einer Volkswirtschaft, definiert als Gesamtwert aller produzierten Waren und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen und Importe. Auf kommunaler Ebene misst das BIP die Bruttowertschöpfung, die innerhalb einer Kommune stattfindet. Bezogen auf die Einwohner:innenzahl liefert der Indikator somit wichtige Hinweise zum Lebensstandard. Langfristig sollte die Betrachtung des BIPs durch Indikatoren wie Rohstoff- oder Energieproduktivität ergänzt werden, welche die erzeugte Wertschöpfung ins Verhältnis zum Mittelleinsatz setzen. In Hinblick auf die Prinzipien der Nachhaltigkeit kann ein Zusammenhang zur Generationengerechtigkeit hergestellt werden, da die Leistungsfähigkeit und der damit verbundene Wohlstand die Grundlagen für die Lebensbedingungen nachfolgender Generationen bilden.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW, NRW								
	Kommunen								Kommune NRW, LHS, MoNaKo								
Validität	Der Indikator ermöglicht eine valide Abbildung des formulierten Unterziels. Unklar bleibt allerdings, welches Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum den „nationalen Gegebenheiten“ entspricht. In den letzten zehn Jahren betrug das durchschnittliche Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum innerhalb von Deutschland ca. 1,3 %, was hierfür als erster Maßstab dienen könnte. Auf kommunaler Ebene sollten jedoch insbesondere die „regionalen Gegebenheiten“ als Maßstab herangezogen werden, die je nach Kommune unterschiedlich ausfallen können. Ganz allgemein ergibt sich die Schwierigkeit, dass im BIP nur formell getätigte bzw. entsprechend dokumentierte Wertschöpfung erfasst wird. Informell vertriebene Waren oder ausgeführte Dienstleistungen, welche in Deutschland, gemessen am absoluten BIP, einen relativ geringen Anteil ausmachen, finden im BIP entsprechend keine Berücksichtigung. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Das Bruttoinlandsprodukt steht in einem positiven Zusammenhang mit der Anzahl an Hochqualifizierten (SDG 9.5), den Mietpreisen (SDG 11.1) sowie den Steuereinnahmen (SDG 16.6).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang mit dem Pendlersaldo einer Region. Es besteht außerdem ein mittelstarker, negativer Zusammenhang mit dem Medialalter. Demnach steigt das Bruttoinlandsprodukt, wenn das Medialalter abnimmt.																
Berechnung	$(\text{Bruttoinlandsprodukt}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen})$																
Einheit	€ je Einwohner:in																
Aussage	Das Bruttoinlandsprodukt je Einwohner:in beträgt x Euro.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar. Sie liegen ab dem Jahr 2000 regelmäßig vor.																
Datenqualität	Bei regionalen oder kommunalen Daten zum BIP handelt es sich um Schätzungen bzw. Umrechnungen von Bundes- und Länderdaten. Die Qualität dieser Daten wird durch die Arbeitsgemeinschaft „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung des Bundes und der Länder“ gewährleistet. Die Daten können folglich ohne Einschränkungen der Datenqualität genutzt werden. Auf kommunaler Ebene kann das BIP lediglich zu Marktpreisen, also dem nominalen und nicht dem realen BIP, betrachtet werden. Der Grund hierfür ist, dass auf dieser Ebene keine seriösen Zahlen zur Entwicklung des Preisniveaus vorliegen. Dieser Umstand muss bei der Interpretation des Indikators berücksichtigt werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.8.2 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – Langzeitarbeitslosenquote (Nr. 42)



Indikator	Langzeitarbeitslosenquote																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der Langzeitarbeitslosen an allen Erwerbspersonen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als langzeitarbeitslos gelten solche Arbeitslose, die ein Jahr und länger bei den Agenturen für Arbeit oder bei den Trägern der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II arbeitslos gemeldet sind. Ein hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen ist Ausdruck einer ökonomischen Strukturschwäche, die sich in besonderem Maße auf die finanzielle, soziale und gesundheitliche Situation der Betroffenen und ihrer Angehörigen auswirkt und auch die finanzielle Situation der Kommune beeinträchtigen kann. Demnach hat die Indikatorkonzeption Auswirkungen auf eine Vielzahl an Nachhaltigkeitsdimensionen – dem Prinzip der Ganzheitlichkeit entsprechend. Darüber hinaus kann sich verstärkt auftretende Langzeitarbeitslosigkeit auf den sozialen Zusammenhalt und die allgemeine Lebensqualität einer Kommune niederschlagen und Abwanderungsprozesse in Gang setzen. Langzeitarbeitslosigkeit führt zu Armut und benachteiligt die Kinder der Betroffenen, so dass der Indikator als relevant für das Prinzip der Generationengerechtigkeit bezeichnet werden kann. Daher müssen insbesondere solche Maßnahmen weiter in den Vordergrund der Arbeitsmarktpolitik rücken, die darauf ausgerichtet sind, langzeitarbeitslose Personen zurück in eine Beschäftigung zu führen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund																
	Länder								BW								
	Kommunen								LHS, MoNaKo								
Validität	Die Langzeitarbeitslosenquote liefert Informationen über diejenige Gruppe von Arbeitslosen, die tendenziell am schwierigsten in eine Beschäftigung zu bringen sind. Damit wird ein Beitrag dazu geleistet, was gemeinhin unter Vollbeschäftigung verstanden wird. Es wird bei dem Indikator nicht zwischen Alter und Geschlecht unterschieden, wodurch sich keine Aussage darüber treffen lässt, ob ein Rückgang der Langzeitarbeitslosenquote zu einer gleichwertigen Verbesserung der Beschäftigungssituation für alle Frauen und Männer einschließlich junger Menschen führt. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel dennoch ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil der Langzeitarbeitslosen steht in positivem Zusammenhang mit den Armutsindikatoren (SDG 1.3), der vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3.4), den Straftaten (SDG 16.4) und kommunalen Liquiditätskrediten (SDG 16.6). Ein negativer Zusammenhang besteht zur Beschäftigungsquote von Ausländer:innen (SDG 10.2).																
Rahmenbedingungen	Sind die Ausgaben für Sachinvestitionen in einer Region gering, so ist dort die Langzeitarbeitslosenquote erhöht.																
Berechnung	$\frac{\text{(Anzahl der Arbeitslosen mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr)}}{\text{(Anzahl der Arbeitslosen)} + \text{(Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort)}} \cdot 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Erwerbspersonen ist länger als 1 Jahr arbeitslos.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind deutschlandweit zentral über die statistischen Ämter der Länder abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Es handelt sich um amtliche Daten, die in Zusammenarbeit mit den kommunalen Trägern des Sozialgesetzbuches durch die Bundesagentur für Arbeit nach dem Standard XSozial-BA-SGB II geprüft und verarbeitet werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch. Als arbeitslos werden dabei nur solche Personen geführt, die sich bei den entsprechenden Stellen als arbeitslos gemeldet haben. Es ist also möglich, dass die Zahl der tatsächlich arbeitslosen Personen höher ist, als in der Statistik ausgewiesen.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere								Gemeindeverbände								
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.8.3 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – Beschäftigungsquote – 15- bis 64-jährige (Nr. 43)



Indikator	Beschäftigungsquote – 15- bis 64-jährige																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 15- bis 64-jährigen Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten an der erwerbsfähigen Gesamtbevölkerung an. Sie lässt Rückschlüsse auf die soziale Situation der Bevölkerung zu. Eine hohe Beschäftigungsquote sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, hat die Beschäftigungsquote auch eine große Bedeutung für die Zukunftsfähigkeit einer Kommune und steht in enger Verbindung zwischen der ökonomischen, ökologischen und sozialen Dimension. Da der demografische Wandel langfristig zu einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften und einer Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentner:innen und Beitragszahler:innen führt, ist mit einer zunehmend schwierigeren Finanzierung der Rentenkassen zu rechnen. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW								
	Kommunen								Kommune BW, Kommune NRW, LHS								
Validität	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bilden, im Gegensatz zu prekären Beschäftigungen ohne Absicherungsmechanismen, ein am starken Sozialstaat orientiertes Verständnis von menschenwürdiger Arbeit ab. Das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung für alle kann nur durch eine Erhöhung der Zahl entsprechender Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Der Indikator lässt dabei außer Acht, ob die Verbesserung der Beschäftigungszahlen einseitig auf eine bestimmte Beschäftigungsgruppe entfällt. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Für die Beschäftigungsquote besteht ein positiver Zusammenhang zur Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2) und zur Beschäftigungsquote der 55- bis 64-Jährigen (SDG 8.5).																
Rahmenbedingungen	Der Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten gleicht sich mit dem Anteil der gesamten Beschäftigungsquote in der Bevölkerung aus, denn die meisten Erwerbstätigen arbeiten in diesem Altersabschnitt. Die Regelaltersrente gilt in Deutschland ab dem 67. Lebensjahr. Außerdem steht der Indikator in Abhängigkeit zu dem Anteil der Beschäftigten im sekundären und tertiären Sektor.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten im Alter von 15 bis 64 Jahren an der Gesamtbevölkerung im gleichen Alter beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar und werden kontinuierlich erhoben.																
Datenqualität	Die Daten basieren auf den Meldungen zur Sozialversicherung mit einer Verzögerung von sechs Monaten (Abgabefristen der Meldungen). Die Qualität der Daten ist sehr hoch. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamte, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen nicht in die Berechnung ein. Auch werden Personen in Vollzeit- und Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.8.4 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – Beschäftigungsquote 55- bis 64-jährige (Nr. 44)



Indikator	Beschäftigungsquote 55- bis 64-jährige																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen (SDG 8.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort an allen 55- bis 64-jährigen Einwohnerinnen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote 55- bis 64-jähriger gibt den Anteil der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten an der Gesamtbevölkerung gleichen Alters an. Sie lässt Rückschlüsse auf die Erwerbchancen einer demographischen Gruppe zu, die nach Arbeitslosigkeit oft nur unter großen Anstrengungen wieder in das Berufsleben zurückfindet. Dies hat mitunter erhebliche Auswirkungen auf die soziale und gesundheitliche Situation. Eine hohe Beschäftigungsquote dieser Altersgruppe sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion im Sinne der Sicherstellung einer eigenständigen Lebensplanung sowie gesellschaftlicher Teilhabe. Da der demografische Wandel langfristig zu einem Mangel an (qualifizierten) Arbeitskräften und einer Verschiebung des Zahlenverhältnisses zwischen Rentnern und Beitragszahlern führt, ist mit einer zunehmend schwierigeren Finanzierung der Pensionskassen zu rechnen. Dies hat weitreichende Konsequenzen für die Generationengerechtigkeit und hat Auswirkungen auf die ökonomische, ökologische und soziale Dimension der Nachhaltigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund								DNS								
	Länder								NRW								
	Kommunen								Kommune NRW, MoNaKo								
Validität	Sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse bilden das ab, was man gemeinhin als menschenwürdige Arbeit bezeichnet. Das Ziel einer produktiven Vollbeschäftigung einer demographischen Gruppe kann nur durch eine Erhöhung der Zahl entsprechender Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Dies trifft vor allem für eine Altersgruppe zu, die überdurchschnittlich oft von Langzeitarbeitslosigkeit und frühzeitiger Verrentung aufgrund von gesundheitlicher Probleme betroffen ist. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten korreliert positiv mit dem Anteil der 15- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten (SDG 8.5). Ein negativer Zusammenhang besteht mit den Armutsindikatoren (SDG 1) sowie der Anzahl an Straftaten (SDG 16.4).																
Rahmenbedingungen	Für die Beschäftigungsquote der 55- bis 64-jährigen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bestehen Zusammenhänge zur gesamten Beschäftigungsquote.																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der sozialversicherungspflichtig beschäftigt gemeldeten Personen (SvB) im Alter von 55 bis 64 Jahren beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Berechnung	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 55 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 55 bis 64 Jahren}) * 100$																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Bundesagentur für Arbeit erhebt vierteljährlich die Anzahl der 55 Jahre und älteren sozialversicherungspflichtig Beschäftigten auf Landes- und Kreisebene. Unter Verwendung der Einwohnerdaten dieser Altersgruppe lässt sich die Beschäftigungsquote errechnen.																
Datenqualität	Grundlage der Arbeitsmarktstatistik ist das Meldeverfahren zur Sozialversicherung, in das alle Arbeitnehmer:innen einbezogen sind, die der Kranken- oder Rentenversicherungspflicht oder der Versicherungspflicht nach dem SGB III unterliegen. Auf Basis der Meldungen zur Sozialversicherung durch die Betriebe wird vierteljährlich (stichtagsbezogen) mit sechs Monaten Wartezeit der Bestand an sozialversicherungspflichtig und geringfügig Beschäftigten ermittelt. Sozialversicherungspflichtig Beschäftigte umfassen alle Arbeitnehmer:innen, die kranken-, renten-, pflegeversicherungspflichtig und / oder beitragspflichtig nach dem Recht der Arbeitsförderung sind oder für die Beitragsanteile zur gesetzlichen Rentenversicherung oder nach dem Recht der Arbeitsförderung zu zahlen sind. Die Daten messen den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.8.5 SDG 8 – Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum – Aufstocker (Nr. 45)



Indikator	Aufstocker																
(Primäres) Ziel	Dauerhaftes, breitenwirksames und nachhaltiges Wirtschaftswachstum, produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle fördern (SDG 8)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen, sowie gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen (SDG 8.5.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.4							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der erwerbstätigen ALG-II-Bezieher:innen an allen erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Als „Aufstocker:innen“ werden Empfänger:innen von ALG II bezeichnet, die im rechtlich zulässigen Rahmen diese Leistung durch Erwerbseinkommen zur Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ergänzen sowie Erwerbstätige, die ALG II beziehen, weil ihr Arbeitseinkommen zum Lebensunterhalt nicht ausreicht. Wenn trotz Erwerbstätigkeit staatliche Unterstützung in Anspruch genommen werden muss, kann von atypischer Beschäftigung gesprochen werden. Eine hohe Zahl an „Aufstocker:innen“ weist auf strukturelle Defizite der ansässigen Wirtschaft hin, die sich auf die ökonomische und soziale Situation der Betroffenen auswirken kann. In gleichem Maße kann davon ausgegangen werden, dass die Leistungsfähigkeit der Kommune selbst durch verringerte Steuereinnahmen und erhöhte Sozialausgaben beeinträchtigt wird. In der Verknüpfung der ökonomischen mit der sozialen Dimension, und somit auch der ökologischen, folgt dem Indikator dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Aufgrund der Relevanz für die nachfolgende Generation bildet dieser Indikator darüber hinaus auch das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit ab.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										LHS, MoNaKo						
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Informationen dazu, wie häufig innerhalb einer Kommune der Fall eintritt, dass das Erwerbseinkommen nicht zur selbstständigen Bestreitung des Lebensunterhalts ausreicht. Menschenwürdige Arbeit sollte zumindest so viel Geld einbringen, dass es zum selbstständigen Bestreiten des Lebensunterhalts ausreicht. Als besonders schwerwiegend gilt der Fall, wenn trotz Vollzeitbeschäftigung ein Anspruch auf zusätzliche Transferleistungen besteht. Es wird davon ausgegangen, dass die Dunkelziffer derer, die trotz Erwerbstätigkeit Anspruch auf ALG II haben, hoch ist. Hauptgründe sind komplexe Anspruchsregelungen sowie Scham, den Staat um Hilfe zu bitten. Demnach bildet der Indikator das Unterziel nur mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher:innen steht in einem schwach positiven Zusammenhang mit dem Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (SDG 10.2).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang mit der Entwicklung der Zahl der Geburten über einen Vierjahreszeitraum. Wenn die Geburtenzahlen über die letzten vier Jahre abgenommen haben, nimmt der Anteil der erwerbstätigen ALG II-Bezieher:innen zu.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Bezieher:innen}) / (\text{Anzahl der ALG II-Bezieher:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen (ELB) ist zusätzlich zum ALG II-Bezug erwerbstätig.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend verfügbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Neben der Bundesagentur für Arbeit (BA) sind ab 2005 u. a. auch 104 zugelassene kommunale Träger (zKT) Lieferanten dieser Arbeitsmarktdaten (Optionskommunen). Es handelt sich um eine „integrierte“ Statistik aus unterschiedlichen Quellen, die in der BA zusammengeführt werden. Die Qualität der Daten ist daher hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.9.1 SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur – Existenzgründungen (Nr. 46)



Indikator	Existenzgründungen																
(Primäres) Ziel	Eine belastbare Infrastruktur aufbauen, inklusive und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industrie-sektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 u. a. Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.2									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune, Smarte Kommune																
Definition	Anzahl der neu errichteten Gewerbebetriebe je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Existenzgründungen schaffen Arbeitsplätze, fördern den Wettbewerb und tragen durch ihre Wertschöpfung zum Wirtschaftswachstum bei. Dabei reicht die Bandbreite an Existenzgründungen vom bzw. von der selbstständigen Dienstleistungsanbieter:in für den lokalen Markt (z. B. Friseur:innen oder Schnellimbisse) bis hin zum innovativen Start-up mit dem Ziel der globalen Markterschließung. Eine hohe technologiebasierte Gründer:innenquote ist Ausdruck einer zukunftsfähigen Wirtschaftsstruktur, da vielfältige Wege zur Erschließung neuer Märkte und Geschäftsmodelle erprobt werden. Generell entstehen durch erfolgreiche Gründungen zumeist auch Arbeitsplätze. Nicht zuletzt stehen hinter Existenzgründungen Menschen, die ein hohes Maß an Leistungs- und Verantwortungsbereitschaft sowie Gestaltungswillen zeigen. Da Existenzgründungen für das zukünftige Wirtschaftswachstum von Bedeutung sind, haben sie im Sinne der Generationengerechtigkeit eine hohe Nachhaltigkeitsrelevanz.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								LHS, MoNaKo								
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise über den allgemeinen, Branchen unspezifischen Umfang von Existenzgründungen. Zwar führen Existenzgründungen nicht zwangsläufig zu Innovationen; dennoch ist eine positive Korrelation dieser beiden Größen nachgewiesen. Bei der Interpretation muss jedoch berücksichtigt werden, dass eine hohe Zahl an Existenzgründungen auch Teil einer schwachen Wirtschaftsstruktur mit hoher Arbeitslosigkeit sein kann. In der Regel handelt es sich bei diesen Gründungen um Selbstständige und kleinere Unternehmen, welche kein Ausdruck von Innovationsfähigkeit oder dem Ausbau von technologischen Kapazitäten sind. Der Indikator bildet das Unterziel daher nur mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Existenzgründungen sind positiv mit Altersarmut (SDG 1.3), Breitbandversorgung (SDG 9.c.1), Beschäftigungsquote von Ausländern (SDG 10.2), Mietpreisen (SDG 11.1) und Steuereinnahmen (SDG 16.6) korreliert. Ein negativer Zusammenhang besteht hingegen mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4), der Nahversorgung mit Grundschulen und Supermärkten (SDG 4.1 und SDG 11.1) sowie der Betreuung von Kindern (SDG 4.2).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert mit der Einwohner:innenentwicklung über einen Vierjahreszeitraum und dem Ausländer:innenanteil. Außerdem besteht ein negativer Zusammenhang zwischen dem Anteil der Existenzgründungen und dem Durchschnittsalter in der Bevölkerung.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1000$																
Einheit	Neuerrichtungen je 1.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen werden x Gewerbebetriebe neu errichtet.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar und werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Einige Bereiche unterliegen nicht der Gewerbeordnung und sind damit in der Statistik nicht erfasst. Dazu gehören: freie Berufe, die Land- und Forstwirtschaft, der Bergbau oder die Versicherungen. Für die Wirtschaftsstruktur ist weniger die Anzahl als der Erfolg der Gründungen von Bedeutung (Lebensdauer, Umsatzentwicklung, geschaffene Arbeitsplätze und vieles mehr). Eine hohe Gründungsquote kann auch Ausdruck einer eher schwachen Wirtschaftsstruktur sein, da Arbeitslosigkeit zu den häufigsten Beweggründen einer Existenzgründung gehört. Über die KfW, die Agenturen für Arbeit und die Jobcenter werden Existenzgründungen als „Beschäftigungsmaßnahme“ gezielt gefördert.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.9.2 SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur – Hochqualifizierte (Nr. 47)



Indikator	Hochqualifizierte																
(Primäres) Ziel	Widerstandsfähige Infrastruktur und nachhaltige Industrialisierung (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die wissenschaftliche Forschung verbessern und die technologischen Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen und zu diesem Zweck bis 2030 unter anderem Innovationen fördern und die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen sowie die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen (SDG 9.5)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 Innovationen fördern (SDG 9.5.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.3				8.2	9.5.4								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune, Smarte Kommune																
Definition	Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss an allen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Vor dem Hintergrund des Fach- und Führungskräfte mangels ist ein hoher Anteil an hochqualifizierten Arbeitnehmer:innen speziell der Innovationsfähigkeit von Unternehmen und generell der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit von Kommunen zuträglich. Entscheidend für Kommunen mit ansässigen technologieabhängigen Unternehmen ist dabei ihre Anziehungskraft auf Fachkräfte als Arbeits- und auch als Wohnort. Gelingt dies, profitieren Kommunen als Technologie- und Unternehmensstandort mehrfach. Neben positiven ökonomischen Aspekten (wie z. B. höhere Einnahmen über die Gewerbesteuer) führen Hochqualifizierte, die in der betreffenden Kommune nicht nur arbeiten, sondern auch wohnen, auch zu einer Veränderung der Sozialstruktur – mit positiven Effekten in den sozialen, ökologischen und kulturellen Dimensionen von Nachhaltigkeit. Bei der permanenten Verlagerung des Lebensmittelpunktes verändert sich das öffentliche Leben in der Kommune somit langfristig. Diese Wirkungen stützen das Nachhaltigkeitsprinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
	LHS, MoNaKo																
Validität	Hochqualifiziertes Personal ist ein wichtiger Faktor für die wirtschaftliche Leistungs- und somit Zukunftsfähigkeit vieler Unternehmen. Das Qualifikationsniveau am Arbeitsort ist dabei ein zentraler Standortfaktor für innovative Unternehmen und wird als Voraussetzung für Innovationen verstanden. Bei der Interpretation des Indikators muss berücksichtigt werden, dass dieser keine Informationen darüber liefert, ob der tatsächliche Bedarf an hochqualifiziertem Personal gedeckt ist. Aufgrund der unterschiedlichen Abschluss- und Spezialisierungsgrade akademischer Berufsabschlüsse lässt sich ebenso keine Aussage über die Forschungsneigung der Beschäftigten mit akademischem Abschluss machen. Der Indikator bildet das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
	x																
Statistische Zusammenhänge	Die Anzahl an Hochqualifizierten steht in einem positiven Zusammenhang mit dem Bruttoinlandsprodukt (SDG 8.1), den Mietpreisen (SDG 11.1), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) und den Steuereinnahmen (SDG 16.6). Eine negative Korrelation besteht mit der Apotheken- und Grundschulversorgung (SDG 3.8 und 4.1), der Wohnfläche sowie der Supermarktversorgung (SDG 11.1) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang mit dem Medianalter der Bevölkerung. In einer Region mit jüngerer Bevölkerung würde die Anzahl der Hochqualifizierten demnach steigen.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort}) / (\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Einen akademischen Berufsabschluss haben x % der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten (SvB).																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar. Sie liegen ab dem Jahr 2006 regelmäßig vor.																
Datenqualität	Bis 2011 wurden die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit (Fach-)Hochschulabschluss erfasst, seit 2012 die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischem Berufsabschluss. Im Jahr 2012 weicht der Stichtag einmalig auf den 31.12. ab. Die Daten sind demnach mit Einschränkungen nutzbar.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden																
	Andere																
	x																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.9.3 SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur – Breitbandversorgung – Private Haushalte (Nr. 48)



Indikator	Breitbandversorgung – Private Haushalte																
(Primäres) Ziel	Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern sowie anstreben, in den am wenigsten entwickelten Ländern bis 2020 einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen (SDG 9.c)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern (SDG 9.c.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.1				8.2	9.a		11.1.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																
Definition	Anteil der privaten Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Breitbandversorgung privater Haushalte hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Private Haushalte profitieren auf vielfältige Weise von der Versorgung mit einer Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s. So wird z. B. das Arbeiten im „Home-Office“ ermöglicht und dadurch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie gefördert. Der Zugang zu elektronischen Diensten kann als gleichwertige Alternative zu physischen Dienstleistungen Haushalte durch zeitliche und monetäre Einsparungen entlasten (e-Medizin, e-Government und vieles mehr). Die Breitbandversorgung ist so zu einem wichtigen Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird, diesem Stellenwert Rechnung tragend, von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Aufgrund seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen in allen Regionen, für alle sozialen Gruppen und auch für die nachfolgenden Generationen folgt der Indikator dem Prinzip der Generationengerechtigkeit. Als relativ kostengünstige Zugangsmöglichkeit zu vielfältigen Bildungs- und Informationsmöglichkeiten wirkt der Indikator zusätzlich im Sinne der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund								Destatis								
	Länder																
	Kommunen								MoNaKo								
Validität	Die Breitbandverfügbarkeit ist heute Teil einer zeitgemäßen Infrastrukturbereitstellung und kann als Voraussetzung für ein Grundmaß an digitaler gesellschaftlicher Teilhabe angesehen werden. Die veranschlagte Geschwindigkeit kann für solche privaten Zwecke als ausreichend bezeichnet werden. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Breitbandversorgung steht in einem positiven Zusammenhang mit der Altersarmut (SDG 1.3), den Existenzgründungen (SDG 9.5), den Mietpreisen (SDG 11.1), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) sowie den Steuereinnahmen (SDG 16.6). Dagegen bestehen negative Zusammenhänge zur Grundversorgung mit Apotheken, Grundschulen (SDG 3.8 und 4.1) und Supermärkten (SDG 11.1), der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3) und den Naherholungsflächen (SDG 11.7).																
Rahmenbedingungen	Die Breitbandversorgung korreliert mit dem Anteil der Freiflächen in einer Region. Außerdem besteht ein Zusammenhang zum Anteil der Verkehrsfläche und zum Pendlersaldo.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Haushalte mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl der Haushalte insgesamt}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der Haushalte, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können, beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten basieren auf freiwilligen Datenlieferungen der Breitbandunternehmen und wurden durch die atene KOM GmbH aufbereitet und den Rasterzellen zugeordnet. Dabei wurden je Rasterzelle die versorgbaren Haushalte je Breitbandunternehmen, Bandbreite und Technologie ermittelt. Diese wurden ins Verhältnis zu den vorhandenen Haushalten je Rasterzelle gesetzt und zusammengeführt. Die Genauigkeit der Daten sollte in Abhängigkeit von der Art der Lieferung durch die Unternehmen eine hohe Präzision aufweisen. Qualitätskontrollen haben dies bestätigt. In Einzelfällen kann die örtliche Versorgungssituation aufgrund aktueller Maßnahmen jedoch abweichen. Abweichungen können mit Hilfe der Rückmeldefunktion gemeldet werden. Die reale Versorgungssituation sollte immer bei den Breitbandanbietern nachgefragt werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere								Gemeindeverbände								
Erhebungszeitraum	2015 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.9.4 SDG 9 – Industrie, Innovation und Infrastruktur – Breitbandversorgung – Unternehmen (Nr. 49)



Indikator	Breitbandversorgung – Unternehmen																
(Primäres) Ziel	Eine widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, breitenwirksame und nachhaltige Industrialisierung fördern und Innovationen unterstützen (SDG 9)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern sowie anstreben, in den am wenigsten entwickelten Ländern bis 2020 einen allgemeinen und erschwinglichen Zugang zum Internet bereitzustellen (SDG 9.c)																
(Primäres) Teilziel	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern (SDG 9.c.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									8.2	9.a							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																
Definition	Anteil der Unternehmen, die eine Bandbreite von 50 Mbit/s nutzen können																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Breitbandverfügbarkeit von Unternehmen hat einen indirekten Nachhaltigkeitsbezug. Als häufige Grundvoraussetzung für zeitgemäßes und innovatives unternehmerisches Handeln wird die Breitbandversorgung verstärkt zum zentralen Standortfaktor. Eine adäquate Anbindung an Informationsinfrastruktur ermöglicht darüber hinaus mangelnde räumliche Nähe zu Absatzmärkten zu überwinden und kann somit den ländlichen Raum stärken. Dies gilt insbesondere für Klein- und Kleinunternehmen, die verstärkt digitale Technologien anwenden. Somit ist die Breitbandversorgung zu einem Bestandteil der Daseinsvorsorge geworden und wird von staatlicher Seite mit zum Teil erheblichen Mitteln gefördert. Gerade im ländlichen Raum hat die Breitbandverfügbarkeit jedoch immer noch große Lücken. Die Nachhaltigkeitsrelevanz dieses Indikators leitet sich aus seiner Bedeutung für die Schaffung gleichwertiger Arbeits- und dadurch auch Lebensbedingungen in allen Regionen und auch für die nachfolgenden Generationen (Prinzip der Generationengerechtigkeit) ab.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die Breitbandverfügbarkeit ist heute Teil einer zeitgemäßen Infrastrukturbereitstellung und oftmals Voraussetzung dafür, dass Unternehmen handeln und Innovationen hervorbringen können. In Anbetracht eines stetigen Anstiegs der zu verarbeitenden Datenmengen sind 50 Mbit/s als möglicher Richtwert für ein Mindestmaß anzusehen. Unabhängig von der letztendlich gewählten Geschwindigkeit, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Unternehmen mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl der Unternehmen insgesamt}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der Unternehmen, die eine Bandbreite von mindestens 50 Mbit/s nutzen können, beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.10.1 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Beschäftigungsquote – Ausländer (Nr. 50)



Indikator	Beschäftigungsquote – Ausländer																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern (SDG 10.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern (SDG 10.2.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.5.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Beschäftigungsquote von Ausländer:innen lässt Rückschlüsse über die Positionierung von Ausländer:innen am deutschen Arbeitsmarkt zu. Die Bevölkerung mit Migrationshintergrund ist überdurchschnittlich oft von Arbeitslosigkeit betroffen oder steht dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung. Hinzu kommt die zum Teil geringere schulische und berufliche Qualifikation, die den Zugang zum Arbeitsmarkt erschwert. Eine hohe Beschäftigungsquote von Ausländer:innen sichert die wirtschaftliche und soziale Inklusion und ist Grundvoraussetzung für eine eigenständige Lebensplanung sowie gesellschaftliche Teilhabe. Ein Ausgleich der Lebensverhältnisse der Einwohner:innen nichtdeutscher und deutscher Staatsangehörigkeit ist somit, im Sinne des Prinzips der Ganzheitlichkeit, von zentraler Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche sowie soziale Entwicklung einer Kommune. Dies entspricht sowohl dem Prinzip der intra- als auch der intergenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder										BW, NRW						
	Kommunen																
Validität	Der Indikator liefert wichtige Hinweise zur ökonomischen Ungleichheit zwischen Ausländer:innen und deutschen Staatsangehörigen. Es ist zu beachten, dass Einwander:innen zwar grundsätzlich im Arbeitsmarkt integriert (d. h. in Beschäftigung sein können), aber immer noch von Diskriminierung (z. B. in der Form niedrigerer Löhne) betroffen sind, was Einfluss auf die Beschäftigungsquote haben kann. Die niedrigere Beschäftigungsquote von Ausländer:innen ist zusätzlich auf rechtliche Restriktionen bei der Arbeitsaufnahme von Nicht-EU-Bürger:innen zurückzuführen. Außerdem können durch Änderungen im Staatsbürgerschaftsrecht Zugewanderte in erster und nachfolgender Generation zwar die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber trotzdem von Diskriminierung auf dem Arbeitsmarkt betroffen sein. Der Indikator bildet das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																
	Der Indikator bildet das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen steht in positivem Zusammenhang mit Existenzgründungen (SDG 9.5), Mietpreisen (SDG 11.1) sowie Steuereinnahmen (SDG 16.6). Es besteht hingegen eine negative Korrelation mit der vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3.4), dem Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern (SDG 5.1) und der Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5).																
Rahmenbedingungen	Die Beschäftigungsquote von Ausländer:innen korreliert positiv mit dem Anteil an Ausländer:innen und dem natürlichen Bevölkerungssaldo einer Region.																
Berechnung	$\frac{((\text{Anzahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Ausländer:innen im Alter von 15 bis 64 Jahren}))}{((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 15 bis 64 Jahren}))} * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen zur Beschäftigungsquote in der Gesamtbevölkerung beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die notwendigen Daten zur Berechnung der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen lassen sich über die Statistischen Ämter der Länder und über die Statistik der Bundesagentur für Arbeit flächendeckend abrufen. Die entsprechenden Daten werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Es handelt sich um Daten der amtlichen Statistik. Prinzipiell ist die Qualität der Daten daher als hoch einzuschätzen. Im Gegensatz zur Erwerbstätigenquote berücksichtigt die Beschäftigungsquote jedoch nur die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten, d. h. Beamt:innen, Selbstständige und geringfügig Beschäftigte gehen hier nicht ein. Eine Nichtberücksichtigung dieser Arbeitsverhältnisse ist dann problematisch, wenn systematische Unterschiede zwischen Ausländer:innen und Deutschen bestehen. Auch werden Personen in Vollzeit- und in Teilzeitbeschäftigung gleichermaßen gezählt, sodass unterschiedliche Arbeitszeitvolumina keinen Einfluss auf den Indikator haben.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.10.2 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Schulabbrecherquote – Ausländer (Nr. 51)



Indikator	Schulabbrecherquote – Ausländer																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 alle Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status zu Selbstbestimmung befähigen und ihre soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion fördern (SDG 10.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern (SDG 10.2.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.5.2				8.6									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Bildung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländer:innen zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der betrachtete Indikator legt einen Fokus auf die Schulabbrecherquote von Ausländer:innen als Bevölkerungsgruppe, die überdurchschnittlich häufig mit Problemen im Bildungssystem konfrontiert ist. Als Schulabbrecher:innen gelten solche Schulabgänger:innen, die ihre Pflichtschulzeit beenden, ohne nicht mindestens einen Hauptschulabschluss erreicht zu haben. Für Jugendliche mit Migrationshintergrund spielt Bildung eine zentrale Rolle für eine gleichberechtigte Teilhabe an der Gesellschaft und ist eine bedeutende Voraussetzung für eine gelungene Integration. Auch für die nachhaltige wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Kommune ist die Gewährleistung einer entsprechenden schulischen Grundausbildung für Ausländer:innen demnach von großer Bedeutung. Die dauerhafte Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt mit gleichberechtigten Erwerbsmöglichkeiten zu gewährleisten folgt den weitreichenden Auswirkungen auf die ökonomische, ökologische und soziale Dimension und orientiert sich somit an dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Die Integration der in Deutschland lebenden Ausländer:innen ist eine wichtige Voraussetzung für den sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft und hat weitreichende Implikationen im Sinne der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen:																
Validität	BW																
Validität	Der Indikator bezieht sich auf den gleichberechtigten Zugang zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen. Gerade die Gruppe der Ausländer:innen ist mit zahlreichen Schwierigkeiten bei der Integration in das Bildungssystem konfrontiert. Hier können fallspezifische Diskriminierungen vorliegen, aber auch systematische Faktoren, wie etwa unsichere Aufenthaltsverhältnisse. Seit Änderung des Staatsbürgerschaftsrechts erhalten Kinder unter bestimmten Voraussetzungen des Bleiberechts der Eltern die deutsche Staatsbürgerschaft. So werden diese in der Gruppe der ausländischen Schulabgänger:innen nicht erfasst. Der Indikator bildet das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Statistische Zusammenhänge	Das Verhältnis der Schulabbrecher:innenquote von Ausländer:innen zur Schulabbrecher:innenquote in der Gesamtbevölkerung steht in schwachem positiven Zusammenhang zur Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und Grundschulen (SDG 4.1), der Wohnfläche (SDG 11.1) sowie der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3). Es besteht zusätzlich eine negative Korrelation mit der Anzahl an Hochqualifizierten (SDG 9.5).																
Rahmenbedingungen	Die Schulabbrecher:innenquote von Ausländer:innen korreliert schwach negativ mit dem Anteil von Ausländer:innen an der Gesamtbevölkerung.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$\left(\frac{\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss}}{\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger:innen insgesamt}} \right) / \left(\frac{\text{Anzahl Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss insgesamt}}{\text{Anzahl Schulabgänger:innen insgesamt}} \right) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Verhältnis der Schulabbrecher:innenquote von Ausländer:innen zur Schulabbrecher:innenquote innerhalb der Gesamtbevölkerung beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Schulabbrecherquote in der Gesamtbevölkerung sowie zur Schulabbrecherquote von Ausländer:innen sind zentral abrufbar und liegen flächendeckend und regelmäßig ab dem Jahr 2006 vor.																
Datenqualität	Die Daten werden jährlich von den Statistischen Landesämtern in Form einer Vollerhebung gewonnen, wobei die Schulen eine Auskunftspflicht besitzen. Entsprechend sind keine stichprobenbedingten Fehler zu erwarten, und die Qualität der Daten ist entsprechend hoch. Probleme ergeben sich einzig aufgrund der nicht-einheitlichen Bildungssysteme in den Ländern. Auch der Vollzug der Schulpflicht kann je nach Bundesland variieren. Zwar kann von einer statistischen Nivelierung dieser Effekte ausgegangen werden, dennoch muss grundsätzlich in Betracht gezogen werden, dass sich derartige Länderspezifika in der Statistik widerspiegeln.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.10.3 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Einkommensverteilung – Gini-Koeffizient (Nr. 52)



Indikator	Einkommensverteilung – Gini-Koeffizient																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen (SDG 10.4)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.2							8.5.2									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Arbeit und Beschäftigung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Familiengerechte Kommune																
Definition	Verteilung des verfügbaren Äquivalenzeinkommens je Person mittels Gini-Koeffizient																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Gini-Koeffizient des verfügbaren Äquivalenzeinkommens nach Sozialtransfers ist ein statistisches Ungleichverteilungsmaß, welches Haushaltsgrößen und deren Zusammensetzung berücksichtigt. Werden Sozialtransfers, Steuern und andere Abzüge berücksichtigt, drückt der so berechnete Wert aus, wieviel Einkommen für private Konsumentenscheidungen sowie für Sparen zur Verfügung steht. Die dadurch fehlenden Bildungs-, Sport- oder Kulturaktivitäten haben Auswirkungen auf die Realisierung des Prinzips der Generationengerechtigkeit, da heute determinierte ökonomische Fakten und mangelnde Spartätigkeiten weitreichende Konsequenzen für die zukünftigen Teilhabemöglichkeiten in Wirtschaft, Umwelt und Gesellschaft haben.																
Herkunft	Vereinte Nationen								SDSN								
	Europäische Union																
	Bund								DNS								
	Länder								NRW								
	Kommunen								MoNaKo								
Validität	Die Berechnung des Gini-Äquivalenzeinkommens nach Sozialtransfers erfasst Ungleichheit weitaus präziser als ein rein am Einkommen orientiertes Verteilungsmaß – insbesondere für Deutschland, in dem das Steuer-, Transfer- und Rentensystem die Ungleichheit der Markteinkommen bereits erheblich reduziert. Dennoch sind quantitative Indikatoren nur bedingt aussagekräftig hinsichtlich der Realisierung des Konzeptes Gleichheit. So ist der Indikator in seiner jetzigen Form anfällig für Verschiebungen des Einkommensniveaus und demographische Veränderungen, ohne eine Aussage über die tatsächlichen Lebensstandards zuzulassen. Zusätzlich muss attestiert werden, dass Vermögen und Kapitalerträge (hier bestehen massive Ungleichheiten in Deutschland) nur unzureichend erfasst werden. Das Unterziel wird jedoch sinnvoll abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Der Gini-Koeffizient ist ein statistisches Ungleichverteilungsmaß mit einem Wert zwischen 0 und 1. Dabei bedeutet der Wert 0, dass jede Person über exakt das gleiche Einkommen verfügt, während der Wert 1 dafür steht, dass nur eine einzige Person das gesamte Einkommen erhält und somit die Situation mit maximaler Ungleichverteilung angibt. Das Äquivalenzeinkommen ist der Wert, der sich aus dem Gesamteinkommen eines Haushalts und der Anzahl und dem Alter der von diesem Einkommen lebenden Personen ergibt. Mithilfe einer Äquivalenzskala werden die Einkommen nach Haushaltsgröße und Zusammensetzung gewichtet, da durch die gemeinsame Nutzung von Wohnraum und Haushaltsgeräten Einspareffekte auftreten.																
Einheit	Wert zwischen 0 und 1																
Aussage	Der Gini-Koeffizient nach Sozialtransfer beträgt x.																
Indikatortyp	Typ II																

4.10.4 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Projekte mit migrantischen Organisationen (Nr. 53)



Indikator	Projekte mit migrantischen Organisationen																										
(Primäres) Ziel	Ungleichheiten in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																										
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik (SDG 10.7)																										
(Primäres) Teilziel																											
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17										
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																										
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune																										
Definition	Von der Kommune gemeinsam mit migrantischen Organisationen durchgeführte Projekte im Verhältnis zur Einwohner:innenzahl																										
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Viele der in Deutschland lebenden Migrant:innen schließen sich in Vereinen und Netzwerken zusammen, um sich gemeinsam in ihren Herkunftsländern zu engagieren. Sie bilden damit das ideale Bindeglied zwischen den Kommunen in Deutschland und Ländern des globalen Südens. Die Kommunen können hier ihr technisches und fachliches Know-How sowie ihre Kontakte zu anderen Organisationen und Entscheidungsträgern in Deutschland beitragen, während Migrant:innen mit den gesellschaftlichen und politischen Strukturen sowie Sprache, Kultur und Traditionen ihrer Heimatländer vertraut sind. Durch Kooperationen und gemeinsame Projekte von Kommunen und migrantischen Organisationen, die sich in Ländern des Globalen Südens engagieren, kann so die Wirksamkeit kommunaler Entwicklungspolitik deutlich erhöht werden. Die Förderung einer nachhaltigen politischen, sozialen, ökonomischen und ökologischen Entwicklung in den Heimatländern durch kommunale Entwicklungspolitik dient zudem der Bekämpfung von Fluchtursachen. Migrations- und Entwicklungspolitik fördern sich so gegenseitig.</p> <p>Definition „Projekt“: Unter einem Projekt sollen hier Aktivitäten der kommunalen Verwaltung verstanden werden, die keine Regelaufgabe darstellen, ein klares Ziel im Bereich der Entwicklungspolitik verfolgen und zeitlich klar begrenzt sind. Dabei ist unerheblich, ob die Laufzeit einen Tag oder mehrere Jahre beträgt. Bei mehrjähriger Projektlaufzeit ist das Projekt nur im ersten Jahr zu zählen.</p> <p>Für den Indikator zu berücksichtigen sind sowohl eigene Projekte der Kommune, in Kooperation mit Dritten durchgeführte Projekte, mit Drittmitteln geförderte Projekte der Kommune oder auch durch die Kommune geförderte und von Dritten durchgeführte Projekte. Entscheidend ist, dass die Kommune das jeweilige Projekt aktiv mit finanziellen Mitteln (institutionell oder projektbezogen), mit sächlichen Mitteln (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten) oder mit personellen Mitteln (z. B. beratend) unterstützt hat. Die Kosten für das jeweilige Projekt müssen sich klar bestimmen und von laufenden Kosten abgrenzen lassen. Ob die Kommune ein Projekt aktiv aus den eigenen finanziellen Mitteln, oder aus Spenden, Fördergeldern oder anderen Drittmitteln finanziert bzw. unterstützt, ist für die Zählung unerheblich.</p> <p>Bei Projektreihen zu einem gemeinsamen Thema oder einer an mehreren Terminen stattfindenden Veranstaltungsreihe ist mitunter nicht eindeutig, ob es sich um ein oder um mehrere Projekte handelt. Hier gilt daher folgendes: Finden die Veranstaltungen oder Projekte zum selben Thema bzw. unter einem übergeordneten Titel statt, dann zählen sie als ein Projekt. Halbjährlich stattfindende Netzwerktreffen oder Dialogreihen gelten daher als ein Projekt. Veranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Titeln können hingegen als getrennte Projekte gezählt werden, auch dann, wenn sie regelmäßig mit denselben Partnern durchgeführt werden.</p> <p>Im Zweifelsfall ist ausschlaggebend, wie das Projekt in der Verwaltung angelegt ist. Wird etwa jede Veranstaltung separat abgerechnet, sind die Veranstaltungen auch getrennt als einzelne Projekte zu zählen. Eine gemeinsame Kostenstelle für die gesamte Veranstaltungsreihe spricht hingegen für eine Zählung als ein Gesamtprojekt.</p>																										
Herkunft	<table border="1"> <tr><td>Vereinte Nationen</td><td></td></tr> <tr><td>Europäische Union</td><td></td></tr> <tr><td>Bund</td><td></td></tr> <tr><td>Länder</td><td></td></tr> <tr><td>Kommunen</td><td>KEpol</td></tr> </table>																	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	KEpol
Vereinte Nationen																											
Europäische Union																											
Bund																											
Länder																											
Kommunen	KEpol																										
Validität	Projekte mit migrantischen Organisationen tragen dazu bei, eine geordnete, sichere und verantwortungsvolle Migration zu erleichtern und bilden daher das Unterziel sinnvoll ab.																										
Funktion	<table border="1"> <tr><td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td><td>x</td></tr> <tr><td>Input-/Output-Indikator</td><td></td></tr> </table>																	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator							
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																										
Input-/Output-Indikator																											
Berechnung	$(\text{Anzahl der Projekte mit migrantischen Organisationen (eingetragene Vereine)}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 10.000$																										
Einheit	Projekte je 10.000 Einwohner:innen																										
Aussage	Die Kommune führt x Projekte je 10.000 Einwohner mit migrantischen Organisationen durch.																										
Indikatortyp	Typ II																										

4.10.5 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag (Nr. 54)



Indikator	Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag																
(Primäres) Ziel	Ungleichheiten in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik (SDG 10.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.7						10.2							16.7
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement, Verwaltung und Ratsarbeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune, Inklusive Kommune																
Definition	<p>Anteil der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag, die von Menschen mit Migrationshintergrund besetzt sind</p> <p>Als Ratsmitglieder mit Migrationshintergrund beziehen wir Personen ein, die nicht in Deutschland geboren sind und in dieses Land einwanderten oder aber Kinder eines Vaters und / oder einer Mutter sind, die nicht deutsche Staatsangehörige sind oder waren. Migrationshintergrund bezieht sich hier also auf die erste und zweite Migrantengeneration, inklusive der Kinder bikultureller Paare (vgl. Heinrich-Böll-Stiftung 2011).</p>																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Migration besitzt eine ausgeprägte kommunale Dimension und gerade in den Städten herrscht eine hohe Diversität von Nationalitäten. In den kommunalen Parlamenten spiegelt sich der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund aber zumeist nicht wider. Die politischen Parteien haben die Möglichkeit, über die Zuteilung von Listenplätzen dafür zu sorgen, dass sich der Anteil an Migranten:innen in den kommunalen Parlamenten erhöht, damit die Zusammensetzung der Bevölkerung auch im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag adäquat abgebildet werden kann. Dies ermöglicht, die wahrgenommene „Sichtbarkeit“ von Migrant:innen als Teil der Bevölkerung zu erhöhen sowie deren Interessen aktiv auf kommunaler Ebene zu vertreten und folgt somit dem Prinzip der inter- und intragenerativen Generationengerechtigkeit. Viele Menschen mit Migrationshintergrund engagieren sich zudem, im Sinne des Prinzips der globalen Verantwortung, in entwicklungspolitischer Hinsicht.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen									KEpol							
Validität	Der Indikator erfasst den Anteil von Migrant:innen in Organen der politischen Repräsentation, ohne die zu Grunde liegende Bevölkerungsstruktur zu berücksichtigen. Deshalb lassen sich keine Rückschlüsse darüber treffen, ob die Verteilung der Sitze den Anteil von Migrant:innen in der Bevölkerung widerspiegelt. Davon unabhängig liefert der Indikator wichtige Hinweise zu der Teilhabe von Menschen mit Migrationshintergrund bei der politischen Entscheidungsfindung. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) / (\text{Anzahl der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der Menschen mit Migrationshintergrund mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.10.6 SDG 10 – Weniger Ungleichheiten – Einbürgerungen (Nr. 55)



Indikator	Einbürgerungen																
(Primäres) Ziel	Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern (SDG 10)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik (SDG 10.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Ausländer- und Migrantengerechtigkeit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune																
Definition	Anzahl der in dem jeweiligen Jahr eingebürgerten Personen an der Anzahl aller ausländischen Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Zunehmende Einbürgerungszahlen gelten als ein wichtiger Indikator für eine verbesserte Integration, denn die Einbürgerung trägt im Allgemeinen zu einer stärkeren Identifikation mit der Gesellschaft des Einwanderungslandes bei. Nur die deutsche Staatsangehörigkeit ermöglicht den ausländischen Mitbürger:innen politische Partizipation, rechtliche Gleichstellung, volle Reisefreiheit und weitere Möglichkeiten gesellschaftlicher Teilhabe. Nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit erstreckt sich diese Teilhabe auf kommunaler Ebene über die Dimensionen Ökonomie, Ökologie, Soziales und Governance. In Anbetracht des demographischen Wandels wirken Einbürgerungen darüber hinaus einer fortschreitenden Entfremdung entgegen. Bundesbürger:innen und Ausländer:innen, als zwei Gruppen, die einerseits durch Geburtenrückgang kleiner werden und andererseits aufgrund von Zuwanderung größer werden, können zu einem Ungleichgewicht in der demokratischen Repräsentation führen. Dieser Aspekt gewinnt im Zuge der aktuell hohen Zuwanderung von Geflüchteten, auch nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit, an Bedeutung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Erhalt der Staatsbürgerschaft kann als Ausdruck eines erfolgreich abgeschlossenen Migrations- und Integrationsprozesses und als Zeichen gelungener Migrationspolitik gewertet werden. Da es sich um einen relativen Wert handelt, der den unterschiedlich hohen lokalen Anteil an Ausländer:innen in der Bevölkerung berücksichtigt, ist das Unterziel einer geplanten und gut gesteuerten Migrationspolitik ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Anzahl der eingebürgerten Personen steht in schwach positivem Zusammenhang mit Altersarmut (SDG 1.3) und der privaten Breitbandversorgung (SDG 9.c). Letzteres könnte mit einer höheren Affinität von Immigranten zu digitalen Kommunikationsmedien aufgrund der räumlichen Distanz zu Familie und Verwandten sowie einer Orientierung hin zu digitalen Arbeitsformen sein. Die erleichterten Möglichkeiten für ausländische IT-Fachkräfte eine deutsche Staatsbürgerschaft zu erlangen bietet hier einen möglichen Erklärungsansatz. Es besteht eine negative Korrelation zur wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang zum Anteil der Verkehrsflächen in der jeweiligen Region.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Einbürgerungen im jeweiligen Jahr}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen des Vorjahres}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x Prozent der ausländischen Bevölkerung hat die deutsche Staatsbürgerschaft erhalten.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Einbürgerungsstatistik wird jährlich auf Grundlage der Meldungen der Einbürgerungsbehörden erhoben und durch die statistischen Ämter von Bund und Ländern veröffentlicht. Die Daten stehen im 2. Quartal des Folgejahres zur Verfügung und sind über die Regionaldatenbank Deutschland der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder jährlich abrufbar.																
Datenqualität	Die Einbürgerungsstatistik ist eine Sekundärstatistik basierend auf den Meldungen der Einbürgerungsbehörden. Die Struktur der eingebürgerten Bevölkerung wird hinsichtlich demographischer Merkmale, Aufenthaltsmerkmale und bisheriger Staatsangehörigkeit erfasst. Die Einbürgerungsstatistik bildet eine Informationsgrundlage zu Fragen des Staatsangehörigkeitsrechts und dient als Entscheidungshilfe für eine Weiterentwicklung der Einbürgerungspolitik. Der zeitliche Vergleich wird durch Änderungen im Staatsangehörigkeitsgesetz und dem Wegfall bzw. der Neugründung von Staaten eingeschränkt. Räumliche Vergleichbarkeit unterliegt keinen Einschränkungen. Eine Gliederung auf Kreisebene ist nicht immer möglich, da in einigen Bundesländern Einbürgerungsbehörden mit kreisübergreifenden Zuständigkeiten eingerichtet sind. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.1 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Mietpreise (Nr. 56)



Indikator	Mietpreise																																		
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1)																																		
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1)																																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <tr> <td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td><td>13</td><td>14</td><td>15</td><td>16</td><td>17</td> </tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>11.3.1</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17											11.3.1						
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
										11.3.1																									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune																																		
Definition	Inklusive Kommune, Familiengerechte Kommune																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Thema „Wohnen“ nimmt eine zentrale Rolle im Leben der Menschen ein und hat daher eine elementare Bedeutung für die Lebensqualität. Die eigene Wohnung wird im Wesentlichen als Ort der Geborgenheit, der Selbstbestimmtheit, der Sicherheit und der Gemeinschaft gesehen und damit als zentraler Ort des Ausgleichs zum Arbeitsplatz wahrgenommen. Insbesondere in Groß- und Universitätsstädten gibt es allerdings oft große Engpässe in der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum als Folge von Privatisierung und Kapitalisierung des Wohnungsmarktes. Gleichzeitig herrschen in anderen Städten und Gemeinden massive Abwanderungstendenzen mit einhergehenden Problemen der Rentabilität für kommunale Träger und damit einhergehender abnehmender Wohnqualität. In beiden Fällen sind die ökonomische sowie die soziale Dimension betroffen, da hohe Mietpreise fast immer zur Einschränkung anderer Konsummöglichkeiten führen. Dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgend sind die Auswirkungen von hohen Mietpreisen zusätzlich mit erheblichen Konsequenzen für sozioökonomisch schlechter gestellte Gruppen innerhalb einer Generation verbunden und wirken intragenerativ benachteiligend.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tr><td>Vereinte Nationen</td><td></td></tr> <tr><td>Europäische Union</td><td></td></tr> <tr><td>Bund</td><td></td></tr> <tr><td>Länder</td><td></td></tr> <tr><td>Kommunen</td><td>LHS</td></tr> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	LHS																								
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund																																			
Länder																																			
Kommunen	LHS																																		
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf den Preis des Wohnens und liefert daher wertvolle Informationen, ob bezahlbarer Wohnraum vorhanden ist. Inwiefern ein Mietpreis im Vergleich zum regionalen Durchschnitt, der Wohnausstattung oder der Lage zu hoch oder zu niedrig ist, wird dabei nicht erfasst. Da der Nettokaltpreis eine relativ einfache Einschätzung erlaubt, bildet der Indikator das Unterziel insgesamt ohne Einschränkungen ab.																																		
Funktion	<table border="1"> <tr><td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td><td>x</td></tr> <tr><td>Input-/Output-Indikator</td><td></td></tr> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Statistische Zusammenhänge	Mietpreise stehen in positivem Zusammenhang mit dem Bruttoinlandsprodukt (SDG 8.1), den Indikatoren zu Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9.5, SDG 9.c) und der Beschäftigungsquote von Ausländer:innen (SDG 10.2) und den Steuereinnahmen (SDG 16.6). Der Indikator korreliert darüber hinaus negativ mit der vorzeitigen Sterblichkeit (SDG 3.4). Dies deutet darauf hin, dass die Sterblichkeit zum Teil vom Einkommen mitdeterminiert sein könnte. Dies liegt der Annahme zu Grunde, dass die Bereitschaft höhere Mietpreise zu zahlen mit dem Einkommen steigt.																																		
Rahmenbedingungen	Die Mietpreise stehen in Zusammenhang mit der Einwohner:innenentwicklung und dem natürlichen Saldo. Hat die Bevölkerung und somit die Nachfrage nach Wohnungen in einer Region zugenommen, können die Mietpreise dementsprechend ansteigen.																																		
Berechnung	Durchschnittliche Nettokaltmiete in € je m ²																																		
Einheit	€ / m ²																																		
Aussage	Die durchschnittliche Nettokaltmiete beträgt x Euro je Quadratmeter.																																		
Indikatortyp	Typ I																																		
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																																		
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden zentral und flächendeckend bereitgestellt und liegen klassifiziert in Stufen unter 4 €, 4 € bis unter 5 €, weiter in 1-€ Stufen bis 17 € und mehr vor.																																		
Datenqualität	Die Daten basieren auf einer Erhebung von Angebotsinseraten bei über 100 Online-Plattformen und Tageszeitungen. Berücksichtigt werden Wohnungen zwischen 40 und 130 m ² . Es handelt sich um Nettokaltmieten (ohne Nebenkosten) für nicht-möblierte Wohnungen. Doppelte Erfassungen wurden systematisch bereinigt. Aus datenschutzrechtlichen Gründen können die durchschnittlichen Mietpreise nur innerhalb von Ein-Euro-Klassengrenzen angegeben werden. Daten zu Bestandsmieten können auf diesem Wege nicht erhoben werden.																																		
Erhebungsebene	<table border="1"> <tr><td>Kreise und kreisfreie Städte</td><td>x</td></tr> <tr><td>Gemeinden</td><td></td></tr> <tr><td>Andere</td><td></td></tr> </table>	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden		Andere																													
Kreise und kreisfreie Städte	x																																		
Gemeinden																																			
Andere																																			
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																																		
Erhebungsintervall	jährlich																																		

4.11.2 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Überlastung durch Wohnkosten (Nr. 57)



Indikator	Überlastung durch Wohnkosten																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2	11.3.1						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Familiengerechte Kommune																
Definition	Anteil der Haushalte, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens für Wohnen ausgeben																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Hohe Wohnkosten können dazu führen, dass Haushalte in ihren übrigen Konsumentscheidungen eingeschränkt sind. Durch die geringeren Konsummöglichkeiten kann die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben eingeschränkt werden. Dies hat weitreichende Konsequenzen für das physische und psychische Wohlergehen der Menschen in armutsgefährdeten Haushalten, die ohnehin schon weniger Einkommen für den Konsum als andere zur Verfügung haben. Als gesonderte Bevölkerungsgruppen sind häufig Zuwander:innen und ältere Mitbürger:innen besonders betroffen. Dem Prinzip der Generationengerechtigkeit folgend gilt es, die sich so verfestigten ökonomischen und sozialen Disparitäten als Folge von Überlastung durch Wohnkosten zu durchbrechen. Aufgrund der komplexen Mechanik steigender Mieten sind Maßnahmen zur Entlastung der privaten Haushalte abhängig von umfassenden Zielsetzungen in der ökonomischen, sozialen und politischen Nachhaltigkeitsdimension.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund										DNS						
	Länder										BW						
	Kommunen																
Validität	Bezüglich der eigentlichen Wohnsituation und des verfügbaren Einkommens besitzt der Indikator nur eingeschränkte Aussagekraft, da durch die Berechnungsweise auch einkommensstarke Haushalte mit hohen Ausgaben für Wohnen als überlastet angezeigt werden. Da der Indikator jedoch ebenfalls alle Haushalte mit einem geringen verfügbaren Einkommen und einem hohen Anteil an Wohnausgaben als überlastet erfasst, bildet die Kennzahl den Aspekt des bezahlbaren Wohnraums insgesamt ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben) / (Anzahl der Einwohner:innen) Ausgaben für Wohnen sind dabei Nettokaltmiete, Nebenkosten, Energiekosten und Ausgaben für Wasserversorgung sowie – bei Wohneigentum – werterhaltende Investitionen und Zinszahlungen für Kredite.																
Einheit	%																
Aussage	Für Wohnen geben x Prozent der Haushalte mehr als 40 % ihres verfügbaren Einkommens aus.																
Indikatortyp	Typ II																

4.11.3 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Wohnfläche (Nr. 58)



Indikator	Wohnfläche																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1				15.3.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Familiengerechte Kommune																
Definition	Verfügbare Wohnfläche je Person																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die verfügbare Wohnfläche je Person in Deutschland steigt seit Jahren aufgrund unterschiedlicher Faktoren. Zum einen führt der Trend zu Haushalten mit weniger Personen dazu, dass die Bevölkerung insgesamt mehr Wohnfläche beansprucht. Dieser generelle Trend zu mehr Wohnfläche pro Person wird zusätzlich dadurch verstärkt, dass Altersgruppen über 75 Jahren oftmals überdurchschnittlich große Wohnungen oder Häuser bewohnen. Die Folgen dieser Entwicklungen sind regional oft unterschiedlich und führen dazu, dass es zu erheblichen Ungleichheiten in dem Bedarf und der tatsächlichen Verfügbarkeit von Wohnfläche kommt. In Kombination mit stetig steigenden Immobilienpreisen und Mieten ist die effiziente Nutzung bereitstehender Wohnflächen, gemäß dem Prinzip der Ganzheitlichkeit, eine Herausforderung mit weitreichenden Konsequenzen für alle Dimensionen der Nachhaltigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Auskunft über die verfügbare Wohnfläche je Person in der jeweiligen Kommune. Da es sich um einen Durchschnittswert handelt, wird nicht differenziert, wie die Wohnfläche verteilt ist. Somit lässt der Indikator nur bedingt eine Aussage darüber zu, wie angemessen der Zugang zu Wohnraum ist. So sind die Indikatorwerte beispielweise für Kommunen, in denen Ein-Personen-Haushalte über eine sehr große und Mehr-Personen-Haushalte über eine sehr geringe Pro-Kopf-Wohnfläche verfügen, identisch zu dem Fall, in dem die Wohnfläche proportional zur Bewohner:innenzahl steigt. Somit bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die verfügbare Wohnfläche steht in positivem Zusammenhang zu der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8), Grundschulen (SDG 4.1) und Supermärkten (SDG 11.1), der PKW-Dichte (SDG 11.2) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3). Es besteht eine negative Korrelation mit dem Anteil an Hochqualifizierten (SDG 9.5), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3), der Landschaftsqualität (SDG 15.5) und der Anzahl der Straftaten (SDG 16.4). Die negative Korrelation mit der Anzahl an Straftaten deutet auf eine mögliche Verbindung von geringer Wohnfläche als Resultat von niedrigem Einkommen oder Erwerbslosigkeit hin. Diese Determinanten korrelieren wiederum positiv mit Kriminalität.																
Rahmenbedingungen	Der Indikator wird womöglich durch den Anteil der Freiraumfläche an der Gebietsfläche beeinflusst. Außerdem könnte der Anteil der verfügbaren Wohnfläche zunehmen, wenn eine Abnahme der Einwohner:innendichte zu beobachten ist. Die Ergebnisse deuten auf ein mögliches Gefälle zwischen urbanen und ländlichen Gegenden hin.																
Berechnung	$(\text{Wohnfläche (ohne Wohnfläche in Wohnheimen)}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen})$																
Einheit	m ²																
Aussage	Je Person stehen im Durchschnitt x Quadratmeter Wohnfläche zur Verfügung.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Fortschreibung des Wohnungsbestandes erfolgt jährlich für den gesamten Gebietsstand der Bundesrepublik Deutschland auf Kreisebene.																
Datenqualität	Die zugrunde liegende Datenquelle ist die Fortschreibung des Gebäude- und Wohnungsbestandes. Die Ergebnisse der Fortschreibung basieren auf den endgültigen Ergebnissen der Gebäude- und Wohnungszählung von 2011, welche durch den jährlichen Saldo der Zu- und Abgänge an Wohngebäuden korrigiert wird. Somit sind Abweichungen zum tatsächlichen Wohnbestand möglich, welche sich mit wachsender zeitlicher Entfernung zum Zählungstichtag kumulieren. Da es sich hauptsächlich um Wohnungszusammenlegungen handelt, hat dies keinen Einfluss auf die insgesamt verfügbare Wohnungsfläche. Aufgrund möglicher Abweichung in der Erfassung von hinzukommenden oder wegfallenden Wohnungsflächen messen die Daten insgesamt den Indikator mit Einschränkungen genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.4 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Wohnungsnahe Grundversorgung – Supermarkt (Nr. 59)



Indikator	Wohnungsnahe Grundversorgung – Supermarkt																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen und Slums sanieren (SDG 11.1)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen (SDG 11.1.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.1.2									11.6	12.3.1					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune, Familiengerechte Kommune, Demographiegerechte Kommune																
Definition	Einwohner:innengewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Essen und Trinken zählt zu den grundlegendsten menschlichen Bedürfnissen und kann, anders als andere Güter, die unter den Begriff der Daseinsvorsorge fallen, zum täglichen Bedarf gezählt werden. Unabhängig von den persönlichen Konsumentscheidungen müssen Lebensmittel deshalb in hoher Regelmäßigkeit beschafft werden, leicht verderbliche Waren meist mehrmals wöchentlich. Der Einkauf muss daher ohne größeren zeitlichen und logistischen Aufwand in den Tagesablauf integrierbar sein. Wohnortnähe ist in diesem Zusammenhang ein entscheidender Faktor. Umso mehr, da sich im Lebensmittelhandel seit Jahren ein Trend zur Konzentration beobachten lässt, der sich u. a. in einer Abnahme kleinerer Standorte niederschlägt wie auch einer allgemeinen Zunahme durchschnittlicher Ladenflächengrößen. Der Trend zu relativ abgelegenen Einkaufsmöglichkeiten wirkt vor allem dem Konzept der für die Nachhaltigkeit wichtigen fußläufigen Erreichbarkeit entgegen. Die Abhängigkeit von Fortbewegungsmitteln führt zu Kosten, die mit Einschränkungen in der sozialen, ökonomischen und ökologischen Dimension verbunden sind. Neben diesem Prinzip der Ganzheitlichkeit ist aufgrund des Stadt-/Land-Gefälles in der Versorgung mit Supermärkten und Discountern zusätzlich das Prinzip der intragenerativen Generationengerechtigkeit berücksichtigt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die Erreichbarkeit von Supermärkten oder Discountern gibt als Indikator Hinweise über die Grundversorgung eines Großteils der Bevölkerung mit Lebensmitteln. Zwar bestehen Unterschiede im Preisniveau zwischen Supermärkten und Discountern, doch sind diese in Deutschland relativ gering. Daher kann auf eine explizite Differenzierung zwischen günstigeren und teureren Läden und von einem einheitlichen Grundversorgungsniveau ausgegangen werden. Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz selbst enthält jedoch keine unmittelbare Aussage zur individuellen Erreichbarkeit der Einkaufsmöglichkeiten. Je nach Lebenssituation und -phase müssen der Kontext der Bevölkerungsstruktur und -entwicklung, die Situation auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt und weitere Faktoren betrachtet werden. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die wohnungsnahe Grundversorgung von Supermärkten steht in positivem Zusammenhang mit der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und Grundschulen (SDG 4.1), der Wohnfläche (SDG 11.1), der PKW-Dichte (SDG 11.2) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3). Es besteht eine negative Korrelation zu Altersarmut (SDG 1.3), der Anzahl an Hochqualifizierten (SDG 9.5), zur Breitbandversorgung (SDG 9.c.1), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3), der Landschaftsqualität (SDG 15.5) und Straftaten (SDG 16.4).																
Rahmenbedingungen	Steigt der Anteil der gesamten Freifläche und Freiraumflächen, dann könnte auch die wohnungsnahe Grundversorgung mit Supermärkten zunehmen. Außerdem besteht ein negativer Zusammenhang zur Einwohnerdichte und dem Anteil der Verkehrsfläche.																
Berechnung	<p>Die Luftliniendistanz beschreibt die absolute, reliefunabhängige Distanz von einer Einwohnerzelle 250 x 250 Meter zur nächsten Zelle mit einem Supermarkt oder Discounter, wie verortet durch die Adresse aus der „Wer-zu-Wem“-Firmendatenbank. Luftlinien überschreiten keine Gewässerbarrieren, wie zum Beispiel Flüsse. Die Luftliniendistanz wird gemäß dem Anteil an der Gesamtbevölkerung des Kreises oder der kreisfreien Stadt, als Summe aller Einwohnerzellen, gewichtet.</p> $\text{Einwohnergewichtete Luftliniendistanz} = \sum_{\text{Zelle } i}^N \frac{\text{Distanz von Zelle } i \text{ zur nächsten Supermarkt}}{\text{Einwohner in Zelle } i} \cdot \text{Gesamtzahl der Einwohner in N}$ <p>Einwohnerzellen basieren auf ATKIS Basis DLM 250 (Siedlungsflächennutzungsdaten) und Zensusdaten von 2011. Discounter und größere Supermärkte sind nahezu vollständig erfasst, Supermärkte mit einer Verkaufsfläche unter 400 Quadratmetern nur zu 25 %.</p>																
Einheit	m																
Aussage	Die einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter beträgt x Meter.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar. Die Erhebung erfolgt erstmalig im Jahr 2017. Eine zukünftige Erhebung des Indikators wird angestrebt.																
Datenqualität	Die wer-zu-wem GmbH betreibt nach eigenen Angaben eine Firmendatenbank, die Informationen zu den wichtigsten Einzelhändlern, Dienstleistern und Industriebetrieben in Deutschland bündelt. Aufgrund der relativ klaren Akteurskonstellation im Markt für Supermärkte und Discounter ist davon auszugehen, dass diese mit minimalen Abweichungen flächendeckend erfasst sind. Der Fortschreibung der Zensusdaten sowie der Aktualität der Siedlungsflächennutzungsdaten kann aufgrund der relativ geringen Veränderung über Zeit eine hohe Datenqualität zugeschrieben werden. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2017																
Erhebungsintervall	mind. alle 6 Jahre																

4.11.5 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Modal Split (Nr. 60)



Indikator	Modal Split																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.6									11.2.2		13.2			
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Modal Split beschreibt die Verteilung des Transportaufkommens auf die unterschiedlichen Verkehrsmittel (i. d. R. Fußverkehr, Radverkehr, Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) und Motorisierter Individualverkehr (MIV)). Der Indikator vermittelt auf diese Weise ein Bild vom Mobilitätsverhalten innerhalb der Kommune. Dabei sollen langfristig die Anteile des nicht-motorisierten Verkehrs (d. h. Fuß- und Radverkehr) und des ÖPNV gesteigert werden, um die Nachhaltigkeit der Verkehrssysteme zu sichern. Die Nachhaltigkeitsrelevanz leitet sich, nach dem Prinzip der globalen Verantwortung, aus der ökologischen Perspektive eines lokalen Beitrags zur Reduktion von Treibhausgasemissionen und der damit einhergehenden Minderung des Klimawandels ab. Dies folgt auch der intragenerativen Gerechtigkeit. Aspekte wie die Neuverteilung des urbanen öffentlichen Raums und eine geringere Immissionsbelastung der Bevölkerung wirken zusätzlich im Sinne der ganzheitlichen Nachhaltigkeit auf die soziale und ökonomische Dimension.																
Herkunft	Vereinte Nationen										SDG 11						
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder										BW						
	Kommunen										Kommune NRW, LHS, MoNaKo						
Validität	Der Indikator bildet den Anteil der verschiedenen nachhaltigen Verkehrssysteme als Anteil am Gesamtverkehrsaufkommen ab. Dabei wird der Großteil der Teilaspekte nachhaltigerer Verkehrssysteme erfasst. Der Indikator bildet das Unterziel daher ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die verfügbare Wohnfläche steht in positivem Zusammenhang zu der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8), Grundschulen (SDG 4.1) und Supermärkten (SDG 11.1), der PKW-Dichte (SDG 11.2) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3). Es besteht eine negative Korrelation mit dem Anteil an Hochqualifizierten (SDG 9.5), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3), der Landschaftsqualität (SDG 15.5) und der Anzahl der Straftaten (SDG 16.4). Die negative Korrelation mit der Anzahl an Straftaten deutet auf eine mögliche Verbindung von geringer Wohnfläche als Resultat von niedrigem Einkommen oder Erwerbslosigkeit hin. Diese Determinanten korrelieren wiederum positiv mit Kriminalität.																
Berechnung	$(\text{Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr}) / (\text{Verkehrsaufkommen insgesamt}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Die Anteile des Fußverkehrs, des Radverkehrs und des Öffentlichen Personennahverkehrs betragen jeweils x % am gesamten Verkehrsaufkommen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.11.6 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – PKW-Dichte (Nr. 61)



Indikator	PKW-Dichte																																		
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																																		
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <tr> <td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td><td>13</td><td>14</td><td>15</td><td>16</td><td>17</td> </tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>11.3.1</td><td></td><td></td><td></td><td>15.3.2</td><td></td><td></td> </tr> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17											11.3.1				15.3.2		
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
										11.3.1				15.3.2																					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune																																		
Definition	Anzahl der PKW je 1.000 Einwohner:innen																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Anzahl an zugelassenen Personenkraftwagen (PKW) steigt seit Jahren kontinuierlich an. Dies verschärft die Verteilungsproblematik des öffentlichen Raumes sowohl auf dem Land, als auch in den Städten erheblich und konterkariert die Bestrebungen, Verkehrssysteme nachhaltiger und vor allem zugänglicher zu gestalten. Die Konsequenz von Politik und Verwaltung, auf hohe PKW-Dichten mit einem Ausbau der Infrastruktur zu reagieren, führt erwiesenermaßen zu einer umso höheren Auslastung der Infrastruktur. Zusätzlich hat der Infrastrukturausbau weitreichende Konsequenzen für die Lebensqualität und das Wohlbefinden der Menschen, die in der Nähe einer (stark befahrenen) Straße wohnen. Aufgrund der Lärm- und Schadstoffbelastung sind solche Wohnlagen besonders oft von einkommensschwachen Personen bewohnt. Dadurch gewinnt die soziale Dimension von Nachhaltigkeit noch zusätzlich an Bedeutung. Da insbesondere die Infrastruktur des motorisierten Individualverkehrs auch erhebliche ökonomische und ökologische Kosten mit sich bringt, folgt eine Reduktion des PKW-Aufkommens dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td>Kommune BW, Kommune NRW, LHS</td> </tr> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	Kommune BW, Kommune NRW, LHS																								
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund																																			
Länder																																			
Kommunen	Kommune BW, Kommune NRW, LHS																																		
Validität	Der Indikator lässt keinen Rückschluss darauf zu, in welchem Verhältnis die PKW-Dichte zu Determinanten der Nachhaltigkeit von Verkehrssystemen steht. So schließt ein gut ausgebauter öffentlicher Personennahverkehr mit relativ geringen Stauzeiten eine gleichzeitig hohe PKW-Dichte nicht zwangsläufig aus. Insgesamt spiegelt der Indikator daher nur mit Einschränkung das Unterziel inhaltlich wider.																																		
Funktion	<table border="1"> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Statistische Zusammenhänge	Die PKW-Dichte steht in positivem Zusammenhang mit der wohnungsnahen Apotheken- (SDG 3.8) und Supermarktversorgung (SDG 11.1) sowie der Wohnfläche (SDG 11.1). Dagegen besteht eine negative Korrelation zu den Armutsindikatoren (SDG 1.3, 1.3), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3), der Landschaftsqualität (SDG 15.5) und der Anzahl an Straftaten (SDG 16.4).																																		
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert negativ mit der Einwohner:innendichte. Es bestehen außerdem ein schwach negativer Zusammenhang zum Anteil der Beschäftigten im tertiären Sektor und ein schwach positiver Zusammenhang zum Anteil der Freiraumflächen an Gebietsfläche.																																		
Berechnung	$(\text{Anzahl der Personenkraftwagen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																																		
Einheit	Anzahl der PKW																																		
Aussage	Die PKW-Dichte liegt bei x PKW je 1.000 Einwohner:innen.																																		
Indikatortyp	Typ I																																		
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder / Statistische Ämter der Länder																																		
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral für das Bundesgebiet abrufbar und werden seit dem Jahr 2008 regelmäßig erhoben.																																		
Datenqualität	Das Kraftfahrtbundesamt (KBA) liefert mit seinen Statistiken auf Grundlage der Zentralen Register über Kraftfahrer:innen und Fahrzeuge Beiträge zur nationalen und zur europäischen Statistik. Der Bestand wird jeweils zum 1. Januar eines Jahres auf Gemeindeebene erfasst. Zusätzlich werden monatlich Neuzulassungen nach einer Vielzahl von Umwelt-, Marken- und Segment-Merkmalen erfasst. Die Datenqualität ist nicht durch Messfehler verzerrt und somit vollständig und repräsentativ.																																		
Erhebungsebene	<table border="1"> <tr> <td>Kreise und kreisfreie Städte</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Andere</td> <td></td> </tr> </table>	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden	x	Andere																													
Kreise und kreisfreie Städte	x																																		
Gemeinden	x																																		
Andere																																			
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																																		
Erhebungsintervall	jährlich																																		

4.11.7 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Bestand an PKW mit Elektroantrieb (Nr. 62)



Indikator	Bestand an PKW mit Elektroantrieb																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.3		9.1		11.6		13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteile des Fußverkehrs, Radverkehrs und ÖPNV am gesamten Verkehrsaufkommen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Personenkraftwagen mit Elektroantrieben oder Plug-in-Hybriden stellen vor allem im urbanen Umfeld eine nachhaltigere Alternative zu herkömmlichen Verbrennungsmotoren dar und sind voraussichtlich die zentrale technologische Weiterentwicklung des individuellen Personenverkehrs. Der Umstieg auf alternativ angetriebene PKW im Verkehr besitzt erhebliches Einsparpotential bezüglich NOx-Emissionen, Feinstaubbelastung sowie der für den Stadtverkehr relevanten Lärmemissionen bei Geschwindigkeiten bis zu ca. 50 km/h. Somit wird aufgrund der vielfältigen Wechselwirkungen, die im Zusammenhang mit durch den Straßenverkehr bedingten Immissionen stehen, ökonomische, ökologische und soziale Aspekte von Nachhaltigkeit bedient. Ebenso sind alternative PKW-Antriebskonzepte in der Lage, die Treibhausgasemissionen zu senken. Dadurch leisten sie einen Beitrag zur Reduktion des anthropogenen Klimawandels – wirken also im Sinne der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Auskunft darüber, in welchem Maße Personenkraftwagen mit Elektromotoren im Gegensatz zu Verbrennungsmotoren angetrieben werden. Diese Transformation der Antriebstechnologie kann allerdings nur einen eingeschränkten Beitrag dazu leisten, Verkehrssysteme sicherer, bezahlbarer, zugänglicher sowie insgesamt nachhaltiger zu gestalten. Auch durch eine strikte Abkehr von Verbrennungsmotoren wird sich mittelfristig das Verkehrsaufkommen nicht erheblich verringern oder direkten Einfluss auf den Ausbau des ÖPNV haben. Da Elektrofahrzeuge dennoch hinsichtlich Umweltbilanz und Emissionswerten als nachhaltigeres Verkehrssystem bewertet werden können, deckt der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator															x	
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der privat zugelassenen Personenkraftwagen mit Elektroantrieb (einschließlich Plug-in-Hybrid)}) / (\text{Anzahl der privat zugelassenen Personenkraftwagen}) * 10.000$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil zugelassener Personenkraftwagen mit Elektroantrieb liegt bei x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.11.8 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Radwegenetz (Nr. 63)



Indikator	Radwegenetz																																		
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																																		
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>1</th> <th>2</th> <th>3</th> <th>4</th> <th>5</th> <th>6</th> <th>7</th> <th>8</th> <th>9</th> <th>10</th> <th>11</th> <th>12</th> <th>13</th> <th>14</th> <th>15</th> <th>16</th> <th>17</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td>7.3</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>9.1</td> <td></td> <td>11.3.1</td> <td></td> <td>13.2</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17			7.3						9.1		11.3.1		13.2				
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
		7.3						9.1		11.3.1		13.2																							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune																																		
Definition	Länge des Radwegenetzes je 1.000 Einwohner:innen																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Eine bessere Radinfrastruktur trägt dazu bei, das Rad als Fortbewegungsmittel für den alltäglichen Gebrauch attraktiver zu machen. Größere, baulich besser vom Straßenverkehr getrennte und dediziert dem Fahrrad gewidmete Wege reduzieren das wahrgenommene Unfallrisiko und die Unannehmlichkeiten, die mit schlechter Infrastruktur assoziiert werden. Insgesamt wird so im ländlichen und urbanen Umfeld der Umstieg auf das Rad als alternatives Fortbewegungsmittel zu PKW und ÖPNV erleichtert. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit entsprechend sind die Zielsetzungen vor allem in der ökonomischen und ökologischen Dimension zu verorten. Darüber hinaus leistet eine nachhaltigere Fortbewegung auf lokaler Ebene einen erheblichen Beitrag zur globalen Herausforderung des Klimawandels und entspricht somit zusätzlich den Prinzipien der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td>MoNaKo, Urban Audit</td> </tr> </tbody> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund		Länder		Kommunen	MoNaKo, Urban Audit																								
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund																																			
Länder																																			
Kommunen	MoNaKo, Urban Audit																																		
Validität	Das Fahrrad als Fortbewegungsmittel kann in Verbindung mit einer adäquaten Infrastruktur als sicher, bezahlbar, zugänglich und insgesamt nachhaltig bezeichnet werden. Da ein dediziertes Radwegenetz den Zugang für ein breites Spektrum an Bevölkerungsgruppen ermöglicht, bildet der Indikator das Unterziel vollumfänglich ab.																																		
Funktion	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Berechnung	$(\text{Länge des ausschließlich für Radverkehr zugelassenen Wegenetzes}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																																		
Einheit	Kilometer																																		
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen stehen x Kilometer ausgewiesene Radwege zur Verfügung.																																		
Indikatortyp	Typ II																																		

4.11.9 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – ÖPNV – Nahversorgung mit Haltestellen (Nr. 64)



Indikator	ÖPNV – Nahversorgung mit Haltestellen																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2							
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der Einwohner:innen mit max. 1 km Luftliniendistanz zur nächsten Haltestelle des ÖPNV mit mind. 10 Abfahrten am Tag																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Öffentliche Verkehrsmittel (ÖV) dienen der Sicherstellung von Mobilität großer Bevölkerungsteile. Für Menschen in prekären Situationen handelt es sich oftmals um das einzige mit relativ geringen Kosten verbundene Verkehrsmittel. Durch die Gewährleistung des Zugangs zu Mittel- und Oberzentren als zentrale Versorgungseinrichtungen stellt der öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) somit ein wichtiges Element der Grundversorgung im Nahbereich dar. Dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, wird ein Großteil der entsprechenden Dimensionen von Nachhaltigkeit durch die Erreichbarkeit von wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und administrativen Einrichtungen in den jeweiligen Zentren abgedeckt. Das zentrale Planungsinstrument der Gebietskörperschaften sind daher Haltestellen in Nahverkehrsplänen, die möglichst effizient auf die demographischen Begebenheiten und Anforderungen der Anwohner:innen abgestimmt werden sollten. Aufgrund der in Stadt und Land unterschiedlich ausgeprägten Relevanz des ÖPNV wirkt die Nahversorgung zudem im Sinne der intragenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die Qualität des ÖV-Angebotes ist geprägt von einer Reihe von Determinanten, die maßgeblich dafür sind, ob es sich um sichere, bezahlbare, zugängliche und insgesamt nachhaltige Verkehrssysteme handelt. Der Indikator bildet zwar nur einen, aber einen grundlegenden Faktor des Unterziels ab; daher wird die Validität insgesamt als hoch eingestuft.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Einwohner:innen im 1.000 m Radius zur nächsten ÖV-Haltestelle}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % an der Bevölkerung hat eine Haltestelle des ÖV mit mind. 10 Abfahrten am Tag in einer Entfernung von max. 1 km Luftliniendistanz.																
Indikatortyp	Typ II																

4.11.10 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – ÖPNV – Erreichbarkeit von Mittel-/Oberzentren (Nr. 65)



Indikator	ÖPNV – Erreichbarkeit von Mittel-/Oberzentren																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.8.2														
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Mobilität																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune																
Definition	Durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum nächsten Mittel- oder Oberzentrum																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Mobilität ist ein wichtiger Faktor, um Menschen soziale Teilhabe zu ermöglichen und somit ein wesentlicher Bestandteil der überörtlichen Daseinsvorsorge. Das im Raumordnungsgesetz verankerte Zentrale-Orte-Konzept stellt dabei eine wesentliche Planungsgrundlage dar. Dabei folgen Infrastruktur- und Versorgungseinrichtungen dem Leitbild der „Dezentralen Konzentration“. Mittelzentren, als Versorgungspunkte für Güter und Dienstleistungen des gehobenen Bedarfs, sollten demnach mit dem öffentlichen Verkehr in maximal 45, Oberzentren, zur Deckung des spezialisierten höheren Bedarfs der Privathaushalte an Gütern und Dienstleistungen, in maximal 90 Minuten erreichbar sein. Durch die Sicherstellung der Erreichbarkeit von wirtschaftlichen, kulturellen, sozialen und administrativen Einrichtungen in den jeweiligen Zentren wird, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, ein Großteil der entsprechenden Dimensionen von Nachhaltigkeit abgedeckt. Für die Kommune gilt es hierbei, das Angebot im öffentlichen Nahverkehr so zu gestalten, dass für die gesamte Bevölkerung gute Mobilitätsangebote für eine entsprechende Anbindung an Mittel- oder Oberzentren gegeben sind.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator bildet die Erreichbarkeit von Mittel- bzw. Oberzentren unter Berücksichtigung von ÖPNV-Fahrzeiten zu den morgendlichen Hauptverkehrszeiten ab. Dabei bleibt die Häufigkeit eines Verkehrsangebots ins nächstgelegene Mittel- bzw. Oberzentrum ebenso unbeachtet wie die Wegezeit zur bzw. von der Haltestelle. Insbesondere benachteiligte Personengruppen, die auf einen möglichst nahen Zugang zu ÖPNV-Angeboten angewiesen sind, können diesen bei langen Wegen mitunter nicht wahrnehmen. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln von jeder Haltestelle zum nächsten Mittel-/Oberzentrum in Minuten																
Einheit	Minuten																
Aussage	Die durchschnittliche Reisezeit von Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel zum nächsten Mittel-/Oberzentrum beträgt x Minuten.																
Indikatortyp	Typ II																

4.11.11 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Verunglückte im Verkehr (Nr. 66)



Indikator	Verunglückte im Verkehr																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen und die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen (SDG 11.2.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.6														
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Sicherheit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Anzahl der Verunglückten im Verkehr ist ein Maßstab für die Beurteilung der allgemeinen Verkehrssicherheit. Weltweit sind Verkehrsunfälle – unabhängig von der wirtschaftlichen Situation eines Landes – die häufigste Todesursache von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit wird mit einer Reduktion der im Verkehr zu Schaden Gekommenen ein Beitrag zum Schutz dieser demographischen Gruppe geleistet. Zusätzlich muss ein Ungleichgewicht in der Mortalität und Wahrscheinlichkeit hinsichtlich der Art des Fortbewegungsmittels attestiert werden. Dies bedeutet, dass Verkehrsteilnehmer:innen, von denen die geringste Gefahr eines Unfalls ausgeht, überproportional oft verletzt oder getötet werden. Fußgänger:innen und Fahrradfahrer:innen verunglücken demnach häufiger und schwerer durch Einwirkung von PKWs. Die Wahrscheinlichkeit als PKW-Fahrer:in bei so einem Unfall schwer zu verunglücken ist dagegen minimal. Innerhalb einer Generation bestehen demnach Ungleichheiten in der Verkehrssicherheit, die zusätzlich zum Alter eine soziale und ökonomische Dimension besitzen. Insgesamt sind die gesellschaftlichen Kosten, die sich aus den Gesundheitsschäden und Verkehrsauswirkungen dieser Unfälle ergeben, beträchtlich und betreffen daher nach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit unterschiedliche Dimensionen von Nachhaltigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union								Eurostat								
	Bund								Destatis								
	Länder								BW								
	Kommunen								Kommune NRW, LHS, MoNaKo								
Validität	Der Indikator bezieht sich direkt auf die Sicherheit im gesamten Verkehrsgeschehen, ohne dabei zwischen einzelnen Fortbewegungsmitteln zu unterscheiden. Somit kann eine Aussage über die generelle Sicherheit im Straßenverkehr getroffen werden. Das Verkehrsaufkommen, das sich maßgeblich auf die Unfallhäufigkeit auswirkt, wird dabei nicht berücksichtigt. Insgesamt deckt der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Anzahl der Verunglückten im Verkehr steht in schwach positivem Zusammenhang zum Stickstoffüberschuss in der Landwirtschaft (SDG 2.4). Dies könnte auf rurale Siedlungscharakteristika hindeuten.																
Rahmenbedingungen	Der Indikator ist abhängig von der Einwohner:innenentwicklung und dem Binnenwanderungssaldo.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der verletzten oder getöteten Personen bei Verkehrsunfällen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																
Einheit	Verunglückte je 1.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen werden x Personen in Verkehrsunfällen verletzt oder getötet.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder / Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden zentral und flächendeckend zur Verfügung gestellt. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten enthalten keine Angaben zu nicht gemeldeten Verkehrsunfällen. Diese beschränken sich jedoch weitestgehend auf Sachschäden und geringfügige Personenschäden und haben dadurch nur einen sehr geringen Einfluss auf die Datenqualität.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden								x								
	Andere																
Erhebungszeitraum	2008 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.12 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Flächeninanspruchnahme (Nr. 67)



Indikator	Flächeninanspruchnahme																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken (SDG 11.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten (SDG 11.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.2				15.3.2		15.5.1
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche des Bundesgebiets ist prinzipiell Ausdruck des Industrialisierungsgrades einer Volkswirtschaft und der damit verbundenen Bevölkerungsdichte. Die Flächenversiegelung bringt allerdings vielfältige direkte und indirekte ökologische und ökonomische Probleme mit sich. Böden sind eine endliche Ressource, die durch das Zusammenspiel von Gestein, Luft, Wasser und Lebewesen über Jahrhunderte entstehen und dem Natur- und Wasserhaushalt dienen. Einmal versiegelter Boden ist nur schwer und unter Einsatz von hohen Kosten wiederzubeleben. Im Sinne einer normativen Betrachtungsweise beschreibt der Indikator das Ziel, den Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche zu reduzieren und somit insgesamt im Sinne der Generationengerechtigkeit dazu beizutragen, dass die zwangsläufige Urbanisierung und Verstädterung weniger auf Expansion als auf Effizienz beruht. Eine effiziente und nachhaltige Flächennutzung kann im Sinne der Ganzheitlichkeit den Konflikt der Verstädterung mit den Nachhaltigkeitsdimensionen entspannen und wirkt im Sinne der globalen Verantwortung auf regionaler und nationaler Ebene.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union										Eurostat, Eurostat SDI						
	Bund										DNS, Destatis						
	Länder										BW						
	Kommunen										Kommune BW, Kommune NRW						
Validität	Der Indikator bringt das Ziel einer nachhaltigen Gestaltung der Verstädterung zum Ausdruck. Allerdings kann eine Reduzierung der Siedlungs- und Verkehrsfläche allein keine nachhaltige Urbanisierung gewährleisten, sondern erfordert oft erhebliche Eingriffe in Siedlungsstrukturen. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche steht in positivem Zusammenhang mit den Armutsindikatoren (SDG 1.3, 1.3), dem Anteil an Hochqualifizierten (SDG 9.5), der Breitbandversorgung (SDG 9.c.1), der Landschaftsqualität (SDG 15.5) sowie den Straftaten (SDG 16.4). Es besteht eine negative Korrelation zur wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8), Grundschulen (SDG 4.1) und Supermärkten (SDG 11.1), der Wohnfläche (SDG 11.1), der PKW-Dichte (SDG 11.2) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3).																
Rahmenbedingungen	Es ist ein hoher Zusammenhang zwischen dem Indikator und dem Anteil der Verkehrsfläche sowie der Einwohner:innendichte zu erkennen.																
Berechnung	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Gesamtfläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der Siedlungs- und Verkehrsfläche an der Gesamtfläche beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten zur Berechnung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind zentral ab dem Jahr 2008 für das Bundesgebiet abrufbar.																
Datenqualität	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird von allen Gemeinden ohne Einschränkungen erfasst. Allerdings ist diese statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich geregelt, wodurch kleinere Einschränkungen bei der Datenqualität entstehen. Auch Änderungen im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit über verschiedene Jahre ein.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2008 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.13 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Flächenneuanspruchnahme (Nr. 68)



Indikator	Flächenneuanspruchnahme																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken (SDG 11.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten (SDG 11.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.6 11.b.1		13.1		15.3.2 15.5.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr anhand der Gesamtfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator Flächenneuanspruchnahme stellt den oftmals unwiederbringlichen Verlust an natürlichen Böden und Freiflächen zum Zwecke der Flächennutzung für Siedlungs- und Verkehrsflächen dar. Eine weitere Abnahme des Naturraums führt zu einem Verlust wichtiger Boden- und Wasserhaushaltsfunktionen. Neben der Entstehung von Hochwasser begünstigt eine zunehmende Verdrängung des Naturraums auch die Auswirkungen des anthropogenen Klimawandels und hat somit erheblichen Einfluss auf die Widerstandsfähigkeit und Nachhaltigkeit von Städten und Siedlungen. Flächenneuanspruchnahme ist die Ursache eines wenig nachhaltigen flächenextensiven ökonomischen Wachstumsmodells, das oft Ausdruck defizitärer Innenentwicklung, interkommunaler Konkurrenz und einer übermäßigen Abhängigkeit von Einkommens- und Gewerbesteueranteilen an den Gemeindefinanzen ist. Im Sinne der Ganzheitlichkeit ist die ökonomische, ökologische, soziale und administrative Dimension in einem Maße beeinflusst, das vor allem die intergenerative Gerechtigkeit hervorhebt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund										DNS						
	Länder										BW, NRW						
	Kommunen										Kommune NRW						
Validität	Der Indikator Flächenneuanspruchnahme erlaubt Rückschlüsse über die Entwicklung von Siedlungen und Städten in Bezug auf deren Ausdehnung und Zuwachs. Aufgrund dieser Konzeption lassen sich nur bedingt Aussagen darüber machen, in welchem Maße Verstärkung inklusiv oder nachhaltig ist. Vielmehr kann eine Stagnation oder Abnahme der Flächenneuanspruchnahme das Resultat von urbanen Entwicklungen sein, die kein Ausdruck von Nachhaltigkeit sind. Daher bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Bei der Flächenneuanspruchnahme besteht ein schwacher positiver Zusammenhang zum Anteil der erwerbstätigen ALG-II –Bezieher (SDG 8.5).																
Rahmenbedingungen	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche könnte sich durch eine Veränderung der Geburtenzahlen über einen Vierjahreszeitraum ändern. Es besteht allerdings nur ein schwacher negativer Zusammenhang.																
Berechnung	$(\text{Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr}) / (\text{Gesamtfläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Die prozentuale Änderungsrate von Siedlungs- und Verkehrsflächen beträgt im Vergleich zum Vorjahr x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten zur Berechnung des Anteils der Siedlungs- und Verkehrsfläche sind zentral ab dem Jahr 2008 abrufbar und werden regelmäßig aktualisiert.																
Datenqualität	Die Siedlungs- und Verkehrsfläche wird von allen Gemeinden ohne Einschränkungen erfasst. Allerdings ist diese statistische Erfassung bundesweit nicht einheitlich geregelt, wodurch kleinere Einschränkungen bei der Datenqualität entstehen. Auch Änderungen im Erfassungsmodus der einzelnen Flächennutzungen schränken die Vergleichbarkeit über verschiedene Jahre ein.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2008 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.14 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Flächennutzungsintensität (Nr. 69)



Indikator	Flächennutzungsintensität																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten und die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken (SDG 11.3)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 die Verstärkung inklusiver und nachhaltiger gestalten (SDG 11.3.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
													11.7				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Siedlungs- und Verkehrsfläche je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator gibt Hinweise auf die Effizienz der Siedlungsflächennutzung. Grundlegend ist eine effiziente Flächennutzung durch die Maximierung des ökonomischen und sozialen Nutzens bei einer Minimierung des Faktor- bzw. Flächeneinsatzes gekennzeichnet. Je höher die räumliche Verdichtung von Einwohner:innen und Arbeitsplätzen, desto kostengünstiger lassen sich soziale und technische Infrastrukturen betreiben und desto geringer ist die Material- und Energie- sowie die Verkehrsintensität eines Siedlungssystems für die Kommunen. Die Siedlungsdichte kann somit als positive Einflussgröße für die ökonomische Leistungs- und Innovationsfähigkeit angesehen werden. Eine Erhöhung der Siedlungsdichte durch Nachverdichtung und genereller Erhöhung der Baudichte verringert die Notwendigkeit, Siedlungs- und Verkehrsflächen kontinuierlich zu erweitern. Dadurch wird der Verbrauch an Flächen verringert und ein Beitrag zum nachhaltigen Umgang mit der begrenzten Ressource Boden geleistet. Dies hat erheblichen Einfluss auf das Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Destatis																
	Kommune NRW																
	Da der Indikator die Siedlungs- und Verkehrsfläche in Relation zur Bevölkerung setzt, lassen sich keine Aussagen über die qualitative Gestaltung von Siedlungen hinsichtlich Partizipation, Inklusion oder Integration treffen. Grundsätzlich kann von einem Sättigungspunkt ausgegangen werden, oberhalb dessen keine weiteren Einsparungen an Ressourcen pro Einheit Nutzfläche oder Haushalt mehr erzielt werden können. Auch tritt eine zunehmende Verdichtung in Konflikt mit nutzerbezogenen Präferenzen, etwa jener einer quantitativ hohen und qualitativ hochwertigen Ausstattung der Siedlungsbereiche mit Grünflächen. Da eine höhere Siedlungsdichte aber positiv mit einer Vielzahl an Nachhaltigkeitsdimensionen korreliert, bildet der Indikator das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Funktion	x																
Statistische Zusammenhänge	Die Flächennutzungsintensität steht in positivem Zusammenhang mit der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8), Grundschulen (SDG 4.1) und Supermärkten (SDG 11.1) sowie den Wohn- (SDG 11.1) und Naherholungsflächen (SDG 11.7). Es besteht eine negative Korrelation zur Altersarmut (SDG 1.3), den Indikatoren zu Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9), den Mietpreisen (SDG 11.1), zur Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) sowie zu den Steuereinnahmen (SDG 16.6).																
Rahmenbedingungen	Die Flächennutzungsintensität korreliert positiv mit der Gesamtfläche einer Region. Der Ausländeranteil korreliert hingegen negativ mit der Flächennutzungsintensität.																
Berechnung	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen})$																
Einheit	m ² / Einwohner:in																
Aussage	In der Kommune stehen x Quadratmeter Siedlungs- und Verkehrsfläche pro Einwohner:in zur Verfügung.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten der Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung werden jährlich zum Stichtag 31.12 des jeweiligen Kalenderjahres veröffentlicht. Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar.																
Datenqualität	Die Daten werden von den Vermessungs- und Katasterverwaltungen auf Grundlage des ALKIS-Nutzungskartenkataloges erhoben. Die übermittelten Daten werden in den statistischen Ämtern der Länder in einem bundeseinheitlichen Aufbereitungsprogramm verarbeitet, auf ihre Plausibilität hin geprüft, exportiert und abschließend in ein bundeseinheitliches Tabellierungsprogramm eingespielt und aufgelistet. Die Flächenerhebung wird aktuell für alle Bundesländer und für Deutschland basierend auf derselben Datengrundlage, den gleichen Definitionen und demselben Verfahren durchgeführt. Die Vergleichbarkeit auf zeitlicher Ebene ist durch die Änderung der Erfassungsgrundlage der Daten ab 2016 mit den Vorjahren aus methodischen Gründen erheblich eingeschränkt. Insgesamt messen die Daten den Indikator daher mit Einschränkungen.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2008 - 2018																
Erhebungsintervall für	jährlich																

4.11.15 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Naherholungsflächen (Nr. 70)



Indikator	Naherholungsflächen																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen (SDG 11.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1		13.1				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Wohnen und Wohnumfeld																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	Naherholungsfläche je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Erholungsflächen umfassen unbebaute Flächen, die überwiegend dem Sport, der Erholung oder dazu dienen, Tiere oder Pflanzen zu zeigen. Zu diesen Flächen gehören u. a. Grünanlagen, Parks, Schrebergärten sowie Sportflächen und Campingplätze. Erholungsflächen erfüllen wichtige soziale, ökologische und ökonomische Funktionen. So haben Erholungsflächen einen hohen Freizeitwert, können Stress reduzieren und als Treffpunkt verschiedener sozialer Schichten dienen. Erholungsflächen haben jedoch auch einen hohen ökologischen Wert, da sie durch Klimaregulation und Luftfilterung insbesondere in städtischen Gebieten die Luftqualität verbessern können. Letztlich sind Erholungsflächen aber auch ein wichtiger „weicher“ Standortfaktor und damit von ökonomischer Relevanz. Naherholungsflächen folgen demnach primär dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Zusätzlich kann auch eine Wirkung im Sinne der intragenerativen Gerechtigkeit attestiert werden, da die verfügbaren Flächen einem klaren Gefälle zwischen Stadt und Land sowie gehobenen und einfachen innerstädtischen Lagen unterliegen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										LHS						
Validität	Der Indikator weist eine hohe Validität auf, da er sich direkt auf das regionale Angebot an Grün- bzw. Erholungsflächen bezieht. Er liefert jedoch keine Informationen dazu, ob die bereitgestellten Erholungsflächen sicher und inklusiv sind und von den genannten Bevölkerungsgruppen genutzt werden. Der Indikator bildet das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Indikator weist einen positiven Zusammenhang mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4), der wohnungsnahen Grundversorgung mit Grundschulen (SDG 4.1), dem Betreuungsverhältnis von Kindern unter 3 Jahren (SDG 4.2) und der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3) auf. Es besteht eine negative Korrelation zur Breitbandversorgung (SDG 9.c.1).																
Rahmenbedingungen	Die Naherholungsfläche je Einwohner:in steht in Zusammenhang mit der Gesamtfläche einer Kommune, der Beschäftigungsquote im primären Sektor sowie dem Durchschnitts- und Medianalter. Es besteht zusätzlich ein schwacher Zusammenhang mit dem Anteil der Freifläche an der Gesamtfläche.																
Berechnung	$(\text{Erholungsfläche}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen})$																
Einheit	m ² / Einwohner:in																
Aussage	Auf eine/n Einwohner:in kommen x m ² Erholungsfläche.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Daten zur Erholungsfläche sind zentral und flächendeckend ab dem Jahr 2008 abrufbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten werden von den Vermessungs- und Katasterverwaltungen zum Stichtag 31.12. des jeweiligen Kalenderjahres zur Verfügung gestellt. Die Flächenerhebung wird aktuell für alle Bundesländer und für Deutschland basierend auf derselben Datengrundlage, den gleichen Definitionen und demselben Verfahren durchgeführt. Die Ergebnisse der einzelnen Bundesländer sind daher räumlich vergleichbar. Die Grundlage für die Flächenerhebung nach Art der tatsächlichen Nutzung stellt seit 2016 das Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem (ALKIS) dar. Durch Änderungen der Erhebungsmethoden kommt es zu Wechsels zwischen den Flächennutzungsklassen, ohne dass eine tatsächliche Nutzungsänderung eingetreten ist. Dadurch ergeben sich marginale Datenunterschiede in der Vergleichbarkeit der Daten von 2016 und 2017 gegenüber den Vorjahren.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere										Gemeindeverbände						
Erhebungszeitraum	2008 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.16 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie (Nr. 71)



Indikator	Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen und gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen (SDG 11.b)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen (SDG 11.b.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.2					12.2	13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Etwa zwei Drittel des endenergiebezogenen Gebäudeenergieverbrauchs Deutschlands geht auf die Bereitstellung von Raumwärme in Wohngebäuden zurück. Solar, Fernwärme, der Einsatz von Wärmepumpen und Biomasse als Heiztechnologien, die erneuerbare Energie nutzen, können demnach erheblich dazu beitragen, den Energieverbrauch, und somit die CO ₂ -Emissionen zu reduzieren. Als ökonomischer Nebeneffekt sind die energetischen Fixkosten dieser Technologien mit niedrigeren Kosten für die privaten Haushalte verbunden. Somit betrifft der Indikator, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, sowohl die ökonomische als auch die ökologische Dimension. Da die bundesweiten Neubauraten bei unter 1 % liegen, ergibt sich die Bedeutung der Neubauten indirekt aus ihrer Beispielfunktion für Maßnahmen, die sich später als Innovation auf den Gebäudebestand übertragen lassen und durch eine breitere Marktdurchdringung mit niedrigeren Investitionskosten verbunden sind. Eine Erhöhung des Anteils von neu gebauten Wohngebäuden mit erneuerbarer Heizenergie stellt sicher, dass Neubauten nicht mittelfristig Sanierungsfälle werden und hat demnach Relevanz im Sinne der Generationengerechtigkeit. Dies gilt vor allem in Anbetracht steigender energetischer Anforderungen im Gebäudesektor.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie liefert als relativer Indikator unabhängig von der tatsächlichen Bautätigkeit in einer Kommune Hinweise zur Ressourceneffizienz des Wohngebäudesektors. Durch die Vorbild- und Vorreiterfunktion neuer nachhaltigerer Technologien lässt sich der Erfolg der politischen und planerischen Maßnahmen auf kommunaler Ebene evaluieren. Demnach bildet der Indikator Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie steht in negativem Zusammenhang mit Kinder- und Jugendarmut (SDG 1.3) sowie der SGB II-/SGB XII-Quote (SDG 1.3).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert positiv mit dem Anteil an Waldflächen.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der neu errichteten Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie}) / (\text{Anzahl der neu errichteten Wohngebäude}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil fertiggestellter Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie an neu errichteten Wohngebäuden beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder																
Datenverfügbarkeit	Eine Erhebung der Daten zur Baufertigstellung erfolgt jährlich im Rahmen des Hochbaustatistikgesetzes und des Erneuerbare-Energien-Wärmegesetzes. Die Daten liegen flächendeckend und kontinuierlich ab dem Jahr 2006 vor und sind zentral abrufbar.																
Datenqualität	Die Statistik der Baufertigstellungen umfasst eine Reihe von Charakteristika zur Bautätigkeit als Vollerhebung mit Auskunftspflicht bei den Bauherren und Bauaufsichtsbehörden nach Fertigstellung. Die Veröffentlichung erfolgt im 2. Quartal des Folgejahres und erlaubt eine räumliche und zeitliche Vergleichbarkeit über das gesamte Bundesgebiet. Da es sich um eine Totalerhebung handelt, entfällt eine Hochrechnung. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich und sind nicht durch Messfehler verzerrt.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere										Gemeindeverbände						
Erhebungszeitraum	2016 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.11.17 SDG 11 – Nachhaltige Städte und Gemeinden – Rate der energetischen Sanierung von Gebäuden (Nr. 72)



Indikator	Rate der energetischen Sanierung von Gebäuden																
(Primäres) Ziel	Städte und Siedlungen inklusiv, sicher, widerstandsfähig und nachhaltig gestalten (SDG 11)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen und gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen (SDG 11.b)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen (SDG 11.b.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.3			10.2.2		12.2					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der energetisch sanierten Gebäude gemessen an allen Gebäuden																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Im Gebäudebereich wird etwa ein Drittel der gesamten Endenergie (Wärme und Strom) in Deutschland verbraucht. Nach Gebäudetypen gegliedert tragen Wohngebäude mehr als die Hälfte davon bei, gefolgt vom Sektor Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und den Industriegebäuden. Aufgrund des hohen Energieverbrauchs pro Quadratmeter im Vergleich zu Neubauten bieten Wohngebäude, die vor der ersten Wärmeschutzverordnung fertiggestellt wurden, hohe Einsparpotenziale. Obwohl zahlenmäßig die kleinste Gruppe, trägt der Bestand von Nichtwohngebäuden durch deutlich größere Flächen maßgeblich zum Gesamtgebäudeenergieverbrauch bei. Die energetische Sanierung dieser Gebäude ist technisch deutlich komplexer, da der Bestand – nutzungsbedingt – heterogener ist. Im Detail geht es bei der energetischen Sanierung um eine effizientere Nutzung von Energie durch moderne Heizungsanlagen und eine Verringerung der Wärmeverluste durch eine effiziente Gebäudehülle. Demnach kommt der energetischen Sanierung des Gebäudebestandes ein hoher Stellenwert zu, den Energieverbrauch und somit auch die CO₂-Emissionen zu senken. Letzteres folgt aufgrund der Implikationen für den Klimawandel den Prinzipien der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit. Außerdem kommt dem effizienten Einsatz von Energie eine zunehmende volkswirtschaftliche Bedeutung zu.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										LHS						
Validität	Die Rate der energetischen Sanierung von Gebäuden liefert Hinweise über die Ressourceneffizienz im Gebäudesektor. Durch eine Reduktion des Endenergieverbrauchs kann das Ausmaß des Klimawandels reduziert werden. Somit wird ein Beitrag zu nachhaltigeren Städten und Siedlungen geleistet. Aufgrund der hohen Regulationsdichte in Deutschland erlaubt der Indikator zudem einen Rückschluss auf die politischen Maßnahmen und Instrumente sowie deren Effizienz. So kann bei einer relativ geringen Sanierungsrate deren Wirkung in Frage gestellt werden, und im Idealfall werden die betreffenden Maßnahmen und Instrumente nachgebessert. Demnach bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Anzahl der energetisch sanierten Gebäude in einem Jahr) / (Gesamtgebäudebestand)																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % des Gebäudebestands wurde innerhalb eines Jahres energetisch saniert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.1 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Fairtrade-Town (Nr. 73)



Indikator	Fairtrade-Town																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer (SDG 12.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.3.1 8.5.2 8.8.1				12.7 12.8 12.a					17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anzahl der bisherigen Auszeichnungen der Kommune als Fairtrade-Town																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Mit der Kampagne „Fairtrade-Town“ zeichnet TransFair e.V. Kommunen aus, die sich in diesem Bereich engagieren. Als Fairtrade-Town können sich Städte, kreisfreie Städte, Stadtbezirke, Gemeinden, Verbandsgemeinden, Kreise, Regionen, Inseln und Bundesländer bewerben. Für den Titel „Fairtrade-Town“ muss eine Kommune nachweislich fünf Kriterien erfüllen, die das Engagement für den fairen Handel auf allen Ebenen einer Kommune widerspiegeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> Ratsbeschluss Die Kommune verabschiedet einen Ratsbeschluss zur Unterstützung des fairen Handels. Bei allen Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie im (Ober-)Bürgermeister:innenbüro wird fair gehandelter Kaffee und ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgeschenkt. Steuerungsgruppe Eine Steuerungsgruppe wird gebildet, die auf dem Weg zur Fairtrade-Town und darüber hinaus die Aktivitäten vor Ort koordiniert. Diese Gruppe besteht aus mindestens drei Personen aus den Bereichen Zivilgesellschaft, Politik und Wirtschaft. Fairtrade-Produkte im Sortiment des lokalen Einzelhandels In den lokalen Einzelhandelsgeschäften und bei Floristen sowie in Cafés und Restaurants werden mindestens zwei Produkte aus fairem Handel angeboten. Richtwert ist hier die Einwohner:innenzahl. Einbindung der Zivilgesellschaft Öffentliche Einrichtungen wie Schulen, Vereine und Kirchengemeinden setzen Informations- und Bildungsaktivitäten zu fairem Handel um und bieten Produkte aus fairem Handel an. Medien und Öffentlichkeitsarbeit Die Steuerungsgruppe macht Öffentlichkeitsarbeit über die Aktivitäten zum Thema Fairtrade in der Kommune. Die lokalen Medien berichten über die Ereignisse vor Ort. <p>Bis Juli 2016 folgte nach der zweijährigen Titelerneuerung ein Turnus von vier Jahren. Seit Juli 2016 fallen alle anstehenden Titelerneuerungen in einen einheitlichen Rhythmus von zwei Jahren.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								KEPol, Kommune NRW								
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels. Der Indikator zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern durch fairen Handel zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Zusammenhänge können mit der Abfallmenge (SDG 12), Existenzgründungen (SDG 9) und dem Bruttoinlandsprodukt (SDG 8) auftreten, die sich aus dem gesteigerten Nachhaltigkeitsbewusstsein und geändertem Konsumverhalten begründen. Zudem wird erwartet, dass Auszeichnungen als Fairtrade-Town mit Fairtrade-School-Auszeichnungen einhergehen.																
Rahmenbedingungen	Die Einwohnerzahl der Kommune sowie Ausgaben für Sachinvestitionen können als Rahmenbedingungen für die Auszeichnung als Fairtrade-Town maßgeblich sein.																
Berechnung	Stand der Auszeichnung der Kommune als Fairtrade-Town (keine Auszeichnung erhalten: 0; Auszeichnung zum ersten bis x-ten Mal erhalten: 1 bis x)																
Einheit	Summe der bisherigen Auszeichnungen / Titelerneuerungen als Zahlenwert																
Aussage	Die Kommune hat bereits x-mal die Auszeichnung als Fairtrade-Town erhalten.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	TransFair e. V. (Fairtrade Deutschland)																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden zentral und flächendeckend zur Verfügung gestellt. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten werden direkt von der auszeichnenden Organisation bereitgestellt – die Datenqualität ist dementsprechend hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden								x								
	Andere																
Erhebungszeitraum	2009 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.12.2 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Fairtrade-Schools (Nr. 74)



Indikator	Fairtrade-Schools																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer (SDG 12.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
				4.7				8.3.1 8.5.2 8.8.1				12.7 12.8 12.a					17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anteil der als Fairtrade-School ausgezeichneten Schulen an allen Schulen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Er unterstützt dabei eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sowie das Gemeinwesen vor Ort. Mit der Kampagne „Fairtrade-Schools“ zeichnet der TransFair e.V. Schulen aus, die sich in diesem Bereich engagieren. Jede Schule in Deutschland – unabhängig von ihrer Schulform – kann sich als Fairtrade-School bewerben. Für die Auszeichnung mit dem Titel „Fairtrade-School“ muss eine Schule nachweislich fünf Kriterien erfüllen, die das Engagement für den fairen Handel auf verschiedenen Ebenen der Einrichtung widerspiegeln:</p> <ol style="list-style-type: none"> 1. Gründung eines Schulteams Der erste Schritt zur Erfüllung der fünf Kriterien ist die Gründung eines Schulteams. Dieses Team besteht aus Schüler:innen, Lehrkräften, Eltern und weiteren Interessierten. Das Team bespricht bei regelmäßigen Treffen die Aktivitäten rund um den fairen Handel an der Schule. 2. Erstellung eines „Fairtrade-Kompass“ Hierbei handelt es sich um ein Schriftstück, das zusammenfasst, in welche Richtung sich der faire Handel an der Schule in den nächsten zwei Jahren entwickeln soll. Zudem bestätigt die Schule hiermit ihre Teilnahme an der Kampagne und ihre Unterstützung für den fairen Handel. 3. Angebot von Produkten aus fairem Handel Es müssen mindestens zwei verschiedene Produkte aus fairem Handel regelmäßig an der Schule angeboten werden, die für Lehrkräfte sowie Schüler:innen zugänglich sind. 4. Fairer Handel als fester Bestandteil des Unterrichts Fairer Handel muss ein fester Bestandteil des Unterrichts sein. In mindestens zwei verschiedenen Klassenstufen / Jahrgängen muss in mindestens zwei unterschiedlichen Fächern der faire Handel im Unterricht behandelt werden, und es muss nachgewiesen werden, dass es sich dabei nicht nur um einzelne Unterrichtsstunden handelt 5. Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Fairtrade Die Schule muss zudem Schulaktionen zum fairen Handel durchführen, die so viele Menschen wie möglich an der Schule und in ihrem Umfeld erreichen. <p>Die Auszeichnung als Fairtrade-School gilt für zwei Jahre; dann muss der Titel erneuert werden.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	NRW																
	Kommunen																
	KEpol, Kommune NRW																
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels. Der Indikator zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern durch fairen Handel zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Indikator kann in Zusammenhang mit der Fairtrade-Town-Auszeichnung, der Schulabbrecherquote, der wohnungsnahen Grundversorgung mit Grundschulen (SDG 4) und dem Abfallaufkommen (SDG 12) stehen.																
Rahmenbedingungen	Als Rahmenbedingungen für Fairtrade-School-Auszeichnungen können die Geburtenzahl, die Einwohnerentwicklung und die Ausgaben für Sachinvestitionen herangezogen werden.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der als Fairtrade-School ausgezeichnete Schulen}) / (\text{Anzahl der Schulen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der als „Fairtrade-Schools“ ausgezeichneten Schulen der Kommune beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	TransFair e.V. (Fairtrade Deutschland), Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden zentral und flächendeckend zur Verfügung gestellt. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten werden direkt von der auszeichnenden Organisation bereitgestellt – die Datenqualität ist dementsprechend hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2012 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.12.3 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Ausgaben für fair gehandelte Produkte (Nr. 75)

Indikator	Ausgaben für fair gehandelte Produkte																
(Primäres) Ziel	Für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sorgen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer (SDG 12.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
										10.2.2		12.7 12.a					17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anteil kommunaler Ausgaben für fair gehandelte Produkte an den gesamten kommunalen Ausgaben																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Fairer Handel beschreibt einen kontrollierten Handel, bei dem den Erzeugern der Produkte ein adäquater „Mindestpreis“ zukommt. Er unterstützt dabei eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit sowie das Gemeinwesen vor Ort. Als öffentliche Auftraggeber können Kommunen fairen Handel aktiv befördern, indem sie primär fair gehandelte Produkte einkaufen und auf Güter verzichten, die unter Verletzung sozialer oder ökologischer Mindeststandards hergestellt wurden. Der betrachtete Indikator bemisst die kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte im Verhältnis zu den kommunalen Gesamtausgaben und liefert daher Aufschluss darüber, welche Bedeutung das Thema des fairen Handels für die Kommune besitzt. Auch wenn bislang keine zentrale Verfügbarkeit der Daten gegeben ist, können die Kommunen diesen Indikator für sich selbst ermitteln und nutzen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										KEpol						
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß des fairen Handels und zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern zu unterstützen.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator										x						
Berechnung	$(\text{Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte}) / (\text{Kommunale Ausgaben insgesamt}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil der kommunalen Ausgaben für fair gehandelte Produkte beträgt x % des Gesamthaushaltes.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.4 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Trinkwasserverbrauch – Private Haushalte (Nr. 76)

Indikator	Trinkwasserverbrauch – Private Haushalte																	
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																	
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2)																	
(Primäres) Teilziel																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
						6.4		8.4.1										17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																	
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																	
Definition	Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe) je Einwohner:in und Tag																	
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Wenn auch in jüngster Vergangenheit die Länge und Häufigkeit von Dürreperioden zugenommen hat, ist Deutschland insgesamt betrachtet ein wasserreiches Land. Vom jährlichen Wasserdargebot, d. h. der aus dem natürlichen Wasserkreislauf zur Verfügung stehenden Süßwassermenge, wird nur ein geringer Prozentsatz entnommen und nach Gebrauch dem Kreislauf wieder zugeführt. Der seit Jahren stark rückläufige Verbrauch zeigt das wachsende Bewusstsein für einen sorgsamen Umgang mit Wasser. Trotzdem bleibt Wasser eine kostbare Ressource, mit der in Deutschland auch weiterhin sparsam umgegangen werden sollte. Insbesondere die Entnahme von Tiefenwasser, welche in zahlreichen Regionen stattfindet, kann langfristig zu einer Reduzierung der Grundwasserreserven führen und damit das Prinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit beeinträchtigen. Zusätzlich führt die Verknappung von Wasser zu Mehrkosten für die Bevölkerung, die vor allem regressiv, d. h. untere Einkommensschichten mehr belastend, wirken. Somit besteht ein erheblicher Einfluss auf die ökonomische und soziale Dimension von Nachhaltigkeit – gemäß dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.</p>																	
Herkunft	Vereinte Nationen																	
	Europäische Union																	
	Bund																	
	Länder																	
	Kommunen																	
	LHS																	
Validität	Wasser gehört zu den wichtigsten natürlichen Ressourcen. Eine schonende und effiziente Nutzung dieser Ressource muss also zentrales Ziel sein und kann durch den betrachteten Indikator abgebildet werden. Allerdings wird bei der Indikator-konzeption nur der direkte Trinkwasserverbrauch privater Haushalte erfasst, welcher nur eingeschränkt den Verbrauch privater Konsumentscheidungen wiedergibt („virtuelles“ Wasser). Der indirekte Wasserverbrauch von Ernährung oder anderer Konsummuster trägt, je nach Produktionsart, teils maßgeblich zum Wasserverbrauch bei. Der Indikator bildet das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																	
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																	
	Input-/Output-Indikator																	
	x																	
Statistische Zusammenhänge	Der Trinkwasserverbrauch privater Haushalte steht in schwach positivem Zusammenhang mit Altersarmut (SDG 1.3), dem Bruttoinlandsprodukt (SDG 8.1), Existenzgründungen (SDG 9.5), der Breitbandversorgung (SDG 9.c), Einbürgerungen (SDG 10.7), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) sowie den Steuereinnahmen (SDG 16.6). Es besteht eine schwach negative Korrelation mit der Betreuung von unter 3 Jährigen (SDG 4.2) sowie beiden Beschäftigungsquoten (SDG 8.5).																	
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in Zusammenhang zur Beschäftigungsquote, dem Ausländeranteil und dem Anteil der Verkehrsfläche.																	
Berechnung	$(\text{Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * (\text{Anzahl der Tage pro Jahr})$																	
Einheit	Liter je Einwohner:in und Tag																	
Aussage	Je Einwohner:in und Tag wurden durchschnittlich x Liter Wasser verbraucht.																	
Indikatortyp	Typ I																	
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder																	
Datenverfügbarkeit	Einer Erhebung der Daten zur öffentlichen Wasserversorgung und öffentlichen Abwasserentsorgung erfolgt alle 3 Jahre im Rahmen des Umweltstatistikgesetzes (UStatG) in Verbindung mit dem Bundesstatistikgesetz (BStatG). Die Daten sind zentral abrufbar und liegen ab dem Jahr 1998 regelmäßig vor.																	
Datenqualität	Es handelt sich um eine amtliche Statistik, die Qualität der Daten ist also grundsätzlich hoch. Für einen kleinen Teil der Kreise und kreisfreien Städte in Deutschland liegen allerdings keine Zahlen vor. Neun Prozent des Pro-Kopf-Verbrauchs entfallen auf das Kleingewerbe, das statistisch mit dem Haushaltsverbrauch zusammengefasst wird. Hierdurch ist die Datenqualität minimal eingeschränkt.																	
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte																	
	x																	
	Gemeinden																	
	Andere																	
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																	
Erhebungsintervall	jährlich																	

4.12.5 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Trinkwasserverbrauch – Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (Nr. 77)



Indikator	Trinkwasserverbrauch – Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.4											
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Jährlicher Trinkwasserverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Erwerbstätigen am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	In Anbetracht des Klimawandels und der damit verbundenen Prognose von zunehmenden Trockenperioden wird sich die Versorgungslage mit Trinkwasser in Deutschland in den kommenden Jahrzehnten verändern. Da Wasser vor allem für Industrie und Gewerbe ein wichtiger Standort- und Produktionsfaktor ist, steht der Industriestandort Deutschland vor der Herausforderung, sich dementsprechend anzupassen. Die Umstellung von Produktionsverfahren durch Kreislaufführung des Wassers kann sowohl den absoluten Bedarf, als auch die anfallende Belastung der Wasserqualität reduzieren. Neben diesen ökologisch-technischen Aspekten macht auch der wirtschaftliche Druck der Ver- und Entsorgungskosten zunehmend die Einsparung von Wasser notwendig, wodurch der Wasserbedarf in den letzten Jahrzehnten rückläufig ist. Der Druck auf den Sektor Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (IGHD) hat Einfluss auf die Wertschöpfung der deutschen Volkswirtschaft insgesamt und weite Teile der Bevölkerung. In Anbetracht der Auswirkung auf die ökonomische Dimension ist eine Reduktion des Trinkwasserverbrauchs relevant für die intra- und intergenerative Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Eine Reduktion des Wasserverbrauchs in Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen trägt maßgeblich zum Ziel einer nachhaltigeren Bewirtschaftung und effizienteren Nutzung der natürlichen Ressource Wasser bei. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator										x						
Berechnung	$(\text{Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen)}) / ((\text{Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort}) * (\text{Anzahl der Tage pro Jahr}))$																
Einheit	l je Erwerbstätigen am Arbeitsort																
Aussage	Je Erwerbstätigen und Tag wurden x Liter Trinkwasser von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbraucht.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.6 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Energieverbrauch – Private Haushalte (Nr. 78)



Indikator	Energieverbrauch – Private Haushalte																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.3						13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Direkter und indirekter Energieverbrauch privater Haushalte je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Private Haushalte haben mit rund einem Drittel des gesamten Energieverbrauchs einen wesentlichen Anteil am Energieverbrauch der deutschen Volkswirtschaft sowie an den damit einhergehenden CO ₂ -Emissionen. Der Energieverbrauch wird unterschieden nach den Bedarfsebenen Wohnen, Mobilität, Ernährung, sonstige Produkte und Dienstleistungen. Die meiste Energie wird in den Bereichen Wohnen, Verkehr und Ernährung verbraucht. Hier macht der indirekte Energieverbrauch in Verbindung mit der Herstellung der Konsumgüter für private Konsumaktivitäten den größten Teil aus. Dieser Verbrauch des Konsums erstreckt sich jedoch nicht nur auf das Inland, sondern auch auf die Produktion importierter Güter im Ausland und den damit zwangsläufig verbundenen Transport. Der Indikator gibt daher zusätzlich Aufschluss über die globale Umweltinanspruchnahme. Mit einer Minderung des Energieverbrauchs werden Ressourcen im In- und Ausland eingespart und klimaschädliche CO ₂ -Emissionen vermindert. Damit wird nach dem Prinzip der globalen Verantwortung und dem Prinzip der Generationengerechtigkeit ein Beitrag zur Eindämmung des Klimawandels geleistet. Darüber hinaus führt eine Reduktion des direkten Energieverbrauchs zu niedrigeren Lebenserhaltungskosten für private Haushalte.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union							Eurostat, Eurostat SDI									
	Bund							DNS									
	Länder							BW, NRW									
	Kommunen							LHS, MoNaKo									
Validität	Der direkte und indirekte Energieverbrauch privater Haushalte stellt einen signifikanten Anteil des gesamten Energieverbrauches dar. Da die aufgebrauchte Energie in engem Zusammenhang mit dem Einsatz natürlicher Ressourcen steht, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator							x									
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Direkter und indirekter Energieverbrauch der privaten Haushalte) / (Anzahl der Einwohner:innen)																
Einheit	GWh / Einwohner:in																
Aussage	Je Einwohner:in wurden x GWh direkte und indirekte Energie verbraucht.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.7 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Energieverbrauch – Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen (Nr. 79)



Indikator	Energieverbrauch – Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen (SDG 12.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.3						13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Direkter und indirekter Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen je Erwerbstätigen am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Etwa die Hälfte des gesamten Energieverbrauchs Deutschlands entfällt auf Wirtschaftsaktivitäten von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen. Hiervon benötigt die energieintensivere Industrie zwei Drittel, vorrangig für Prozesswärme. Hinzu kommt ein anteiliger Energieverbrauch bei Kraftwerken, da die Industrie einen großen Teil der dort erzeugten Elektrizität und Wärme nutzt. Dieser sogenannte indirekte Energieverbrauch ist im Indikator ebenfalls abgebildet. Der Rest, ca. 15 % des gesamtdeutschen Energieverbrauchs, entfällt auf Gewerbe, Handel und Dienstleistungen, welche hauptsächlich Raumwärme benötigen. In Industrie und Wirtschaft gibt es erhebliche Möglichkeiten, um Energie effizienter zu nutzen und so weniger Energie zu verbrauchen. Das trägt nach dem Prinzip der globalen Verantwortung zum Klimaschutz bei und senkt die Kosten der Unternehmen. Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung gilt es, diese Wirtschaftssektoren weniger energieintensiv zu gestalten und gleichzeitig die globale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands sicherzustellen. Im Sinne der Generationengerechtigkeit können zukünftige Generationen ein ähnlich hoher Lebensstandard ermöglicht werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat								
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								LHS								
Validität	Der Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen stellt einen signifikanten Anteil des gesamten Energieverbrauchs dar. Da die aufgebrachte Energie in direktem Zusammenhang mit dem Einsatz natürlicher Ressourcen steht, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Direkter und indirekter Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort)																
Einheit	GWh / Erwerbstätigen																
Aussage	Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen verbrauchen x GWh direkte und indirekte Energie je Erwerbstätigen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.8 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Abfallmenge (Nr. 80)



Indikator	Abfallmenge																																		
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern (SDG 12.5)																																		
(Primäres) Teilziel																																			
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>1</th><th>2</th><th>3</th><th>4</th><th>5</th><th>6</th><th>7</th><th>8</th><th>9</th><th>10</th><th>11</th><th>12</th><th>13</th><th>14</th><th>15</th><th>16</th><th>17</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>8.4.1</td><td></td><td></td><td>11.6</td><td>12.2</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td> </tr> </tbody> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17								8.4.1			11.6	12.2					
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
							8.4.1			11.6	12.2																								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Sharing Kommune																																		
Definition	Entsorgte Abfallmenge je Einwohner:in																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Aufkommen an häuslichen Abfällen beschreibt den Bereich des Konsums und den daraus resultierenden Entsorgungsbedarf, der von jeder:m Einzelnen unmittelbar durch Konsumententscheidungen beeinflusst werden kann. Gewinnung und Transport von Rohstoffen, Produktionsprozesse und auch die Abfallentsorgung beanspruchen Ressourcen. Bei der Abfallentsorgung sind zudem der Energieverbrauch, benötigter Deponieraum und Umweltbelastungen durch Luftschadstoffe, Lärm und Treibhausgase zu nennen. Eine nachhaltige Abfallpolitik hat somit das Ziel der Schonung natürlicher Ressourcen und der Verminderung von Emissionen. In der fünfstufigen Abfallhierarchie aus Vermeidung, Vorbereitung zur Wiederverwertung, Recycling, energetischer Verwertung und Beseitigung besitzt Abfallvermeidung laut Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrGW) die höchste Priorität. Dies kann u. a. über eine ressourceneffiziente Produktion oder über ein umsichtiges Verbraucherverhalten erreicht werden. Da durch eine reduzierte Abfallmenge der Rohstoffbedarf der gesamten Volkswirtschaft reduziert werden kann, folgt die Abfallvermeidung und somit die Reduzierung der Abfallmenge dem Prinzip der globalen Verantwortung und wirkt im Sinne der Generationengerechtigkeit.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>Destatis</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>BW</td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td>LHS</td> </tr> </tbody> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union		Bund	Destatis	Länder	BW	Kommunen	LHS																								
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union																																			
Bund	Destatis																																		
Länder	BW																																		
Kommunen	LHS																																		
Validität	Die Reduktion der Abfallmenge ist der essenzielle Schritt, um alle weiteren Schritte der Abfallhierarchie zu vermeiden oder zumindest im Ausmaß zu reduzieren. Allerdings lässt sich auf Basis der tatsächlichen Menge des entsorgten Abfalls keine direkte Aussage darüber treffen, wie erfolgreich das Abfallaufkommen vermieden wurde. Über die entsorgte Abfallmenge je Einwohner:in lässt sich allerdings im Zeitverlauf ein Rückschluss auf die Dringlichkeit und den nötigen Umfang der Abfallvermeidung ziehen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																																		
Funktion	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Statistische Zusammenhänge	Die Abfallmenge steht in einem schwachen positiven Zusammenhang mit der vorzeitigen Sterblichkeit von Männern und Frauen (SDG 3.4).																																		
Rahmenbedingungen	Es besteht eine schwache, negative Korrelation zwischen der Abfallmenge und der allgemeinen Einwohnerentwicklung.																																		
Berechnung	(Entsorgte Abfallmenge) / (Anzahl der Einwohner:innen)																																		
Einheit	t je Einwohner:in																																		
Aussage	Die entsorgte Abfallmenge beträgt x Tonnen je Einwohner:in.																																		
Indikatortyp	Typ I																																		
Datenquelle	Statistische Ämter des Bundes und der Länder																																		
Datenverfügbarkeit	Die benötigten Daten sind flächendeckend und zentral abrufbar und werden regelmäßig erhoben.																																		
Datenqualität	Es handelt sich um Daten aus einer amtlichen Statistik, d. h. die Datenqualität ist grundsätzlich hoch. Die Erhebung der Abfallentsorgung wird bei den Betreibern von zulassungsbedürftigen Anlagen durchgeführt, die eigene oder von Dritten übernommene Abfälle entsorgen. Es existieren keine Informationen darüber, ob die entsorgten Abfälle auch vor Ort entstanden sind, was zu Einschränkungen bei der Datenqualität führt. Zusätzlich sind in der Statistik bis 2005 keine Angaben zu betriebseigenen Abfällen enthalten.																																		
Erhebungsebene	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Kreise und kreisfreie Städte</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Gemeinden</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Andere</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Kreise und kreisfreie Städte	x	Gemeinden		Andere																													
Kreise und kreisfreie Städte	x																																		
Gemeinden																																			
Andere																																			
Erhebungszeitraum	2006 - 2017																																		
Erhebungsintervall	jährlich																																		

4.12.9 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Recyclingquote (Nr. 81)



Indikator	Recyclingquote																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern (SDG 12.5)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4		11.6		13.2		15.3.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Sharing Kommune, Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil des stofflich recycelten Siedlungsabfallaufkommens am gesamten Siedlungsabfallaufkommen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Nachhaltige Konsum-, Produktions- und Wachstumsmuster erfordern die Entkopplung des Ressourcenverbrauchs vom Wirtschaftswachstum. Ein Schlüssel hierzu liegt neben der grundsätzlichen Vermeidung von Abfall in dessen verstärkter Verwertung. Zur Verwertung zählen alle Maßnahmen zur Nutzung der im Abfall enthaltenen Wertstoffe bzw. Energiepotenziale. Ziel ist es, die Abfallwirtschaft zu einer Quelle für die Beschaffung von Rohstoffen und für die Produktion von Gütern fortzuentwickeln. Insgesamt ist die stoffliche und energetische Verwertung von Siedlungsabfällen in Deutschland fast vollständig gegeben, wobei die stoffliche Verwertung im Zuge von Recycling wesentlich effizienter und nachhaltiger ist als die energetische Verwertung. Die Vorteile eines solchen Rohstoffkreislaufs sind vielfältig. Als relativ ressourcenarmes Land kommt dem Recycling in Deutschland ein erheblicher ökonomischer Effekt zu. Zusätzlich entfällt die notwendige Energie, die bei der Bereitstellung und Erzeugung (vor allem von Verpackungsmüll) mit erheblichen CO ₂ -Emissionen verbunden ist. Nicht zuletzt wird durch die Wiederverwendung der Rohstoffe dem Prinzip der globalen Verantwortung gefolgt, da der Export von nicht recycelten Wertstoffen in sich entwickelnde Länder vermieden wird. Durch die Langlebigkeit von Rohstoffen (z. B. von Kunststoffen) sowie deren Umweltwirkung wird die Dimension der intergenerativen Gerechtigkeit erfasst.																
Herkunft	Vereinte Nationen								SDSN								
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								Destatis								
	Länder																
	Kommunen								LHS								
Validität	Die Recyclingquote von Siedlungsabfall deckt wichtige Aspekte des Aufkommens von Abfall ab. So ist die Quote indirekt mit der Rate der Mülltrennung verknüpft, welche großen Einfluss auf den Erfolg von Wiederverwertungs- und Wiederverwendungsbestrebungen hat. Als Indikator, der den nachhaltigen Umgang mit bereits entstandenem Abfall bewertet, wird das Unterziel ohne Einschränkungen abgebildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Stofflich verwertete Siedlungsabfälle}) / (\text{Siedlungsabfallaufkommen}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Das Siedlungsabfallaufkommen wird zu x % stofflich recycelt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.10 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – EMAS-zertifizierte Standorte (Nr. 82)



Indikator	EMAS-zertifizierte Standorte																																		
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sicherstellen (SDG 12)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen (SDG 12.6)																																		
(Primäres) Teilziel																																			
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <thead> <tr> <th>1</th> <th>2</th> <th>3</th> <th>4</th> <th>5</th> <th>6</th> <th>7</th> <th>8</th> <th>9</th> <th>10</th> <th>11</th> <th>12</th> <th>13</th> <th>14</th> <th>15</th> <th>16</th> <th>17</th> </tr> </thead> <tbody> <tr> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>6.4</td> <td>7.3</td> <td>8.4.1 8.4.2 8.8.1</td> <td>9.4</td> <td></td> <td></td> <td></td> <td>13.2</td> <td></td> <td>15.5.1</td> <td>16.6</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17						6.4	7.3	8.4.1 8.4.2 8.8.1	9.4				13.2		15.5.1	16.6	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
					6.4	7.3	8.4.1 8.4.2 8.8.1	9.4				13.2		15.5.1	16.6																				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune, Resiliente Kommune																																		
Definition	Anteil der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte an allen Betriebsstandorten																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Zertifizierung von Unternehmen ist ein transparenter und erfolgreicher Weg, Umweltschutz in betriebliche Abläufe einzubringen und zu kommunizieren. Bei der Zertifizierung werden die Bestandteile des Managements (Planung, Steuerung und Überwachung der Betriebsabläufe) auf den Umweltschutz übertragen. Das Umweltmanagement soll in allen Bereichen des Unternehmens ansetzen, um durch den sparsamen Umgang mit Umweltgütern eine optimale Lösung im Sinne des Umweltschutzes zu erreichen und – sofern möglich – gleichzeitig Kosteneinsparungen zu ermöglichen. EMAS (Eco-Management and Audit Scheme) ist eines von mehreren Zertifizierungssystemen (neben beispielsweise ISO 14001). Ein EMAS-Zertifikat dient zusammen mit der regelmäßigen Umwelterklärung der Imagepflege des Unternehmens, da es werbewirksam eingesetzt werden kann. Außerdem kann die Zertifizierung zur technischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Risikominimierung im eigenen Unternehmen oder entlang der Lieferkette eingesetzt werden, sodass einige (Groß-)Unternehmen von ihren Zulieferbetrieben einen entsprechenden Nachweis verlangen. Durch die Verbindung von Ökonomie und Ökologie wird mit der Zertifizierung das Nachhaltigkeitsprinzip der Ganzheitlichkeit verfolgt. Die Förderung des Umweltschutzes entspricht aber auch dem Prinzip der globalen Verantwortung und der Generationengerechtigkeit.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td>UNSD</td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>DNS, Destatis</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td>NRW</td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td>LHS, MoNaKo</td> </tr> </tbody> </table>	Vereinte Nationen	UNSD	Europäische Union		Bund	DNS, Destatis	Länder	NRW	Kommunen	LHS, MoNaKo																								
Vereinte Nationen	UNSD																																		
Europäische Union																																			
Bund	DNS, Destatis																																		
Länder	NRW																																		
Kommunen	LHS, MoNaKo																																		
Validität	Die Anzahl der EMAS-zertifizierten Standorte bildet das Ziel einer nachhaltigen Produktionsweise sinnvoll ab. Allerdings ist EMAS nur eines von mehreren Umwelt- oder Nachhaltigkeitsmanagementsystemen. Zudem legen viele Unternehmen Wert auf nachhaltige Produktionsweisen und eine entsprechende Berichterstattung, ohne Zertifizierungen mit zumeist hohen Anfangskosten zu besitzen.																																		
Funktion	<table border="1"> <tbody> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td>x</td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td></td> </tr> </tbody> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x	Input-/Output-Indikator																															
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator	x																																		
Input-/Output-Indikator																																			
Berechnung	$(\text{Anzahl der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte}) / (\text{Anzahl der Betriebsstandorte insgesamt}) * 1.000$																																		
Einheit	Anzahl je 1.000 Betriebsstandorte																																		
Aussage	Von 1.000 Betriebsstandorten haben x Standorte ein EMAS-Zertifikat.																																		
Indikatortyp	Typ II																																		

4.12.11 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten (Nr. 83)

Indikator	Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsweisen sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen (SDG 12.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.4	7.3	8.4.1 8.4.2	9.4				13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökonomie – Wirtschaftsstruktur																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten an allen Betriebsstandorten																
Nachhaltigkeitsrelevanz	In Anbetracht von Klimawandel, Energiewende und Ressourcenknappheit dienen Umweltmanagementsysteme der Sicherung einer nachhaltigen Umweltverträglichkeit von betrieblichen Produkten und Prozessen. Generell belegen und zertifizieren sie das Vorhandensein von Unternehmensberichten über ökonomische, ökologische und / oder soziale Aspekte in betriebswirtschaftlichen Abläufen, Strukturen und Produkten. Die möglichen Vorgaben zur Orientierung sind vielseitig. Umweltaspekte, wie z. B. Energie- und Materialverbrauch, Emissionen, Flächennutzung, Abfall oder Abwasser werden erfasst. Ebenso werden oftmals indirekte Aspekte, wie die Beschaffenheit von Produkten, die Arbeitswege der Beschäftigten oder das Verhalten von Lieferanten und Auftragnehmern, abgedeckt. Abläufe und Zuständigkeiten sind so organisiert, dass die eigenen und die gesellschaftlichen Ansprüche an ein umweltverträgliches Handeln sichergestellt, umweltbezogene Chancen und Risiken frühzeitig erkannt und rechtliche Anforderungen erfüllt werden. Nachhaltigkeitsmanagementsysteme beziehen außerdem noch die soziale Nachhaltigkeitsdimension mit ein, wie z. B. Arbeitnehmerrechte und Chancengleichheit. Demnach leisten Unternehmens- und Betriebsstandorte mit Umwelt-, Energie- und Nachhaltigkeitsmanagementsystemen einen Beitrag zum nachhaltigen Entwicklung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Durch die unterschiedlichen Kriterien und Anforderungen der erfassten Umwelt- und Nachhaltigkeitszertifikate lassen sich nur bedingt Aussagen über deren Gleichwertigkeit in Bezug zu deren Anforderungen und Aussagen machen. Demnach kann der Indikator nur quantitativ erfassen, inwieweit Nachhaltigkeitsberichterstattung erfolgt. Die qualitativen Unterschiede werden nicht abgebildet. Der Indikator bildet das Unterziel jedoch ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Standorte mit EMAS-Zertifikat, ISO 14001-Zertifikat, ISO 50001-Zertifikat, DNK-Erklärung, Ökoprotit-Zertifikat, GRI-Bilanz oder Gemeinwohlbilanz}) / (\text{Anzahl der Betriebe}) * 1.000$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der Betriebsstandorte besitzt ein zertifiziertes Umwelt-, Energie- oder Nachhaltigkeitsmanagement-system und / oder eine systematische Berichterstattung über nachhaltigkeitsrelevante Aktivitäten.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.12 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Index “Nachhaltige Beschaffung” (Nr. 84)



Indikator	Index “Nachhaltige Beschaffung”																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten (SDG 12.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.4.1 8.4.2				12.1 12.a					17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	<p>Summenindex aus zehn dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen</p> <p>Die Antworten zu folgenden zehn, mit ja oder nein zu beantwortenden Fragen, werden für jedes Erhebungsjahr ermittelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> Gibt es einen Ratsbeschluss zur nachhaltigen Ausrichtung der Beschaffung? Wird eine Richtlinie zur nachhaltigen Beschaffung angewendet (z. B. ISO 20400)? Wurden konkrete, nachhaltige Beschaffungsziele definiert? Wurden Qualitätsanforderungen an nachhaltige Produktionsweisen und Lieferketten aufgestellt? Existieren Maßnahmen, um Lieferanten / Auftragnehmer bei der Einhaltung der geforderten Standards zu unterstützen? Werden in letzter Konsequenz die Geschäftsbeziehungen mit Lieferanten beendet, wenn diese die geforderten Standards nicht einhalten? Analysiert Ihre Kommune die sozialen und ökologischen Risiken der zu beschaffenden Produkte? Gibt es definierte Geschäftsprozesse zur nachhaltigen Beschaffung? Kommuniziert Ihre Kommune Ziele, Aktivitäten und Resultate des nachhaltigen Beschaffungsmanagements nach außen? Gibt es eine verantwortliche Stelle für das nachhaltige Beschaffungsmanagement in der Kommune? <p>Die positiven Antworten werden aufsummiert und ergeben einen Indexwert, der als erster Anhaltspunkt für den Stellenwert von Nachhaltigkeitskriterien in der öffentlichen Beschaffung der Kommune gewertet werden kann.</p> <p>(Quelle: SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik (KEPol) in Anlehnung an „Kompass Nachhaltigkeit“ der Deutschen Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ) GmbH; hilfreiche Anmerkungen der Kompetenzstelle für nachhaltige Beschaffung)</p>																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Auftraggeber liegt in Deutschland in einem dreistelligen Milliardenbereich. Entsprechend groß ist ihr Potenzial, Einfluss auf die Märkte zu nehmen. Würden die Mittel der öffentlichen Beschaffung konsequent für nachhaltige Produkte und Leistungen verwendet, wäre dies ein enormer Anreiz für Hersteller und Lieferanten, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																KEPol
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen Handels in der Kommune. Der Indikator zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern durch fairen Handel zu unterstützen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																x
Berechnung	Die Anzahl der in der Kommune umgesetzten Maßnahmen für ein nachhaltiges Beschaffungswesen (Ja-Antworten) wird durch die Gesamtzahl der zu prüfenden Maßnahmen (10) dividiert, und das Ergebnis mit 100 multipliziert.																
Einheit	%																
Aussage	Die im Index erhobenen Maßnahmen für ein nachhaltiges Beschaffungswesen wurden zu x % umgesetzt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.12.13 SDG 12 – Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster – Nachhaltige Beschaffungsverfahren (Nr. 85)



Indikator	Nachhaltige Beschaffungsverfahren																
(Primäres) Ziel	Nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster sicherstellen (SDG 12)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten (SDG 12.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.4.1 8.4.2				12.1 12.a					
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anteil der nachhaltigen Beschaffungsverfahren an der Gesamtanzahl der Beschaffungsverfahren																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Eine nachhaltige öffentliche Beschaffung integriert soziale und ökologische Kriterien in Ausschreibungen für öffentliche Aufträge. So werden nachhaltige Produkte und Dienstleistungen für die öffentliche Verwaltung erworben. Das Beschaffungsvolumen der öffentlichen Auftraggeber liegt in Deutschland in einem dreistelligen Milliardenbereich und hat dementsprechend einen wesentlichen Anteil an der Nachfrage von Produkten und Dienstleistungen. So werden Anreize für Hersteller:innen und Lieferant:innen, Nachhaltigkeitskriterien zu erfüllen, geschaffen. Nachhaltige Beschaffung kann helfen, Vergaben kostensparend, lösungsorientiert und energie- sowie ressourceneffizient zu gestalten. Gleichzeitig können nachhaltige Vergabeverfahren zum Erreichen von gesellschaftspolitischen Zielen beitragen, wie z. B. soziale Gleichberechtigung, faire Arbeitsbedingungen, Innovationsfähigkeit von Unternehmen und Anpassung an den Klimawandel. Eine nachhaltige öffentliche Auftragsvergabe kann so auf mehreren Ebenen zu einer erfolgreichen und fairen Zukunft beitragen. Somit wird dem Prinzip der globalen Verantwortung und der Ganzheitlichkeit gefolgt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund								DNS, Destatis								
	Länder																
	Kommunen								KEpol								
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über die Bedeutung bzw. das Ausmaß einer nachhaltigen Beschaffung und des fairen Handels in der Kommune. Der Indikator zielt direkt darauf ab, die nachhaltige Entwicklung in Entwicklungsländern durch fairen Handel zu unterstützen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der nachhaltigen Beschaffungsverfahren}) / (\text{Anzahl der Beschaffungsverfahren}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der Anteil nachhaltiger Beschaffungsprozesse beträgt x %.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.1 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Index “Kommunale Klimaanpassung“ (Nr. 86)



Indikator	Index “Kommunale Klimaanpassung“																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken (13.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.5.2	2.4.2									11.3.1 11.5 11.b.1		13.3		15.5.1		17.14
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	<p>Anteil umgesetzter Klimaanpassungsmaßnahmen als Summenindex aus 10 dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen</p> <p>Die Antworten zu folgenden 10, mit ja oder nein zu beantwortenden Fragen, werden für jedes Jahr ermittelt:</p> <ol style="list-style-type: none"> Sind eine Klimanalyse und Klimagefahrenkarte für Ihre Kommune erstellt worden? Gibt es einen politischen Beschluss zur Klimaanpassung? Ist ein Konzept vorhanden, das sich mit den Auswirkungen des Klimawandels in der Kommune auseinandersetzt, dabei die spezifische kommunale Betroffenheit und Gefährdung betrachtet und daraus eine lokale Strategie mit geeigneten Anpassungsmaßnahmen entwickelt (Klimaanpassungskonzept)? Wurde dieses Klimaanpassungskonzept beschlossen? Findet die Anpassung an die Folgen des Klimawandels (Schutz vor Überflutung, Hitze, Trockenheit, Sturmschäden, etc.) in der Stadtplanung und -entwicklung Beachtung? Wurden / Werden Maßnahmen zur Anpassung an die Folgen des Klimawandels bei öffentlichen Vorhaben / Gebäuden / Flächen (z. B. Dach- und Fassadengrün, Entsiegelungs- und Begrünungsmaßnahmen auf Plätzen, Retentionsflächen und vieles mehr) bereits umgesetzt? Ist eine fach-/ressortübergreifende Arbeitsgruppe „Klimaanpassung“ in Ihrer Kommune vorhanden? Ist ein kommunaler Hitzeaktionsplan oder ein ähnliches Instrument zur Hitzevorsorge vorhanden? Existieren Angebote zur Sensibilisierung und Information der Bürger:innen zu Klimawandel und -anpassung? Gibt es kommunale Förderprogramme für private Klimaanpassungsmaßnahmen und Eigenvorsorge für Akteure in der Stadtgesellschaft? 																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Aufgrund des bereits fortgeschrittenen, anthropogen induzierten Klimawandels muss selbst bei sofort wirksamen Klimaschutzmaßnahmen und Einhaltung der Pariser Klimaziele mit weitreichenden globalen klimatischen Veränderungen gerechnet werden. Dementsprechend müssen auch auf kommunaler Ebene – organisatorisch wie infrastrukturell – Maßnahmen umgesetzt werden. Klimaanpassungsmaßnahmen folgen aufgrund des langfristigen Zeithorizonts vor allem dem Prinzip der intergenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über das Ausmaß der Aktivitäten einer Kommune bei der kommunalen Klimaanpassung. Er zielt darauf ab, organisatorische, personelle und institutionelle Bedingungen, die eine Kommune zur Anpassung an den menschengemachten Klimawandel aufbringt, überblicksartig zu erfassen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Die Anzahl der in der Kommune umgesetzten Klimaanpassungsmaßnahmen (Ja-Antworten) wird durch die Gesamtzahl der zu prüfenden Maßnahmen (10) dividiert, und das Ergebnis mit 100 multipliziert.																
Einheit	%																
Aussage	Die im Index erhobenen Klimaanpassungsmaßnahmen wurden zu x % umgesetzt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.2 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Ökologischer Waldumbau (Nr. 87)



Indikator	Ökologischer Waldumbau																
(Primäres) Ziel	Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken (SDG 13.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
													13.2		15.2.1		15.5.2
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Klimaneutrale Kommune																
Definition	Anteil der ökologisch umgebauten Waldfläche an der Waldfläche insgesamt																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Dem Ökosystem Wald kommt eine große Bedeutung zu. Mehr als ein Drittel der Landesfläche in Deutschland ist durch Wald bedeckt. Je nach Region dominieren dabei oft die Nadelbaumarten Fichte und Kiefer, aber auch Buchen und Eichen sind häufig. Neben diesem prägenden Einfluss auf das Landschaftsbild kommen dem Wald nach Bundeswaldgesetz vor allem Nutz-, Schutz- und Erholungsfunktionen zu. Wälder nehmen im Kampf gegen den Klimawandel eine besondere Rolle ein. Dabei ist es gerade jener Klimawandel, der Waldökosysteme massiv trifft und Auswirkungen auf Waldwachstum, Baumartenzusammensetzung sowie Boden- und Hangstabilität hat. Obwohl detaillierte Folgen des Klimawandels auf die Wälder schwer abschätzbar sind, wird grundsätzlich davon ausgegangen, dass Mischwälder stabiler gegenüber klimatischen Veränderungen sind als Monokulturen. Naturferne, anfällige Nadelbaum-Reinbestände durch naturnahe, stabile Misch- und Laubwälder zu ersetzen, gilt als das Hauptziel des ökologischen Waldumbaus in Deutschland. Dementsprechend wird dem Prinzip der Generationengerechtigkeit und globalen Verantwortung gefolgt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder												NRW				
	Kommunen																
Validität	In der Summe aller Klimaanpassungsmaßnahmen kommt dem ökologischen Waldumbau eine besondere Bedeutung zu, da an dieser Stelle getroffene Maßnahmen auch gleichzeitig dem Klimaschutz dienen. Neben dieser Besonderheit führen auch die hohe Flächenabdeckung in Deutschland und der zunehmende Anteil an Körperschaftswald dazu, dass der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen abbildet.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator												x				
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Ökologisch umgebaute Waldfläche}) / (\text{Waldfläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Die Kommune hat x % ihrer Waldfläche ökologisch umgebaut.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.3 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Bäume im öffentlichen Raum (Nr. 88)



Indikator	Bäume im öffentlichen Raum																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken (13.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
			3.4.2												15.5.2		17.14
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anzahl der Bäume im öffentlichen Raum je Hektar																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Bäume stellen ein wichtiges Spektrum an ökosystemnahen Dienstleistungen zur Verfügung, welche indirekt die Lebensqualität der Bewohner:innen erhöht. Durch Transpiration erzeugen Bäume eine höhere Luftfeuchtigkeit und tragen so zur Senkung der Temperatur bei. So wird das für die Folgen des Klimawandels wichtige Stadtklima durch Sauerstoffproduktion, Schadstoffbindung und Schattenbildung nachhaltig verbessert. Zusätzlich prägen sie das Erscheinungsbild von Städten und Siedlungen und tragen wesentlich zum Wohlbefinden der Bevölkerung bei. Neben den ökologischen Aspekten geht mit der Verringerung der Notwendigkeit von technischen Lösungen zur Kühlung im Gebäudesektor auch ein ökonomischer Vorteil einher. Dies entspricht dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Der Erhalt des städtischen Grüns ist aufgrund des langfristigen Zeithorizonts und nicht zuletzt auch aufgrund der sich verschärfenden Bedingungen – erhöhter Klimastress für Bäume und eine fortschreitende Verdichtung urbaner Räume – eine Herausforderung, die im Sinne der Generationengerechtigkeit wirkt.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																LHS
Validität	Der Indikator gibt Auskunft über das Maß der Begrünung, welche eine wichtige Rolle bei der Verringerung urbaner Hitzeinseln in städtischen und sonstigen versiegelten Umgebungen spielt. Da Bäume im öffentlichen Raum einen erheblichen Beitrag zur Abmilderung von Hitzeperioden in Zeiten des Klimawandels leisten, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Anzahl von Bäumen im öffentlichen Raum) / (Gesamtfläche öffentlicher Raum)																
Einheit	Bäume je Hektar																
Aussage	In der Kommune stehen x Bäume je Hektar öffentlichen Raum.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.4 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Retentionsflächen (Nr. 89)



Indikator	Retentionsflächen																
(Primäres) Ziel	Maßnahmen zum Klimaschutz (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken (SDG 13.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.5 11.b.1				15.5.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	Durchschnittliches Retentionsvolumen je Fläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Vorsorge für starkregenbedingte Überflutungen ist eine Aufgabe, der sich die Kommunen im Kontext des Klimawandels in den nächsten Jahren und Jahrzehnten verstärkt stellen müssen. Als ein möglicher Baustein der Überflutungsvorsorge und der Klimaanpassung kann die "multifunktionale" Nutzung von Freiflächen als urbane Retentionsräume angesehen werden. Im Kern dieser Maßnahme steht der Ansatz, zur Schadensbegrenzung bei seltenen und außergewöhnlichen Starkregenereignissen, unvermeidbares Oberflächenwasser gezielt in ausgewählte Bereiche mit geringerem Schadenspotenzial oder geringen Wiederherstellungskosten zu leiten. Grundsätzlich können sich alle öffentlichen Freiflächen zur Gestaltung als multifunktionale Retentionsräume eignen. Hierzu zählen vor allem Grünflächen und Parkanlagen, Plätze, Parkplätze, Hof- und Freiflächen öffentlicher Gebäude, Sportanlagen, Freizeitflächen, Spielplätze sowie Straßen und sonstige Verkehrsflächen. Da diese Flächen nur in seltenen Ausnahmefällen als Rückhalteraum genutzt werden, soll ihre vorrangige Funktion nicht eingeschränkt werden. Der Nutzungszweck dieser Fläche wird lediglich um die Zwischenspeicherung von Oberflächenwasser bei Starkregen erweitert. Als Klimaanpassungsindikator dient er primär dem Prinzip der intragenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Aufgrund der Ausprägung des Klimawandels in Deutschland und der Handlungsmöglichkeiten der Kommune bilden die Vorsorge und der Schutz vor Überflutungen, in dem Fall durch multifunktionale Retentionsflächen, das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Durchschnittliches Retentionsvolumen) / (Fläche)																
Einheit	m ³ / m ²																
Aussage	In der Kommune ergibt sich ein durchschnittliches Retentionsvolumen von x m ³ je Quadratmeter Fläche.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.5 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Private Haushalte (Nr. 90)



Indikator	Treibhausgasemissionen – Private Haushalte																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen privater Haushalte je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO₂-Emissionen privater Haushalte als anfallende Verbräuche auf Ebene der Endenergie in Bezug zur Einwohner:innenzahl der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/ Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die Beiträge von privaten Haushalten zum emittierten CO₂-Ausstoß durch Endenergieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Der Sektor private Haushalte umfasst alle Ein- und Mehrpersonenhaushalte in Deutschland. Der Bilanzierungs-Systematik Kommunal (BISKO) des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu) folgend, werden Wärmebereitstellung und privater Stromverbrauch durch haushälterische Tätigkeiten zusammengerechnet, wodurch sich der Emissionsanteil privater Haushalte auf etwa ein Viertel der nationalen Emissionen erhöht. Dem geschätzten Emissionsrückgang von ca. 30 % zwischen 1990 und 2017 bei der direkten Wärmebereitstellung stehen auch indirekte Energieeinsparpotentiale durch individuelle Konsumententscheidungen gegenüber. Diese sind allerdings weniger gut prognostizierbar als solche, die sich aus den Einsparungen im Gebäudebestand ableiten lassen. Neben CO₂ werden weitere Treibhausgasemissionen wie CH₄ und N₂O als CO₂-Äquivalente (CO₂-eq) berücksichtigt (siehe BISKO-Standard). Die Verringerung des CO₂-Ausstoßes adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen Kommune BW, LHS																
Validität	Der direkte Emissionsanteil privater Haushalte aus dem Gebäudesektor ist durch eine relativ hohe Steuerungsmöglichkeit von Seiten der Kommune geprägt. Indirekte Emissionen durch Strom- und Wärmeproduktion, die nach dem Ansatz des Emissionskatasters nicht auf dem kommunalen Territorium anfallen, sind hingegen nur bedingt kommunal beeinflussbar. Dies gilt gleichermaßen für individuelle Konsumententscheidungen, die einen großen Anteil haben. Daher haben kommunale Klimaschutzmaßnahmen insbesondere Auswirkungen auf den durch hohe Einsparpotentiale geprägten Gebäudesektor. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator															x	
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen der privaten Haushalte in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Einwohner:innen)																
Einheit	t / Einwohner:in																
Aussage	Durch private Haushalte wurden x Tonnen CO ₂ -eq je Einwohner:in emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.6 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Industrie und verarbeitendes Gewerbe (Nr. 91)



Indikator	Treibhausgasemissionen – Industrie und verarbeitendes Gewerbe																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen von Industrie und verarbeitendem Gewerbe je Beschäftigten am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO₂-Emissionen von Industrie und verarbeitendem Gewerbe in Bezug zu den Beschäftigten in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO₂-Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Industrie und verarbeitendes Gewerbe mit 20 und mehr Beschäftigten verursachen ein Viertel der gesamten direkten Treibhausgasemissionen durch Verbrennungsprozesse und Prozessemissionen. Die Kategorisierung der einzelnen Sektoren folgt nach der Bilanzierungs-Systematik Kommunal (BISKO) des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu). Hinzu kommt ein anteiliger indirekter Energieverbrauch bei Kraftwerken, da die Industrie einen großen Teil der dort erzeugten Elektrizität und Wärme bezieht und nutzt. Neben CO₂ werden weitere Treibhausgasemissionen wie CH₄ und N₂O als CO₂-Äquivalente (CO₂-eq) berücksichtigt (siehe BISKO-Standard). Im Zeitraum 1995 bis 2017 ist der Energieverbrauch um etwa 9 % gestiegen, während gleichzeitig die Bruttowertschöpfung der Industrie aufgrund effizienter Produktionsprozesse und der Produktion hochwertigerer und ressourceneffizienterer Produkte um etwa 39 % (preisbereinigt) angestiegen ist. Die weitere Entkopplung der Wirtschaftsleistung vom Energieverbrauch ist das Ziel, somit wird hier insbesondere das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung adressiert.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen Kommune BW, LHS																
Validität	Aufgrund der konjunkturellen Koppelung von Industrie und Treibhausgasemissionen ist der Einfluss kommunaler Klimaschutzmaßnahmen nur bedingt quantifizierbar, sofern makroökonomische Effekte nicht miteinbezogen werden. Ebenso determiniert die Branchenstruktur maßgeblich die kommunalen Handlungsoptionen, da Effizienz- und Modernisierungsanreize branchenspezifisch implementiert werden und unterschiedlich hoch ausfallen. Da dennoch davon ausgegangen werden kann, dass kommunale Klimaschutzmaßnahmen sich langfristig in verringerten Emissionen niederschlagen, bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen von Industrie und verarbeitendem Gewerbe in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)																
Einheit	t / Beschäftigte*r																
Aussage	Von Industrie und verarbeitendem Gewerbe wurden x Tonnen CO ₂ -eq je Beschäftigten emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.7 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges (Nr. 92)



Indikator	Treibhausgasemissionen Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen von Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges je Beschäftigten am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO₂-Emissionen von Gewerbe-Handel-Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges in Bezug zu den Beschäftigten in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum emittierten CO₂-Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Die direkten Emissionen des Sektors GHD haben einen Anteil von knapp einem Drittel an den nationalen Gesamtemissionen. Aufgrund der hohen Anwendungsabhängigkeit von Strom entsprechen die indirekten Emissionen zwei Drittel der gesamtsektoralen Emissionen. Seit 1990 sind die Gesamtemissionen des GHD-Sektors aufgrund steigender Energieproduktivität um die Hälfte gesunken. Dem Sektor GHD werden alle Handwerksbetriebe und Betriebe bis 19 Beschäftigte (industrielle Kleinbetriebe) zugerechnet. Hinzu kommen alle Betriebe des Handel- und Dienstleistungsbereichs sowie die Land- und Forstwirtschaft und militärische Dienststellen. Die Kategorisierung der einzelnen Sektoren sowie die Berücksichtigung der einzelnen Treibhausgase als CO₂-Äquivalente (eq), z. B. CH₄ und N₂O, folgen dem BSKO-Standard, Bilanzierungs-Systematik Kommunal, des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu). Die Verringerung des CO₂-Ausstoßes adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Eine Reduktion der Treibhausgasemissionen als Konsequenz aus Klimaschutzmaßnahmen ist für den Sektor GHD maßgeblich von Investitionsentscheidungen einer relativ heterogenen Gruppe von Branchen abhängig, die unterschiedlich von Klimaschutzmaßnahmen betroffen sind. Hierfür wesentliche Faktoren sind Förderprogramme und Energieeffizienz-anforderungen gebäudebezogener Emissionen. Aufgrund der geringen Bedeutung von Prozesswärme und mechanischer Energie für die Bruttowertschöpfung kann die Reduktion des CO ₂ -Ausstoßes und anderer Treibhausgase relativ gut auf kommunale Klimaschutzmaßnahmen zurückgeführt werden. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen von Gewerbe-Handel-Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)																
Einheit	t / Beschäftigte*r																
Aussage	Durch Gewerbe-Handel-Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges wurden x Tonnen CO ₂ -eq je Beschäftigten emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.8 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Kommunale Einrichtungen (Nr. 93)



Indikator	Treibhausgasemissionen – Kommunale Einrichtungen																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.4								
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen kommunaler Einrichtungen je Beschäftigten am Arbeitsort																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator setzt die Menge an CO ₂ -Emissionen kommunaler Einrichtungen in Bezug zu den Beschäftigten in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum emittierten CO ₂ -Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Als Teil der Infrastruktur zur öffentlichen Daseinsvorsorge hat die Emissionsintensität kommunaler Einrichtungen Vorbildfunktion und erfüllt darüber hinaus die Anforderung an eine kosteneffiziente Verwaltung. Die Emissionen kommunaler Einrichtungen umfassen öffentliche Straßenbeleuchtung, kommunale Gebäude (u. a. Rathaus, Schulen und Kindergärten) sowie den Energieverbrauch von kommunalen Infrastrukturanlagen, u. a. aus den Bereichen Wasser/Abwasser, Straßen und Abfall. Die Kategorisierung der einzelnen Sektoren sowie die Berücksichtigung der einzelnen Treibhausgase als CO ₂ -Äquivalente (eq), z. B. CH ₄ und N ₂ O, folgen dem BSKO-Standard, Bilanzierungs-Systematik Kommunal, des Instituts für Energie- und Umweltforschung (ifeu). Die Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Durch die Vorbildfunktion, die der öffentlichen Verwaltung zukommt, sowie die relative Marktmacht des öffentlichen Beschaffungswesens sind emissionsmindernde Investitionsentscheidungen dazu in der Lage, energieeffiziente Technologien und Dienstleistungen zu fördern. Solche Entscheidungen spiegeln sich direkt in der Reduktion der CO ₂ -Intensität auf kommunaler Ebene wider und sind somit auf kommunale Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen kommunaler Einrichtungen in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)																
Einheit	t / Beschäftigte*r																
Aussage	Durch kommunale Einrichtungen wurden x Tonnen CO ₂ -eq je Beschäftigter*n emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.9 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Motorisierter Individualverkehr (MIV) (Nr. 94)



Indikator	Treibhausgasemissionen – Motorisierter Individualverkehr (MIV)																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen des motorisierten Individualverkehrs je geleisteten Personenkilometer																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator setzt die Menge an CO ₂ -Emissionen des motorisierten Individualverkehrs in Bezug zu geleisteten Personenkilometern (Pkm) in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Im MIV wird von einer durchschnittlichen Auslastung von 1,5 Personen/Pkw ausgegangen. Der motorisierte Individualverkehr ist für knapp zwei Drittel der Gesamtemissionen des Personenverkehrs verantwortlich und hat somit einen Anteil von knapp 13 % an den Gesamtemissionen Deutschlands. Trotz erheblicher Effizienzgewinne der letzten Jahrzehnte ist der MIV, ausgeschlossen Flugverkehr, die Form der Mobilität mit den höchsten spezifischen CO ₂ -Emissionen pro Verkehrsleistung (Personenkilometer). Zusätzlich werden diese Effizienzsteigerungen vollständig durch eine Steigerung des MIV-Aufkommens kompensiert. Aufgrund der Treibhausgasemissionen (neben CO ₂ weitere Gase als CO ₂ -Äquivalente berücksichtigt) entstehen erhebliche Umwelt- und Klimakosten, die einen erheblichen volkswirtschaftlichen Schaden verursachen. Die Verringerung des CO ₂ -Ausstoßes adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																LHS
Validität	Beim motorisierten Individualverkehr steht einer relativ guten kommunalen Beeinflussbarkeit der Treibhausgasemissionen von Binnen-, Quell- und Zielverkehr, der Transitverkehr mit geringer kommunaler Handhabe gegenüber. Dementsprechend wird auf eine Bilanzierung des Transitverkehrs verzichtet. Im Vergleich zum Straßengüterverkehr kann generell von einer höheren Lenkungswirkung ausgegangen werden, da Alternativen zum MIV auf kommunaler Ebene leichter umzusetzen sind (z. B. Anreize für den Umstieg auf ÖPNV/Rad oder Erleichterung für den Umstieg auf E-Autos). Eine Reduktion des CO ₂ -Ausstoßes ist demnach relativ mittelbar auf entsprechende kommunale Klimaschutzmaßnahmen zurückzuführen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																x
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen des motorisierten Individualverkehrs im Binnen-, Quell- und Zielverkehr in g CO ₂ -eq) / (Anzahl geleisteter Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr)																
Einheit	g / Pkm																
Aussage	Durch den motorisierten Individualverkehr wurden durchschnittlich x Gramm CO ₂ -eq je geleisteten Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.10 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – ÖPNV (Nr. 95)



Indikator	Treibhausgasemissionen – ÖPNV																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.6						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen des ÖPNV je geleisteten Personenkilometer																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO₂-Emissionen von Unternehmen des öffentlichen Personennahverkehrs in Bezug zu den geleisteten Personenkilometern in der Kommune. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO₂-Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Dem deutschen ÖPNV kommt eine besondere Rolle zu, da dieser nur eine etwa halb so hohe Emissionsbilanz vorweist wie der motorisierte Individualverkehr. Dies gilt auch, wenn die Emissionen für Stromherstellung sowie Benzin- und Dieseltankung miteinbezogen werden. Aufgrund intensiver Effizienzbestrebungen bei PKWs schwinden die Umweltvorteile des nicht elektrifizierten ÖPNV. In Anbetracht der relativen Abhängigkeit von finanzieller Unterstützung des ÖPNV durch die öffentliche Hand gilt es Umweltvorteile zu erhalten, um den ÖPNV auch in Zukunft als nachhaltige Alternative behaupten zu können. Als Nebeneffekt dient eine CO₂-Reduktion durch Effizienzgewinn als Mittel, um Energie- und Betriebskosten zu senken. Die Verringerung der Treibhausgasemissionen (neben CO₂ werden weitere Gase als CO₂-Äquivalente berücksichtigt) adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationalen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	<p>Generell kann der Binnen-, Quell- und Zielverkehr des ÖPNV als kommunal relativ gut beeinflussbar eingestuft werden. Transitverkehr, mit einem geringen Anteil an den Gesamtemissionen des ÖPNV, wird nicht bilanziert. Eine Reduktion der Emissionen kann daher auf realisierte Emissionseinsparpotentiale zurückgeführt werden. Diese sind maßgeblich von der ÖPNV-Struktur sowie der damit verbundenen Kapitalintensität beeinflusst. Unabhängig von den spezifischen Charakteristika des kommunalen ÖPNV ist die Reduktion der CO₂-Intensität von Personenkilometern als Indikator geeignet, um nationale und internationale Ziele zu erfassen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.</p>																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen des ÖPNV im Binnen-, Quell- und Zielverkehr in g CO ₂ -eq) / (Anzahl geleisteter Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr)																
Einheit	g / Pkm																
Aussage	Durch den ÖPNV wurden x Gramm CO ₂ -eq je geleisteter Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.11 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Treibhausgasemissionen – Straßengüterverkehr (Nr. 96)



Indikator	Treibhausgasemissionen – Straßengüterverkehr																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (SDG 13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune																
Definition	Treibhausgasemissionen des Straßengüterverkehrs je Tonnenkilometer																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator setzt die produzierte Menge an CO ₂ -Emissionen des Straßengüterverkehrs in Bezug zu den geleisteten Tonnenkilometern. Die Bilanzierung erfolgt hier nach dem Territorial-/Verursacherprinzip. Auf diesem Wege werden die kommunalen Beiträge zum CO ₂ -Ausstoß durch Energieverbrauch innerhalb eines Jahres vergleichbar. Mit mehr als zwei Dritteln des gesamten Güterverkehrs hat der Straßengüterverkehr, ohne vorgelagerte Emissionen der Energieträgerbereitstellung, einen Anteil von einem Drittel an den CO ₂ -Emissionen des Straßenverkehrs. Zwar sind die spezifischen Emissionen je Tonnenkilometer durch bessere Motoren, Abgastechnik und eine bessere Kraftstoffqualität gesunken. Durch ansteigende Transportmengen und -entfernungen wird mittelfristig jedoch eine Verdopplung der Güterverkehrsleistung im Verkehrsegment prognostiziert. Gekoppelt mit einem hohen Primärenergieverbrauch und einer hohen Emissionsintensität dieser Güterverkehrsart entstehen volkswirtschaftliche Gesamtkosten, die zu einem insgesamt negativen Saldo führen. Die Verringerung des Treibhausgasausstoßes (neben CO ₂ werden weitere Gase als CO ₂ -Äquivalente berücksichtigt) adressiert vor allem das Nachhaltigkeitsprinzip der intergenerationellen Gerechtigkeit sowie das der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die Emissionen des Straßengüterverkehrs von Binnen-, Quell- und Zielverkehr sind kommunal relativ gut beeinflussbar. Da der Transitverkehr des Straßengüterverkehrs zwar erheblichen Einfluss auf die CO ₂ -Bilanz einer Kommune haben kann, diese aber darauf nur wenig Einfluss hat, wird der Transitverkehr nicht in der Bilanzierung berücksichtigt. Etwaige CO ₂ -Einsparungen sind so auf kommunale Bemühungen zurückführbar. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator															x	
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Treibhausgasemissionen des Binnen-, Quell- und Zielstraßengüterverkehrs in g CO ₂ -eq) / (Tonnenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielstraßengüterverkehr)																
Einheit	g CO ₂ -eq / tkm																
Aussage	Im Binnen-, Quell- und Zielverkehr des Straßengüterverkehrs wurden durchschnittlich x g CO ₂ -Äquivalente je Tonnenkilometer emittiert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.12 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Index „Kommunaler Klimaschutz“
(Nr. 97)



Indikator	Index „Kommunaler Klimaschutz“																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen (13.2)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
							7.2 7.3 7.a.2				11.b.1		13.3 13.b				16.6
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	<p>Anteil umgesetzter Klimaschutzmaßnahmen als Summenindex aus 19 dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen</p> <p>Die Antworten zu folgenden 19, mit ja oder nein zu beantwortenden Fragen, werden für jedes Jahr erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> Liegt ein politischer Beschluss zu kommunalen Klimaschutzzielen in Ihrer Kommune vor? Wurde in Ihrer Kommune ein Klimaschutzkonzept erstellt? Hat Ihre Kommune Personal, welches explizit für den Klimaschutz verantwortlich ist? Wurde eine Treibhausgas-/CO₂-Bilanz erstellt und diese mindestens einmal fortgeschrieben? Gibt es eine regelmäßige oder institutionalisierte ressortübergreifende Zusammenarbeit innerhalb der Kommunalverwaltung zum Klimaschutz? Ist ausschließlich für Energiemanagement zuständiges Personal vorhanden? Hat Ihre Kommune einen Rad- oder Fußverkehrsbeauftragten? Werden erneuerbare Energien auf kommunalen Liegenschaften eingesetzt? Wurde in Ihrer Kommune eine systematische Untersuchung durchgeführt, welche der kommunalen Gebäude für den Einsatz von (bestimmten) erneuerbaren Energien in Frage kommen? Gibt es für Ihre gesamte Kommune oder Region (über kommunale Liegenschaften hinaus) eine systematische Untersuchung für die Nutzung (bestimmter) erneuerbarer Energien? Bestehen konkrete Ausbauziele für den Einsatz erneuerbarer Energien in den eigenen Liegenschaften? Bestehen konkrete Ausbauziele für erneuerbare Energien für die gesamte Kommune? Ist klimaschonende Beschaffung in Ihrer Kommune die Regel? Nutzt Ihre Kommune vorhandene bauleitplanerische, stadtplanerische oder weitere Regulierungskompetenzen, um Regelungen oder Festsetzungen im Sinne des Klimaschutzes zu erwirken? Sind Angebote der Kommune zur Sensibilisierung und Information der Bürger:innen zu Klimaschutz und erneuerbaren Energien vorhanden? Bestehen ein oder mehrere aktuell laufende eigene kommunale Förderprogramme für Klimaschutz / Energie für Akteur:innen der lokalen Gesellschaft? Ist Ihre Kommune Mitglied im Klima-Bündnis, dem European Energy Award, dem „Konvent der Bürgermeister für Klima & Energie“, einem vergleichbaren Zusammenschluss oder ist sie „dena-Energieeffizienz-Kommune“? (dena: Deutsche Energie-Agentur) Hat Ihre Kommune in den letzten 10 Jahren eine Klimaschutz-Auszeichnung erhalten? Unterhält Ihre Kommune eine internationale kommunale Klimapartnerschaft? 																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Bedeutung des Klimaschutzes in all seinen Facetten kann nicht hoch genug eingeschätzt werden. In Bezug auf die SDGs lässt sich konstatieren, dass Klimaschutz zwar nicht alles ist, aber ohne Klimaschutz das Erreichen aller 17 Nachhaltigkeitsziele schwierig bis unmöglich ist. Kommunen haben zwar nur geringe Kompetenzen, den legislativen Ordnungsrahmen selbst anzupassen, sind aber als unterste administrative Ebene besonders nah an den Menschen. Da sie zu einem erheblichen Anteil für die direkten und indirekten nationalen Emissionen verantwortlich sind, können Kommunen die Reduzierung von Treibhausgasemissionen – je nach Zugriffsmöglichkeit – auf vielfältige Weise beeinflussen. Kommunaler Klimaschutz folgt den Prinzipien der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über das Ausmaß der Aktivitäten im kommunalen Klimaschutz. Er zielt darauf ab, organisatorische, personelle und institutionelle Bedingungen, die eine Kommune zur Eindämmung der Klimakrise schafft, überblicksartig zu erfassen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Die Anzahl der in der Kommune umgesetzten Klimaschutzmaßnahmen (Ja-Antworten) wird durch die Gesamtzahl der zu prüfenden Maßnahmen (19) dividiert, und das Ergebnis mit 100 multipliziert.																
Einheit	%																
Aussage	Die Kommune hat x Prozent der im Index erhobenen Klimaschutzmaßnahmen umgesetzt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.13.13 SDG 13 – Maßnahmen zum Klimaschutz – Personal im kommunalen Klimaschutz (Nr. 98)



Indikator	Personal im kommunalen Klimaschutz																
(Primäres) Ziel	Umgehend Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen ergreifen (SDG 13)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Aufklärung und Sensibilisierung sowie die personellen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung, der Reduzierung der Klimaauswirkungen sowie der Frühwarnung verbessern (SDG 13.3)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
													13.2 13.b			16.6	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Klima und Energie																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	Vollzeitäquivalente Stellen im kommunalen Klimaschutz je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Klimaschutz gilt nicht als Bestandteil der kommunalen Daseinsvorsorge. Zwar sind viele Städte, Kreise und Gemeinden in Deutschland bereits seit einigen Jahren bei den Themen Klimaschutz und Energieeffizienz sehr engagiert. Dennoch ist es für die Kommunen nicht selbstverständlich, dem Klimaschutz im Rahmen ihrer Selbstverwaltungsaufgaben immer gezielt in Form von dedizierten Personalkapazitäten Rechnung zu tragen. Erfolgreicher kommunaler Klimaschutz erfordert allerdings eine langfristige Verankerung in der kommunalen Strategie, denn nur so können Umsetzungsvorhaben und Konzepte ausreichend verstetigt werden. Um den Personalaufwand zu minimieren, lassen sich durch interkommunale Kooperationen häufig Kosten sparen und Personalressourcen bündeln. Da Einsparungen, die durch konsequentes kommunales Management erzielt werden, in der Regel höher sind als die hierfür angefallenen Kosten, wird neben der ökologischen auch die ökonomische Dimension erfasst. Kommunale Maßnahmen zur Bekämpfung des Klimawandels folgen zusätzlich dem Prinzip der globalen Verantwortung und dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator gibt Hinweise auf die kommunalen Kapazitäten, sich auf administrativer und planerischer Ebene mit den möglichen Beiträgen zur Bekämpfung des Klimawandels und seiner Auswirkungen zu befassen. Gerade der Neuausweisung von spezialisierten personellen Kompetenzen kommt eine wichtige Rolle zu. Die Ebene einzelner Gebietskörperschaften betont die „bottom-up“-Perspektive, die Handlungsfähigkeit vor Ort und die Beiträge abseits der Maßnahmen auf Landes- und Bundesebene. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Stellenanteile in Vollzeitäquivalenten) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000																
Einheit	Vollzeitstellen																
Aussage	Im kommunalen Klimaschutz sind je 1.000 Einwohner:innen x Vollzeitstellen ausgewiesen.																
Indikatorotyp	Typ II																

4.14.1 SDG 14 – Leben unter Wasser – Fließgewässerqualität (Nr. 99)



Indikator	Fließgewässerqualität																
(Primäres) Ziel	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen (SDG 14)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Land ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern (SDG 14.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
						6.3.1 6.6									15.1 15.5.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der Fließgewässerslänge mit den ökologischen Zustandsbewertungen „sehr gut“ und „gut“ an der gesamten Fließgewässerslänge																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Ein unzureichender ökologischer Zustand von Fließgewässern ist in den meisten Fällen auf übermäßige Nährstoffeinträge aus der Landwirtschaft, auf Verbauungen und Begradigungen sowie auf die Einleitung von unbehandeltem bzw. mangelhaft behandeltem Abwasser zurückzuführen. Da Fließgewässer im Meer münden, hat deren Qualität auch Einfluss auf die nachhaltige Nutzung der Ozeane, Meere und Meeresressourcen. Eine Messung des ökologischen Zustands / Potenzials der Fließgewässer erfolgt nach der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) anhand von physikalisch-chemischen, hydromorphologischen und biologischen Qualitätskomponenten. Die Bewertungsskala reicht dabei über fünf Stufen von „sehr gut“ bis „schlecht“. Konkretes Ziel der WRRL ist die Erreichung des guten ökologischen Zustands für die natürlichen Oberflächengewässer bzw. das gute ökologische Potenzial für die erheblich veränderten und künstlichen Gewässer. Der Indikator gibt daher den Anteil der Gewässerslängen innerhalb der Kommune an, die mindestens Güteklasse II („gut“) erreichen. Eine Verbesserung des ökologischen Zustands von Fließgewässerkörpern folgt den Prinzipien der Generationengerechtigkeit und der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund										Destatis						
	Länder																
	Kommunen										LHS, MoNaKo						
Validität	Durch die Erfassung der Nährstoffbelastung und anderen Parametern, die anzeigen können, dass Fließgewässer in ihrer Fähigkeit zur natürlichen Selbstreinigung gehemmt werden, geht der Indikator auf die Möglichkeit der Meeresverschmutzung ein, welche vom Land ausgeht. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Zusammenhänge bestehen mit Nährstoffbelastungen aus der Landwirtschaft und kommunalen Abwässern (SDG 2, SDG 6) sowie Naturschutzmaßnahmen (SDG 15).																
Rahmenbedingungen	Urbane Siedlungscharakteristika führen oftmals zur Begradigung und Aufstauung von Fließgewässern, während rurale Regionen meist mit intensiver Landschaft und den entsprechenden Nährstoffeinträgen einhergehen. Der Anteil der Waldflächen ist dagegen positiv mit der Fließgewässerqualität korreliert.																
Berechnung	(Fließgewässer mit einer ökologischen Zustands-/Potenzialbewertung von „sehr gut“ oder „gut“ in km) / (Fließgewässer insgesamt in km) * 100																
Einheit	%																
Aussage	Der ökologische Zustand bzw. das ökologische Potenzial von x % der Fließgewässer in der Kommune ist mit mindestens „gut“ bewertet.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundesanstalt für Gewässerkunde																
Datenverfügbarkeit	Die Daten werden im Zusammenhang mit der europäischen Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) amtlich erfasst und gemeldet. Sie werden regelmäßig in den jeweiligen Bewirtschaftungszeiträumen der WRRL alle 6 Jahre vollständig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten werden nach der umfassenden Wasserrahmenrichtlinie erfasst, jedoch besteht bei der Messung einzelner Parameter nicht immer Einigkeit über die methodische Vorgehensweise, weshalb von geringfügigen Abweichungen ausgegangen werden kann. Der mit den Messungen verbundene Aufwand führt außerdem dazu, dass die vorgeschriebene Regelmäßigkeit nicht immer eingehalten werden kann.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere										Wasserkörper im jeweiligen Einzugsgebiet						
Erhebungszeitraum	2015																
Erhebungsintervall	alle 6 Jahre vollständig, einzelne Parameter in kürzeren Intervallen																

4.14.2 SDG 14 – Leben unter Wasser – Nährstoffbelastung in Fließgewässern (Nr. 100)



Indikator	Nährstoffbelastung in Fließgewässern																
(Primäres) Ziel	Ozeane, Meere und Meeresressourcen im Sinne nachhaltiger Entwicklung erhalten und nachhaltig nutzen (SDG 14)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Lande ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern (SDG 14.1)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.2				6.3.1									15.1	15.5.2	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Durchschnittliche Gesamtphosphorkonzentration in Fließgewässern																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Eutrophierung (griechisch, eu trophos, „gut ernährt“) von Fließgewässern wird durch menschliche Aktivitäten ausgelöst, die zu einer Anreicherung von Nährstoffen in ursprünglich nährstoffarmen Gewässern führen. Ein Überangebot der Nährstoffe Stickstoff und Phosphor gelangt als Einträge aus der Landwirtschaft, aus kommunalen Kläranlagen, aus der Industrie und aus dem Verkehr über die Flüsse und die Atmosphäre in die Meere. Algen und Wasserpflanzen können dann übermäßig wachsen und entziehen anderen Pflanzenarten, vielen Kleinlebewesen und Tieren die Lebensgrundlage. Neben der Abnahme der Biodiversität führt Eutrophierung auch zu ökonomischen Auswirkungen (z. B. auf die Fischerei) und folgt demnach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Zusätzlich wird aufgrund der Wirkmechanismen punktueller Nährstoffeinträge auf großflächige Ökosysteme von einer Handlungsrelevanz im Sinne des Prinzips der globalen Verantwortung ausgegangen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								NRW								
	Kommunen																
Validität	Nährstoffbelastungen, wie explizit im Unterziel genannt, und Schadstoffbelastungen aus Müll stellen große Gefahren für marine und alle weiteren aquatischen Ökosysteme dar. Dementsprechend bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	Durchschnittliche Konzentration Gesamtphosphor je Liter																
Einheit	mg/l																
Aussage	In den Fließgewässern der Kommune beträgt die durchschnittliche Konzentration des Gesamtphosphors x mg je Liter.																
Indikatortyp	Typ II																

4.15.1 SDG 15 – Leben an Land – Nachhaltige Forstwirtschaft (Nr. 101)



Indikator	Leben an Land – Nachhaltige Forstwirtschaft																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden, geschädigte Wälder wiederherstellen und die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen (SDG 15.2)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen (SDG 15.2.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
												12.2	13.1 13.2				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Klimaneutrale Kommune, Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil der zertifizierten Waldfläche nach PEFC bzw. FSC an der gesamten Waldfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das PEFC (Programme for the Endorsement of Forest Certification Schemes) und FSC (Forest Stewardship Council) vergeben Zertifizierungen an solche Waldflächen, die besonders hohe Anforderungen an die Nachhaltigkeit und an die Umweltverträglichkeit der Waldbewirtschaftung erfüllen. Die Kriterien reichen von der Erhaltung und angemessenen Verbesserung der forstlichen Ressourcen, über die Bewahrung der biologischen Vielfalt bis hin zu Maßnahmen für die Mitarbeiter:innen in der Waldarbeit. Innerhalb Deutschlands tragen dabei ca. zwei Drittel der Waldflächen das Zertifikat des PEFC und ca. ein Zehntel der Waldflächen das Zertifikat des FSC. Aufgrund des langfristigen Zeithorizonts in der Bewirtschaftung von Wäldern folgt der Indikator primär der intragenerativen Gerechtigkeit und wirkt aufgrund der Relevanz für das Klima auch im Sinne der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen										UNSD						
	Europäische Union																
	Bund										Destatis						
	Länder										NRW						
	Kommunen																
Validität	Der Indikator bezieht sich auf die Zertifizierung von Waldflächen, die dazu verpflichtet, nach definierten ökologischen Standards zu wirtschaften, welche über rechtliche Mindestanforderungen hinausgehen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung}) / (\text{Waldfläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Die Waldflächen in der Kommune sind zu x % PEFC- bzw. FSC-zertifiziert.																
Indikatortyp	Typ II																

4.15.2 SDG 15 – Leben an Land – Naturschutzflächen (Nr. 102)



Indikator	Naturschutzflächen																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern (SDG 15.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.9							15.1		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Anteil der Naturschutzflächen mit hohem Schutzstatus (Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparks) an der Gesamtfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Sicherung der biologischen Vielfalt erfordert ausreichend große Flächen, auf denen sich die Natur ohne belastende Eingriffe des Menschen entfalten kann. Somit stellt die Ausweisung von Schutzgebieten eines der wichtigsten Instrumente dar. Innerhalb ausgewiesener Naturschutzflächen ist der besondere Schutz von Natur und Landschaft rechtsverbindlich geordnet. Die einzelnen Schutzgebietskategorien unterscheiden sich je nach Zweck und juristischer Grundlage. Naturschutzgebiete und Nationalparke gehören zu den sehr streng geschützten Flächen in Deutschland. Obwohl die Fläche der Schutzgebiete in Deutschland insgesamt stetig zunimmt, sind die meisten Gebiete jedoch relativ klein, wodurch sie anfälliger gegen äußere Einflüsse wie Nährstoffeinträge oder Entwässerung sind. Daher kommt einem zusammenhängenden und länderübergreifenden Netz von Schutzgebieten (wie dem europaweiten Verbund der Natura-2000-Gebiete) eine besondere Bedeutung zu. Naturschutzflächen sind Rückzugs- und Erholungsgebiete für den Menschen und oftmals ein wichtiger Standortfaktor für relativ strukturschwache Regionen. Demnach wird zusätzlich zur ökologischen die soziale und ökonomische Dimension von Nachhaltigkeit abgedeckt. Dies folgt dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Der Erhalt biologischer Vielfalt wirkt darüber hinaus im Sinne der intergenerativen Gerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen								UNSD								
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder								NRW								
	Kommunen								Kommune BW								
Validität	Der Indikator misst den Anteil der Naturschutzflächen an der Gesamtfläche und lässt so Rückschlüsse auf Lebensräume zu, die essenziell für die biologische Vielfalt sind. Dabei wird direkt die bislang größte Bedrohung der biologischen Vielfalt, Habitatverlust und -degradierung, erfasst. Mit dem strengsten Schutzstatus gehen weitreichende Maßnahmen einher, die einen erheblichen Beitrag zum Artenschutz leisten. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Der Anteil an Naturschutzflächen korreliert positiv mit dem Anteil unzerschnittener Freiraumflächen (SDG 15.5.1). Es besteht außerdem ein schwacher negativer Zusammenhang mit der Landschaftsqualität (SDG 15.5.1).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator korreliert positiv mit dem Anteil an Wald- und Freiflächen.																
Berechnung	$(\text{Fläche Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke}) / (\text{Fläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete oder Nationalparks sind auf x % der Gesamtfläche der Kommune ausgewiesen.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e.V.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten stehen zentral und flächendeckend zur Verfügung. Sie werden regelmäßig aktualisiert.																
Datenqualität	Die originären Schutzgebietsgrenzen werden vom Bundesamt für Naturschutz zentral gesammelt, homogenisiert und herausgegeben. Die Datenqualität ist damit als hoch einzustufen.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden								x								
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006, 2008 - 2017																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.15.3 SDG 15 – Leben an Land – Landschaftsqualität (Nr. 103)



Indikator	Landschaftsqualität																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern (SDG 15.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.3.1		13.1 13.2		15.2.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune, Resiliente Kommune																
Definition	Gesamtheit aller Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt (Hemerobieindex)																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Versiegelung von Flächen und die Intensivierung der Landnutzung rund um den Globus führen zu einer Abnahme der naturbetonten Flächen. Seit 1750 hat die anthropogene Landnutzung um etwa 50 % zugenommen, wodurch sich die natürlichen Biome verändert haben. Aufgrund des globalen Bedarfs an Energie, Wasser und Nahrung haben sich beispielsweise Stadt-, Acker- und Weideflächen auf Kosten der Biodiversität und der natürlichen Vegetation ausgeweitet. Die Hemerobie (griechisch, hémeros, „gezähmt, kultiviert“; bios, „leben“) stellt die Gesamtheit aller Eingriffe des Menschen in den Naturhaushalt dar und kann als ein inverses Maß der Naturnähe verstanden werden, das die Reversibilität der anthropogenen Eingriffe voraussetzt. Die Bestimmung der Hemerobie eines Landschaftsausschnittes wird an Parametern wie Nähe der Vegetation zur potenziellen natürlichen Vegetation (pnV), Grad der Bodenversiegelung und -verdichtung, Grad der Veränderung der Humusform und des Mikroklimas, Einsatz von Dünge- und Pflanzenschutzmitteln, Neophytenanteil, Wasserqualität und Verbauung von Gewässern bemessen. Die Reduktion des anthropogenen Ökosystem- und Natureingriffs ist notwendig, um den unwiederbringlichen Verlust von Arten zu verhindern, und folgt so dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die für den Erhalt natürlicher Lebensräume relevanten Flächennutzungen bzw. Bodenbedeckungen werden durch den Hemerobieindex einer 7-stufigen ordinal skalierten Klassifikation zugeordnet. Im Gegensatz zum Konzept der Naturnähe, das eine rekonstruierte Vegetation repräsentiert, die vor der Besiedlung durch den Menschen existierte, liegt der Hemerobie die pnV zugrunde, die bei der Abwesenheit des menschlichen Einflusses natürlich erscheinen würde. Demnach wird dem Verständnis des natürlichen Lebensraums mehr Ausdruck verliehen. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Es bestehen positive Zusammenhänge mit den Armutsindikatoren (SDG 1.3), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) und der Anzahl der Straftaten (SDG 16.4). Der Indikator korreliert negativ mit der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und Supermärkten (SDG 11.1), der Wohnfläche (SDG 11.1), der PKW-Dichte (SDG 11.2) und den fertiggestellten Wohngebäuden mit erneuerbarer Energie (SDG 11.b).																
Rahmenbedingungen	Der Indikator steht in engem Zusammenhang mit der Einwohnerdichte und dem Anteil der Verkehrsfläche.																
Berechnung	Flächengewichteter Mittelwert der Hemerobiestufen aller Landnutzungen der jeweiligen Bezugsfläche																
Einheit	Hemerobiewert 1 (nicht kulturbeeinflusst) - 7 (übermäßig stark kulturbeeinflusst)																
Aussage	Das Maß des menschlichen Eingriffs in den Naturhaushalt der Kommune wird mit Stufe x des Hemerobieindex bewertet.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.																
Datenverfügbarkeit	Der Indikator steht zentral und flächendeckend zur Verfügung. Er wird regelmäßig aktualisiert.																
Datenqualität	Die Zuordnung der Hemerobiestufen erfolgt auf der Grundlage von amtlichen Geodaten sowie einer Verschneidung mit der potentiellen natürlichen Vegetation (pnV) des Bundesamts für Naturschutz. Mit Ausnahme von einzelnen Punktobjekten können die Daten in einer hohen Auflösung von 100 x 100 m erzeugt und anschließend innerhalb von festgelegten Gebietsgrenzen gemittelt werden. Die Datenqualität kann als hoch eingestuft werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere										100 x 100 m-Raster						
Erhebungszeitraum	2008, 2009, 2012, 2015, 2018																
Erhebungsintervall	alle 3 Jahre (nach LBM-DE-Turnus)																

4.15.4 SDG 15 – Leben an Land – Unzerschnittene Freiraumflächen (Nr. 104)



Indikator	Unzerschnittene Freiraumflächen																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern (SDG 15.5.1)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
									9.1		11.3.1				15.5.2		
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Anteil unzerschnittener Freiraumflächen (außerhalb Ortslagen) > 50 km ² , die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind, an der Gebietsfläche																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Neben Habitatverlust und -degradierung spielt die Habitatfragmentierung – z. B. durch Zerschneidungselemente, wie die Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes (Straßen und Schienen) und andere Infrastrukturen, wie Hochspannungsnetze – eine bedeutsame Rolle beim Verlust der biologischen Vielfalt. Die Zerschneidung hat zur Folge, dass Tier- und Pflanzenpopulationen voneinander getrennt werden und die verbleibenden Flächen zu klein für den Fortbestand einer Art sind. Je nach Art und Breite des Zerschneidungselements kann es zu erschweren Kontakten, völliger Isolierung oder direkten Schäden in Form von Kollisionen kommen. Luftschadstoffe und Lärm durch Verkehr können dabei ursächlich oder zusätzlich auftreten. Dünnbesiedelte Regionen mit geringer Landschaftszerschneidung weisen demnach generell die höchste biologische Vielfalt auf. Unzerschnittene Freiraumflächen tragen maßgeblich dazu bei, dass Aussterben bedrohter Arten zu verhindern und wirken so im Sinne der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Die Zerschneidung von Habitaten und Lebensraumnetzen durch Verkehrsinfrastrukturen gilt als eine der bedeutsamsten Ursachen für die Gefährdung von Arten und deren Populationen. Naturnähe von Lebensräumen und das Fehlen verkehrsbedingter Störungen sind Faktoren, die eine wesentliche Bedeutung für die Erhaltung der biologischen Vielfalt haben. Somit bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Es bestehen schwach positive Zusammenhänge mit der wohnungsnahen Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und Grundschulen (SDG 4.1), der Flächennutzungsintensität (SDG 11.3) sowie den Naturschutzflächen (SDG 15.5). Zusätzlich korreliert der Indikator schwach negativ mit der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) sowie der Landschaftsqualität (SDG 15.5).																
Rahmenbedingungen	Der Anteil unzerschnittener Freiraumflächen ist besonders hoch, wenn es generell viele Freiflächen in einer Region gibt. Außerdem wird der Indikator naturgemäß vom Anteil der Verkehrsflächen stark beeinflusst.																
Berechnung	$(\text{Freiraumflächen (außerhalb Ortslagen)} > 50 \text{ km}^2, \text{ die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind}) / (\text{Fläche}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	x % der Freiraumflächen sind unzerschnitten durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend verfügbar. Sie werden regelmäßig aktualisiert.																
Datenqualität	Die Daten stellen die Zerschneidung der Freiraumflächen (außerhalb der Ortslagen, ohne Hafenbecken) mit dem überörtlichen Verkehrsnetz (Linien gepuffert) und Selektion > 50 km ² dar. Dazu wird der Quotient aus der Summe der Flächenelemente in der Gebietsfläche und der Gebietsfläche selbst gebildet. Als Datengrundlage dient das Amtliche Topographisch-Kartographische Informationssystem (ATKIS) Basis-DLM. Somit kann die Datenqualität als hoch eingestuft werden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2012, 2016																
Erhebungsintervall	alle 4 Jahre (seit 2008)																

4.15.5 SDG 15 – Leben an Land – Artenvielfalt bei Vögeln (Nr. 105)



Indikator	Artenvielfalt bei Vögeln																
(Primäres) Ziel	Landökosysteme schützen, wiederherstellen und ihre nachhaltige Nutzung fördern, Wälder nachhaltig bewirtschaften, Wüstenbildung bekämpfen, Bodendegradation beenden und umkehren und dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende setzen (SDG 15)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern, dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5)																
(Primäres) Teilziel	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern (SDG 15.5.2)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
		2.4.2															
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Ökologie – Naturschutz und Ressourceneinsatz																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Umweltgerechte Kommune																
Definition	Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten gemessen an dem Zielwert des Index für den Bestand an Vogelarten																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Indikator beschreibt den Zustand der Artenvielfalt, welche durch die quantitative Bestandsentwicklung repräsentativer Vogelarten dargestellt wird. Die hier ausgewählten Vogelarten reagieren aufgrund der Ernährungsgrundlage von Kleinstlebewesen besonders sensibel auf Veränderungen der Flächennutzung, weshalb Aussagen zur Nachhaltigkeit der Flächennutzung gemacht werden können. Für die Beurteilung des Indikators wird ein Zielwert festgelegt, der unter Einhaltung von Naturschutzregelungen und Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung eingehalten werden kann. Auf diese Weise lässt sich in jedem Jahr überprüfen, wie nahe die tatsächlich beobachteten Vogelbestände diesem Zielwert kommen. Signifikante Abweichungen deuten darauf hin, dass Regelungen und nachhaltige Leitlinien in der Flächennutzung missachtet wurden. Da Einflussfaktoren auf die Artenvielfalt bei Vögeln sowohl auf der Mikro- als auch Makroebene zu finden sind, wird dem Prinzip der globalen Verantwortung gefolgt. Zusätzlich folgt der Erhalt der Artenvielfalt dem Prinzip der Generationengerechtigkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union								Eurostat, Eurostat SDI								
	Bund								DNS								
	Länder								BW								
	Kommunen																
Validität	Die Artenvielfalt bei Vögeln lässt neben der Funktion als direkter Bestandsindikator auch indirekte Rückschlüsse auf die Insektenpopulation, als wichtiger Indikator der allgemeinen Lebensraumqualität, zu. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten}) / (\text{Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Der beobachtete Bestand an Vogelarten beträgt x % des Zielwerts.																
Indikatortyp	Typ II																

4.16.1 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Straftaten (Nr. 106)



Indikator	Straftaten																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Bis 2030 illegale Finanz- und Waffenströme deutlich verringern, die Wiedererlangung und Rückgabe gestohlener Vermögenswerte verstärken und alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen (SDG 16.4)																
(Primäres) Teilziel	Bis 2030 alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen (SDG 16.4.3)																
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
											11.1.1 11.7						
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Soziales – Sicherheit																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Familiengerechte Kommune																
Definition	Anzahl der registrierten Straftaten je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Bedürfnis nach öffentlicher Sicherheit ist ein wesentlicher Aspekt der lokalen Lebensqualität. Ein sicheres Umfeld, in dem Bürger:innen ohne Angst vor Willkür und Kriminalität leben können, ist eine wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren sozialer Systeme sowie den Zusammenhalt einer Gesellschaft. Eine am Leitbild der Nachhaltigkeit orientierte Kommune sollte demnach eine Reduzierung der Anzahl der Straftaten zum Ziel haben, als Indikator eines objektiv höheren Sicherheitsniveaus der Bürger:innen. Der betrachtete Indikator setzt die Zahl der polizeilich bekannt gewordenen Straftaten innerhalb einer Kommune ins Verhältnis zur Einwohnerzahl und vermittelt dadurch ein Bild der allgemeinen Sicherheitslage. Außerdem vermag er Einfluss auf die Ansiedlung von Unternehmen und dem Zu- bzw. Wegzug von Familien zu haben. Auch die regionale politische Kultur wird u. U. von der wahrgenommenen Unsicherheit beeinflusst. Eine Reduktion der registrierten Straftaten folgt demnach den Prinzipien der Ganzheitlichkeit sowie der globalen Verantwortung.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund										DNS						
	Länder										BW, NRW						
	Kommunen										Kommune BW, LHS						
Validität	Die Anzahl der registrierten Straftaten bezieht sich allgemein auf den Aspekt des Kriminalitätsausmaßes. Hierbei wird allerdings keine Unterscheidung zwischen den einzelnen Straftatbeständen gemacht. Somit lässt sich keine direkte Aussage über die erfolgreiche Bekämpfung organisierter Kriminalität oder der Verringerung illegaler Finanz- und Waffenströme machen. Zudem sind Veränderungen in der Kriminalstatistik auch Resultat von Anzeigeverhalten und polizeilicher Verfolgungsintensität. Der Indikator bildet das Unterziel daher mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Anzahl der Straftaten steht in einem positiven Zusammenhang mit den Indikatoren für Armut (SDG 1.3), der Krankenhausversorgung (SDG 3.8), der Langzeitarbeitslosenquote (SDG 8.5), der Flächeninanspruchnahme (SDG 11.3) und der Landschaftsqualität (SDG 15.5). Zusätzlich bestehen negative Korrelationen zur Grundversorgung mit Apotheken (SDG 3.8) und Supermärkten (SDG 11.1), der Beschäftigungsquote für 15- bis 64- Jährige (SDG 8.5) sowie der Wohnfläche (SDG 11.1) und der PKW-Dichte (SDG 11.2).																
Rahmenbedingungen	Die Anzahl der Straftaten ist besonders hoch, wenn auch die Einwohnerdichte hoch ist.																
Berechnung	$(\text{Anzahl der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																
Einheit	Straftaten je 1.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen sind x Straftaten polizeilich bekannt.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Bundeskriminalamt, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend abrufbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Daten stammen aus der Polizeilichen Kriminalstatistik und werden auf Grundlage der Daten der 16 Landeskriminalämter erstellt. Die Qualität der Daten ist daher sehr hoch.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2013 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.16.2 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Index "Korruptionsprävention" (Nr. 107)



Indikator	Index "Korruptionsprävention"																																		
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und effektive, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																																		
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren (SDG 16.5)																																		
(Primäres) Teilziel																																			
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	<table border="1"> <tr> <td>1</td><td>2</td><td>3</td><td>4</td><td>5</td><td>6</td><td>7</td><td>8</td><td>9</td><td>10</td><td>11</td><td>12</td><td>13</td><td>14</td><td>15</td><td>16</td><td>17</td> </tr> <tr> <td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>8.3.1</td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td></td><td>16.6, 16.10.1</td><td></td> </tr> </table>	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17								8.3.1								16.6, 16.10.1	
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17																			
							8.3.1								16.6, 16.10.1																				
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit, Haushaltsführung																																		
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																																		
Definition	<p>Anteil der umgesetzten Korruptionspräventionsmaßnahmen als Summenindex aus 11 dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen</p> <p>Die Antworten zu folgenden 11 mit ja, nein oder „nicht relevant“ zu beantwortenden Fragen werden für jedes Jahr erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> Ist die oberste Zuständigkeit für Regelungen zur Korruptionsprävention klar geregelt und öffentlich zugänglich? Ist eine kommunale Transparenzsatzung vorhanden? Wird das ggf. vorhandene Landestransparenzgesetz – soweit relevant – auch auf die Kommune angewendet? Gibt es ein verpflichtendes, öffentlich zugängliches Interessenregister für alle hohen Beamt:innen und Amtsträger:innen? Gibt es einen verpflichtenden, öffentlich zugänglichen Verhaltenskodex für alle hohen Beamt:innen und Amtsträger:innen? Gibt es öffentlich bekannt gemachte Meldewege, über die öffentliche Bedienstete, Bürger:innen und Dritte Hinweise für rechtswidriges Verhalten (nicht nur Korruption) – auch ohne Preisgabe ihrer Identität – melden können? Ist eine öffentlich zugängliche Policy (Management-Richtlinie) für kommunale Unternehmen vorhanden? Sind Leitung und Mitarbeiter:innen der Rechnungsprüfung zur Neutralität und Objektivität verpflichtet und weisungsungebunden? Werden die Prüfberichte des kommunalen Jahresabschlusses, einzelner Organisationseinheiten und von Beschaffungs- und Vergabeprozessen veröffentlicht? Werden nichtbeamtete Personen, die mit Aufgaben im Zusammenhang mit Ausschreibungen, Vergabe, Überwachung und Abrechnung betraut werden, regelmäßig förmlich auf gewissenhafte Erfüllung im Hinblick auf Korruptionsstraftatbestände verpflichtet? Verfügt die Kommune über eine Risikoanalyse (nicht älter als 5 Jahre), die korruptionsgefährdete Bereiche identifiziert und entsprechende Präventionsmaßnahmen vorschreibt? <p>(Quelle: Transparency International Deutschland e.V.)</p>																																		
Nachhaltigkeitsrelevanz	Korruption findet zu einem erheblichen Teil dort statt, wo sich Interessengruppen von Bestechung, Vorteilsgewährung oder intransparentem Lobbyismus Einfluss auf Handlungen oder Entscheidungen der öffentlichen Hand und so auf Vorteile gegenüber dem Wettbewerb versprechen. Wo Vergabe- oder Genehmigungsentscheidungen dazu führen, dass nicht derjenige Anbieter, der die von der Kommune gesetzten Kriterien am besten erfüllt, den Zuschlag bzw. die Genehmigung erhält, werden öffentliche Mittel vergeudet und so der politische Entscheidungsspielraum der Kommune geschmälert. Außerdem werden die – zunehmend an Nachhaltigkeit orientierten – Ziele konterkariert und so die Transformation der Wirtschaft und der Kommune gebremst. Korruptionsbekämpfung folgt aufgrund der Verfestigung eines sich nicht nach Wettbewerbsfähigkeit richtenden Wirtschaftsethos dem Prinzip der Generationengerechtigkeit und wirkt aufgrund der Schmälerung verfügbarer Mittel für Investitionen auf die ökologische und soziale Dimension im Sinne der Ganzheitlichkeit.																																		
Herkunft	<table border="1"> <tr> <td>Vereinte Nationen</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Europäische Union</td> <td>Eurostat, Eurostat SDI</td> </tr> <tr> <td>Bund</td> <td>DNS, Destatis</td> </tr> <tr> <td>Länder</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Kommunen</td> <td></td> </tr> </table>	Vereinte Nationen		Europäische Union	Eurostat, Eurostat SDI	Bund	DNS, Destatis	Länder		Kommunen																									
Vereinte Nationen																																			
Europäische Union	Eurostat, Eurostat SDI																																		
Bund	DNS, Destatis																																		
Länder																																			
Kommunen																																			
Validität	Der Indikator liefert wertvolle Auskunft über das Ausmaß der getroffenen Vorkehrungen gegen Korruption. Als normativer Index für Korruptionsbekämpfung lässt sich keine Aussage treffen, ob und wie viel Korruption wirklich stattfindet. Korruption ist ein sog. Dunkelfelddelikt und nicht direkt messbar, denn nur geschätzte 10-15 Prozent aller Korruptionsfälle werden bekannt und finden ihren Niederschlag in polizeilichen Kriminalstatistiken. Die Transparenz der Maßnahmen ist ein wesentlicher Aspekt der Prävention. Der Indikator bildet das Unterziel sinnvoll ab, beinhaltet aber nur einen zumutbaren Satz an Mindestvorkehrungen. Mit der Zeit ist mit Erweiterungen der Fragen zu rechnen.																																		
Funktion	<table border="1"> <tr> <td>Output-, Outcome- oder Impact-Indikator</td> <td></td> </tr> <tr> <td>Input-/Output-Indikator</td> <td>x</td> </tr> </table>	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator		Input-/Output-Indikator	x																														
Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																																			
Input-/Output-Indikator	x																																		
Berechnung	Die Anzahl der in der Kommune umgesetzten Korruptionspräventionsmaßnahmen (Ja-Antworten) wird durch die Gesamtzahl der zu prüfenden Maßnahmen (11) dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert. Wo weniger als 11 Maßnahmen relevant für eine bestimmte Kommune sind, wird die Zahl 11 um die Zahl irrelevanter Maßnahmen reduziert.																																		
Einheit	%																																		
Aussage	Die Kommune hat x Prozent der im Index erhobenen Präventionsmaßnahmen gegen Korruption umgesetzt.																																		
Indikatortyp	Typ II																																		

4.16.3 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Finanzmittelsaldo (Nr. 108)



Indikator	Finanzmittelsaldo																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Haushaltsüberschuss bzw. Haushaltsdefizit je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Der Finanzmittelsaldo bildet das Ergebnis der Finanzrechnung des kommunalen Handelns entweder als Überschuss oder Defizit der ordentlichen Einzahlungen und Auszahlungen eines Jahres im Kernhaushalt ab. Somit gibt der Indikator Aufschluss über die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune und ihre Gestaltungsspielräume bei der Haushaltsplanung, -aufstellung und -durchführung. Ein Haushaltsdefizit indiziert fehlende Einnahmen einer Kommune, mit denen die ökonomischen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen vor Ort autonom gestaltet werden können. Dementsprechend folgt der Indikator dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Da auch die Kommunen dem Prinzip der Gesamtdeckung ihres Haushalts verpflichtet sind, müssen fehlende Einnahmen durch Kreditaufnahme oder Ausgabenkürzungen kompensiert werden. Dies hat im Sinne der intergenerationalen bzw. intertemporalen Gerechtigkeit unmittelbare Auswirkung auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung und nachfolgende Generationen.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder											NRW					
	Kommunen																
Validität	Besondere Finanzierungsvorgänge, wie Schuldenaufnahme / Tilgung, Gewährung / Rückfluss von Darlehen, Entnahmen / Zuführung aus / zu Rücklagen, fließen nicht in den Finanzmittelsaldo und somit in den Indikator ein. Insbesondere die Nicht-Berücksichtigung der Kreditaufnahme scheint problematisch, da diese bei vielen Kommunen inzwischen kritische Ausmaße angenommen hat. Auch bleibt dabei naturgemäß eine Betrachtung des kommunalen Vermögens sowie der Umsatzerlöse aus wirtschaftlicher Tätigkeit unberücksichtigt. Letzteres ist insofern bedeutsam, als dass in der Vergangenheit umfangreiche Auslagerungen in Eigenbetriebe und öffentliche Unternehmen vorgenommen wurden. Insgesamt bildet der Indikator insbesondere das Unterziel der kommunalen Leistungsfähigkeit mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator											x					
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Es bestehen keine signifikant besonderen statistischen Zusammenhänge mit anderen SDG-Indikatoren.																
Rahmenbedingungen	Der Haushaltsüberschuss steht in Abhängigkeit zur Einwohnerentwicklung im Vergleich zum Vorjahr.																
Berechnung	$((\text{Primärsaldo}) + (\text{Finanzsaldo}) + (\text{Investitionssaldo})) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen})$																
Einheit	€ / Einwohner:in																
Aussage	Die Kommune konnte ihre gesamten Aufgaben mit einem Überschuss / Defizit in Höhe von x Euro je Einwohner:in abschließen.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Aufstellung, Durchführung und Rechnungsabschluss des kommunalen Haushalts erfolgen jährlich auf Grundlage der kommunalen Systeme der Planung und Rechnungslegung. Der Finanzmittelsaldo kann aufgrund der Konzeption grundsätzlich nur in kameral buchenden Kommunen verwendet werden. Da mittlerweile mehr als 60 % der Kommunen doppisch buchen, werden verschiedene Ansätze diskutiert, wie hier ein Finanzmittelsaldo mit der gleichen Aussagekraft erhoben werden kann.																
Datenqualität	Die Datenqualität ist abhängig von der Methodik doppisch erfasster Finanzierungssalden.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte											x					
	Gemeinden																
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.16.4 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Steuereinnahmen (Nr. 109)



Indikator	Steuereinnahmen																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
								8.1.1									
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Steuereinnahmen je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Steuereinnahmen der Gemeinde (Grundsteuer A und B, Gewerbesteuer, Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer und Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer) je Einwohner:in werden auch als Steuerkraft einer Gemeinde bezeichnet. Diese bestimmt maßgeblich über den finanziellen Handlungsspielraum einer Kommune und gibt Auskunft über die Wirtschaftsstärke bzw. Strukturschwäche einer Kommune. Nicht zuletzt werden so auch (investive) Nachhaltigkeitsaktivitäten determiniert, welche im Sinne der intergenerativen Gerechtigkeit als Vermögenswerte fortbestehen. Als Kern des kommunalen Haushalts geht mit der Entwicklung der Steuereinnahmen je Einwohner:in die Budgetrestriktion für etwaige Zielsetzungen in den Dimensionen Ökonomie, Ökologie und Soziales einher. Demnach folgt eine positive Entwicklung der Steuereinnahmen dem Prinzip der Ganzheitlichkeit.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								Kommune NRW								
Validität	Der Indikator Steuereinnahmen je Einwohner:in berücksichtigt keine anderen Einnahmen, wie z. B. aus Gebühren, Abgaben, Investitionszuweisungen von Bund und Ländern sowie allgemeinen Schlüsselzuweisungen im Rahmen der kommunalen Finanzausgleichssysteme. Insbesondere der Anteil der Investitionszuweisungen des Bundes hat in den letzten Jahren deutlich zugenommen. Anhand der Steuereinnahmen lässt sich daher nur bedingt eine Aussage über die Leistungsfähigkeit einer Kommune treffen. Der Indikator bildet das Unterziel mit Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Steuereinnahmen stehen in einem positiven Zusammenhang mit Altersarmut (SDG 1.3.2), dem Bruttoinlandsprodukt (SDG 8.1.1), den Indikatoren zu Industrie, Innovation und Infrastruktur (SDG 9), der Beschäftigungsquote von Ausländern (SDG 10.2.2) und den Mietpreisen (SDG 11.1.1). Es besteht eine negative Korrelation zur vorzeitigen Sterblichkeit von Männern (SDG 3.4.2), der wohnungsnahen Grundversorgung mit Grundschulen (SDG 4.1) sowie der Flächennutzungsdensität (SDG 11.3.1).																
Rahmenbedingungen	Die Steuereinnahmen korrelieren mit dem Ausländeranteil, dem natürlichen Bevölkerungssaldo und der Geburtenziffer des jeweiligen Kreises bzw. der jeweiligen Stadt oder Gemeinde.																
Berechnung	(Steuereinnahmen) / (Anzahl der Einwohner:innen) Steuereinnahmen = Grundsteuer A + Grundsteuer B + Gewerbesteuer + Gemeindeanteil an Einkommensteuer + Gemeindeanteil an Umsatzsteuer Bezugsjahre: Steuereinnahmen und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre																
Einheit	€ / Einwohner:in																
Aussage	Die über die letzten 4 Jahre gemittelten Steuereinnahmen einer Kommune betragen im Durchschnitt x Euro je Einwohner:in.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten sind zentral und flächendeckend verfügbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Statistik zum Realsteuervergleich enthält Angaben zum Realsteuer-Istaufkommen, zu den individuellen Hebesätzen, zu dem Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und der Umsatzsteuer sowie zur Gewerbesteuerumlage. Die Daten werden von den Auskunftspflichtigen (Gemeinden und Gemeindeverbände) an die Statistischen Ämter der Länder auf Grundlage des Finanz- und Personalstatistikgesetzes FPStatG übermittelt. Als Sekundärerhebung handelt es sich um Angaben aus der laufenden Buchführung der Gemeinden und Gemeindeverbände. Aufgrund von Gebietsreformen kann es zu Einschränkungen bei der zeitlichen und räumlichen Vergleichbarkeit kommen. Insgesamt messen die Daten den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte								x								
	Gemeinden								x								
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.16.5 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Liquiditätskredite (Nr. 110)



Indikator	Liquiditätskredite																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Liquiditätskredite / Kassenkredite im Kernhaushalt je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Höhe der Liquiditätskredite in Euro je Einwohner:in verweist auf kurzfristige Finanzierungsengpässe der Kommunen, die durch eine Überziehung der Konten überbrückt werden. Liquiditäts- bzw. Kassenkredite bilden einen Bestandteil des Schuldenstands der Kernhaushalte der Gemeinden bzw. Gemeindeverbände beim öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich – kommunale Eigenbetriebe o. a. verbundener Einrichtungen mit eigenem Rechnungswesen bleiben hierbei unberücksichtigt. Mit Kassenkrediten werden – im Gegensatz zu Investitionskrediten – keine materiellen Vermögenswerte (z. B. Gebäude, Straße etc.) finanziert und müssen formal unterjährig wieder abgebaut werden. In einem Teil der Kommunen ist dies aufgrund hoher laufender Personal-, Sach-, und Sozialausgaben nicht möglich, sodass sich ein über mehrere Jahre fortbestehender Sockel an Liquiditäts- bzw. Kassenkrediten aufgebaut hat, der das Risiko erhöht, in konjunkturellen Abschwungphasen den Schuldendienst schlechter bedienen zu können. Solche hohen Bestände an Liquiditäts- bzw. Kassenkrediten indizieren mithin eine grundlegende Schiefe in der Haushaltstruktur dieser Kommunen, welche im Sinne der Generationengerechtigkeit problematisch ist. Ursachen dafür können sowohl eine hohe Gesamtverschuldung, eine schwache Einnahmehbasis oder aber auch eine Unterfinanzierung durch das Land sein.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Liquiditätskredite/Kassenkredite werden häufig als ein Indikator für eine finanzielle Krisensituation in einer Kommune angesehen. Der Indikator bezieht sich insbesondere auf die finanzielle Sicherung der kommunalen Leistungsfähigkeit, welche mit zunehmender Verschuldung eingeschränkt wird. Dauerhafte Bestände an Liquiditätskrediten verweisen demnach darauf, dass sich die betreffende Körperschaft in einer finanziellen Krisensituation befindet. Dies gilt umso mehr im Falle einer fehlenden Vermögensdeckung sowie einem hohen Zinsänderungsrisiko. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Statistische Zusammenhänge	Die Höhe der Liquiditätskredite steht in Zusammenhang mit der SGB II-/SGB XII-Quote sowie der Kinder- und Jugendarmut (SDG 1.3) und der Langzeitarbeitslosenquote SDG (8.5).																
Rahmenbedingungen	Die Höhe der Liquiditätskredite korreliert mit der Beschäftigungsquote und den Ausgaben für Sachinvestitionen. Zu den beiden Strukturmerkmalen besteht ein mittelstarker, negativer Zusammenhang.																
Berechnung	(Liquiditätskredite) / (Anzahl der Einwohner:innen)																
Einheit	€ / Einwohner:in																
Aussage	Die Kommune hat im Kernhaushalt Liquiditätskredite in Höhe von x Euro je Einwohner:in.																
Indikatortyp	Typ I																
Datenquelle	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder																
Datenverfügbarkeit	Die Daten des Indikators sind zentral und flächendeckend verfügbar. Sie werden regelmäßig erhoben.																
Datenqualität	Die Statistik über die Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts ist eine jährliche Erhebung, die in einer aggregierten Darstellung den Stand der Schulden, Schuldenaufnahmen, Schuldentilgungen und sonstige Schuldenbewegungen des Berichtsjahres abbildet. Die Ergebnisse werden nach Ebenen (Bund, Ländern, Gemeinden/Gemeindeverbände, Sozialversicherung) klassifiziert. Ergänzend erfolgt eine Darstellung der Ergebnisse für den Öffentlichen Gesamthaushalt, die Kern- und Extrahaushalte der verschiedenen Ebenen sowie die jeweilige Schuldenaufnahme beim öffentlichen und nicht-öffentlichen Bereich. Die Rechtsgrundlagen für die Statistik über die öffentlichen Schulden sind das Finanz- und Personalstatistikgesetz (FPStatG). Die zeitliche Vergleichbarkeit von Daten vor 2010 mit den darauf folgenden Jahren ist aufgrund methodischer Veränderungen eingeschränkt. Räumliche Vergleiche sind ohne Einschränkungen möglich. Die ausgewählten Daten messen demnach den Indikator genau und verlässlich.																
Erhebungsebene	Kreise und kreisfreie Städte										x						
	Gemeinden										x						
	Andere																
Erhebungszeitraum	2006 - 2018																
Erhebungsintervall	jährlich																

4.16.6 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Kreditfinanzierungsquote (Nr. 111)



Indikator	Kreditfinanzierungsquote																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Schuldenaufnahme im Verhältnis zu den bereinigten Ausgaben																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Kreditfinanzierungsquote gibt an, in welchem Umfang die Ausgaben einer Gebietskörperschaft kreditfinanziert sind. Demnach reichen die Einnahmen durch Steuern, Abgaben und andere Zuweisungen nicht aus, um die Ausgaben ohne Neuverschuldung bestreiten zu können. Die so eingeschränkte finanzielle Leistungsfähigkeit kann diverse Einschränkungen in der Erfüllung kommunaler Aufgaben nach sich ziehen und daher die Umsetzung aller SDGs bzw. aller kommunal relevanten Unterziele einschränken. Eine Verringerung der Kreditfinanzierungsquote folgt demnach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Da die Aufnahme von Krediten mit einer zeitverzögerten Mehrbelastung einhergeht, kann zusätzlich von einer Wirkung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit gesprochen werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder										BW						
	Kommunen																
Validität	Eine hohe Kreditfinanzierungsquote kann ein erster Hinweis auf eine hohe Zinsbelastung oder geringe kommunale Einnahmen sein. In jedem Fall wird die finanzielle Leistungsfähigkeit einer Kommune beeinträchtigt, da etwaige Einnahmen gebunden sind und eine zusätzliche Neuverschuldung erfordern. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$\frac{((\text{Schuldenaufnahme am Kreditmarkt}) - (\text{Schuldentilgung am Kreditmarkt}))}{(\text{bereinigte Ausgaben insgesamt (ohne besondere Finanzierungsvorgänge)})}$																
Einheit	%																
Aussage	Ein Anteil von x % der kommunalen Ausgaben ohne besondere Finanzierungsvorgänge wird durch Schuldenaufnahme, abzüglich der Schuldentilgung am Kreditmarkt, getätigt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.16.7 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Zins-Steuer-Quote (Nr. 112)

Indikator	Zins-Steuer-Quote																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Haushaltsführung																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Resiliente Kommune																
Definition	Zinsausgaben bzw. -aufwendungen im Verhältnis zu Steuereinnahmen bzw. -erträgen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Die Zins-Steuer-Quote ist eine Kennzahl, um zu beurteilen, wie stark die Zinsausgaben bzw. -aufwendungen der jeweiligen Gebietskörperschaft aus vergangener Verschuldung die heutigen Handlungsspielräume der Politik einschränken. Ein hoher Wert kann ein Indiz dafür sein, dass die Lebensqualität in der Kommune oder auch ökonomische und ökologische Rahmenbedingungen langfristig gefährdet sind, da Investitionen der Kommune aufgrund der hohen Zins- und Tilgungsverpflichtungen nur mit Einschränkungen möglich sind. Eine Verringerung der Zins-Steuer-Quote folgt demnach dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Da die Reduktion des Kreditvolumens mit einer zeitverzögerten Entlastung einhergeht, kann zusätzlich von einer Wirkung nach dem Prinzip der Generationengerechtigkeit gesprochen werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
Validität	Der Indikator diagnostiziert, welcher Teil der Steuereinnahmen bzw. -erträge von vornherein nicht zur Finanzierung von kommunalen Aufgaben zu Verfügung steht, weil er aufgrund einer Kredit- oder Kassenkreditfinanzierung in vergangenen Haushaltsjahren zur Bedienung der Zinslast eingesetzt werden muss. Damit steht er in direktem Zusammenhang zur Leistungsfähigkeit einer Kommune. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$((\text{Zinsaufwendungen (-ausgaben)}) / (\text{Steuereerträge (-einnahmen)}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	In der Kameralistik: Ein Anteil von x % der Steuereinnahmen (inkl. Einnahmen aus steuerähnlichen Abgaben) wird für Zinsausgaben verausgabt. In der Doppik: Ein Anteil von x % der Steuererträge (inkl. Erträge aus steuerähnlichen Abgaben) wird für Zinsaufwendungen verausgabt.																
Indikatortyp	Typ II																

4.16.8 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Index "Digitale Kommune" (Nr. 113)



Indikator	Index "Digitale Kommune"																	
(Primäres) Ziel	Starke und transparente Institutionen fördern (SDG 16)																	
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16.6)																	
(Primäres) Teilziel																		
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17	
				4.a	5.b		7.1 7.2 7.3	8.2 8.3	9.1 9.4 9.5 9c	10.2	11.3 11.6						16.7	
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Verwaltung und Ratsarbeit																	
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Smarte Kommune																	
Definition	<p>Anteil umgesetzter Digitalisierungsmaßnahmen als Summenindex aus 16 dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen</p> <p>Die Antworten zu folgenden 16, mit ja, nein oder „nicht relevant“ zu beantwortenden Fragen, werden für jedes Jahr erhoben:</p> <ol style="list-style-type: none"> Ist in der Kommune eine Digital-Agenda / Digitalstrategie vorhanden? Zielt die Digital-Agenda / Digitalstrategie grundsätzlich auf nachhaltige Stadtentwicklung ab und beinhaltet hierfür einzelne strategische Handlungsfelder? (z. B. höhere Effizienz der Verwaltung, mehr Transparenz und Partizipation, Erreichen konkreter Klimaziele, optimierte Mobilität und Verkehrsabläufe, regionale Innovations- und Wirtschaftsförderung) Besteht in der Kommune als Steuerungseinheit eine ständige Arbeitsgruppe / Stabsstelle / Kompetenzzentrum, die sich mit den Themen Digitalisierung und Smart City befasst? Werden die Wirkungen und die Zielerreichung der Digital-Agenda / Digitalstrategie durch ein langfristig angelegtes Monitoring überprüft? Besitzen die Kommune oder kommunale Unternehmen die Hoheit über die Daten, die für ihre Aufgabenerfüllung relevant sind? Besteht in der Kommune eine langfristige Strategie für den Umgang mit großen Datenmengen? (Datenschutz und -sicherheit) Veröffentlicht die Kommune ihre Daten als Open Data? Verfolgt die Digital-Agenda / Digitalstrategie einen inklusiven und aktivierenden Ansatz, der die Teilhabe aller Bürger:innen sicherstellt und keine einzelnen Gruppen ausschließt? (z. B. weiterhin alle kommunalen Angebote in analoger Form) Bestehen vor Ort zielgruppenspezifische Bildungs- und Unterstützungsangebote für den Umgang mit Informations- und Kommunikationstechnologien oder Medienkompetenz? Unterstützt die Kommune die Bereitstellung und den Zugang zu Geräten und Software? Werden in der Kommune digitale Plattformen genutzt, um Informationen vor Ort, die für demokratische Entscheidungen wichtig sind, besser verfügbar zu machen? Bestehen im Bereich der Digitalisierung Kooperationen mit Wirtschaft und Wissenschaft, um Innovation und Entwicklung vor Ort zu unterstützen? Werden in der digitalen Agenda die Verbesserung des Standortes und die Sicherung von Wissen und Wertschöpfung vor Ort berücksichtigt? Werden in der Kommune digitale Technologien verwendet, um die lokale Energiewende vor Ort zu unterstützen? (z. B. Smart Grids, Smart Metering, Smart Lighting) Beinhaltet die Digital-Agenda / Digitalstrategie lokale Sharing-Ansätze und nachhaltige Geschäftsmodelle, die eine ressourceneffizientere Wirtschaft bzw. Kreislaufwirtschaft fördern? Werden in der Digital-Agenda / Digitalstrategie mögliche räumliche Wirkungen, wie Flächenverbrauch und Umbaupotenziale oder Verkehrsaufwände, berücksichtigt? 																	
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der Index „Digitale Kommune“ zielt darauf ab, nachhaltige Entwicklung durch digitale Strukturen zu unterstützen. Kommunen können mit deren Hilfe ihre Digitalisierungsprozesse, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, an den Zielen sozialer, ökologischer und ökonomischer Nachhaltigkeit ausrichten und mit der Implementierung digitaler Technologien sozial verträgliche, gerechte, energie- und ressourceneffiziente Entwicklungen forcieren. Mit der Digitalisierung von kommunalen Prozessen, Dienstleistungen und Infrastrukturen kann somit das Instrumentarium der nachhaltigen Kommunalentwicklung um technische Komponenten erweitert werden. Im Sinne der Generationengerechtigkeit sind diese oft effizienter, langfristig kostengünstiger und Grundvoraussetzung für zukünftige digitale Technologien.</p>																	
Herkunft	Vereinte Nationen																	
	Europäische Union																	
	Bund																	
	Länder																	
	Kommunen																	
Validität	Der Indikator gibt Aufschluss über den Grad der Digitalisierung kommunaler Prozesse. Hierbei wird davon ausgegangen, dass digitale Strukturen als Maß für die Leistungsfähigkeit, Rechenschaftspflicht und Transparenz kommunaler Institutionen und deren Prozesse herangezogen werden können. Der Indikator bildet das Unterziel daher ohne Einschränkungen ab.																	
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																	
	Input-/Output-Indikator																	
Berechnung	Die Anzahl der in der Kommune erfüllten Kriterien im Bereich Digitalisierung wird durch die Gesamtzahl der zu prüfenden Kriterien (16) dividiert und das Ergebnis mit 100 multipliziert. Wo weniger als 16 Kriterien relevant für eine bestimmte Kommune sind, wird die Zahl 16 um die Zahl irrelevanter Kriterien reduziert.																	
Einheit	%																	
Aussage	Die Kommune hat x Prozent der im Index erhobenen Digitalisierungsmaßnahmen umgesetzt.																	
Indikatortyp	Typ II																	

4.16.9 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Beteiligung an Kommunalwahlen (Nr. 114)



Indikator	Beteiligung an Kommunalwahlen																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist (SDG 16.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anteil der Wähler:innen an Wahlberechtigten einer Kommune																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Das Kommunalwahlrecht ist die Grundlage der kommunalen Selbstverwaltung und gewährleistet, alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln. Die Folgen von politischen Entscheidungen sind daher für Bürger:innen besonders spürbar und auf keiner anderen Ebene sind die Wirkungsmöglichkeiten für den / die Bürger:in so groß, wie bei der Gestaltung des direkten Lebensumfelds in der Kommune. Kommunal- oder Kreiswahlen sind daher partizipatorischere Verfahren, die am ehesten einem direktdemokratischen Ansatz entsprechen und, dem Prinzip der Ganzheitlichkeit folgend, Einfluss auf Ökonomie, Ökologie, Soziales und Kultur haben. Durch weitreichende Gestaltungsmöglichkeiten im Sinne der Generationengerechtigkeit kann über lokale Entscheidungen auch Einfluss auf globale Entwicklungen genommen werden.																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen Kommune BW, Kommune NRW, MoNaKo																
Validität	Die kommunale Wahlbeteiligung beschreibt exakt, wie hoch die Partizipation der wahlberechtigten Bevölkerung bei der entsprechenden Kommunalwahl war. Somit können die Ergebnisse als Ausdruck verstanden werden, wie inklusiv und repräsentativ kommunale Entscheidungsfindungsprozesse von der Bevölkerung wahrgenommen werden. Insbesondere der Aspekt der Ebenen umfassenden Repräsentation ist durch Kommunalwahlen als Wahlprozess der niedrigsten Verwaltungseinheiten erfüllt. Insgesamt bildet der Indikator das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																x
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der Wähler:innen}) / (\text{Anzahl der Wahlberechtigten}) * 100$																
Einheit	%																
Aussage	Die Wahlbeteiligung der Kommune liegt bei x Prozent.																
Indikatortyp	Typ II																

4.16.10 SDG 16 – Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen – Informelle Bürgerbeteiligung (Nr. 115)



Indikator	Informelle Bürgerbeteiligung																
(Primäres) Ziel	Friedliche und inklusive Gesellschaften für eine nachhaltige Entwicklung fördern, allen Menschen Zugang zur Justiz ermöglichen und leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und inklusive Institutionen auf allen Ebenen aufbauen (SDG 16)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist (SDG 16.7)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Bürgerbeteiligung und Bürgerengagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Inklusive Kommune																
Definition	Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	Informelle Bürgerbeteiligungsverfahren (z. B. Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen, Bürgerversammlungen, Runde Tische) beschreiben unterschiedliche, nicht gesetzlich fixierte Formen des bürgerschaftlichen Engagements. Sie sind darauf ausgerichtet, durch einen Austausch von Bürgerschaft und Entscheidungsträger:innen die politische Meinungs- und Entscheidungsbildung zu beeinflussen, und finden im Idealfall in den frühen Phasen der politischen Willensbildung statt. In solchen Fällen kann auch von einer stärker an den Bedarfen der Bürgerschaft orientierten Entscheidungsfindung ausgegangen werden. Als informelles plebiszitäres Instrument auf lokaler Ebene erfüllt ein hohes Maß an Beteiligungsverfahren das Prinzip des gemeinsamen Vorgehens.																
Herkunft	Vereinte Nationen								SDG 11								
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen								Kommune BW, MoNaKo								
Validität	Der Indikator liefert Informationen darüber, welche Bedeutung informelle Beteiligungsverfahren in der Kommune haben und kann daher Aufschluss darüber geben, wie partizipativ die Meinungs- und Entscheidungsfindung ist. Ob sie auch inklusiv und repräsentativ ist, hängt von der Ausgestaltung der gewählten Verfahren ab. Der Indikator bildet das Unterziel ohne Einschränkungen ab.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator								x								
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$																
Einheit	Informelle Beteiligungsverfahren je 1.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen gab es x informelle Bürgerbeteiligungen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.17.1 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele – Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit (Nr. 116)



Indikator	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren (SDG 17.3)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.a	2.a	3.c						9.5.2 9.5.5 9.a 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.16 17.18 17.19.2
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Weltoffene Kommune, Faire Kommune																
Definition	Ausgaben für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit je 10.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Zu den Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit zählen hier Ausgaben (auch aus erhaltenen Drittmitteln), die für Projekte der Kommune mit Partnern im Globalen Süden eingesetzt werden. Zentral ist dabei, dass eine konkrete Zusammenarbeit mit Partnern in mindestens einem der DAC-Länder realisiert wird, und dass die Förderung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung das Hauptziel dieses Engagements darstellt. Neben eigenen Projekten kann es sich hierbei auch um die Förderung von Projekten Dritter durch die Kommune handeln, die diesen Kriterien entsprechen. Der Indikator orientiert sich hierbei an den offiziellen Kriterien zur Official Development Assistance (ODA).</p> <p>Definition „Entwicklungszusammenarbeit“: Unter (kommunaler) Entwicklungszusammenarbeit wird hier eine direkte Zusammenarbeit zwischen der Kommune in Deutschland und Kommunen oder anderen Partnern in Ländern des Globalen Südens (DAC-Länder; DAC: Development Assistance Committee) in Form von Projekten verstanden. Die Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet somit die konkrete Zusammenarbeit mit und in Ländern des Globalen Südens als Teil der Entwicklungspolitik.</p> <p>Definition „Projekt“: Unter einem Projekt sollen hier Aktivitäten der kommunalen Verwaltung verstanden werden, die keine Regelaufgabe darstellen, ein klares Ziel im Bereich der Entwicklungspolitik verfolgen und zeitlich klar begrenzt sind. Dabei ist unerheblich, ob die Laufzeit einen Tag oder mehrere Jahre beträgt. Bei mehrjähriger Projektlaufzeit ist das Projekt nur im ersten Jahr zu zählen.</p> <p>Für den Indikator zu berücksichtigen sind sowohl eigene Projekte der Kommune, in Kooperation mit Dritten durchgeführte Projekte, mit Drittmitteln geförderte Projekte der Kommune oder auch durch die Kommune geförderte und von Dritten durchgeführte Projekte. Entscheidend ist, dass die Kommune das jeweilige Projekt aktiv mit finanziellen Mitteln (institutionell oder projektbezogen), mit sächlichen Mitteln (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten) oder mit personellen Mitteln (z. B. beratend) unterstützt hat. Die Kosten für das jeweilige Projekt müssen sich klar bestimmen und von laufenden Kosten abgrenzen lassen. Ob die Kommune ein Projekt aktiv aus den eigenen finanziellen Mitteln oder aus Spenden, Fördergeldern oder anderen Drittmitteln finanziert bzw. unterstützt, ist für die Zählung unerheblich.</p> <p>Bei Projektreihen zu einem gemeinsamen Thema oder einer an mehreren Terminen stattfindenden Veranstaltungsreihe ist mitunter nicht eindeutig, ob es sich um ein oder um mehrere Projekte handelt. Hier gilt daher folgendes: Finden die Veranstaltungen oder Projekte zum selben Thema bzw. unter einem übergeordneten Titel statt, dann zählen sie als ein Projekt. Veranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Titeln können hingegen als getrennte Projekte gezählt werden, auch dann, wenn sie regelmäßig mit denselben Partnern durchgeführt werden.</p> <p>Im Zweifelsfall ist ausschlaggebend, wie das Projekt in der Verwaltung angelegt ist. Wird etwa jede Veranstaltung separat abgerechnet, sind die Veranstaltungen auch getrennt als einzelne Projekte zu zählen. Eine gemeinsame Kostenstelle für die gesamte Veranstaltungsreihe spricht hingegen für eine Zählung als ein Gesamtprojekt.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen									UNSD							
	Europäische Union																
	Bund									DNS							
	Länder																
	Kommunen									KEpol, LHS							
Validität	Ausgaben für die Entwicklungszusammenarbeit sind darauf ausgerichtet, Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Die Validität des Indikators ist daher hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator									x							
Berechnung	(Summe der Ausgaben für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000																
Einheit	Euro je 10.000 Einwohner:innen																
Aussage	Die Ausgaben der Kommune für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit betragen x Euro je 10.000 Einwohner:innen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.17.2 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele – Ausgaben für Entwicklungspolitik (Nr. 117)



Indikator	Ausgaben für Entwicklungspolitik																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren (SDG 17.3)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.a	2.a	3.c						9.5.5 9.a 9.c	10.b			13.b		15.b.2		17.16
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte und Entwicklungszusammenarbeit je Einwohner:in																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Zu den Ausgaben für Entwicklungspolitik zählen alle Ausgaben, die für Projekte der Kommune mit einem Bezug zur Entwicklungspolitik ausgegeben werden. Wichtig ist hierbei nur der deutliche inhaltliche Bezug auf eine wirtschaftliche, politische oder soziale Entwicklung in Ländern des Globalen Südens, auch wenn es sich hierbei nur um ein Teilziel des Projektes handelt. Dem hier zugrunde gelegten Verständnis von kommunaler Entwicklungspolitik folgend, ist dieser Indikator deutlich weiter gefasst als sein Pendant „Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit“ und schließt auch Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte mit ein, die nicht auf eine direkte Zusammenarbeit und Wirkung in einem Land des Globalen Südens abzielen, allerdings einen deutlichen thematischen Bezug zur Entwicklungspolitik haben.</p> <p>Definition „Entwicklungspolitik“: Unter dem Begriff der Entwicklungspolitik werden hier alle Mittel und Maßnahmen verstanden, die eingesetzt bzw. ergriffen werden, um die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern.</p> <p>Definition „Projekt“: Unter einem Projekt sollen hier Aktivitäten der kommunalen Verwaltung verstanden werden, die keine Regelaufgabe darstellen, ein klares Ziel im Bereich der Entwicklungspolitik verfolgen und zeitlich klar begrenzt sind. Dabei ist unerheblich, ob die Laufzeit einen Tag oder mehrere Jahre beträgt. Bei mehrjähriger Projektlaufzeit ist das Projekt nur im ersten Jahr zu zählen.</p> <p>Auch die Kosten für das Projekt müssen sich klar bestimmen und von laufenden Kosten abgrenzen lassen. Hierbei kann es sich sowohl um eigene Projekte der Kommune, als auch Projekte in Kooperation mit Dritten oder Projekte von Dritten, die durch die Kommune gefördert werden, handeln. Die Kommune muss das Projekt dabei aktiv mit finanziellen Mitteln (institutionell oder projektbezogen), mit sächlichen Mitteln (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten) oder mit personellen Mitteln (z. B. beratend) unterstützt haben.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen									UNSD							
	Europäische Union																
	Bund									DNS							
	Länder									BW							
	Kommunen									KEpol, LHS							
Validität	Ausgaben für die Entwicklungspolitik sind darauf ausgerichtet, Entwicklungsländer bei der Erreichung ihrer Ziele zu unterstützen. Die Validität des Indikators ist daher hoch.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator																
	Input-/Output-Indikator									x							
Berechnung	(Summe der Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte in der Kommune (einschließlich der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit)) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000																
Einheit	Euro je 10.000 Einwohner:in																
Aussage	Die Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte der Kommune betragen x Euro je 10.000 Einwohner:innen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.17.3 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele – Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens (Nr. 118)



Indikator	Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG 17.16)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.a					6.a	7.b	8.3.1	9.5.2 9.a 9.c	10.b		12.a	13.b	14.7	15.b.2		17.18 17.19.2
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anzahl der Partnerschaften mit Partnern in Ländern des Globalen Südens je 10.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Die Bildung von globalen Partnerschaften für nachhaltige Entwicklung ist eine Kernbotschaft der Agenda 2030. Die Umsetzung der in der Agenda 2030 formulierten 17 globalen Nachhaltigkeitsziele gilt als Gemeinschaftsaufgabe. Alle Kommunen im Globalen Norden und Süden sind gleichermaßen angesprochen, einen Beitrag zu leisten – sowohl vor Ort in ihrer eigenen Kommune als auch in kommunalen Partnerschaften bzw. Projektpartnerschaften.</p> <p>Die Zahl der bestehenden Partnerschaften der Kommune mit Partnern (Kommunen oder zivilgesellschaftlichen Akteuren) in Ländern des Globalen Südens (gemäß der gültigen DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete; DAC: Development Assistance Committee) eignet sich daher gut als Indikator für das Engagement einer Kommune in diesen Ländern. Gezählt werden hier sowohl dauerhafte Partnerschaften (z. B. Städtepartnerschaften) sowie zeitlich begrenzte Projektpartnerschaften (z. B. im Rahmen eines Förderzeitraums).</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										KEpol, Kommune NRW						
Validität	Der Indikator bildet das Unterziel in Bezug auf den Globalen Süden direkt ab und besitzt daher eine hohe Validität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	$(\text{Anzahl der unbefristeten oder befristeten Partnerschaften in DAC-Ländern}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 10.000$																
Einheit	Zahl der Partnerschaften mit Partnern in Ländern des Globalen Südens je 10.000 Einwohner:innen																
Aussage	Es bestehen x Partnerschaften der Kommune in Ländern des Globalen Südens (DAC-Länder) je 10.000 Einwohner:innen.																
Indikatortyp	Typ II																

4.17.4 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele – Projekte mit Partnern in Ländern des Globalen Südens (Nr. 119)



Indikator	Projekte mit Partnern in Ländern des Globalen Südens																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG 17.16)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.a					6.a	7.b		9.5.2 9.a 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.18 17.19.2
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anzahl der mit Partnern in Ländern des Globalen Südens durchgeführten KEpol-Projekte im Verhältnis zur Einwohner:innenzahl																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Der wechselseitige Fachaustausch und die konkrete Umsetzung von Projekten sind Teil von kommunaler Partnerschaftsarbeit. Lokale Lösungsansätze zu globalen Fragen im Sinne der Agenda 2030 zu entwickeln und in Form von Projekten durchzuführen bedeutet die Übernahme von globaler Verantwortung in den jeweiligen kommunalen Fachbereichen. Der Indikator zählt entwicklungspolitische Projekte der Kommune mit Partnern in Ländern des Globalen Südens (gemäß der gültigen DAC-Liste der Entwicklungsländer und -gebiete; DAC: Development Assistance Committee).</p> <p>Definition „Projekt“: Unter einem Projekt sollen hier Aktivitäten der kommunalen Verwaltung verstanden werden, die keine Regelaufgabe darstellen, ein klares Ziel im Bereich der Entwicklungspolitik verfolgen, und zeitlich klar begrenzt sind. Dabei ist unerheblich, ob die Laufzeit einen Tag oder mehrere Jahre beträgt. Bei mehrjähriger Projektlaufzeit ist das Projekt nur im ersten Jahr zu zählen.</p> <p>Für den Indikator zu berücksichtigen sind sowohl eigene Projekte der Kommune, in Kooperation mit Dritten durchgeführte Projekte, mit Drittmitteln geförderte Projekte der Kommune oder auch durch die Kommune geförderte und von Dritten durchgeführte Projekte. Entscheidend ist, dass die Kommune das jeweilige Projekt aktiv mit finanziellen Mitteln (institutionell oder projektbezogen), mit sächlichen Mitteln (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten) oder mit personellen Mitteln (z. B. beratend) unterstützt hat. Die Kosten für das jeweilige Projekt müssen sich klar bestimmen und von laufenden Kosten abgrenzen lassen. Ob die Kommune ein Projekt aktiv aus den eigenen finanziellen Mitteln oder aus Spenden, Fördergeldern oder anderen Drittmitteln finanziert bzw. unterstützt, ist für die Zählung unerheblich.</p> <p>Bei Projektreihen zu einem gemeinsamen Thema oder einer an mehreren Terminen stattfindenden Veranstaltungsreihe ist mitunter nicht eindeutig, ob es sich um ein oder um mehrere Projekte handelt. Hier gilt daher folgendes: Finden die Veranstaltungen oder Projekte zum selben Thema bzw. unter einem übergeordneten Titel statt, dann zählen sie als ein Projekt. Halbjährlich stattfindende Netzwerktreffen oder Dialogreihen gelten daher als ein Projekt. Veranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Titeln können hingegen als getrennte Projekte gezählt werden, auch dann, wenn sie regelmäßig mit denselben Partnern durchgeführt werden.</p> <p>Im Zweifelsfall ist ausschlaggebend, wie das Projekt in der Verwaltung angelegt ist. Wird etwa jede Veranstaltung separat abgerechnet, sind die Veranstaltungen auch getrennt als einzelne Projekte zu zählen. Eine gemeinsame Kostenstelle für die gesamte Veranstaltungsreihe spricht hingegen für eine Zählung als ein Gesamtprojekt.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen										KEpol						
Validität	Der Indikator bildet das Unterziel in Bezug auf den Globalen Süden direkt ab und besitzt daher eine hohe Validität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator										x						
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Anzahl der Projekte innerhalb von unbefristeten oder befristeten Partnerschaften in DAC-Ländern) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000																
Einheit	Anzahl der innerhalb von Partnerschaften in Ländern des Globalen Südens durchgeführten Projekte je 1.000 Einwohner:innen																
Aussage	Die Kommune führt x Projekte mit Partnern in Ländern des Globalen Südens je 1.000 Einwohner:innen durch.																
Indikatortyp	Typ II																

4.17.5 SDG 17 – Partnerschaften zur Erreichung der Ziele – Entwicklungspolitische Projekte (Nr. 120)



Indikator	Entwicklungspolitische Projekte																
(Primäres) Ziel	Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen (SDG 17)																
(Primäres) Unterziel / Zielvorgabe	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen (SDG 17.16)																
(Primäres) Teilziel																	
Bezug zu weiteren Zielen, Unter- und Teilzielen	1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
	1.a					6.a	7.b		9.5.2 9.a 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.18 17.19.2
Bezug zu Dimensionen und Themen der nachhaltigen Entwicklung	Governance – Eine-Welt-Engagement																
Bezug zu Agenden oder Leitbildern der nachhaltigen Entwicklung	Faire Kommune																
Definition	Anzahl der entwicklungspolitischen Projekte, an denen die Kommune im Berichtsjahr beteiligt war, je 1.000 Einwohner:innen																
Nachhaltigkeitsrelevanz	<p>Wir fassen unter Entwicklungspolitik alle Mittel und Maßnahmen, die eingesetzt bzw. ergriffen werden, um die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern. Dieser Indikator ist also weiter gefasst als „Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit“ und schließt auch Projekte und Aktivitäten in der eigenen Kommune mit ein. Der Indikator bezieht sich somit auf alle Projekte der Kommune, unabhängig davon, ob ihre Umsetzung in der Kommune, oder in anderen Ländern erfolgt, deren Wirkung geeignet ist die wirtschaftliche, soziale und politische Entwicklung der Entwicklungsländer zu fördern.</p> <p>Definition „Projekt“: Unter einem Projekt sollen hier Aktivitäten der kommunalen Verwaltung verstanden werden, die keine Regelaufgabe darstellen, ein klares Ziel im Bereich der Entwicklungspolitik verfolgen, und zeitlich klar begrenzt sind. Dabei ist unerheblich, ob die Laufzeit einen Tag oder mehrere Jahre beträgt. Bei mehrjähriger Projektlaufzeit ist das Projekt nur im ersten Jahr zu zählen.</p> <p>Für den Indikator zu berücksichtigen sind sowohl eigene Projekte der Kommune, in Kooperation mit Dritten durchgeführte Projekte, mit Drittmitteln geförderte Projekte der Kommune oder auch durch die Kommune geförderte und von Dritten durchgeführte Projekte. Entscheidend ist, dass die Kommune das jeweilige Projekt aktiv mit finanziellen Mitteln (institutionell oder projektbezogen), mit sächlichen Mitteln (z. B. Bereitstellung von Räumlichkeiten) oder mit personellen Mitteln (z. B. beratend) unterstützt hat. Die Kosten für das jeweilige Projekt müssen sich klar bestimmen und von laufenden Kosten abgrenzen lassen. Ob die Kommune ein Projekt aktiv aus den eigenen finanziellen Mitteln oder aus Spenden, Fördergeldern oder anderen Drittmitteln finanziert bzw. unterstützt, ist für die Zählung unerheblich.</p> <p>Bei Projektreihen zu einem gemeinsamen Thema oder einer an mehreren Terminen stattfindenden Veranstaltungsreihe ist mitunter nicht eindeutig, ob es sich um ein oder um mehrere Projekte handelt. Hier gilt daher folgendes: Finden die Veranstaltungen oder Projekte zum selben Thema bzw. unter einem übergeordneten Titel statt, dann zählen sie als ein Projekt. Halbjährlich stattfindende Netzwerktreffen oder Dialogreihen gelten daher als ein Projekt. Veranstaltungen mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten und Titeln können hingegen als getrennte Projekte gezählt werden, auch dann, wenn sie regelmäßig mit denselben Partnern durchgeführt werden.</p> <p>Im Zweifelsfall ist ausschlaggebend, wie das Projekt in der Verwaltung angelegt ist. Wird etwa jede Veranstaltung separat abgerechnet, sind die Veranstaltungen auch getrennt als einzelne Projekte zu zählen. Eine gemeinsame Kostenstelle für die gesamte Veranstaltungsreihe spricht hingegen für eine Zählung als ein Gesamtprojekt.</p>																
Herkunft	Vereinte Nationen																
	Europäische Union																
	Bund																
	Länder																
	Kommunen																
	KEpol																
Validität	Der Indikator bildet das Unterziel in Bezug auf den Globalen Süden direkt ab und besitzt daher eine hohe Validität.																
Funktion	Output-, Outcome- oder Impact-Indikator									x							
	Input-/Output-Indikator																
Berechnung	(Anzahl der entwicklungspolitischen Projekte, die institutionell, finanziell oder beratend von der Kommune unterstützt werden)/(Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000																
Einheit	Entwicklungspolitische Projekte je 10.000 Einwohner:innen																
Aussage	Je 1.000 Einwohner:innen wurden x Projekte mit Bezug zur Entwicklungspolitik durchgeführt, an denen die Kommune beteiligt war.																
Indikatortyp	Typ II																

5

Übersichten der SDG-Indikatoren für Kommunen

Dr. Jasmin Jossin / Oliver Peters / Philipp Holz / Dr. Busso Grabow, Deutsches Institut für Urbanistik

5.1 SDG-Indikatoren für Kommunen – Beschreibungen

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
1	Keine Armut	1.1	Bis 2030 die extreme Armut - gegenwärtig definiert als der Anteil der Menschen, die mit weniger als 1,25 Dollar pro Tag auskommen müssen - für alle Menschen überall auf der Welt beseitigen			
		1.2	Bis 2030 den Anteil der Männer, Frauen und Kinder jeden Alters, die in Armut in all ihren Dimensionen nach der jeweiligen nationalen Definition leben, mindestens um die Hälfte senken		siehe Indikator 52	
		1.3.1	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes	1	SGB II-/SGB XII-Quote	Kommune BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
		1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	2	Armut - Kinderarmut	LHS
		1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	3	Armut - Jugendarmut	Destatis, LHS
		1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	4	Armut - Altersarmut	Destatis
		1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	5	Materielle Deprivation	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis, NRW
		1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	6	Wohnungslosigkeit	UNSD
		1.5.1	Bis 2030 die Widerstandsfähigkeit der Armen und der Menschen in prekären Situationen erhöhen			
		1.5.2	Bis 2030 die Exposition und Anfälligkeit der Armen und Menschen in prekären Situationen gegenüber klimabedingten Extremereignissen und anderen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Schocks und Katastrophen verringern			siehe Indikator 86
		1.a	Eine erhebliche Mobilisierung von Ressourcen aus einer Vielzahl von Quellen gewährleisten, einschließlich durch verbesserte Entwicklungszusammenarbeit, um den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern ausreichende und berechenbare Mittel für die Umsetzung von Programmen und Politiken zur Beendigung der Armut in all ihren Dimensionen bereitzustellen			siehe Indikatoren 116-120
2	Kein Hunger	2.1.1	Bis 2030 den Hunger beenden			
		2.2.1	Bis 2030 alle Formen der Mangelernährung beenden	7	Kinder mit Fehler-nährung	UNSD, Destatis
		2.2.2	Bis 2025 die international vereinbarten Zielvorgaben in Bezug auf Wachstums-hemmung und Auszehrung bei Kindern unter 5 Jahren erfüllen			
		2.2.3	Bis 2030 die Ernährungsbedürfnisse von heranwachsenden Mädchen, schwangeren und stillenden Frauen und älteren Menschen erfüllen			siehe Indikator 7
		2.3	Bis 2030 die landwirtschaftliche Produktivität und die Einkommen von kleinen Nahrungsmittelproduzenten, insbesondere landwirtschaftlichen Familienbetrieben, verdoppeln, unter anderem durch den sicheren und gleichberechtigten Zugang zu Grund und Boden, anderen Produktionsressourcen und Betriebsmitteln, Wissen, Finanzdienstleistungen, Märkten sowie Möglichkeiten für Wertschöpfung und außerlandwirtschaftliche Beschäftigung			siehe Indikator 7
		2.4.1	Bis 2030 die Nachhaltigkeit der Systeme der Nahrungsmittelproduktion sicherstellen			siehe Indikator 8

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
$\frac{((\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB II}) + (\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB XII im Alter von unter 65 Jahren})) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von 0 bis unter 65 Jahren}) * 100}{}$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$\frac{((\text{Anzahl der nicht-erwerbsfähigen Leistungsbezieher:innen unter 15 Jahre}) + (\text{Anzahl der Nicht-Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre})) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von unter 15 Jahren}) * 100}{}$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$\frac{((\text{Anzahl der Leistungsbezieher:innen im Alter von 15-17 Jahren}) + (\text{Anzahl der Nicht-Leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren})) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 15-17 Jahren}) * 100}{}$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$\frac{(\text{Anzahl der Bezieher:innen von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter ab 65 Jahren}) * 100}{}$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$\frac{(\text{Anzahl der materiell deprivierten Einwohner:innen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100}{}$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$\frac{(\text{Anzahl der wohnungslosen Einwohner:innen}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100}{}$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$\frac{((\text{Anzahl der übergewichtigen Kinder im Schuleingangsjahr}) + (\text{Anzahl der untergewichtigen Kinder im Schuleingangsjahr})) / (\text{Anzahl der Kinder im Schuleingangsjahr}) * 100}{}$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
2	Kein Hunger	2.4.2	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern	8	Ökologischer Landbau	UNSD, Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW, NRW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
		2.4.2	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern	9	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	SDSN, Eurostat, DNS, NRW, LHS, MoNaKo
		2.5.1	Bis 2020 die genetische Vielfalt von Saatgut, Kulturpflanzen sowie Nutz- und Haustieren und ihren wildlebenden Artverwandten bewahren, unter anderem durch gut verwaltete und diversifizierte Saatgut- und Pflanzenbanken auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene			
		2.a	Die Investitionen in die ländliche Infrastruktur, die Agrarforschung und landwirtschaftliche Beratungsdienste, die Technologieentwicklung sowie Genbanken für Pflanzen und Nutztiere erhöhen, unter anderem durch verstärkte internationale Zusammenarbeit, um die landwirtschaftliche Produktionskapazität in den Entwicklungsländern und insbesondere den am wenigsten entwickelten Ländern zu verbessern		siehe Indikatoren 116, 117	
3	Gesundheit und Wohlergehen	3.1	Bis 2030 die weltweite Müttersterblichkeit auf unter 70 je 100.000 Lebendgeburten senken			
		3.2	Bis 2030 den vermeidbaren Todesfällen bei Neugeborenen und Kindern unter 5 Jahren ein Ende setzen, mit dem von allen Ländern zu verfolgenden Ziel, die Sterblichkeit bei Neugeborenen mindestens auf 12 je 1.000 Lebendgeburten und bei Kindern unter 5 Jahren mindestens auf 25 je 1.000 Lebendgeburten zu senken			
		3.3.1	Bis 2030 die Aids-, Tuberkulose- und Malariaepidemien, vernachlässigte Tropenkrankheiten, Hepatitis und durch Wasser übertragene Krankheiten bekämpfen			
		3.3.2	Bis 2030 andere übertragbare Krankheiten (neben Aids-, Tuberkulose- und Malariaepidemien, vernachlässigte Tropenkrankheiten, Hepatitis und durch Wasser übertragene Krankheiten) bekämpfen		siehe Indikatoren 10, 11, 13, 15	
		3.4.1	Bis 2030 die Frühsterblichkeit aufgrund von nichtübertragbaren Krankheiten durch Prävention und Behandlung um ein Drittel senken			
		3.4.2	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	10	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen	DNS, BW, NRW
		3.4.2	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	11	Vorzeitige Sterblichkeit - Männer	DNS, BW, NRW
		3.4.2	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	12	Lärmbelastung	Eurostat, Eurostat SDI, BW, NRW, LHS, MoNaKo
		3.5	Die Prävention und Behandlung des Substanzmissbrauchs, namentlich des Suchstoffmissbrauchs und des schädlichen Gebrauchs von Alkohol, verstärken			
		3.6	Bis 2020 die Zahl der Todesfälle und Verletzungen infolge von Verkehrsunfällen weltweit halbieren		siehe Indikatoren 10, 11, 14, 60, 63, 66	
		3.7.1	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sexual- und reproduktionsmedizinischer Versorgung, einschließlich Familienplanung, Information und Aufklärung gewährleisten			
		3.8.1	Die allgemeine Gesundheitsversorgung, einschließlich der Absicherung gegen finanzielle Risiken für alle erreichen			
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	13	Wohnungsnaher Grundversorgung - Hausarzt	BW
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	14	Krankenhausversorgung	-
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	15	Wohnungsnaher Grundversorgung - Apotheke	-
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	16	Personal in Pflegeheimen	-
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	17	Personal in Pflegediensten	-
		3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	18	Pflegeheimplätze	LHS
		3.8.3	Den Zugang zu sicheren, wirksamen, hochwertigen und bezahlbaren unentbehrlichen Arzneimitteln und Impfstoffen für alle erreichen			
		3.9.1	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund gefährlicher Chemikalien erheblich verringern			
		3.9.2	Bis 2030 die Zahl der Todesfälle und Erkrankungen aufgrund der Verschmutzung und Verunreinigung von Luft, Wasser und Boden erheblich verringern.	19	Immission von Luftschadstoffen	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW, NRW
		3.a	Die Durchführung des Rahmenübereinkommens der Weltgesundheitsorganisation zur Eindämmung des Tabakgebrauchs in allen Ländern nach Bedarf stärken			
		3.b.3	Den Zugang zu Medikamenten für alle gewährleisten			
3.c	Die Gesundheitsfinanzierung und die Rekrutierung, Aus- und Weiterbildung und Bindung von Gesundheitsfachkräften in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern und den kleinen Inselentwicklungsländern deutlich erhöhen		siehe Indikatoren 116, 117			

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
(Landwirtschaftlich genutzte Fläche mit ökologischem Landbau) / (Landwirtschaftlich genutzte Fläche) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Stickstoffüberschuss) * 1000 / (Landwirtschaftlich genutzte Fläche)	Universität Gießen	xxx	xxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der Todesfälle bei Frauen im Alter von unter 70 Jahren) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der Todesfälle bei Männern im Alter von unter 70 Jahren) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der Betroffenen mit einer über 24 Stunden gemittelten Lärmbelastung von Lden > 65 dB(A)) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 100 bzw. (Anzahl der Betroffenen mit einer nächtlichen Lärmbelastung von Lnight > 55 dB(A)) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xx	xxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 100.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke	Bundesapothekenregister / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xx	xxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Personal in Pflegeheimen) / (Anzahl der voll- und teilstationär Pflegebedürftigen) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Personal in ambulanten Pflegediensten) / ((Anzahl der ambulant Pflegebedürftigen) + (Anzahl der Pflegegeldempfänger))	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der verfügbaren voll- und teilstationären Plätze in Pflegeheimen) / (Anzahl der Einwohner:innen im Alter ab 65 Jahre) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
Jahresmittelwerte der Luftschadstoffe Feinstaub (PM ₁₀ , PM _{2,5}), Stickstoffdioxid und Ozon	Umweltbundesamt	xxx	xxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
		3.d	Die Kapazitäten aller Länder, insbesondere der Entwicklungsländer, in den Bereichen Frühwarnung, Risikominderung und Management nationaler und globaler Gesundheitsrisiken stärken			
4	Hochwertige Bildung	4.1	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt	20	Wohnungsnaher Grundversorgungs- Grundschule	MoNaKo
		4.1	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt	21	Schulabbrecherquote	UNSD, Eurostat, DNS, BW, NRW, Kommune NRW, MoNaKo
		4.2	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind	22	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	UNSD, DNS, BW, NRW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
		4.2	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind	23	Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	-
		4.3	Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang aller Frauen und Männer zu einer erschwinglichen und hochwertigen fachlichen, beruflichen und tertiären Bildung einschließlich universitärer Bildung gewährleisten		siehe Indikator 47	
		4.4	Bis 2030 die Zahl der Jugendlichen und Erwachsenen wesentlich erhöhen, die über die entsprechenden Qualifikationen einschließlich fachlicher und beruflicher Qualifikationen für eine Beschäftigung, eine menschenwürdige Arbeit und Unternehmertum verfügen	24	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	SDSN, Eurostat, Eurostat SDI, DNS, NRW, BW, Kommunale NRW, Urban Audi
		4.5.1	Bis 2030 geschlechtsspezifische Disparitäten in der Bildung beseitigen			
		4.5.2	Bis 2030 den gleichberechtigten Zugang der Schwachen in der Gesellschaft, namentlich von Menschen mit Behinderungen, Angehörigen indigener Völker und Kindern in prekären Situationen, zu allen Bildungs- und Ausbildungsebenen gewährleisten		siehe Indikator 20, 51	
		4.6	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Jugendlichen und ein erheblicher Anteil der männlichen und weiblichen Erwachsenen lesen, schreiben und rechnen lernen		siehe Indikator 20, 21	
		4.7	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, [...]	25	Nachhaltige Schulen	KEPol
		4.7	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Lernenden die notwendigen Kenntnisse und Qualifikationen zur Förderung nachhaltiger Entwicklung erwerben, unter anderem durch Bildung für nachhaltige Entwicklung und nachhaltige Lebensweisen, [...]	26	Nachhaltige Kindertageseinrichtungen	KEPol
		4.a	Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten	27	Integrative Kindertageseinrichtungen	-
5	Geschlechtergleichstellung	5.1	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	28	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	SDSN, Eurostat, Eurostat SDG, BW, LHS
		5.1	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	29	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	SDSN, Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis, BW, NRW
		5.2	Alle Formen von Gewalt gegen alle Frauen und Mädchen im öffentlichen und im privaten Bereich einschließlich des Menschenhandels und sexueller und anderer Formen der Ausbeutung beseitigen			
		5.3	Alle schädlichen Praktiken wie Kinderheirat, Frühverheiratung und Zwangsheirat sowie die Genitalverstümmelung bei Frauen und Mädchen beseitigen			
		5.4	Unbezahlte Pflege- und Hausarbeit durch die Bereitstellung öffentlicher Dienstleistungen und Infrastrukturen, Sozialschutzmaßnahmen und die Förderung geteilter Verantwortung innerhalb des Haushalts und der Familie entsprechend den nationalen Gegebenheiten anerkennen und wertschätzen		siehe Indikator 22	
		5.5	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	30	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	UNSD, SDNS, Eurostat, Eurostat SDI, Destatis, BW, Kommune BW, LHS, MoNaKo
		5.5	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	31	Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung	Eurostat, NRW, MoNaKo
		5.5	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	32	Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen	UNSD, Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW, NRW, MoNaKo
		5.6	Den allgemeinen Zugang zu sexueller und reproduktiver Gesundheit und reproduktiven Rechten gewährleisten, wie im Einklang mit dem Aktionsprogramm der Internationalen Konferenz über Bevölkerung und Entwicklung, der Aktionsplattform von Beijing und den Ergebnisdokumenten ihrer Überprüfungs Konferenzen vereinbart			
		5.a	Reformen durchführen, um Frauen die gleichen Rechte auf wirtschaftliche Ressourcen sowie Zugang zu Grundeigentum und zur Verfügungsgewalt über Grund und Boden und sonstige Vermögensformen, zu Finanzdienstleistungen, Erbschaften und natürlichen Ressourcen zu verschaffen, im Einklang mit den nationalen Rechtsvorschriften			

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xxx	xxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl der Schulabgänger:innen}) * 100$	Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren}) * 100$	Statistische Ämter der Länder	xx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
Personalschlüssel für Krippengruppen im Alter von unter 3 Jahren	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$(\text{Anzahl der 30- bis 34-Jährigen mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 30 bis 34 Jahren}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$(\text{Anzahl der Schulen mit Nachhaltigkeitszertifikat}) / (\text{Anzahl der Schulen}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$(\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen mit Nachhaltigkeitszertifikat}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$(\text{Anzahl der integrativen Kindertageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xxx	xxxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I
$((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) / ((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Männer am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Männer im Alter von 15 bis 64 Jahre})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) / (\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Frauen mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) / (\text{Anzahl der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) * 100$	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Frauen in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung}) / (\text{Anzahl der Führungskräfte der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$(\text{Anzahl der Frauen in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen}) / (\text{Anzahl der Führungskräfte der kommunalen Unternehmen}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators				
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators		
		5.b	Die Nutzung von Grundlagentechnologien, insbesondere der Informations- und Kommunikationstechnologien, verbessern, um die Selbstbestimmung der Frauen zu fördern		siehe Indikator 113			
		5.c.1	Eine solide Politik zur Förderung der Gleichstellung der Geschlechter und der Selbstbestimmung aller Frauen und Mädchen auf allen Ebenen beschließen und verstärken					
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	6.1	Bis 2030 den allgemeinen und gerechten Zugang zu einwandfreiem und bezahlbarem Trinkwasser für alle erreichen					
		6.2	Bis 2030 den Zugang zu einer angemessenen und gerechten Sanitärversorgung und Hygiene für alle erreichen und der Notdurftverrichtung im Freien ein Ende setzen, unter besonderer Beachtung der Bedürfnisse von Frauen und Mädchen und von Menschen in prekären Situationen					
		6.3.1	Bis 2030 die Wasserqualität durch Verringerung der Verschmutzung, Beendigung des Einbringens und Minimierung der Freisetzung gefährlicher Chemikalien und Stoffe weltweit verbessern	33	Nitrat im Grundwasser	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW, NRW, MoNaKo		
		6.3.2	Bis 2030 die Wasserqualität durch Halbierung des unbehandelten Abwassers weltweit verbessern		siehe Indikator 34			
		6.3.3	Bis 2030 die Wasserqualität durch eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern	34	Abwasserbehandlung	UNSD, Eurostat, Destatis, LHS		
		6.4	Bis 2030 die Effizienz der Wassernutzung in allen Sektoren wesentlich steigern und eine nachhaltige Entnahme und Bereitstellung von Süßwasser gewährleisten, um der Wasserknappheit zu begegnen und die Zahl der unter Wasserknappheit leidenden Menschen erheblich zu verringern		siehe Indikator 76, 77, 82, 83			
		6.5	Bis 2030 auf allen Ebenen eine integrierte Bewirtschaftung der Wasserressourcen umsetzen, gegebenenfalls auch mittels grenzüberschreitender Zusammenarbeit					
		6.6	Bis 2020 wasserverbundene Ökosysteme schützen und wiederherstellen, darunter Berge, Wälder, Feuchtgebiete, Flüsse, Grundwasserleiter und Seen		siehe Indikator 99			
		6.a	Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit und die Unterstützung der Entwicklungsländer beim Kapazitätsaufbau für Aktivitäten und Programme im Bereich der Wasser- und Sanitärversorgung ausbauen, einschließlich der Wassersammlung und -speicherung, Entsalzung, effizienten Wassernutzung, Abwasserbehandlung, Wiederaufbereitungs- und Wiederverwendungstechnologien		siehe Indikatoren 118-120			
		6.b	Die Mitwirkung lokaler Gemeinwesen an der Verbesserung der Wasserbewirtschaftung und der Sanitärversorgung unterstützen und verstärken					
		7	Bezahlbare und saubere Energie	7.1	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu bezahlbaren, verlässlichen und modernen Energiedienstleistungen sichern		siehe Indikator 113	
				7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen	35	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoenergieverbrauch	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis, BW, Kommune BW, LHS
7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen			36	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Quellen am Bruttostromverbrauch	UNSD, SDSN, Eurostat, DNS, BW, NRW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo		
7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen			37	Strom aus Windkraft	NRW		
7.2	Bis 2030 den Anteil erneuerbarer Energie am globalen Energiemix deutlich erhöhen			38	Strom aus Photovoltaik	NRW, Kommune BW		
7.3	Bis 2030 die weltweite Steigerungsrate der Energieeffizienz verdoppeln			39	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung	-		
7.a.1	Bis 2030 die internationale Zusammenarbeit verstärken, um den Zugang zur Forschung und Technologie im Bereich saubere Energie, namentlich erneuerbare Energie, Energieeffizienz sowie fortschrittliche und saubere Technologien für fossile Brennstoffe, zu erleichtern							
7.a.2	Bis 2030 Investitionen in die Energieinfrastruktur und saubere Energietechnologien fördern			40	Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien	-		
7.b	Bis 2030 die Infrastruktur ausbauen und die Technologie modernisieren, um in den Entwicklungsländern und insbesondere in den am wenigsten entwickelten Ländern, den kleinen Inselentwicklungsländern und den Binnenentwicklungsländern im Einklang mit ihren jeweiligen Unterstützungsprogrammen moderne und nachhaltige Energiedienstleistungen für alle bereitzustellen				siehe Indikatoren 118-120			
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	8.1.1	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten	41	Bruttoinlandsprodukt	UNSD, Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis, BW, NRW, LHS, MoNaKo		
		8.1.2	Insbesondere ein jährliches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von mindestens 7 Prozent in den am wenigsten entwickelten Ländern aufrechterhalten					
		8.2	Eine höhere wirtschaftliche Produktivität durch Diversifizierung, technologische Modernisierung und Innovation erreichen, einschließlich durch Konzentration auf mit hoher Wertschöpfung verbundene und arbeitsintensive Sektoren		siehe Indikatoren 46-49			
		8.3.1	Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die produktive Tätigkeiten, die Schaffung menschenwürdiger Arbeitsplätze, Unternehmertum, Kreativität und Innovation unterstützen		siehe Indikatoren 73, 74, 107, 118			
		8.3.2	Entwicklungsorientierte Politiken fördern, die Formalisierung und das Wachstum von Kleinst-, Klein- und Mittelunternehmen unter anderem durch den Zugang zu Finanzdienstleistungen begünstigen					

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
(Anzahl der Messstellen mit Überschreitung des Grenzwertes für Nitrat) / (Anzahl der Messstellen) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird) / (Abwassermenge) * 100	Statistische Ämter der Länder	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Strombereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttostromverbrauch) * 100	-	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ II
(Energiebereitstellung durch erneuerbare Energien) / (Bruttoendenergieverbrauch) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Installierte Windenergie-Leistung) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Betreiber-Datenbasis / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Installierte Photovoltaik-Leistung) / (Anzahl der Einwohner:innen)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Straßenleuchten mit LED-Technik) / (Anzahl der Straßenleuchten) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Investitions- und Förderausgaben für den Ausbau erneuerbarer Energien) / (Kommunale Ausgaben) * 100	-	xxx	xx	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Bruttoinlandsprodukt) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	8.4.1	Bis 2030 die weltweite Ressourceneffizienz in Konsum und Produktion Schritt für Schritt verbessern, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen		siehe Indikatoren 76, 80, 82-85	
		8.4.2	Bis 2030 die Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Umweltzerstörung anstreben, im Einklang mit dem Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, wobei die entwickelten Länder die Führung übernehmen		siehe Indikatoren 82-85	
		8.5.1	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen	42	Langzeitarbeitslosenquote	Eurostat, Eurostat SDI, BW, LHS, MoNaKo
		8.5.1	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen	43	Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige	Eurostat SDI, DNS, BW, Kommune BW, Kommune NRW, LHS
		8.5.1	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen	44	Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige	DNS, NRW, Kommune NRW, MoNaKo
		8.5.2	Bis 2030 gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen	45	Aufstocker	LHS, MoNaKo
		8.6	Bis 2020 den Anteil junger Menschen, die ohne Beschäftigung sind und keine Schul- oder Berufsausbildung durchlaufen, erheblich verringern		siehe Indikatoren 21, 51	
		8.7.2	Bis 2025 jeder Form von Kinderarbeit ein Ende setzen			
		8.8.1	Die Arbeitsrechte schützen		siehe Indikatoren 73, 74, 82	
		8.9	Bis 2030 Politiken zur Förderung eines nachhaltigen Tourismus erarbeiten und umsetzen, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert		siehe Indikator 102	
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	9.1	Eine hochwertige, verlässliche, nachhaltige und widerstandsfähige Infrastruktur aufbauen, einschließlich regionaler und grenzüberschreitender Infrastruktur, um die wirtschaftliche Entwicklung und das menschliche Wohlergehen zu unterstützen, und dabei den Schwerpunkt auf einen erschwinglichen und gleichberechtigten Zugang für alle legen		siehe Indikatoren 62, 63, 104, 113	
		9.4	Bis 2030 die Infrastruktur modernisieren und die Industrien nachrüsten, um sie nachhaltig zu machen, mit effizienterem Ressourceneinsatz und unter vermehrter Nutzung sauberer und umweltverträglicher Technologien und Industrieprozesse, wobei alle Länder Maßnahmen entsprechend ihren jeweiligen Kapazitäten ergreifen		siehe Indikatoren 34, 37, 38, 40, 81, 82, 83, 91-93, 113	
		9.5.1	Die wissenschaftliche Forschung verbessern			
		9.5.2	Technologische Kapazitäten der Industriesektoren in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern ausbauen		siehe Indikatoren 116, 118-120	
		9.5.3	Bis 2030 Innovationen fördern	46	Existenzgründungen	LHS, MoNaKo
		9.5.3	Bis 2030 Innovationen fördern	47	Hochqualifizierte	LHS, MoNaKo
		9.5.4	Bis 2030 die Anzahl der im Bereich Forschung und Entwicklung tätigen Personen je 1 Million Menschen beträchtlich erhöhen		siehe Indikator 47	
		9.5.5	Bis 2030 die öffentlichen und privaten Ausgaben für Forschung und Entwicklung beträchtlich erhöhen		siehe Indikator 116, 117	
		9.a	Die Entwicklung einer nachhaltigen und widerstandsfähigen Infrastruktur in den Entwicklungsländern durch eine verstärkte finanzielle, technologische und technische Unterstützung der afrikanischen Länder, der am wenigsten entwickelten Länder, der Binnenentwicklungsländer und der kleinen Inselentwicklungsländer erleichtern		siehe Indikatoren 116-120	
		9.b	Die einheimische Technologieentwicklung, Forschung und Innovation in den Entwicklungsländern unterstützen, einschließlich durch Sicherstellung eines förderlichen politischen Umfelds, unter anderem für industrielle Diversifizierung und Wertschöpfung im Rohstoffbereich			
		9.c.1	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern	48	Breitbandversorgung - Private Haushalte	Destatis, MoNaKo
		9.c.1	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern	49	Breitbandversorgung - Unternehmen	-
		9.c.2	Bis 2020 Bereitstellung eines allgemeinen und erschwinglichen Zugangs zum Internet in den am wenigsten entwickelten Ländern anstreben			
10	Weniger Ungleichheiten	10.2.2	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern	50	Beschäftigungsquote - Ausländer	BW, NRW, LHS
		10.2.2	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern	51	Schulabbrecherquote - Ausländer	BW

Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
		Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
$(\text{Anzahl der Arbeitslosen mit Dauer der Arbeitslosigkeit} > 1 \text{ Jahr}) / ((\text{Anzahl der Arbeitslosen}) + (\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 55 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 55 bis 64 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Bezieher}) / (\text{Anzahl der ALG II-Bezieher}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort}) / (\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Haushalte mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl der Haushalte}) * 100$	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$(\text{Anzahl der Unternehmen mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl der Unternehmen}) * 100$	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
$((\text{Anzahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Ausländer:innen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) / ((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner:innen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
$((\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger:innen insgesamt})) / ((\text{Anzahl Schulabgänger:innen ohne Hauptschulabschluss insgesamt}) / (\text{Anzahl Schulabgänger:innen insgesamt})) * 100$	Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
10	Weniger Ungleichheiten	10.3.2	Chancengleichheit gewährleisten und Ungleichheit der Ergebnisse reduzieren, namentlich durch Abschaffung diskriminierender Politiken und Praktiken und die Förderung geeigneter politischer und sonstiger Maßnahmen in dieser Hinsicht			
		10.4	Politische Maßnahmen beschließen, insbesondere fiskalische, lohnpolitische und den Sozialschutz betreffende Maßnahmen, und schrittweise größere Gleichheit erzielen	52	Einkommensverteilung - Gini-Koeffizient	SDSN, DNS, NRW, MoNaKo
		10.7	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik	53	Projekte mit migrantischen Organisationen	-
		10.7	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik	54	Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	KEpol
		10.7	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik	55	Einbürgerungen	KEpol
		10.b	Öffentliche Entwicklungshilfe und Finanzströme einschließlich ausländischer Direktinvestitionen in die Staaten fördern, in denen der Bedarf am größten ist, insbesondere in die am wenigsten entwickelten Länder, die afrikanischen Länder, die kleinen Inselentwicklungsländer und die Binnenentwicklungsländer, im Einklang mit ihren jeweiligen nationalen Plänen und Programmen			siehe Indikatoren 116-120
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	56	Mietpreise	LHS
		11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	57	Überlastung durch Wohnkosten	DNS, BW
		11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	58	Wohnfläche	-
		11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	59	Wohnungsnaher Grundversorgung - Supermarkt	-
		11.1.2	Bis 2030 Slums beseitigen			
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	60	Modal Split	SDG 11, BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	61	PKW-Dichte	Kommune BW, Kommune NRW, LHS
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	62	Bestand an PKW mit Elektroantrieb	-
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	63	Radwegenetz	MoNaKo, Urban Audit
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	64	ÖPNV - Nahversorgung mit Haltestellen	-
		11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	65	ÖPNV - Erreichbarkeit von Mittel-/Oberzentren	-
		11.2.2	Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	66	Verunglückte im Verkehr	UNSD, Eurostat, Destatis, BW, Kommune NRW, LHS, MoNaKo
		11.3.1	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten	67	Flächeninanspruchnahme	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis, BW, Kommune BW, Kommune NRW
		11.3.1	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten	68	Flächennuinanspruchnahme	DNS, BW, NRW, Kommune NRW
		11.3.1	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten	69	Flächennutzungsinintensität	Destatis, Kommune NRW
		11.3.2	Bis 2030 die Kapazitäten für eine partizipatorische, integrierte und nachhaltige Siedlungsplanung und -steuerung in allen Ländern verstärken			siehe Indikator 67
11.4	Die Anstrengungen zum Schutz und zur Wahrung des Weltkultur- und -naturerbes verstärken					

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
Gini-Koeffizient Einkommen nach Sozialtransfer	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
((Anzahl der Projekte mit migrantischen Organisationen (eingetragene Vereine)) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Menschen mit Migrationshintergrund mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag) / (Anzahl der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Einbürgerungen im jeweiligen Jahr) / (Anzahl der Einwohner:innen des Vorjahres) * 100	Statistische Ämter der Länder	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
Durchschnittliche Nettokaltmiete je m ²	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xxx	xxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Anteil der Personen, die in Haushalten leben, die mehr als 40 % ihres verfügbaren Haushaltseinkommens für Wohnen ausgeben) / (Anzahl der Einwohner:innen)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Wohnfläche) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter der Länder	xx	xxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	xx	xxx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Aufkommen Fußverkehr, Radverkehr und Öffentlicher Personennahverkehr) / (Verkehrsaufkommen insgesamt) * 100	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Personenkraftwagen) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der privat zugelassenen Personenkraftwagen mit Elektroantrieb (einschließlich Plug-in-Hybrid)) / (Anzahl der privat zugelassenen Personenkraftwagen) * 10.000	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Länge des gewidmeten Radwegenetzes) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Einwohner:innen im 1.000 m Radius zur nächsten ÖV-Haltestelle) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 100	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Bevölkerungsgewichtete durchschnittliche Reisezeit mit öffentlichen Verkehrsmitteln von jeder Haltestelle zum nächsten Mittel-/Oberzentrum in min	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen) / (Anzahl Einwohner:innen) * 1.000	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Gesamtfläche) * 100	Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr)/(Gesamtfläche) * 100	Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Siedlungs- und Verkehrsfläche) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	11.5	Bis 2030 die Zahl der durch Katastrophen, einschließlich Wasserkatastrophen, bedingten Todesfälle und der davon betroffenen Menschen deutlich reduzieren und die dadurch verursachten unmittelbaren wirtschaftlichen Verluste im Verhältnis zum globalen Bruttoinlandsprodukt wesentlich verringern, mit Schwerpunkt auf dem Schutz der Armen und von Menschen in prekären Situationen		siehe Indikatoren 10, 11, 86, 89	
		11.6	Bis 2030 die von den Städten ausgehende Umweltbelastung pro Kopf senken, unter anderem mit besonderer Aufmerksamkeit auf der Luftqualität und der kommunalen und sonstigen Abfallbehandlung		siehe Indikatoren 19, 59, 62, 68, 80, 81, 95, 113	
		11.7	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen	70	Naherholungsflächen	LHS
		11.a	Durch eine verstärkte nationale und regionale Entwicklungsplanung positive wirtschaftliche, soziale und ökologische Verbindungen zwischen städtischen, stadtnahen und ländlichen Gebieten unterstützen			
		11.b.1	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen	71	Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	-
		11.b.1	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen	72	Rate der energetischen Sanierungen von Gebäuden	LHS
		11.b.2	Bis 2020 gemäß dem Sendai-Rahmen für Katastrophenvorsorge 2015-2030 ein ganzheitliches Katastrophenrisikomanagement auf allen Ebenen entwickeln und umsetzen			
		11.c	Die am wenigsten entwickelten Länder unter anderem durch finanzielle und technische Hilfe beim Bau nachhaltiger und widerstandsfähiger Gebäude unter Nutzung einheimischer Materialien unterstützen			
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	12.1	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer	73	Fairtrade-Town	KEPol, Kommune NRW
		12.1	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer	74	Fairtrade-Schools	NRW, KEPol, Kommune NRW
		12.1	Den Zehnjahres-Programmrahmen für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster umsetzen, wobei alle Länder, an der Spitze die entwickelten Länder, Maßnahmen ergreifen, unter Berücksichtigung des Entwicklungsstands und der Kapazitäten der Entwicklungsländer	75	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	KEPol
		12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	76	Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte	LHS
		12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	77	Trinkwasserverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	-
		12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	79	Energieverbrauch - Private Haushalte	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW, NRW, LHS, MoNaKo
		12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	78	Energieverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Eurostat, LHS
		12.3.1	Bis 2030 die weltweite Nahrungsmittelverschwendung pro Kopf auf Einzelhandels- und Verbraucherebene halbieren		siehe Indikator 59	
		12.3.2	Bis 2030 die entlang der Produktions- und Lieferkette entstehenden Nahrungsmittelverluste einschließlich Nachernteverlusten verringern			
		12.4	Bis 2020 einen umweltverträglichen Umgang mit Chemikalien und allen Abfällen während ihres gesamten Lebenszyklus in Übereinstimmung mit den vereinbarten internationalen Rahmenregelungen erreichen und ihre Freisetzung in Luft, Wasser und Boden erheblich verringern, um ihre nachteiligen Auswirkungen auf die menschliche Gesundheit und die Umwelt auf ein Mindestmaß zu beschränken		siehe Indikatoren 9, 19, 33, 34	
		12.5	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern	80	Abfallmenge	Destatis, BW, LHS
		12.5	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern	81	Recyclingquote	SDSN, Eurostat, Eurostat SDI, Destatis, LHS
		12.6	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen	82	EMAS-zertifizierte Standorte	UNSD, DNS, Destatis, NRW, LHS, MoNaKo
		12.6	Die Unternehmen, insbesondere große und transnationale Unternehmen, dazu ermutigen, nachhaltige Verfahren einzuführen und in ihre Berichterstattung Nachhaltigkeitsinformationen aufzunehmen	83	Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten	-
		12.7	In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten	84	Index "Nachhaltige Beschaffung"	KEPol
		12.7	In der öffentlichen Beschaffung nachhaltige Verfahren fördern, im Einklang mit den nationalen Politiken und Prioritäten	85	Nachhaltige Beschaffungsverfahren	DNS, Destatis, KEPol

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
(Erholungsfläche) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter der Länder	xx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der neu errichteten Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie) / (Anzahl der neu errichteten Wohngebäude) * 100	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xxx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der energetisch sanierten Gebäude in einem Jahr) / (Gesamtgebäudebestand)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Stand der Auszeichnung der Kommune als Fairtrade-Town (keine Bewerbung abgegeben: 0; Auszeichnung zum ersten bis x-ten Mal erhalten: 1 bis x)	TransFair e. V.	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Anzahl der als Fairtrade-School ausgezeichnete Schulen) / (Anzahl der Schulen) * 100	TransFair e. V., Statistische Ämter der Länder	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Kommunale Ausgaben für fair gehandelte Produkte) / (Kommunale Ausgaben insgesamt) * 100	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)) / ((Anzahl der Einwohner) * (Anzahl der Tage pro Jahr))	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen)) / ((Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort) * (Anzahl der Tage pro Jahr))	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Direkter und indirekter Energieverbrauch der privaten Haushalte) / (Anzahl der Einwohner:innen)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Direkter und indirekter Energieverbrauch von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen) / (Anzahl der Erwerbstätigen am Arbeitsort)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Entsorgte Abfallmenge) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter des Bundes und der Länder	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Stofflich verwertete Siedlungsabfälle) / (Siedlungsabfallaufkommen) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der EMAS-zertifizierten Betriebsstandorte) / (Anzahl der Betriebsstandorte insgesamt) * 1.000	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Standorte mit EMAS-Zertifikat, ISO 14001-Zertifikat, ISO 50001-Zertifikat, DNK-Erklärung, Ökoprot-Zertifikat, GRI-Bilanz oder Gemeinwohlbilanz) / (Anzahl der Betriebe) * 1.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zum Beschaffungsprozess	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Anzahl der nachhaltigen Beschaffungsverfahren) / (Anzahl der Beschaffungsverfahren) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	12.8	Bis 2030 sicherstellen, dass die Menschen überall über einschlägige Informationen und das Bewusstsein für nachhaltige Entwicklung und eine Lebensweise in Harmonie mit der Natur verfügen		siehe Indikatoren 25, 26, 73, 74	
		12.a	Die Entwicklungsländer bei der Stärkung ihrer wissenschaftlichen und technologischen Kapazitäten im Hinblick auf den Übergang zu nachhaltigeren Konsum- und Produktionsmustern unterstützen		siehe Indikatoren 73-75, 84, 85, 116, 118-120	
		12.b.1	Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen eines nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert, auf die nachhaltige Entwicklung entwickeln			
		12.b.2	Instrumente zur Beobachtung der Auswirkungen eines nachhaltigen Tourismus, der Arbeitsplätze schafft und die lokale Kultur und lokale Produkte fördert, auf die nachhaltige Entwicklung anwenden			
13	Maßnahmen zum Klimaschutz	13.1	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	86	Index "Kommunale Klimaanpassung"	-
		13.1	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	87	Ökologischer Waldumbau	NRW
		13.1	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	88	Bäume im öffentlichen Raum	LHS
		13.1	Die Widerstandskraft und die Anpassungsfähigkeit gegenüber klimabedingten Gefahren und Naturkatastrophen in allen Ländern stärken	89	Retentionsflächen	-
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	90	Treibhausgasemissionen - Private Haushalte	Kommune BW, LHS
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	91	Treibhausgasemissionen - Industrie und verarbeitendes Gewerbe	LHS
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	92	Treibhausgasemissionen - Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges	LHS
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	93	Treibhausgasemissionen - Kommunale Einrichtungen	-
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	94	Treibhausgasemissionen - Motorisierter Individualverkehr (MIV)	LHS
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	95	Treibhausgasemissionen - ÖPNV	-
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	96	Treibhausgasemissionen - Straßengüterverkehr	-
		13.2	Klimaschutzmaßnahmen in die nationalen Politiken, Strategien und Planungen einbeziehen	97	Index "Kommunaler Klimaschutz"	-
		13.3	Die Aufklärung und Sensibilisierung sowie die personellen und institutionellen Kapazitäten im Bereich der Abschwächung des Klimawandels, der Klimaanpassung, der Reduzierung der Klimaauswirkungen sowie der Frühwarnung verbessern	98	Personal im kommunalen Klimaschutz	-
13.b	Mechanismen zum Ausbau effektiver Planungs- und Managementkapazitäten im Bereich des Klimawandels in den am wenigsten entwickelten Ländern und kleinen Inselentwicklungsländern fördern, unter anderem mit gezielter Ausrichtung auf Frauen, junge Menschen sowie lokale und marginalisierte Gemeinwesen		siehe Indikatoren 97, 98, 116-120			
14	Leben unter Wasser	14.1	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Land ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern	99	Fließgewässerqualität	Destatis, LHS, MoNaKo
		14.1	Bis 2025 alle Arten der Meeresverschmutzung, insbesondere durch vom Land ausgehende Tätigkeiten und namentlich Meeresmüll und Nährstoffbelastung, verhüten und erheblich verringern	100	Nährstoffbelastung in Fließgewässern	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, NRW
		14.7	Bis 2030 die sich aus der nachhaltigen Nutzung der Meeresressourcen ergebenden wirtschaftlichen Vorteile für die kleinen Inselentwicklungsländer und die am wenigsten entwickelten Länder erhöhen, namentlich durch nachhaltiges Management der Fischerei, der Aquakultur und des Tourismus		siehe Indikator 118	
		14.c.1	Die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der Ozeane und ihrer Ressourcen verbessern			
15	Leben an Land	15.1	Bis 2020 im Einklang mit den Verpflichtungen aus internationalen Übereinkünften die Erhaltung, Wiederherstellung und nachhaltige Nutzung der Land- und Binnensüßwasser-Ökosysteme und ihrer Dienstleistungen, insbesondere der Wälder, der Feuchtgebiete, der Berge und der Trockengebiete, gewährleisten		siehe Indikatoren 33, 34, 70, 99, 100, 102	
		15.2.1	Bis 2020 die nachhaltige Bewirtschaftung aller Waldarten fördern, die Entwaldung beenden und geschädigte Wälder wiederherstellen	101	Nachhaltige Forstwirtschaft	UNSD, Destatis, NRW
		15.2.2	Bis 2020 die Aufforstung und Wiederaufforstung weltweit beträchtlich erhöhen		siehe Indikatoren 103, 104	
		15.3.1	Bis 2030 die Wüstenbildung bekämpfen und die geschädigten Flächen und Böden einschließlich der von Wüstenbildung, Dürre und Überschwemmungen betroffenen Flächen sanieren			

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu kommunaler Klimaanpassung	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Ökologisch umgebaute Waldfläche) / (Waldfläche) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl von Bäumen im öffentlichen Raum) / (Gesamtfläche öffentlicher Raum)	-	xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Durchschnittliches Retentionsvolumen) / (Fläche)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen der privaten Haushalte in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Einwohner:innen)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen von Industrie und verarbeitendem Gewerbe in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen von Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen von kommunalen Einrichtungen in t CO ₂ -eq) / (Anzahl der Beschäftigten)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen des motorisierten Individualverkehrs im Binnen-, Quell- und Zielverkehr in g CO ₂ -eq) / (Anzahl geleisteter Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen des ÖPNV im Binnen-, Quell- und Zielverkehr in g CO ₂ -eq) / (Anzahl geleisteter Personenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielverkehr)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Treibhausgasemissionen des Binnen-, Quell- und Zielstraßengüterverkehrs in g CO ₂ -eq) / (Tonnenkilometer im Binnen-, Quell- und Zielstraßengüterverkehr)	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zum kommunalen Klimaschutz	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Stellenanteile in Vollzeitäquivalenten) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Fließgewässer mit einer ökologischen Zustandsbewertung „sehr gut“ oder „gut“ in km) / (Fließgewässer insgesamt in km) * 100	Bundesanstalt für Gewässerkunde	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
Durchschnittliche Konzentration Gesamtposphor in Fließgewässern	-	xx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Waldfläche mit PEFC- bzw. FSC-Zertifizierung) / (Waldfläche) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
15	Leben an Land	15.3.2	Bis 2030 eine Welt anstreben, in der die Landverödung neutralisiert wird		siehe Indikatoren 58, 61, 67, 68, 81, 88, 89	
		15.4	Bis 2030 die Erhaltung der Bergökosysteme einschließlich ihrer biologischen Vielfalt sicherstellen, um ihre Fähigkeit zur Erbringung wesentlichen Nutzens für die nachhaltige Entwicklung zu stärken			
		15.5.1	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern	102	Naturschutzflächen	UNSD, NRW, Kommune BW
		15.5.1	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern	103	Landschaftsqualität	-
		15.5.1	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern	104	Unzerschnittene Freiraumflächen	-
		15.5.2	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um dem Verlust der biologischen Vielfalt ein Ende zu setzen und bis 2020 die bedrohten Arten zu schützen und ihr Aussterben zu verhindern	105	Artenvielfalt bei Vögeln	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, BW
		15.7	Dringend Maßnahmen ergreifen, um der Wilderei und dem Handel mit geschützten Pflanzen- und Tierarten ein Ende zu setzen und dem Problem des Angebots illegaler Produkte aus wildlebenden Pflanzen und Tieren und der Nachfrage danach zu begegnen			
		15.8	Bis 2020 Maßnahmen einführen, um das Einbringen invasiver gebietsfremder Arten zu verhindern, ihre Auswirkungen auf die Land- und Wasserökosysteme deutlich zu reduzieren und die prioritären Arten zu kontrollieren oder zu beseitigen			
		15.9.1	Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Planungen und Entwicklungsprozesse einbeziehen			
		15.9.2	Bis 2020 Ökosystem- und Biodiversitätswerte in die nationalen und lokalen Armutsbekämpfungsstrategien und Gesamtrechnungssysteme einbeziehen			
		15.a	Finanzielle Mittel aus allen Quellen für die Erhaltung und nachhaltige Nutzung der biologischen Vielfalt und der Ökosysteme aufbringen und deutlich erhöhen			
		15.b.1	Erhebliche Mittel aus allen Quellen und auf allen Ebenen für die Finanzierung einer nachhaltigen Bewirtschaftung der Wälder aufbringen			
		15.b.2	Den Entwicklungsländern geeignete Anreize für den vermehrten Einsatz dieser Bewirtschaftungsform bieten, namentlich zum Zweck der Walderhaltung und Wiederaufforstung		siehe Indikatoren 116-120	
		15.c	Die weltweite Unterstützung von Maßnahmen zur Bekämpfung der Wilderei und des Handels mit geschützten Arten verstärken, unter anderem durch die Stärkung der Fähigkeit lokaler Gemeinwesen, Möglichkeiten einer nachhaltigen Existenzsicherung zu nutzen			
		16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	16.1	Alle Formen der Gewalt und die gewaltbedingte Sterblichkeit überall deutlich verringern	
16.2	Missbrauch und Ausbeutung von Kindern, den Kinderhandel, Folter und alle Formen von Gewalt gegen Kinder beenden					
16.4.3	Bis 2030 alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen			106	Straftaten	DNS, BW, NRW, Kommune BW, LHS
16.5	Korruption und Bestechung in allen ihren Formen erheblich reduzieren			107	Index "Korruptionsprävention"	Eurostat, Eurostat SDI, DNS, Destatis
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			108	Finanzmittelsaldo	NRW
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			109	Steuereinnahmen	Kommune NRW
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			110	Liquiditätskredite	Kommune NRW, LHS, MoNaKo
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			111	Kreditfinanzierungsquote	BW
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			112	Zins-Steuer-Quote	-
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen			113	Index "Digitale Kommune"	-
16.7	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist			114	Beteiligung an Kommunalwahlen	Kommune BW, Kommune NRW, MoNaKo
16.7	Dafür sorgen, dass die Entscheidungsfindung auf allen Ebenen bedarfsorientiert, inklusiv, partizipatorisch und repräsentativ ist			115	Informelle Bürgerbeteiligung	SDG 11, Kommune BW, MoNaKo
16.9	Bis 2030 insbesondere durch die Registrierung der Geburten dafür sorgen, dass alle Menschen eine rechtliche Identität haben				siehe Indikator 6	
16.10.1	Den öffentlichen Zugang zu Informationen gewährleisten				siehe Indikator 107	
16.b	Nichtdiskriminierende Rechtsvorschriften und Politiken zugunsten einer nachhaltigen Entwicklung fördern und durchsetzen					

Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
		Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
(Fläche Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke) / (Fläche) * 100	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.	xxx	xxxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
Flächengewichteter Mittelwert der Hemerobiestufen aller Landnutzungen der jeweiligen Bezugsfläche	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Freiraumflächen (außerhalb Ortslagen) > 50 km ² , die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind) / (Fläche) * 100	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Tatsächlicher Wert des Index für den Bestand an Vogelarten) / (Zielwert des Index für Bestand an Vogelarten) * 100	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	Bundeskriminalamt, Statistische Ämter der Länder	xx	xxxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu kommunalen Maßnahmen der Korruptionsprävention	-	xxx	xx	x-xxx	IP/OP	Typ II
((Primärsaldo) + (Finanzsaldo) + (Investitionssaldo)) / (Anzahl der Einwohner:innen)	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder	xx	xxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
(Steuereinnahmen) / (Anzahl der Einwohner:innen)	Statistische Ämter der Länder	xx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ I
(Liquiditätskredite) / (Anzahl der Einwohner:innen)	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder	xxx	xxx	xx	OP/OC/IM	Typ I
((Schuldenaufnahme am Kreditmarkt) – (Schuldentilgung am Kreditmarkt)) / (bereinigte Ausgaben insgesamt (ohne besondere Finanzierungsvorgänge))		xxx	xx	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
((Zinsaufwendungen (-ausgaben)) / (Steuererträge (-einnahmen)) * 100		xxx	xx	xx-xxx	OP/OC/IM	Typ II
Summenindex aus dichotomen Variablen, basierend auf einem standardisierten Fragebogen zu Digitalisierungsprozessen in der Kommune	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Anzahl der Wähler:innen) / (Anzahl der Wahlberechtigten) * 100	-	xxx	xxx	xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der informellen Beteiligungsverfahren) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 1.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Beschreibung des SDGs				Beschreibung des Indikators		
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators (Primär- und Mehrfachzuordnung)	Herkunft des Indikators
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	17.3	Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren	116	Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	UNSD, DNS, KEpol, LHS
		17.3	Zusätzliche finanzielle Mittel aus verschiedenen Quellen für die Entwicklungsländer mobilisieren	117	Ausgaben für kommunale Entwicklungspolitik	UNSD, DNS, BW, KEpol, LHS
		17.14	Die Politikkohärenz zugunsten nachhaltiger Entwicklung verbessern		siehe Indikator 86	
		17.16	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen	118	Partnerschaften in Ländern des globalen Südens	KEpol, Kommune NRW
		17.16	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen	119	Projekte mit Partnern in Ländern des globalen Südens	KEpol
		17.16	Die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung ausbauen, ergänzt durch Multi-Akteur-Partnerschaften zur Mobilisierung und zum Austausch von Wissen, Fachkenntnissen, Technologie und finanziellen Ressourcen, um die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung in allen Ländern und insbesondere in den Entwicklungsländern zu unterstützen	120	Entwicklungspolitische Projekte	KEpol
		17.17	Die Bildung wirksamer öffentlicher, öffentlich-privater und zivilgesellschaftlicher Partnerschaften aufbauend auf den Erfahrungen und Mittelbeschaffungsstrategien bestehender Partnerschaften unterstützen und fördern			
		17.18	Bis 2020 die Unterstützung des Kapazitätsaufbaus für die Entwicklungsländer und namentlich die am wenigsten entwickelten Länder und die kleinen Inselentwicklungsländer erhöhen, mit dem Ziel, über erheblich mehr hochwertige, aktuelle und verlässliche Daten zu verfügen, die nach Einkommen, Geschlecht, Alter, Rasse, Ethnizität, Migrationsstatus, Behinderung, geografischer Lage und sonstigen im nationalen Kontext relevanten Merkmalen aufgeschlüsselt sind		siehe Indikatoren 116, 118-120	
		17.19.1	Bis 2030 auf den bestehenden Initiativen aufbauen, um Fortschrittsmaße für nachhaltige Entwicklung zu erarbeiten, die das Bruttoinlandsprodukt ergänzen			
		17.19.2	Den Aufbau statistischer Kapazitäten der Entwicklungsländer unterstützen		siehe Indikatoren 116, 118-120	

		Bewertung des Indikators				Typ des Indikators
Definition bzw. Berechnung des Indikators	Datenquellen des Indikators	Validität	Datenverfügbarkeit	Datenqualität	Funktion	Typ
(Summe der Ausgaben für Projekte der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit) / (Anzahl der Einwohner) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Summe der Ausgaben für entwicklungspolitische Projekte in der Kommune (einschließlich der Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit)) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	IP/OP	Typ II
(Anzahl der unbefristeten oder befristeten Partnerschaften in DAC-Ländern) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der Projekte innerhalb von unbefristeten oder befristeten Partnerschaften in DAC-Ländern) / (Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II
(Anzahl der entwicklungspolitischen Projekte, die institutionell, finanziell oder beratend von der Kommune unterstützt werden)/(Anzahl der Einwohner:innen) * 10.000	-	xxx	x	x-xxx	OP/OC/IM	Typ II

Legende

Herkunft der Indikatoren

Quelle	Links	Abkürzung
United Nations (2019): Global indicator framework for the Sustainable Development Goals and targets of the 2030 Agenda for Sustainable Development.	https://unstats.un.org/sdgs/indicators/Global%20Indicator%20Framework%20after%202019%20refinement_Eng.pdf	UNSD
UN Habitat Technical Support (2016): A Guide to Assist National and Local Governments to Monitor and Report on SDG Goal 11+.	https://www.local2030.org/library/60/SDG-Goal-11-Monitoring-Framework-A-guide-to-assist-national-and-local-governments-to-monitor-and-report-on-SDG-goal-11-indicators.pdf	SDG 11
Bertelsmann Stiftung and Sustainable Development Solutions Network (2019): –Sustainable Development Report 2019 – Transformations to achieve the Sustainable Development Goals.	https://s3.amazonaws.com/sustainabledevelopment.report/2019/2019_sustainable_development_report.pdf	SDSN
Eurostat (2019): Sustainable development in the European Union – Monitoring report on progress towards the SDGs in an EU context.	https://ec.europa.eu/eurostat/documents/3217494/9940483/KS-02-19-165-EN-N.pdf/1965d8f5-4532-49f9-98ca-5334b0652820	Eurostat
Eurostat (2020): EU SDG Indicator set 2020. Result of the review in preparation of the 2020 edition of the EU SDG monitoring report. Final version of 16/01/2020.	https://ec.europa.eu/eurostat/documents/276524/10369740/SDG_indicator_2020.pdf	Eurostat SDI
Die Bundesregierung (2018): Deutsche Nachhaltigkeitsstrategie. Aktualisierung 2018.	https://www.bundesregierung.de/resource/blob/975274/1546450/65089964ed4a2ab07ca8a4919e09e0af/2018-11-07-aktualisierung-dns-2018-data.pdf	DNS
Statistisches Bundesamt (2018): Indikatoren der UN-Nachhaltigkeitsziele. Für Deutschland verfügbare Indikatoren der globalen UN-Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung.	https://www.destatis.de/DE/Themen/Gesellschaft-Umwelt/Nachhaltigkeitsindikatoren/Publikationen/Downloads-Nachhaltigkeit/indikatoren-un-nachhaltigkeitsziele-2018-pdf.pdf	Destatis
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2019): Indikatorenbericht 2019. Statusindikatoren einer nachhaltigen Entwicklung in Baden-Württemberg.	https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Umwelt/Nachhaltigkeit/N-Strategie-Indikatorenbericht-2019.pdf	BW
Die Landesregierung Nordrhein-Westfalen (2020): Die globalen Nachhaltigkeitsziele konsequent umsetzen - Weiterentwicklung der Strategie für ein nachhaltiges Nordrhein-Westfalen.	https://www.nachhaltigkeit.nrw.de/fileadmin/user_upload/Nachhaltigkeitsstrategie_PDFs/NRW_Nachhaltigkeitsstrategie_2020.pdf	NRW
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg (2015): N!-Berichte für Kommunen Leitfaden zur Erstellung von kommunalen Nachhaltigkeitsberichten.	https://um.baden-wuerttemberg.de/fileadmin/redaktion/m-um/intern/Dateien/Dokumente/2_Presse_und_Service/Publikationen/Umwelt/Nachhaltigkeit/Leitfaden_N-Berichte_fuer_Kommunen.pdf	Kommune BW
Landesarbeitsgemeinschaft Agenda 21 NRW e.V. (2018): Nachhaltigkeitsbericht NRW kommunal.	https://www.lag21.de/files/default/pdf/Themen/NN/NRWKOMMUNAL_2018.pdf	Kommune NRW
Landeshauptstadt Stuttgart (2019): Lebenswertes Stuttgart – Die globale Agenda 2030 auf lokaler Ebene. Bestandsaufnahme auf Grundlage von Indikatoren zur Abbildung der SDGs.	https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Lebenswertes_Stuttgart.pdf	LHS
Bertelsmann Stiftung / Deutsches Institut für Urbanistik (2016): Monitor Nachhaltige Kommune.	https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/Monitorbericht_Teil-1_Druck_final.pdf	MoNaKo
Bertelsmann Stiftung, Engagement Global / Service-stelle Kommunen in der Einen Welt (2020): SDG-Indikatoren für kommunale Entwicklungspolitik – Indikatoren für den entwicklungspolitischen Beitrag von Kommunen zu den Sustainable Development Goals.	https://www.bertelsmann-stiftung.de/fileadmin/files/Projekte/Monitor_Nachhaltige_Kommune/2020-08-18_SDG-Indikatoren_fuer_kommunale_Entwicklungspolitik_final.pdf	KEpol
KOSIS – Gemeinschaft Urban Audit (2019): Das deutsche Urban Audit – Lebensqualität: Erschließung neuer Datenquellen. Mannheim.	https://ec.europa.eu/eurostat/cache/metadata/Annexes/urb_esms_de_an11.pdf	Urban Audit

Datenquellen der Indikatoren

Quelle	Abkürzung
Bundesagentur für Arbeit	BA
Bundesanstalt für Gewässerkunde	BfG
Bundesamt für Naturschutz	BfN
Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung	BBSR
Bundesministerium für Verkehr und Digitale Infrastruktur	BMVI
IÖR Monitor des Leibniz-Instituts für ökologische Raumentwicklung	IÖR Monitor
Kassenärztliche Bundesvereinigung	KBV
Regionalstatistik des Statistischen Bundesamtes	REG
TransFair e.V. (Fairtrade Deutschland)	TransFair
Universität Gießen, Institut für Landschaftsökologie und Ressourcenmanagement	Universität Gießen

Bewertung der Indikatoren

Validität

Zu bewertende Aussage	
Der Indikator (bzw. die ausgewählten Daten) bildet das Unter- bzw. Teilziel inhaltlich zutreffend und vollständig ab.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu

Datenverfügbarkeit

Zu bewertende Aussage	
Die benötigten Daten sind zentral (auf Gemeinde- oder Kreis-Ebene) bundesweit verfügbar und werden regelmäßig (mindestens alle drei Jahre) erhoben. Sie sind ohne größeren Aufwand zu beschaffen bzw. zu bearbeiten. Zudem existiert ein zentrales Datenerhebungskonzept, sodass Daten aus verschiedenen lokalen Quellen einheitlich sind.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxxx	trifft voll zu (amtliche Erhebungen)
xxx	trifft voll zu (forschungsprojektbasierte Erhebungen)
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu

Datenqualität

Zu bewertende Aussage	
Die ausgewählten Daten „messen“ den jeweiligen Indikator genau und verlässlich. Sie sind vollständig oder repräsentativ und werden nicht durch Messfehler verzerrt.	
Bewertungsmöglichkeiten	
xxx	trifft voll zu
xx	trifft mit Einschränkungen zu
x	trifft nicht zu
x-xxx	keine Bewertung möglich

Funktion

Bewertungsmöglichkeiten	
Output-/Outcome-/Impact-Indikator (OP/OC/IM)	Der Indikator bezieht sich auf die Ergebnisse und Auswirkungen eines Ressourcen-Einsatzes.
Input-/Output-Indikator (IP/OP)	Der Indikator bezieht sich auf einen Ressourcen-Einsatz. Das zugrundeliegende Unter- bzw. Teilziel nennt eine Veränderung dieses Ressourcen-Einsatzes jedoch explizit als gewünschtes Ergebnis.

Typ des Indikators

Mindestanforderungen an Indikatoren Typ I und Typ II		
	Indikator Typ I	Indikator Typ II
Validität	mindestens „xx“	„xxx“
Datenverfügbarkeit	mindestens „xxx“	keine Mindestanforderung
Datenqualität	mindestens „xx“	keine Bewertung
Funktion	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“	„OP/OC/IM“ oder „IP/OP“
Weitere Anforderungen	-	kein Indikator Typ I

5.2 SDG-Indikatoren für Kommunen – Datenquellen

Beschreibung des Indikators			Erläuterung der Datenquellen
Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators	Berechnung des Indikators	Bezugsquelle(n) des Indikators
1	SGB II-/SGB XII-Quote	$((\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB II}) + (\text{Anzahl der Leistungsberechtigten nach SGB XII im Alter von unter 65 Jahren})) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von 0 bis unter 65 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
2	Armut - Kinderarmut	$((\text{Anzahl der nicht-erwerbsfähigen Leistungsbezieher*innen unter 15 Jahre}) + (\text{Anzahl der Nicht-leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften unter 15 Jahre})) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von unter 15 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
3	Armut - Jugendarmut	$((\text{Anzahl der Leistungsbezieher*innen im Alter von 15-17 Jahren}) + (\text{Anzahl der Nicht-leistungsberechtigten in Bedarfsgemeinschaften im Alter von 15-17 Jahren})) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von 15-17 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
4	Armut - Altersarmut	$(\text{Anzahl der Bezieher*innen von Grundsicherung im Alter ab 65 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter ab 65 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
9	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	$(\text{Stickstoffüberschuss}) * 1000 / (\text{Landwirtschaftlich genutzte Fläche})$	Universität Gießen, Umweltbundesamt
10	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen	$(\text{Anzahl der Todesfälle bei Frauen im Alter von unter 70 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
11	Vorzeitige Sterblichkeit - Männer	$(\text{Anzahl der Todesfälle bei Männern im Alter von unter 70 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
13	Wohnungnahe Grundversorgung - Hausarzt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Hausarzt	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
14	Krankenhausversorgung	$(\text{Anzahl der aufgestellten Betten in Krankenhäusern}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 100.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
15	Wohnungnahe Grundversorgung - Apotheke	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Apotheke	Bundesapothekenregister / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
16	Personal in Pflegeheimen	$(\text{Personal in Pflegeheimen}) / (\text{Anzahl der voll- und teilstationär Pflegebedürftigen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
17	Personal in Pflegediensten	$(\text{Personal in ambulanten Pflegediensten}) / ((\text{Anzahl der ambulant Pflegebedürftigen}) + (\text{Anzahl der Pflegegeldempfänger}))$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
18	Pflegeheimplätze	$(\text{Anzahl der verfügbaren voll- und teilstationären Plätze in Pflegeheimen}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter ab 65 Jahre}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
20	Immission von Luftschadstoffen	Jahresmittelwerte der Luftschadstoffe Feinstaub (PM10; PM2,5), Stickstoffdioxid und Ozon	Umweltbundesamt
21	Wohnungnahe Grundversorgung - Grundschule	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zur nächsten Grundschule	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
22	Schulabbrecherquote	$(\text{Anzahl der Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl der Schulabgänger*innen}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
27	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	$(\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren in Tageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kinder im Alter von unter 3 Jahren}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
28	Integrative Kindertageseinrichtungen	$(\text{Anzahl der integrativen Kindertageseinrichtungen}) / (\text{Anzahl der Kindertageseinrichtungen}) * 100$	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
29	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	$((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Frauen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) / ((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten Männer am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Männer im Alter von 15 bis 64 Jahre})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
30	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	$(\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Frauen (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) / (\text{Medianeinkommen der sozialversicherungspflichtig beschäftigten Männer (vollbeschäftigt) am Arbeitsort}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
33	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	$(\text{Anzahl der Frauen mit Mandaten im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) / (\text{Anzahl der Mandate im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag}) * 100$	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
34	Abwasserbehandlung	$(\text{Abwassermenge, die durch Denitrifikation und Phosphorelimination behandelt wird}) / (\text{Abwassermenge}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
37	Strom aus Windkraft	$(\text{Installierte Windenergie-Leistung}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Betreiber-Datenbasis / Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
41	Bruttoinlandsprodukt	$(\text{Bruttoinlandsprodukt}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
42	Langzeitarbeitslosenquote	$(\text{Anzahl der Arbeitslosen mit Dauer der Arbeitslosigkeit > 1 Jahr}) / ((\text{Anzahl der Arbeitslosen}) + (\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter des Bundes und der Länder
43	Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 15 bis 64 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
44	Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 55 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner im Alter von 55 bis 64 Jahren}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
45	Aufstocker	$(\text{Anzahl der erwerbstätigen ALG II-Bezieher}) / (\text{Anzahl der ALG II-Bezieher}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit
46	Existenzgründungen	$(\text{Anzahl der Neuerrichtungen von Gewerbebetrieben}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
47	Hochqualifizierte	$(\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten mit akademischen Berufsabschluss am Arbeitsort}) / (\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Arbeitsort}) * 100$	Bundesagentur für Arbeit

Bezeichnung der Datenbank / Statistik	Bezeichnung / Code der Tabelle	Bezugsform	Berechnung	Dargestellte Ebenen	Verfügbarer Zeitraum
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		auf Anfrage	Universität Gießen	Kreisebene	2006 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 12613-02-02-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 12613-02-02-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
		auf Anfrage	BBSR	Gemeinde- und Kreisebene	2011, 2015
Regionaldatenbank Deutschland	REG 23111-01-04-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
		kostenfrei	BBSR	Kreisebene	2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 22411-01-01-4; REG 22411-02-01-4; REG 22411-02-02-4; REG 22411-02-03-4; REG 22411-02-04-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 22411-01-01-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 22411-01-01-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Luftschadstoffbelastung in Deutschland		Kartendienst (kostenfrei, auf Anfrage)	Umweltbundesamt	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		auf Anfrage	BBSR	Kreisebene	2017
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR)		kostenfrei	BBSR	Kreisebene	2007 - 2017
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR)		kostenfrei	BBSR	Gemeinde- und Kreisebene	2014 - 2017
Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR)		kostenfrei, auf Anfrage	BBSR	Kreisebene	2013, 2015, 2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 32211-02-02-5	kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR)		kostenfrei	BBSR	Kreisebene	2013 - 2015
Regionaldatenbank Deutschland	REG 82111-1-05-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 13211-01-03-5	kostenfrei	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 52311-01-04-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018

Beschreibung des Indikators			Erläuterung der Datenquellen
Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators	Berechnung des Indikators	Bezugsquelle(n) des Indikators
48	Breitbandversorgung - Private Haushalte	$(\text{Anzahl der Haushalte mit Breitbandversorgung} (\geq 50 \text{ Mbit/s})) / (\text{Anzahl der Haushalte}) * 100$	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur
50	Beschäftigungsquote - Ausländer	$((\text{Anzahl der ausländischen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Ausländer*innen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) / ((\text{Anzahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten am Wohnort im Alter von 15 bis 64 Jahren}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen im Alter von 15 bis 64 Jahren})) * 100$	Bundesagentur für Arbeit, Statistische Ämter der Länder
51	Schulabbrecherquote - Ausländer	$((\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss}) / (\text{Anzahl ausländischer Schulabgänger*innen insgesamt})) / ((\text{Anzahl Schulabgänger*innen ohne Hauptschulabschluss insgesamt}) / (\text{Anzahl Schulabgänger*innen insgesamt})) * 100$	Statistische Ämter der Länder
55	Einbürgerungen	$(\text{Anzahl der Einbürgerungen im jeweiligen Jahr}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen des Vorjahres}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
56	Mietpreise	Durchschnittliche Nettokaltmiete je m ²	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
58	Wohnfläche	$(\text{Wohnfläche}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter der Länder
59	Wohnungnahe Grundversorgung - Supermarkt	Einwohnergewichtete Luftliniendistanz zum nächsten Supermarkt oder Discounter	Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
61	PKW-Dichte	$(\text{Anzahl der Personenkraftwagen}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
66	Verunglückte im Verkehr	$(\text{Anzahl verletzte oder getötete Personen bei Verkehrsunfällen}) / (\text{Anzahl Einwohner*innen}) * 1.000$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Statistische Ämter der Länder
67	Flächeninanspruchnahme	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Gesamtfläche}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
68	Flächeneuinanspruchnahme	$(\text{Änderung der Siedlungs- und Verkehrsfläche im Vergleich zum Vorjahr}) / (\text{Gesamtfläche}) * 100$	Statistische Ämter der Länder
69	Flächennutzungsintensität	$(\text{Siedlungs- und Verkehrsfläche}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter der Länder
70	Naherholungsflächen	$(\text{Erholungsfläche}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter der Länder
71	Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	$(\text{Anzahl der neu errichteten Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie}) / (\text{Anzahl der neu errichteten Wohngebäuden}) * 100$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
73	Fairtrade-Town	Stand der Auszeichnung der Kommune als Fairtrade-Town (keine Bewerbung abgegeben: 0; Auszeichnung zum ersten bis x-ten Mal erhalten: 1 bis x)	TransFair e. V. (Fairtrade Deutschland)
74	Fairtrade-Schools	$(\text{Anzahl der als Fairtrade-School ausgezeichnete Schulen}) / (\text{Anzahl der Schulen}) * 100$	TransFair e. V. (Fairtrade Deutschland), Statistische Ämter der Länder
76	Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte	$(\text{Jährlicher Trinkwasserverbrauch (Haushalte und Kleingewerbe)}) / ((\text{Anzahl der Einwohner}) * (\text{Anzahl der Tage pro Jahr}))$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
80	Abfallmenge	$(\text{Entsorgte Abfallmenge}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter des Bundes und der Länder
99	Fließgewässerqualität	$(\text{Fließgewässer mit einer ökologischen Zustandsbewertung „sehr gut“ oder „gut“ in km}) / (\text{Fließgewässer insgesamt in km}) * 100$	Bundesanstalt für Gewässerkunde
102	Naturschutzflächen	$(\text{Fläche Natura 2000-Gebiete, Naturschutzgebiete und Nationalparke}) / (\text{Fläche}) * 100$	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.
103	Landschaftsqualität	Flächengewichteter Mittelwert der Hemerobiestufen aller Landnutzungen der jeweiligen Bezugsfläche	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.
104	Unzerschnittene Freiraumflächen	$(\text{Freiraumflächen (außerhalb Ortslagen) > 50 km}^2, \text{ die nicht durch Trassen des überörtlichen Verkehrsnetzes zerschnitten sind}) / (\text{Fläche}) * 100$	Leibniz-Institut für ökologische Raumentwicklung e. V.
106	Straftaten	$(\text{Anzahl der polizeilich bekanntgewordenen Straftaten}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen}) * 1.000$	Bundeskriminalamt, Statistische Ämter der Länder
108	Finanzmittelsaldo	$((\text{Primärsaldo}) + (\text{Finanzsaldo}) + (\text{Investitionssaldo})) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder
109	Steuereinnahmen	$(\text{Steuereinnahmen}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	Statistische Ämter der Länder
110	Liquiditätskredite	$(\text{Liquiditätskredite}) / (\text{Anzahl der Einwohner*innen})$	FORA mbH, Statistische Ämter der Länder

Bezeichnung der Datenbank / Statistik	Bezeichnung / Code der Tabelle	Bezugsform	Berechnung	Dargestellte Ebenen	Verfügbarer Zeitraum
Breitbandatlas		kostenfrei	Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur	Kreisebene	2015 - 2017
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Indikatoren und Karten zur Raum und Stadtentwicklung (INKAR)		kostenfrei, auf Anfrage	BBSR	Kreisebene	2006 - 2017
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenfrei	BBSR	Kreisebene	2017
Regionaldatenbank Deutschland	REG 46251-01-02-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 46241-01-04-5	kostenfrei	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2008 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2008 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2008 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2008 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2008 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 31121-06-01-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2016 - 2018
Fairtrade-Towns-Datenbank	Fairtrade-Towns-Datenbank	kostenfrei (als Karte im Internet)	Difu	Gemeinde- und Kreisebene	2009 - 2018
Fairtrade-Schools-Datenbank, Regionaldatenbank	Fairtrade-Schools-Datenbank	kostenfrei (als Karte im Internet)	Difu	Gemeinde- und Kreisebene	2012 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 32211-02-02-4	kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2018
Regionaldatenbank Deutschland	REG 32111-01-02-4	kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2006 - 2017
Karten zum WRRL-Bewirtschaftungsplan	"ECO_STAT, ECO_POT"	auf Anfrage	Difu	Kreisebene	2015
IÖR Monitor	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS) / Basis-DLM	kostenfrei	IÖR Monitor	Gemeinde- und Kreisebene	2006, 2008 - 2017
IÖR Monitor	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS) / Basis-DLM	kostenfrei	IÖR Monitor	Gemeinde- und Kreisebene	2008, 2009, 2012, 2015, 2018
IÖR Monitor	Amtliches Topographisch-Kartographisches Informationssystem (ATKIS) / Basis-DLM	kostenfrei	IÖR Monitor	Gemeinde- und Kreisebene	2012, 2016
		kostenfrei	ZEFIR	Kreisebene	2013 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	FORA mbH	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	ZEFIR	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018
		kostenpflichtige Bestellung	FORA mbH	Gemeinde- und Kreisebene	2006 - 2018

5.3 SDG-Indikatoren für Kommunen – Mehrfachzuordnungen

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
1	SGB II-/SGB XII-Quote	1.3.1																
2	Armut - Kinderarmut	1.3.2									10.2.2							
3	Armut - Jugendarmut	1.3.2									10.2.2							
4	Armut - Altersarmut	1.3.2									10.2.2							
5	Materielle Deprivation	1.3.2									10.2.2							
6	Wohnungslosigkeit	1.3.2									10.2.2	11.1.1, 11.3.1					16.9	
7	Kinder mit Fehlernährung		2.1.2, 2.2.1, 2.2.3															
8	Ökologischer Landbau		2.1.2, 2.4.1, 2.4.2				6.3.1						12.2		14.1	15.5.1		
9	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft		2.4.2				6.3.1						12.2, 12.4		14.1	15.5.1		
10	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen			3.3.2, 3.4.2, 3.6, 3.8.2, 3.9.2								11.5						
11	Vorzeitige Sterblichkeit - Männer			3.3.2, 3.4.2, 3.6, 3.8.2, 3.9.2								11.5						
12	Lärmbelastung			3.4.2								11.1.1				15.5.1		
13	Wohnungsnaher Grundversorgung - Hausarzt			3.3.2, 3.8.2								11.1.1						
14	Krankenhausversorgung			3.6, 3.8.2								11.1.1						
15	Wohnungsnaher Grundversorgung - Apotheke			3.3.2, 3.8.2								11.1.1						
16	Personal in Pflegeheimen			3.8.2														
17	Personal in Pflegediensten			3.8.2														
18	Pflegeheimplätze			3.8.2														
19	Immission von Luftschadstoffen			3.9.2								11.6	12.4			15.5.1		
20	Wohnungsnaher Grundversorgung - Grundschule				4.1, 4.5.2, 4.6							11.1.1						
21	Schulabbrecherquote				4.1, 4.6			8.6										
22	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)				4.2	5.4						11.1.1						
23	Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)				4.2							11.1.1						
24	30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss				4.4						10.2.2							
25	Nachhaltige Schulen				4.7								12.8					
26	Nachhaltige Kindertageseinrichtungen				4.7								12.8					
27	Integrative Kindertageseinrichtungen				4.a	5.1					10.2.2							
28	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern					5.1, 5.5		8.5.2			10.2.2							
29	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern					5.1, 5.5		8.5.2			10.2.2							
30	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag					5.1, 5.5											16.7	
31	Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung					5.1, 5.5											16.7	

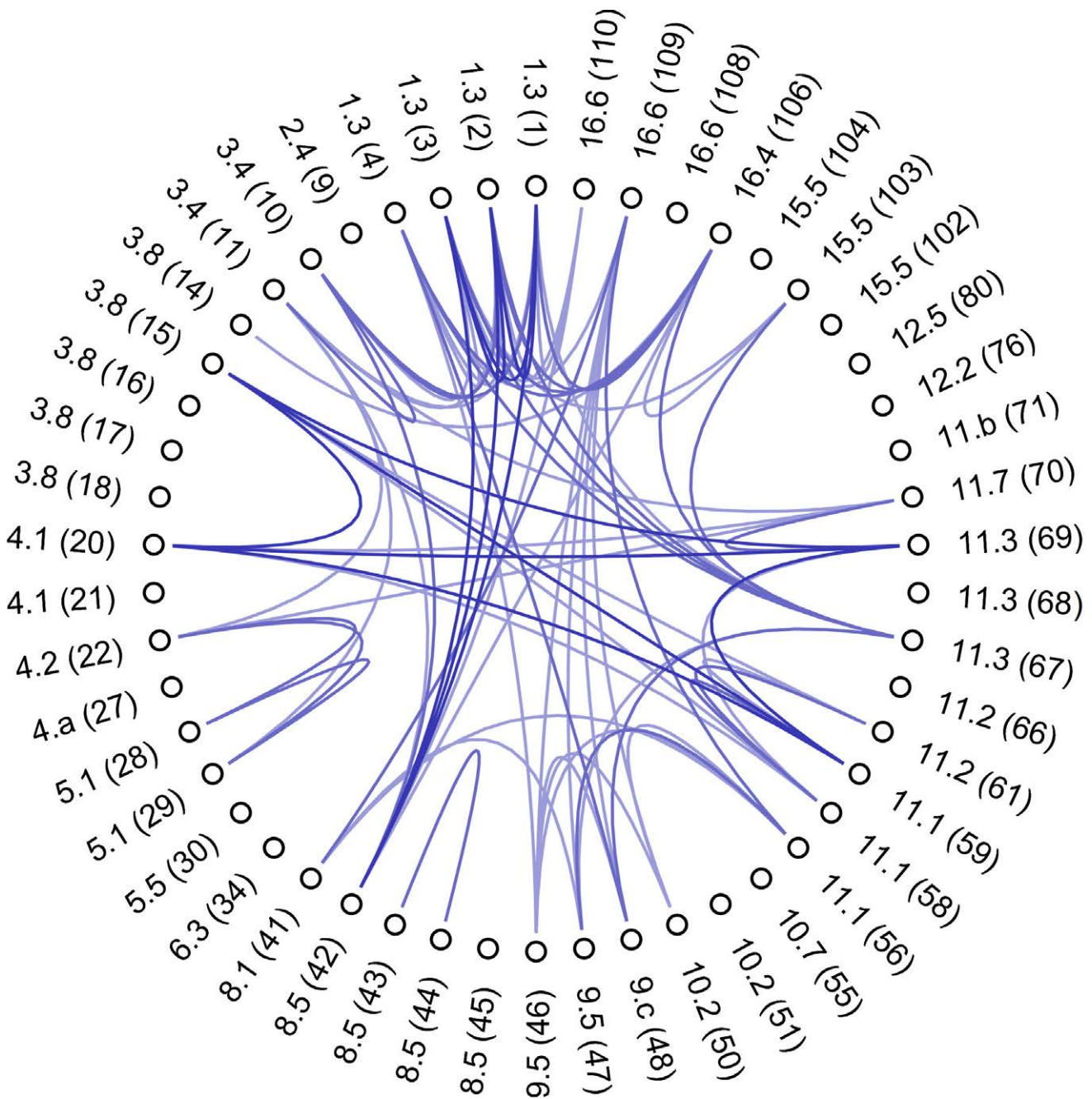
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
32	Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen					5.1, 5.5											16.7	
33	Nitrat im Grundwasser		2.4.2	3.9.2			6.3.1						12.4		14.1	15.1		
34	Abwasserbehandlung						6.3.1, 6.3.2, 6.3.3			9.4			12.2, 12.4		14.1	15.1		
35	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch							7.2					12.2	13.2				
36	Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch							7.2					12.2	13.2				
37	Strom aus Windkraft							7.2		9.4			12.2	13.2				
38	Strom aus Photovoltaik							7.2		9.4			12.2	13.2				
39	Energieeffiziente Straßenbeleuchtung							7.3						13.2				
40	Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien							7.a.2		9.4			12.2	13.2				
41	Bruttoinlandsprodukt								8.1.1									
42	Langzeitarbeitslosenquote								8.5.1									
43	Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige								8.5.1									
44	Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige								8.5.1									
45	Aufstocker								8.5.2		10.4							
46	Existenzgründungen								8.2	9.5.3								
47	Hochqualifizierte				4.3				8.2	9.5.3, 9.5.4								
48	Breitbandversorgung - Private Haushalte				4.1				8.2	9.c.1		11.1.1						
49	Breitbandversorgung - Unternehmen								8.2	9.c.1								
50	Beschäftigungsquote - Ausländer								8.5.1		10.2.2							
51	Schulabbrecherquote - Ausländer				4.5.2				8.6		10.2.2							
52	Einkommensverteilung - Gini-Koeffizient	1.2							8.5.2		10.4							
53	Projekte mit migrantischen Organisationen										10.7							
54	Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag				4.7						10.2, 10.7						16.7	
55	Einbürgerungen										10.7							
56	Mietpreise											11.1.1, 11.3.1						
57	Überlastung durch Wohnkosten									10.2.2		11.1.1, 11.3.1						
58	Wohnfläche											11.1.1, 11.3.1				15.3.2		
59	Wohnungnahe Grundversorgung - Supermarkt		2.1.2									11.1.1, 11.6	12.3.1					
60	Modal Split			3.6								11.2.1, 11.2.2		13.2				
61	PKW-Dichte											11.2.1, 11.3.1				15.3.2		
62	Bestand an PKW mit Elektroantrieb							7.3		9.1		11.2.1, 11.6		13.2				
63	Radwegenetz			3.6						9.1		11.2.1, 11.3.1		13.2				
64	ÖPNV - Nahversorgung mit Haltestellen										10.2.2	11.2.1						
65	ÖPNV - Erreichbarkeit von Mittel-/Oberzentren			3.8.2								11.2.1						

		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
66	Verunglückte im Verkehr			3.6								11.2.2						
67	Flächeninanspruchnahme											11.3.1, 11.3.2				15.3.2, 15.5.1		
68	Flächenneuanspruchnahme											11.3.1, 11.6, 11.b.1		13.1		15.3.2, 15.5.1		
69	Flächennutzungsintensität											11.3.1, 11.7						
70	Naherholungsflächen			3.4.2								11.7, 11.3.1		13.1		15.1		
71	Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie							7.2				11.b.1	12.2	13.2				
72	Rate der energetischen Sanierungen von Gebäuden							7.3				11.b.1	12.2					
73	Fairtrade-Town								8.3.1, 8.5.2, 8.8.1				12.1, 12.7, 12.8, 12.a					17.16
74	Fairtrade-Schools				4.7				8.3.1, 8.5.2, 8.8.1				12.1, 12.7, 12.8, 12.a					17.16
75	Ausgaben für fair gehandelte Produkte										10.2.2		12.1, 12.7, 12.a					17.16
76	Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte						6.4		8.4.1				12.2					
77	Trinkwasserverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen						6.4						12.2					
78	Energieverbrauch - Private Haushalte							7.3					12.2					
79	Energieverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen							7.3					12.2					
80	Abfallmenge								8.4.1			11.6	12.2, 12.5					
81	Recyclingquote									9.4		11.6	12.5	13.2		15.3.2		
82	EMAS-zertifizierte Standorte						6.4	7.3	8.4.1, 8.4.2, 8.8.1	9.4			12.6	13.2		15.5.1	16.6	
83	Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten						6.4	7.3	8.4.1, 8.4.2	9.4			12.6	13.2				
84	Index Nachhaltige Beschaffung								8.4.1, 8.4.2				12.1 12.7 12.a					17.16
85	Nachhaltige Beschaffungsverfahren								8.4.1, 8.4.2				12.1 12.7 12.a					17.16
86	Index Kommunale Klimaanpassung	1.5.2	2.4.2									11.3.1, 11.5, 11.b.1		13.1, 13.3		15.5.1		17.14
87	Ökologischer Waldumbau												13.1, 13.2		15.2.1, 15.5.2			
88	Bäume im öffentlichen Raum			3.4.2									13.1		15.3.2			
89	Retentionsflächen											11.5, 11.b.1		13.1		15.3.2		
90	Treibhausgasemissionen - Private Haushalte												13.2					
91	Treibhausgasemissionen - Industrie und verarbeitendes Gewerbe									9.4				13.2				
92	Treibhausgasemissionen - Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges									9.4				13.2				
93	Treibhausgasemissionen - Kommunale Einrichtungen									9.4				13.2				

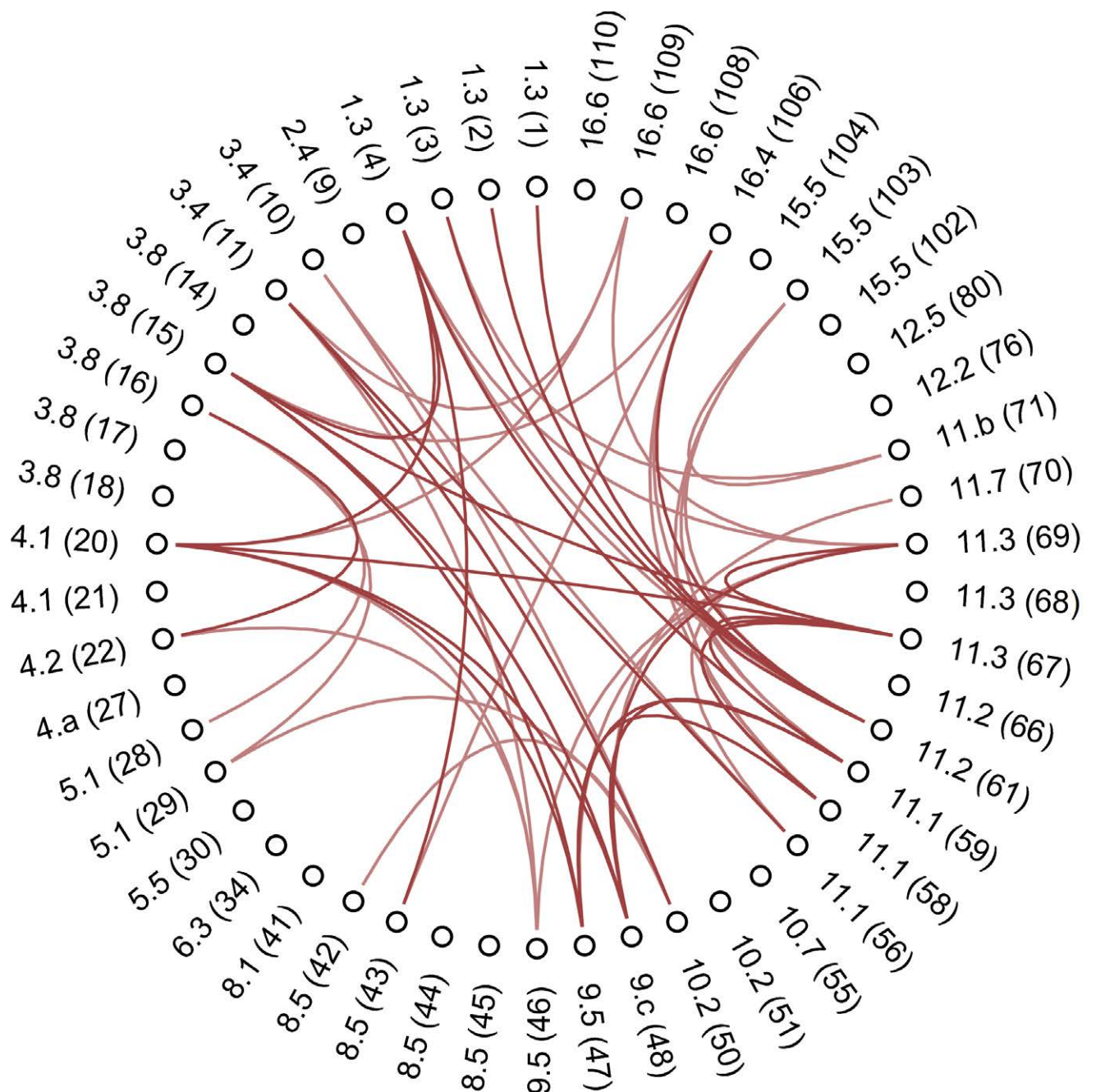
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	13	14	15	16	17
94	Treibhausgasemissionen - Motorisierter Individualverkehr (MIV)													13.2				
95	Treibhausgasemissionen - ÖPNV											11.6		13.2				
96	Treibhausgasemissionen - Straßengüterverkehr													13.2				
97	Index Kommunaler Klimaschutz							7.2, 7.3, 7.a.2				11.b.1		13.2, 13.3, 13.b				
98	Personal im kommunalen Klimaschutz													13.2, 13.3, 13.b			16.6	
99	Fließgewässerqualität						6.3.1, 6.6								14.1	15.1, 15.5.2		
100	Nährstoffbelastung in Fließgewässern		2.4.2				6.3.1								14.1	15.1, 15.5.2		
101	Nachhaltige Forstwirtschaft												12.2	13.1, 13.2		15.2.1		
102	Naturschutzflächen								8.9							15.1, 15.5.1, 15.5.2		
103	Landschaftsqualität											11.3.1		13.1, 13.2		15.5.1, 15.2.2		
104	Unzerschnittene Freiraumflächen									9.1						15.5.1, 15.2.2		
105	Artenvielfalt bei Vögeln		2.4.2													15.5.2		
106	Straftaten											11.1.1, 11.7					16.4.3	
107	Index Korruptionsprävention								8.3.1								16.5, 16.6, 16.10.1	
108	Finanzmittelsaldo																16.6	
109	Steuereinnahmen								8.1.1								16.6	
110	Liquiditätskredite																16.6	
111	Kreditfinanzierungsquote																16.6	
112	Zins-Steuer-Quote																16.6	
113	Index Digitale Kommune				4.a	5.b		7.1, 7.2, 7.3	8.2, 8.3	9.1, 9.4, 9.5, 9.c	10.2	11.3, 11.6					16.6, 16.7	
114	Beteiligung an Kommunalwahlen																16.6, 16.7	
115	Informelle Bürgerbeteiligung																16.6, 16.7	
116	Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	1.a	2.a	3.c						9.5.2, 9.5.5, 9.a, 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.3, 17.16, 17.18, 17.19.2
117	Ausgaben für kommunale Entwicklungspolitik	1.a	2.a	3.c						9.5.5, 9.a, 9.c	10.b			13.b		15.b.2		17.3, 17.16
118	Partnerschaften in Ländern des globalen Südens	1.a					6.a	7.b	8.3.1	9.5.2, 9.a, 9.c	10.b		12.a	13.b	14.7	15.b.2		17.16, 17.18, 17.19.2
119	Projekte mit Partnern in Ländern des globalen Südens	1.a					6.a	7.b		9.5.2, 9.a, 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.16, 17.18, 17.19.2
120	Entwicklungspolitische Projekte	1.a					6.a	7.b		9.5.2, 9.a, 9.c	10.b		12.a	13.b		15.b.2		17.16, 17.18, 17.19.2

5.4 SDG-Indikatoren für Kommunen – Korrelationen

Positive statistische Zusammenhänge nach SDG-Unterzielen und Indikatoren (Nr.)



Negative statistische Zusammenhänge nach SDG-Unterzielen und Indikatoren (Nr.)¹



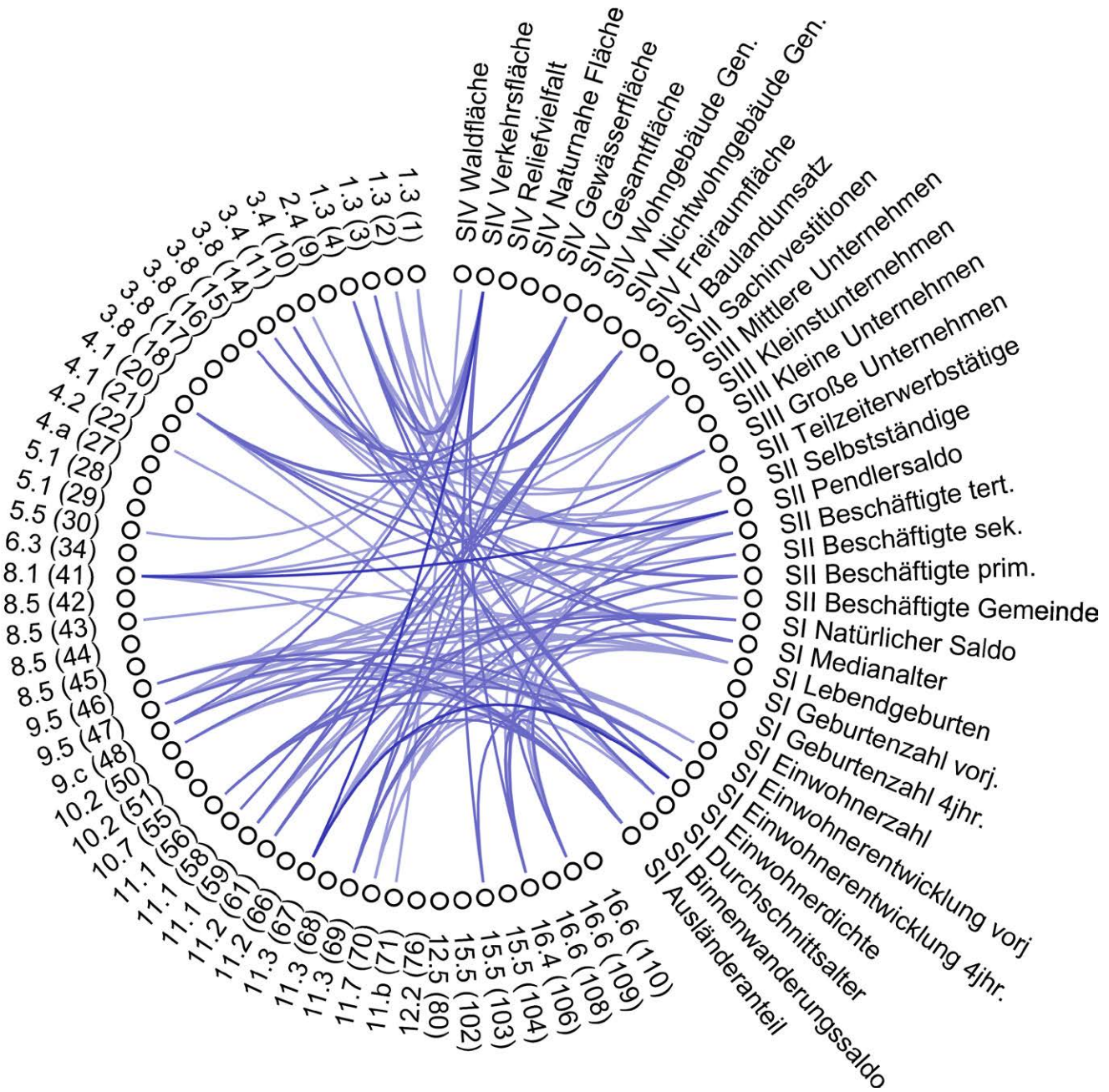
¹ Im jeweiligen Schemaball (vgl. Komarov 2020) werden nur starke statistische Zusammenhänge mit einem Korrelationskoeffizient $\Rightarrow > 0,5$ bzw. $\Leftarrow < -0,5$ dargestellt. Je Farbintensiver eine Verbindungslinie ist, desto höher ist der Korrelationskoeffizient.

Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators
1.3.1	Den nationalen Gegebenheiten entsprechende Sozialschutzsysteme und -maßnahmen für alle umsetzen, einschließlich eines Basisschutzes	1	SGB II-/SGB XII-Quote
1.3.2	Bis 2030 eine breite Versorgung der Armen und Schwachen erreichen	2	Armut - Kinderarmut
		3	Armut - Jugendarmut
		4	Armut - Altersarmut
2.4.2	Bis 2030 resiliente landwirtschaftliche Methoden anwenden, die die Produktivität und den Ertrag steigern, zur Erhaltung der Ökosysteme beitragen, die Anpassungsfähigkeit an Klimaänderungen, extreme Wetterereignisse, Dürren, Überschwemmungen und andere Katastrophen erhöhen und die Flächen- und Bodenqualität schrittweise verbessern	9	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft
3.4.2	Die psychische Gesundheit und das Wohlergehen fördern	10	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen
		11	Vorzeitige Sterblichkeit - Männer
3.8.2	Den Zugang zu hochwertigen grundlegenden Gesundheitsdiensten für alle erreichen	14	Krankenhausversorgung
		15	Wohnungsnah Grundversorgung - Apotheke
		16	Personal in Pflegeheimen
		17	Personal in Pflegediensten
		18	Pflegeheimplätze
4.1	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen gleichberechtigt eine kostenlose und hochwertige Grund- und Sekundarschulbildung abschließen, die zu brauchbaren und effektiven Lernergebnissen führt	20	Wohnungsnah Grundversorgung - Grundschule
		21	Schulabbrecherquote
4.2	Bis 2030 sicherstellen, dass alle Mädchen und Jungen Zugang zu hochwertiger frühkindlicher Erziehung, Betreuung und Vorschulbildung erhalten, damit sie auf die Grundschule vorbereitet sind	22	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)
4.a	Bildungseinrichtungen bauen und ausbauen, die kinder-, behinderten- und geschlechtergerecht sind und eine sichere, gewaltfreie, inklusive und effektive Lernumgebung für alle bieten	27	Integrative Kindertageseinrichtungen
5.1	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	28	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern
5.1	Alle Formen der Diskriminierung von Frauen und Mädchen überall auf der Welt beenden	29	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern
5.5	Die volle und wirksame Teilhabe von Frauen und ihre Chancengleichheit bei der Übernahme von Führungsrollen auf allen Ebenen der Entscheidungsfindung im politischen, wirtschaftlichen und öffentlichen Leben sicherstellen	30	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag
6.3.3	Bis 2030 die Wasserqualität durch eine beträchtliche Steigerung der Wiederaufbereitung und gefahrlosen Wiederverwendung weltweit verbessern	34	Abwasserbehandlung
8.1.1	Ein Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum entsprechend den nationalen Gegebenheiten aufrechterhalten	41	Bruttoinlandsprodukt
8.5.1	Bis 2030 produktive Vollbeschäftigung und menschenwürdige Arbeit für alle Frauen und Männer, einschließlich junger Menschen und Menschen mit Behinderungen erreichen	42	Langzeitarbeitslosenquote
		43	Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige
		44	Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige
8.5.2	Bis 2030 gleiches Entgelt für gleichwertige Arbeit erreichen	45	Aufstocker
9.5.3	Bis 2030 Innovationen fördern	46	Existenzgründungen
		47	Hochqualifizierte

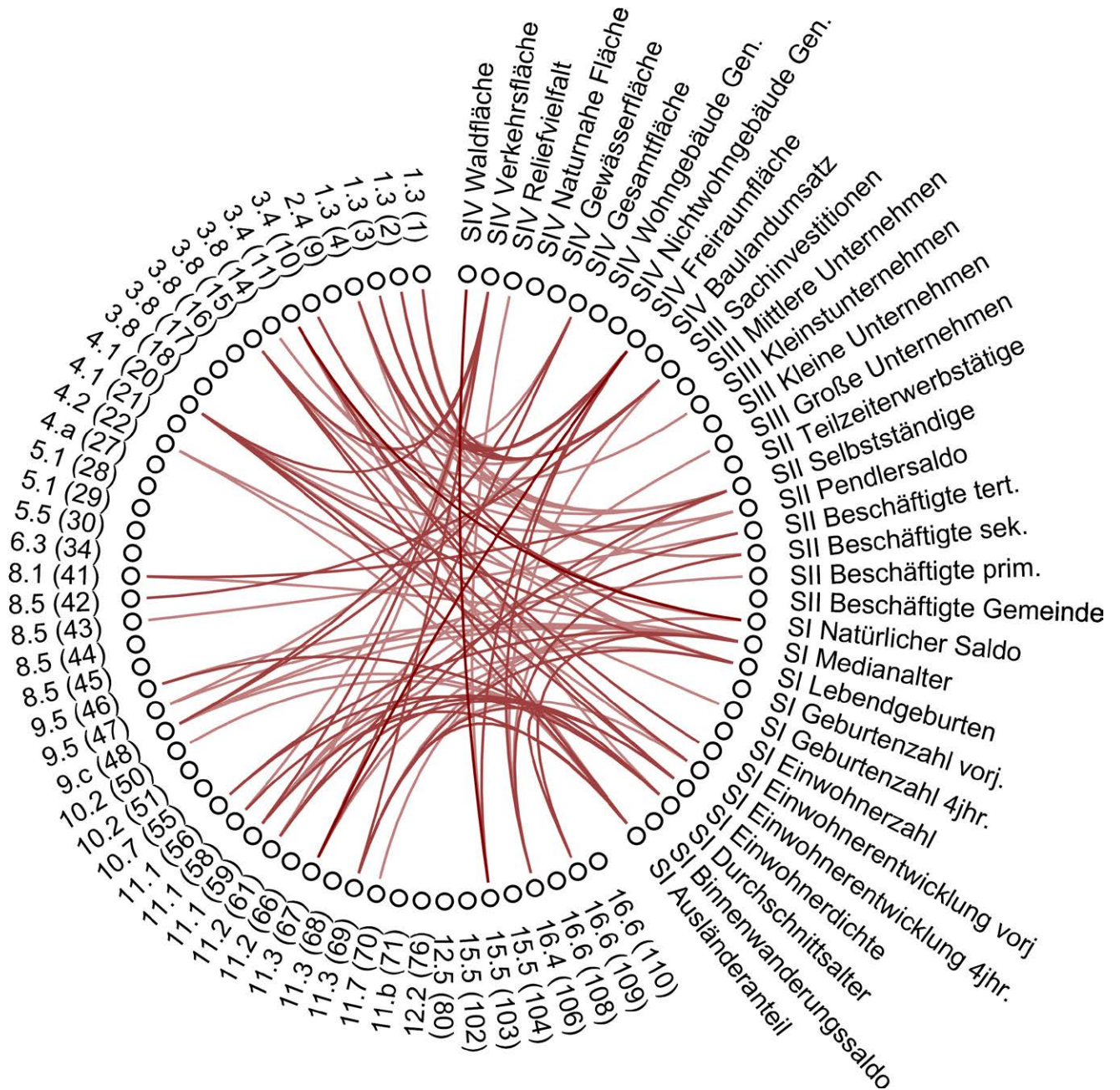
Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Unter- bzw. Teilziels	Nr. des Indikators	Bezeichnung des Indikators
9.c.1	Den Zugang zur Informations- und Kommunikationstechnologie erheblich erweitern	48	Breitbandversorgung – Private Haushalte
10.2.2	Bis 2030 die soziale, wirtschaftliche und politische Inklusion aller Menschen unabhängig von Alter, Geschlecht, Behinderung, Rasse, Ethnizität, Herkunft, Religion oder wirtschaftlichem oder sonstigem Status fördern	50	Beschäftigungsquote – Ausländer
		51	Schulabbrecherquote – Ausländer
10.7	Eine geordnete, sichere, reguläre und verantwortungsvolle Migration und Mobilität von Menschen erleichtern, unter anderem durch die Anwendung einer planvollen und gut gesteuerten Migrationspolitik	55	Einbürgerungen
11.1.1	Bis 2030 den Zugang zu angemessenem, sicherem und bezahlbarem Wohnraum und zur Grundversorgung für alle sicherstellen	56	Mietpreise
		58	Wohnfläche
		59	Wohnungsnahe Grundversorgung – Supermarkt
11.2.1	Bis 2030 den Zugang zu sicheren, bezahlbaren, zugänglichen und nachhaltigen Verkehrssystemen für alle ermöglichen, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	61	PKW-Dichte
11.2.2	Bis 2030 die Sicherheit im Straßenverkehr verbessern, insbesondere durch den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mit besonderem Augenmerk auf den Bedürfnissen von Menschen in prekären Situationen, Frauen, Kindern, Menschen mit Behinderungen und älteren Menschen	66	Verunglückte im Verkehr
11.3.1	Bis 2030 die Verstädterung inklusiver und nachhaltiger gestalten	67	Flächeninanspruchnahme
		68	Flächenneuanspruchnahme
		69	Flächennutzungsintensität
11.7	Bis 2030 den allgemeinen Zugang zu sicheren, inklusiven und zugänglichen Grünflächen und öffentlichen Räumen gewährleisten, insbesondere für Frauen und Kinder, ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen	70	Naherholungsflächen
11.b.1	Bis 2020 die Zahl der Städte und Siedlungen, die integrierte Politiken und Pläne zur Förderung der Inklusion, der Ressourceneffizienz, der Abschwächung des Klimawandels und der Widerstandsfähigkeit gegenüber Katastrophen beschließen und umsetzen, wesentlich erhöhen	71	Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie
12.2	Bis 2030 die nachhaltige Bewirtschaftung und effiziente Nutzung der natürlichen Ressourcen erreichen	76	Trinkwasserverbrauch – Private Haushalte
12.5	Bis 2030 das Abfallaufkommen durch Vermeidung, Verminderung, Wiederverwertung und Wiederverwendung deutlich verringern	80	Abfallmenge
15.5.1	Umgehende und bedeutende Maßnahmen ergreifen, um die Verschlechterung der natürlichen Lebensräume zu verringern	102	Naturschutzflächen
		103	Landschaftsqualität
		104	Unzerschnittene Freiraumflächen
16.4.3	Bis 2030 alle Formen der organisierten Kriminalität bekämpfen	106	Straftaten
16.6	Leistungsfähige, rechenschaftspflichtige und transparente Institutionen auf allen Ebenen aufbauen	108	Finanzmittelsaldo
		109	Steuereinnahmen
		110	Liquiditätskredite

5.4 SDG-Indikatoren für Kommunen – Korrelationen

Positive statistische Zusammenhänge zwischen SDG-Unterzielen (Indikatoren) und Strukturmerkmalen¹



Negative statistische Zusammenhänge zwischen SDG-Unterzielen (Indikatoren) und Strukturmerkmalen¹



¹ Im jeweiligen Schemaball (vgl. Komarov 2020) werden nur starke statistische Zusammenhänge mit einem Korrelationskoeffizient $\Rightarrow 0,5$ bzw. $=< -0,5$ dargestellt. Je Farbtintensiver eine Verbindungslinie ist, desto höher ist der Korrelationskoeffizient.

Strukturgruppe	Bezeichnung des Strukturmerkmals	Definition bzw. Berechnung des Strukturmerkmals
SI	Ausländeranteil	$(\text{Anzahl ausländischer Einwohner:innen} / \text{Anzahl der Einwohner:innen}) * 100$
SI	Binnenwanderungssaldo	$((\text{Zuzüge} - \text{Fortzüge}) / \text{Bevölkerung}) * 1.000$ (Bezugsjahre: Zuzüge, Fortzüge und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)
SI	Durchschnittsalter	$(\text{Summe aller Lebensalter}) / (\text{Anzahl der Personen in der Kommune (Arithmetisches Mittel der Alterswerte)})$
SI	Einwohnerdichte	$(\text{Bevölkerung gesamt}) / (\text{Fläche ha})$
SI	Einwohnerentwicklung 4jhr.	Bsp.: $((\text{Bev ges 2018} - \text{Bev ges 2014}) / \text{Bev ges 2018}) * 100$
SI	Einwohnerentwicklung vorj	Bsp.: $((\text{Bev ges 2018} - \text{Bev ges 2017}) / \text{Bev ges 2018}) * 100$
SI	Einwohnerzahl	Bevölkerung gesamt
SI	Geburtenzahl 4jhr.	Bsp.: $((\text{Lebendgeb. 2018} - \text{Lebendgeb. 2014}) / \text{Lebendgeb. 2018}) * 100$
SI	Geburtenzahl vorj.	Bsp.: $((\text{Lebendgeb. 2018} - \text{Lebendgeb. 2017}) / \text{Lebendgeb. 2018}) * 100$
SI	Lebendgeburten	$((\text{Lebendgeborene d.J.}) / (\text{Bevölkerung d.J.})) * 1000$
SI	Medianalter	Alter der / des n/2-ten Einwohner:in bei einer Rangfolgenbildung nach erreichtem Lebensalter
SI	Natürlicher Saldo	$((\text{Lebendgeburten} - \text{Sterbefälle}) / \text{Bevölkerung}) * 1.000$ (Bezugsjahre: Lebendgeburten, Sterbefälle und Bevölkerung jeweils gemittelt über die letzten 4 Jahre)
SII	Beschäftigte Gemeinde	$(\text{Beschäftigte der Gemeinden und Gemeindeverbände} / \text{Einwohner:innen}) * 1000$
SII	Beschäftigte prim.	$(\text{SvB im primären Sektor (am Arbeitsort)} / \text{SvB (am Arbeitsort)}) * 100$ (Stichtag: 30.06.)
SII	Beschäftigte sek.	$(\text{SvB im sekundären Sektor (am Arbeitsort)} / \text{SvB (am Arbeitsort)}) * 100$ (Stichtag: 30.06.)
SII	Beschäftigte tert.	$(\text{SvB im tertiären Sektor (am Arbeitsort)} / \text{SvB (am Arbeitsort)}) * 100$ (Stichtag: 30.06.)
SII	Pendlersaldo	$((\text{Anzahl SvB Einpendler} - \text{Anzahl SvB Auspendler}) / \text{Bevölkerung 15-64}) * 100$
SII	Selbstständige	$(\text{Selbstständige} / \text{Erwerbstätige}) * 1.000$
SII	Teilzeiterwerbstätige	$(\text{SvB in Teilzeit am Arbeitsort} / \text{SvB am Arbeitsort}) * 100$
SIII	Große Unternehmen	$(\text{Betriebe mit 250 u.m. SvB} / \text{Betriebe gesamt}) * 100$
SIII	Kleine Unternehmen	$(\text{Betriebe mit 10-49 SvB} / \text{Betriebe gesamt}) * 100$
SIII	Kleinstunternehmen	$(\text{Betriebe mit 0-9 SvB} / \text{Betriebe gesamt}) * 100$
SIII	Mittlere Unternehmen	$(\text{Betriebe mit 50-249 SvB} / \text{Betriebe gesamt}) * 100$
SIII	Sachinvestitionen	$(\text{Sachinvestitionen} + \text{Investitionszuweisungen}) / \text{Einwohner:innen}$ (Stichtag Einwohner:innen: 30.06.)
SIV	Baulandumsatz	$(\text{Veräußerte Baulandfläche} / \text{Siedlungsfläche}) * 100$

Strukturgruppe	Bezeichnung des Strukturmerkmals	Definition bzw. Berechnung des Strukturmerkmals
SIV	Freiraumfläche	(Freiraumfläche (Differenz aus Gebietsfläche einerseits und Siedlungs- und Verkehrsfläche andererseits) / Gebietsfläche)
SIV	Nichtwohngebäude Gen.	Genehmigungen zur Errichtung neuer Nichtwohngebäude
SIV	Wohngebäude Gen.	Genehmigungen zur Errichtung neuer Wohngebäude
SIV	Gesamtfläche	Fläche in ha im Jahr 2018 nach dem Gebietsstand 01.01.2019
SIV	Gewässerfläche	(Gewässerfläche / Gesamtfläche) * 100
SIV	Naturnahe Fläche	(Naturnähere Fläche / Gesamtfläche) * 100
SIV	Reliefviefalt	Verhältnis zwischen realer Oberfläche (unter Berücksichtigung der Höhenunterschiede durch das Relief) und der planimetrischen (zweidimensionalen, ebenen) Fläche einer Gebietseinheit
SIV	Verkehrsfläche	(Verkehrsfläche / Gesamtfläche) * 100
SIV	Waldfläche	(Waldfläche / Gesamtfläche) * 100

Strukturgruppen: SI – Demographie SIII – Wirtschaftsstruktur
 SII – Beschäftigung SIV – (Natur-)Räumliche Gegebenheiten

5.4 SDG-Indikatoren für Kommunen - Korrelationen

	SGB II-/SGB XII-Quote (1)	Kinderarmut (2)	Jugendarmut (3)	Altersarmut (4)	Stückstoffüberschuss in der Landwirtschaft (9)	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen (10)	Vorzeitige Sterblichkeit - Männer (11)	Krankenhausversorgung (14)	Wohnungsnah Grundversorgung - Apotheke (15)	Personal in Pflegeheimen (16)	Personal in Pflegediensten (17)	Pflegeheimplätze (18)	Wohnungsnah Grundversorgung - Grundschule (20)	Schulabbruchquote (21)	Betreuung von Kindern unter 3 Jahren (22)	Integrative Kindertageseinrichtungen (27)	Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern (28)	Verdienstabstand von Frauen und Männern (29)	Frauenanteil in Stadt-, Gemeinderäten und Kreistagen (30)	Abwasserbehandlung (34)	Bruttoinlandsprodukt (41)
SI Ausländeranteil	0,146	0,194	0,257	0,730	0,103	-0,268	-0,505	0,269	-0,686	0,389	0,097	-0,120	-0,734	0,054	-0,518	0,163	-0,408	-0,372	0,360	0,255	0,579
SI Binnenwanderungssaldo	-0,002	0,013	0,039	0,291	0,084	-0,241	-0,366	0,214	-0,364	0,086	0,162	0,118	-0,409	0,188	-0,283	0,051	0,032	-0,055	0,219	0,180	0,258
SI Durchschnittsalter	0,187	0,139	0,076	-0,532	-0,259	0,509	0,759	-0,111	0,436	-0,483	-0,118	0,120	0,542	0,073	0,583	-0,196	0,474	0,481	-0,341	-0,047	-0,484
SI Einwohnerdichte	0,494	0,523	0,600	0,757	0,042	-0,009	-0,166	0,390	-0,699	0,075	0,270	-0,075	-0,664	0,084	-0,173	0,102	-0,094	-0,017	0,474	0,303	0,468
SI Einwohnerentwicklung 4jhr.	-0,149	-0,119	-0,063	0,437	0,179	-0,472	-0,681	0,141	-0,438	0,279	0,144	-0,084	-0,527	0,023	-0,468	0,091	-0,222	-0,280	0,332	0,124	0,416
SI Einwohnerentwicklung vorj.	-0,236	-0,205	-0,164	0,323	0,160	-0,460	-0,605	0,090	-0,322	0,256	0,130	-0,033	-0,408	0,045	-0,389	0,037	-0,174	-0,293	0,242	0,035	0,405
SI Einwohnerzahl	0,183	0,170	0,252	0,326	0,043	-0,116	-0,177	-0,077	-0,282	0,038	0,081	-0,167	-0,287	0,076	-0,037	0,168	0,001	0,022	0,204	0,144	0,132
SI Geburtenzahl 4jhr.	-0,019	0,032	0,003	0,326	0,248	-0,003	-0,306	-0,016	-0,235	0,395	-0,092	-0,058	-0,299	-0,060	-0,595	0,141	-0,491	-0,392	0,070	0,048	0,109
SI Geburtenzahl vorj.	-0,093	-0,070	-0,080	0,036	0,026	-0,028	-0,101	-0,024	-0,027	0,136	-0,053	-0,064	-0,057	0,061	-0,173	0,076	-0,134	-0,146	-0,072	-0,035	-0,015
SI Lebendgeburten	0,052	0,088	0,156	0,572	0,194	-0,389	-0,576	0,186	-0,556	0,296	0,138	-0,190	-0,646	0,078	-0,448	0,146	-0,407	-0,317	0,340	0,180	0,505
SI Medianalter	0,067	0,017	-0,054	-0,608	-0,174	0,477	0,683	-0,276	0,545	-0,383	-0,225	0,062	0,619	-0,004	0,455	-0,164	0,340	0,385	-0,417	-0,126	-0,577
SI Natürlicher Saldo	-0,298	-0,273	-0,184	0,369	0,188	-0,668	-0,817	-0,014	-0,388	0,364	0,087	-0,347	-0,502	-0,023	-0,430	0,134	-0,345	-0,382	0,308	0,040	0,443
SII Beschäftigte Gemeinde	0,343	0,355	0,371	0,394	-0,128	0,103	0,126	0,559	-0,370	-0,036	0,242	0,185	-0,356	0,112	0,091	-0,101	0,068	0,122	0,185	0,331	0,458
SII Beschäftigte prim.	-0,048	-0,105	-0,126	-0,478	-0,002	0,146	0,386	-0,274	0,595	-0,361	-0,127	-0,015	0,620	-0,040	0,448	-0,218	0,307	0,344	-0,229	-0,093	-0,435
SII Beschäftigte sek.	-0,525	-0,520	-0,562	-0,478	0,030	-0,163	-0,040	-0,411	0,414	0,214	-0,218	-0,112	0,335	0,102	-0,092	-0,012	-0,355	-0,478	-0,472	-0,322	-0,093
SII Beschäftigte tert.	0,526	0,528	0,567	0,530	-0,031	0,142	-0,002	0,461	-0,487	-0,177	0,248	0,119	-0,411	-0,079	0,054	0,029	0,327	0,436	0,487	0,332	0,094
SII Pendlersaldo	0,304	0,341	0,355	0,595	0,003	-0,048	-0,078	0,681	-0,554	0,102	0,384	0,227	-0,528	0,148	-0,066	-0,025	-0,008	-0,123	0,345	0,306	0,852
SII Selbstständige	-0,490	-0,527	-0,533	-0,555	0,042	-0,120	-0,051	-0,525	0,591	-0,088	-0,176	-0,235	0,565	-0,068	0,079	-0,073	0,193	0,089	-0,310	-0,342	-0,618
SII Teilzeiterwerbstätige	0,232	0,221	0,199	0,093	-0,055	0,236	0,167	0,224	0,032	-0,182	0,156	0,229	0,100	-0,110	0,136	-0,044	0,360	0,416	0,130	0,086	-0,385
SIII Große Unternehmen	0,330	0,368	0,388	0,508	0,008	0,010	-0,028	0,507	-0,498	0,144	0,256	0,192	-0,489	0,124	-0,067	0,088	-0,175	-0,143	0,296	0,197	0,624
SIII Kleine Unternehmen	0,393	0,408	0,361	0,227	0,066	0,281	0,330	0,442	-0,161	-0,100	0,226	0,459	-0,140	0,153	0,111	-0,032	0,002	0,043	0,082	0,202	0,344
SIII Kleinunternehmen	-0,434	-0,455	-0,420	-0,310	-0,039	-0,245	-0,286	-0,517	0,276	0,071	-0,250	-0,432	0,254	-0,176	-0,094	0,009	0,016	-0,040	-0,141	-0,238	-0,437
SIII Mittlere Unternehmen	0,458	0,482	0,469	0,384	-0,023	0,164	0,199	0,574	-0,423	-0,043	0,249	0,331	-0,399	0,202	0,080	0,023	-0,016	0,068	0,206	0,279	0,508
SIII Sachinvestitionen	-0,711	-0,704	-0,692	-0,333	0,034	-0,520	-0,369	-0,271	0,360	0,174	0,044	-0,118	0,271	0,184	-0,126	-0,148	-0,084	-0,369	-0,286	-0,436	0,155
SIV Baulandumsatz	-0,302	-0,318	-0,317	-0,229	-0,020	-0,180	-0,012	-0,064	0,319	-0,285	0,078	0,104	0,301	-0,013	0,142	-0,284	0,182	0,043	-0,112	-0,140	-0,041
SIV Freiraumfläche	-0,583	-0,616	-0,671	-0,775	-0,107	-0,087	0,108	-0,451	0,769	-0,092	-0,284	0,010	0,722	-0,066	0,214	-0,124	0,125	0,001	-0,491	-0,332	-0,483
SIV Genehmigungen Nichtwohngebäude	-0,386	-0,405	-0,364	-0,164	0,218	-0,368	-0,291	-0,374	0,249	0,151	0,006	-0,222	0,150	0,054	-0,115	0,133	-0,097	-0,205	-0,124	-0,176	-0,046
SIV Genehmigungen Wohngebäude	-0,186	-0,215	-0,155	-0,005	0,166	-0,286	-0,305	-0,350	0,043	0,062	-0,007	-0,219	-0,017	-0,039	-0,076	0,123	-0,030	-0,050	0,056	-0,036	-0,027
SIV Gesamtfläche	-0,181	-0,247	-0,261	-0,505	-0,019	0,023	0,287	-0,379	0,711	-0,244	-0,123	0,007	0,682	-0,047	0,306	-0,059	0,279	0,217	-0,365	-0,144	-0,392
SIV Gewässerfläche	0,388	0,359	0,372	0,246	0,083	0,170	0,148	0,189	-0,188	-0,183	0,211	0,011	-0,141	0,026	0,088	-0,011	0,183	0,223	0,198	0,120	0,103
SIV Naturnahe Fläche	0,277	0,260	0,261	0,193	0,154	0,147	0,135	0,247	-0,128	-0,199	0,244	0,069	-0,077	-0,015	0,028	-0,101	0,214	0,194	0,109	0,060	0,109
SIV Reliefvielfalt	-0,271	-0,250	-0,262	-0,094	-0,121	-0,146	-0,176	0,054	0,025	0,159	-0,135	-0,104	-0,021	0,018	-0,118	-0,021	0,065	-0,161	-0,196	0,026	-0,078
SIV Verkehrsfläche	0,504	0,547	0,604	0,783	0,017	0,049	-0,174	0,428	-0,739	0,136	0,231	0,002	-0,705	-0,001	-0,244	0,127	-0,203	-0,074	0,513	0,332	0,523
SIV Waldfläche	-0,426	-0,422	-0,428	-0,313	-0,329	-0,164	-0,085	-0,116	0,273	0,100	-0,159	-0,099	0,229	-0,049	0,066	-0,068	0,062	-0,121	-0,258	-0,116	-0,161
	1	2	3	4	9	10	11	14	15	16	17	18	20	21	22	27	28	29	30	34	41

5.5 SDG-Indikatoren für Kommunen – Änderungen im Vergleich zur 1. Auflage

Beschreibung des SDGs			1. Auflage, 2018		2. Auflage, 2020		Veränderung / Aktualisierung
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Indikators	Typ	Bezeichnung des Indikators (2. Auflage, 2020)	Typ	
1	Keine Armut	1.3.1	SGB II-/SGB XII-Quote	Typ I	SGB II-/SGB XII-Quote	Typ I	gleich
		1.3.2	Armut - Kinderarmut, Jugendarmut, Altersarmut	Typ I	Armut - Kinderarmut	Typ I	gleich / ausdifferenziert
		1.3.2			Armut - Jugendarmut	Typ I	gleich / ausdifferenziert
		1.3.2			Armut - Altersarmut	Typ I	gleich / ausdifferenziert
		1.3.2			Materielle Deprivation	Typ II	neu
		1.3.2			Wohnungslosigkeit	Typ II	neu
2	Kein Hunger	2.2.1	Kinder mit Übergewicht	Typ II	Kinder mit Fehlernährung	Typ II	geändert
		2.4.2	Ökologische Landwirtschaft	Typ II	Ökologischer Landbau	Typ II	gleich (neue Bezeichnung)
		2.4.2	Stickstoffüberschuss	Typ I	Stickstoffüberschuss der Landwirtschaft	Typ I	geändert
3	Gesundheit und Wohlergehen	3.4.2	Vorzeitige Sterblichkeit	Typ I	Vorzeitige Sterblichkeit - Frauen	Typ I	geändert / ausdifferenziert
		3.4.2			Vorzeitige Sterblichkeit - Männer	Typ I	geändert / ausdifferenziert
		3.4.2			Lärmbelastung	Typ II	neu
		3.8.2	Ärzteversorgung	Typ I	Wohnungsnah Grundversorgung - Hausarzt	Typ I	geändert
		3.8.2			Krankenhausversorgung	Typ I	neu
		3.8.2			Wohnungsnah Grundversorgung - Apotheke	Typ I	neu
		3.8.2			Personal in Pflegeheimen	Typ I	neu
		3.8.2			Personal in Pflegediensten	Typ I	neu
		3.8.2			Pflegeheimplätze	Typ I	neu
		3.9.2	Luftqualität	Typ II	Immission von Luftschadstoffen	Typ I	geändert
4	Hochwertige Bildung	4.1			Wohnungsnah Grundversorgung - Grundschule	Typ I	neu
		4.1	Schulabbrecherquote	Typ I	Schulabbrecherquote	Typ I	gleich
		4.2	Betreuung von Kindern - Unter 3-jährige, 3- bis 5-Jährige in Kindertageseinrichtungen	Typ I	Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Typ I	geändert
		4.2			Personal zur Betreuung von Kindern (unter 3-jährige)	Typ II	neu
		4.4			30- bis 34-Jährige mit tertiärem oder postsekundärem nicht-tertiärem Abschluss	Typ II	neu
		4.7			Nachhaltige Schulen	Typ II	neu
		4.7			Nachhaltige Kindertageseinrichtungen	Typ II	neu
		4.a	Exklusivquote	Typ I			gestrichen
4.a			Integrative Kindertageseinrichtungen	Typ I	neu		
5	Geschlechtergleichstellung	5.1	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Typ I	Verhältnis der Beschäftigungsquoten von Frauen und Männern	Typ I	gleich
		5.1	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Typ I	Verdienstabstand zwischen Frauen und Männern	Typ I	gleich
		5.5	Frauenanteil in Stadträten und Kreistagen	Typ I	Frauenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		5.5			Frauenanteil in Führungspositionen der Stadt-, Gemeinde- bzw. Kreisverwaltung	Typ II	neu
		5.5			Frauenanteil in Führungspositionen der kommunalen Unternehmen	Typ II	neu
6	Sauberes Wasser und Sanitärversorgung	6.3.1	Nitrat im Grundwasser	Typ II	Nitrat im Grundwasser	Typ II	gleich
		6.3.3	Abwasserbehandlung	Typ I	Abwasserbehandlung	Typ I	gleich
7	Bezahlbare und saubere Energie	7.2	Anteil erneuerbarer Energien am Energieverbrauch	Typ II	Anteil erneuerbarer Energien am Bruttoendenergieverbrauch	Typ II	geändert
		7.2			Anteil des Stroms aus erneuerbaren Energiequellen am Bruttostromverbrauch	Typ II	neu
		7.2	Windenergie	Typ I	Strom aus Windkraft	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		7.2			Strom aus Photovoltaik	Typ II	neu

Beschreibung des SDGs			1. Auflage, 2018		2. Auflage, 2020		Veränderung / Aktualisierung
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Indikators	Typ	Bezeichnung des Indikators (2. Auflage, 2020)	Typ	
7	Bezahlbare und saubere Energie	7.2	Windenergie	Typ I	Strom aus Windkraft	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		7.2			Strom aus Photovoltaik	Typ II	neu
		7.3			Energieeffiziente Straßenbeleuchtung	Typ II	neu
		7.a.2	"Kommunale Investitionen in den Ausbau erneuerbarer Energien"	Typ II	Ausgaben für den kommunalen Ausbau erneuerbarer Energien	Typ II	geändert
8	Menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum	8.1.1	Bruttoinlandsprodukt	Typ I	Bruttoinlandsprodukt	Typ I	gleich
		8.5.1	Langzeitarbeitslosenquote	Typ I	Langzeitarbeitslosenquote	Typ I	gleich
		8.5.1	Beschäftigungsquote	Typ I	Beschäftigungsquote - 15- bis 64-Jährige	Typ I	gleich / ausdifferenziert
		8.5.1			Beschäftigungsquote - 55- bis 64-Jährige	Typ I	neu / ausdifferenziert
		8.5.2	Aufstocker	Typ I	Aufstocker	Typ I	gleich (neue Primärzuordnung)
9	Industrie, Innovation und Infrastruktur	9.5.3	Existenzgründungen	Typ I	Existenzgründungen	Typ I	gleich (neue Primärzuordnung)
		9.5.3	Hochqualifizierte	Typ I	Hochqualifizierte	Typ I	gleich
		9.c.1	Breitbandversorgung	Typ II	Breitbandversorgung - Private Haushalte	Typ I	geändert / ausdifferenziert
		9.c.1		Typ II	Breitbandversorgung - Unternehmen	Typ II	neu / ausdifferenziert
10	Weniger Ungleichheiten	10.2.2	Einkommensverteilung - Haushalte mit niedrigem, mittlerem, hohem Einkommen	Typ I			gestrichen
		10.2.2	Verhältnis der Beschäftigungsquote von Ausländern zur Beschäftigungsquote gesamt	Typ I	Beschäftigungsquote - Ausländer	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		10.2.2	Verhältnis der Schulabbrecherquote von Ausländern zur Schulabbrecherquote gesamt	Typ I	Schulabbrecherquote - Ausländer	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		10.4			Einkommensverteilung - Gini-Koeffizient	Typ II	neu
		10.7			Projekte mit migrantischen Organisationen	Typ II	neu
		10.7			Migrantenanteil im Stadtrat, Gemeinderat bzw. Kreistag	Typ II	neu
		10.7			Einbürgerungen	Typ I	neu
11	Nachhaltige Städte und Gemeinden	11.1.1	Mietpreise	Typ I	Mietpreise	Typ I	gleich
		11.1.1			Überlastung durch Wohnkosten	Typ II	neu
		11.1.1			Wohnfläche	Typ I	neu
		11.1.1			Wohnungnahe Grundversorgung - Supermarkt	Typ I	neu
		11.2.1	Modal Split	Typ II	Modal Split	Typ II	gleich
		11.2.1			PKW-Dichte	Typ I	neu
		11.2.1			Bestand an PKW mit Elektroantrieb	Typ II	neu
		11.2.1			Radwegenetz	Typ II	neu
		11.2.1			ÖPNV - Nahversorgung mit Haltestellen	Typ II	neu
		11.2.1			ÖPNV - Erreichbarkeit von Mittel-/ Oberzentren	Typ II	neu
		11.2.2	Verunglückte im Verkehr	Typ I	Verunglückte im Verkehr	Typ I	gleich
		11.3.1	Flächenverbrauch	Typ I	Flächeninanspruchnahme	Typ I	gleich (neue Bezeichnung)
		11.3.2			Flächennuinanspruchnahme	Typ I	neu
		11.3.1			Flächennutzungsintensität	Typ I	neu
		11.7	Naherholungsflächen	Typ I	Naherholungsflächen	Typ I	gleich
		11.b.1			Fertiggestellte Wohngebäude mit erneuerbarer Heizenergie	Typ I	neu
11.b.1			Rate der energetischen Sanierungen von Gebäuden	Typ II	neu		

Beschreibung des SDGs			1. Auflage, 2018		2. Auflage, 2020		Veränderung / Aktualisierung
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Indikators	Typ	Bezeichnung des Indikators (2. Auflage, 2020)	Typ	
12	Verantwortungsvolle Konsum- und Produktionsmuster	12.1			Fairtrade-Town	Typ I	neu
		12.1			Fairtrade-Schools	Typ I	neu
		12.1	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	Typ II	Ausgaben für fair gehandelte Produkte	Typ II	gleich (neue Primärzuordnung)
		12.2	Trinkwasserverbrauch	Typ I	Trinkwasserverbrauch - Private Haushalte	Typ I	gleich / ausdifferenziert
		12.2			Trinkwasserverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Typ II	neu / ausdifferenziert
		12.2			Energieverbrauch - Private Haushalte	Typ II	neu
		12.2			Energieverbrauch - Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen	Typ II	neu
		12.5	Abfallmenge	Typ I	Abfallmenge	Typ I	gleich
		12.5			Recyclingquote	Typ II	neu
		12.6	EMAS-zertifizierte Standorte	Typ II	EMAS-zertifizierte Standorte	Typ II	gleich
		12.6			Standorte mit Umwelt- oder Nachhaltigkeitszertifikaten	Typ II	neu
		12.7			Index "Nachhaltige Beschaffung"	Typ II	neu
		12.7			Nachhaltige Beschaffungsverfahren	Typ II	neu
13	Maßnahmen zum Klimaschutz	13.1			Index "Kommunale Klimaanpassung"	Typ II	neu
		13.1			Ökologischer Waldumbau	Typ II	neu
		13.1			Bäume im öffentlichen Raum	Typ II	neu
		13.1			Retentionsflächen	Typ II	neu
		13.2	CO ₂ -Ausstoß -CO ₂ -Ausstoß der privaten Haushalte; von Industrie, Gewerbe, Handel und Dienstleistungen; des Verkehrs	Typ II	Treibhausgasemissionen - Private Haushalte	Typ II	gleich / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - Industrie und verarbeitendes Gewerbe	Typ II	gleich / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - Gewerbe, Handel, Dienstleistungen (GHD) und Sonstiges	Typ II	neu / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - Kommunale Einrichtungen	Typ II	neu / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - Motorisierter Individualverkehr (MIV)	Typ II	gleich / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - ÖPNV	Typ II	neu / ausdifferenziert
		13.2			Treibhausgasemissionen - Straßengüterverkehr	Typ II	neu / ausdifferenziert
		13.2			Index "Kommunaler Klimaschutz"	Typ II	neu
		13.3			Personal im kommunalen Klimaschutz	Typ II	neu
14	Leben unter Wasser	14.1	Fließwasserqualität	Typ II	Fließgewässerqualität	Typ I	geändert
		14.1			Nährstoffbelastung in Fließgewässern	Typ II	neu
15	Leben an Land	15.2.1	Nachhaltige Forstwirtschaft	Typ II	Nachhaltige Forstwirtschaft	Typ II	gleich
		15.5.1	Naturschutzflächen	Typ II	Naturschutzflächen	Typ I	geändert
		15.5.1			Landschaftsqualität	Typ I	neu
		15.5.1			Unzerschnittene Freiraumflächen	Typ I	neu
15.5.2	Landschaftsqualität und Artenvielfalt	Typ II	Artenvielfalt bei Vögeln	Typ II	geändert		

Beschreibung des SDGs			1. Auflage, 2018		2. Auflage, 2020		Veränderung / Aktualisierung
Nr. des SDGs	Bezeichnung des SDGs	Nr. des Unter- bzw. Teilziels	Bezeichnung des Indikators	Typ	Bezeichnung des Indikators (2. Auflage, 2020)	Typ	
16	Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen	16.4.3	Straftaten	Typ I	Straftaten	Typ I	gleich
		16.5			Index "Korruptionsprävention"	Typ II	neu
		16.6	Verschuldung im Kernhaushalt	Typ I	Finanzmittelsaldo	Typ I	geändert
		16.6			Steuereinnahmen	Typ I	neu
		16.6			Liquiditätskredite	Typ I	neu
		16.6			Kreditfinanzierungsquote	Typ II	neu
		16.6			Zins-Steuer-Quote	Typ II	neu
		16.6			Index "Digitale Kommune"	Typ II	neu
		16.7			Beteiligung an Kommunalwahlen	Typ II	neu
		16.7	Informelle Bürgerbeteiligung	Typ II	Informelle Bürgerbeteiligung	Typ II	gleich
17	Partnerschaften zur Erreichung der Ziele	17.3	Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit	Typ II	Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit	Typ II	gleich (neue Primärzuordnung)
		17.3			Ausgaben für kommunale Entwicklungspolitik	Typ II	neu / ausdifferenziert
		17.16			Partnerschaften in Ländern des globalen Südens	Typ II	neu / ausdifferenziert
		17.16			Projekte mit Partnern in Ländern des globalen Südens	Typ II	neu / ausdifferenziert
		17.16			Entwicklungspolitische Projekte	Typ II	neu / ausdifferenziert
Summen			1. Auflage, 2018: 47 Kernindikatoren	30 Typ I - Indi- kato- ren	2. Auflage, 2020: 120 Indikatoren	56 Typ I - Indi- kato- ren	96 neue oder geänderte (Kern-)Indikatoren

Kontakt

Mitglieder und Ansprechpartner der Arbeitsgruppe „SDG-Indikatoren für Kommunen“

Bertelsmann Stiftung
Carl-Bertelsmann-Straße 256
33311 Gütersloh

| BertelsmannStiftung

Henrik Riedel
Telefon: +49 5241 81 81266
E-Mail: henrik.riedel@bertelsmann-stiftung.de

Oliver Haubner
Telefon: +49 5241 81 81119
E-Mail: oliver.haubner@bertelsmann-stiftung.de

Marc Wolinda
Telefon: +49 5241 81 81438
E-Mail: marc.wolinda@bertelsmann-stiftung.de

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung
Deichmanns Aue 31-37
53179 Bonn



Bundesinstitut
für Bau-, Stadt- und
Raumforschung

im Bundesamt für Bauwesen
und Raumordnung

Antonia Milbert
Telefon: +49 228 99401 2256
E-Mail: antonia.milbert@bbr.bund.de



Dr. André Müller
Telefon: +49 228 99401 2341
E-Mail: andre.mueller@bbr.bund.de

Deutscher Landkreistag
Lennéstraße 11
10785 Berlin



DEUTSCHER
LANDKREISTAG

Miriam Elsaesser
Telefon: +49 30 590097 332
E-Mail: miriam.elsaesser@landkreistag.de

Deutscher Städtetag
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln



Sabine Drees
Telefon: +49 221 3771 214
E-Mail: sabine.drees@staedtetag.de

Lucas Milbert
Telefon: +49 221 3771 572
E-Mail: lucas.milbert@staedtetag.de

Deutscher Städte- und Gemeindebund
August-Bebel-Allee 6
53175 Bonn



Deliana Bungard
Telefon: +49 228 9596 217
E-Mail: deliana.bungard@dstgb.de

Deutsches Institut für Urbanistik
Zimmerstraße 13-15
10969 Berlin



Dr. Jasmin Jossin
Telefon: +49 30 39001 200
E-Mail: jossin@difu.de

Oliver Peters
Telefon: +49 30 39001 204
E-Mail: opeters@difu.de

Engagement Global gGmbH *
Servicestelle Kommunen in der Einen Welt
Friedrich-Ebert-Allee 40
53113 Bonn



mit ihrer



mit Mitteln des



Dr. Stefan Wilhelmy
Telefon: +49 228 2071 7300
E-Mail: stefan.wilhelmy@engagement-global.de

Annette Turmann
Telefon: +49 228 2071 7335
E-Mail: annette.turmann@engagement-global.de

Rat der Gemeinden und Regionen Europas /
Deutsche Sektion
Gereonstraße 18 - 32
50670 Köln



Rat der Gemeinden und Regionen Europas | Deutsche Sektion

Sabine Drees
Telefon: +49 221 3771 214
E-Mail: sabine.drees@staedtetag.de







www.sdg-portal.de